

Stenographisches Protokoll.

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 14. Dezember 1951.

Inhalt.

1. Bundesregierung.

Zuschrift des Bundeskanzlers, betreffend die Betrauung des Bundesministers Helmer mit der zeitweiligen Vertretung des Vizekanzlers Dr. Schärf (S. 2917).

2. Ausschüsse.

Zuweisung der Anträge 101 und 102 (S. 2917).

3. Regierungsvorlagen.

- a) Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen abgeändert wird (472 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 2917);
- b) Bericht an den Nationalrat, betreffend Zusatzprotokoll zum Abkommen über Arbeitslosenversicherung (473 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 2917);
- c) 2. Steueränderungsgesetz 1951 (481 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 2992).

4. Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe XI: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26:

Übergangsmaßnahmen (mit Ausnahme der Titel 2 und 5), Kapitel 27: Monopole, und Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt (Fortsetzung).

Redner: Honner (S. 2917 und S. 2990), Slavik (S. 2921), Dr. Stüber (S. 2932 und S. 2981), Dr. Rupert Roth (S. 2947), Bundesminister Dr. Margarétha (S. 2954), Huemer (S. 2956), Machunze (S. 2958), Holzfeind (S. 2961), Dr. Pfeifer (S. 2967), Brunner (S. 2971), Dr. Strachwitz (S. 2975), Altenburger (S. 2977), Dr. Pittermann (S. 2985), Dr. Herbert Kraus (S. 2987) und Ing. Raab (S. 2989).

Abstimmungen:

Annahme der Gruppe XI des Bundesvoranschlages 1952 (S. 2991);

Annahme der Ausschußentscheidungen zu Gruppe XI (S. 2991).

Eingebracht wurden:

Anfragen der Abgeordneten

Mark, Weikhart, Gumplmayer u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend den Jahresausgleich 1951 (367/J);

Neuwirth, Dr. Gasselich u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Änderung der Betriebsratswahlordnung (368/J);

Elser u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Erlassung der 2. Durchführungsverordnung zum Invalideneinstellungsgesetz (369/J).

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 10 Minuten.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Die eingelangten Anträge 101 und 102 wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Grubhofer, um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Grubhofer**: „Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 11. Dezember 1951 über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Vizekanzlers Dr. Adolf Schärf den Bundesminister für Inneres Oskar Helmer mit seiner Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme die Mitteilung zu machen.

Figl.“

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen abgeändert wird (472 d. B.);

Bericht an den Nationalrat, betreffend Zusatzprotokoll zum Abkommen über Arbeitslosenversicherung (473 d. B.).

Präsident: Die eingelangten Regierungsvorlagen 472 und 473 d. B. weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Wir fahren in der Debatte über die Gruppe XI des Bundesvoranschlages fort. Das Wort hat der Herr Abg. Honner.

Abg. **Honner** (*fortsetzend*): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gestern meine Rede mit der Anführung der Beispiele der 57 Aktiengesellschaften unterbrochen, die laut veröffentlichten Bilanzen im Jahre 1950 einen Bruttogewinn von rund 439 Millionen Schilling erzielten, während die Bruttolöhne und -gehälter aller Arbeiter und Angestellten dieser Aktiengesellschaften bloß rund 250 Millionen

2918 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Schilling betrogen. Ich habe als konkrete Beispiele die Lenzinger Zellulose- und Papierfabrik, die Gösser Brauerei, die Veitscher Magnesitwerke und die Oberösterreichischen Kraftwerke angeführt, die doppelt und dreifach so hohe Bruttoprofite einstecken, als sie ihren Arbeitern und Angestellten Löhne und Gehälter ausbezahlt haben.

Damit ist aber nun auch das Märchen widerlegt, daß unsere Unternehmer arme Teufel wären, die lediglich nur deswegen ihre Betriebe und Unternehmungen noch in Gang halten, um ihren Arbeitern und Angestellten das tägliche Brot zu geben.

Der Herr Abg. Böck-Greissau, der Vizepräsident des österreichischen Industriellenverbandes, hat während meiner Ausführungen stillvergnügt in sich hineingelächelt, offenbar weil er sich darüber freute, daß außer dem Linksblock niemand hier in diesem Hause auf diese heikle Frage eingeht. Er mag sich gesagt haben: Wie würde es erst wirken, wenn der breiten Öffentlichkeit in vollem Umfang bekannt würde, welche horrenden Summen die Kapitalisten aus der Marshall-Hilfe in ihre Taschen stecken und welche Profite vor allem jene Kreise einstecken, die an amerikanischen Rüstungsgeschäften beteiligt sind?

Wenn wir nun noch die Tatsache berücksichtigen, daß alle Bilanzen frisiert und die wirklichen Gewinne noch verschleiert werden, kann man sich eine ungefähre Vorstellung von den Riesenprofiten der kapitalistischen Elemente in den letzten Jahren machen.

Die von mir angeführten Zahlen widerlegen aber auch die Behauptung, daß Lohnerhöhungen und Überbrückungshilfen unweigerlich zu Preissteigerungen führen müssen. Die Zahlen, die ich angeführt habe, beweisen eindrucksvoll, daß Lohnerhöhungen und Überbrückungshilfen durchaus möglich sind, ohne daß die Preise auch nur um einen Groschen erhöht werden müssen. Die Behauptung, daß unsere Unternehmer gewissermaßen vom Draufzahlen leben, wird auch durch das Beispiel jenes Salzburger Kaufmannes widerlegt, der die Preise seiner Waren statt um 3 bis 5 Prozent gleich um 10 Prozent kürzen wollte und dem dafür von seinen Konkurrenten mit der Anzeige beim Finanzamt gedroht wurde, mit der Begründung, daß seine Kalkulationen nicht einwandfrei sein können. Man drohte ihm auch mit einer Liefersperre, woraus klar hervorgeht, daß die Preisexzesse der letzten Monate nicht zuletzt das Werk von Kartellverbindungen und einer verschworenen Gemeinschaft von Preiswucherern sind.

Im Finanz- und Budgetausschuß wurde das Nationaleinkommen des österreichischen Volkes im Jahre 1950 mit rund 50 Milliarden

Schilling beziffert. Anteilsmäßig entfallen davon auf die kapitalistischen Elemente 55 Prozent, das sind ungefähr 27,5 Milliarden, auf die kleinen Warenproduzenten ungefähr 10 Prozent, das sind 5 Milliarden Schilling, und auf die Arbeiter und Angestellten ungefähr 35 Prozent, das sind 17,5 Milliarden. Die kapitalistischen Elemente beziehen also mehr Einkommen als alle Arbeiter und Angestellten, Bauern und Handwerker zusammengenommen. Es gehört unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die kleinen Leute auch für die größten Lasten, besonders die Steuerlasten, aufzukommen haben, schon eine Portion Unverfrorenheit dazu, zu verlangen, daß die Steuerlasten der kapitalistischen Elemente, weil zu groß, unbedingt herabgesetzt werden müßten.

Und nun einige Bemerkungen zu den Steuerlasten, die der österreichischen Bevölkerung durch das vorliegende Mammutbudget auferlegt werden. Die Gesamtsumme der öffentlichen Abgaben beträgt rund 13,5 Milliarden Schilling, das sind auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet rund 2000 S, wovon rund 60 Prozent auf indirekte und 40 Prozent auf direkte Steuern entfallen. Die Arbeiter und Angestellten sollen im kommenden Jahr 1,7 Milliarden Schilling an Lohnsteuer gegenüber rund 1,4 Milliarden im Jahre 1951 entrichten. Das ist eine Zunahme von 267 Millionen Schilling. In Wirklichkeit zahlen aber die Arbeiter und die Angestellten noch den größten Teil der Steuern auch der Besitzenden, die ja von diesen in die Warenpreise inkalkuliert und daher abgewälzt werden.

Eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren auch eine Reihe von ungerechten Steuerleistungen, die ohne Rücksicht auf die Vermögens- und Einkommensverhältnisse eingehoben werden und die schon deswegen, weil sie eben ohne Rücksicht auf die Vermögens- und Einkommensverhältnisse eingehoben werden, zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Die ganze Schwere der indirekten Steuern lastet auf den Konsumenten und den kleinen Leuten, die ihre Lasten auf niemand anderen mehr abwälzen können. Es erweist sich immer wieder: Je ärmer der Mensch ist, einen umso größeren Teil seines Einkommens zahlt er dem Staat an Steuern, insbesondere an indirekten Steuern.

Die Masse der Besitzlosen, der kleinen Leute umfaßt neun Zehntel der gesamten Bevölkerung, konsumiert neun Zehntel aller besteuerten Produkte und zahlt also neun Zehntel der gesamten indirekten Steuern. Da bei einem Gesamtsteueraufkommen von 13,5 Milliarden rund 60 Prozent auf indirekte Steuern entfallen, bedeutet dies, daß von den

rund 8 Milliarden indirekten Steuern die arbeitende Bevölkerung und die kleinen Leute rund 7·2 Milliarden Schilling aufzubringen haben.

In diesen Zahlen zeigt sich ganz unverhüllt der kapitalistische Klassencharakter unseres Staates, der weit davon entfernt ist, der Wohlfahrtsstaat zu sein, als der er im Verlauf der Budgetdebatte wiederholt angepriesen worden ist.

Die tragenden Säulen des Budgets sind wieder die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Warenumsatzsteuer, die zusammen mit dem Bundeszuschlag allein die Summe von 4·4 Milliarden Schilling einbringen soll, sowie die Tabaksteuer, die mit 1·1 Milliarden Schilling angesetzt ist.

Die von den Arbeitern und Angestellten mit Recht am meisten gehaßte Steuer ist die Lohnsteuer, die von allen Steuern die ungerechteste ist. Nicht einmal der Finanzminister kann bestreiten — und er bestreitet es auch nicht —, daß die Lohnsteuer mit ihrer ungerechten Progression unsozial ist und die Arbeiter und Angestellten auf das schwerste belastet. Er mußte es im Finanz- und Budgetausschuß zugeben, daß von dieser Steuerprogression Einkommen erfaßt werden, deren Kaufkraft bedeutend geringer ist, als es der Progression entsprechen müßte. Dennoch halten er und die Regierungsparteien unentwegt an dieser ungerechten Steuer fest, weil, wie der Herr Finanzminister sagt, er angesichts der angespannten Situation trotz der in dieser Progression liegenden Härten nicht auf sie verzichten kann. Die Lohnsteuer ist die einzige Steuer, die im Gegensatz zu anderen Steuern schon bis Oktober dieses Jahres um 106 Millionen Schilling mehr erbrachte, als im Budget vorgesehen war.

In der Vorkriegszeit zahlte ein Arbeiter bei einem Wochenlohn von 70 S ein Prozent Einkommensteuer, das waren also 70 Groschen. Wenn der gleiche Arbeiter heute das Fünffache des Lohnes von 1937 erhält — die Preise sind in der letzten Zeit selbst nach amtlichen Feststellungen auf das Siebenfache gestiegen —, dann muß er heute als Verheirateter mit einem Kind mehr als 21 S, ohne Kind 27 S und als Lediger gar 39 S bezahlen, obwohl sein Realeinkommen durch die Lohn- und Preispolitik der Regierung in der Zeit seit 1948 außerordentlich vermindert worden ist. Die Lohnsteuer ist heute 30- bis 50mal so hoch wie im Jahre 1937. Sie trifft die Arbeiter umso härter, als sie keine Möglichkeit haben, sich vor dem Steuerwucher des Staates zu schützen, im Gegensatz zu den Besitzenden, die viele legale und

illegale Möglichkeiten haben, sich ihre Steuerlast zu erleichtern. Es ist bekannt, daß jede Lohn- und Gehaltserhöhung ein Aufsteigen in eine höhere Steuerprogression, in eine höhere Steuerskala zur Folge hat, mit dem Ergebnis, daß durch die Progression ein immer größerer Teil des Lohnes weggesteuert wird.

Dieses Unrecht der Steuerprogression, vor allem bei der Lohnsteuer, trat übrigens im Oktober dieses Jahres besonders kraß in Erscheinung. In den ersten neun Monaten dieses Jahres belief sich der Mehrertrag an Lohnsteuer auf zusammen 61 Millionen Schilling, das sind im Monatsdurchschnitt weniger als 7 Millionen Schilling. Im Oktober allein waren es aber bereits 45 Millionen Schilling, also sechseinhalbmals soviel, was sich daraus erklären läßt, daß die in diese Zeit fallenden Lohn- und Gehaltserhöhungen im Zuge der diversen Nachziehverfahren bei einigen Branchen zu einem sehr erheblichen Teil durch die Lohnsteuerprogression wieder weggesteuert worden sind.

Selbst „Die Presse“, ein Organ unserer österreichischen Unternehmer, sieht sich zu der Feststellung gezwungen, daß die Steuerprogression bei der Lohnsteuer in der früheren Vergangenheit vielleicht einige Berechtigung gehabt hat, aber bei dem sinkenden Geldwert von heute fast einer Konfiskation jedes Mehrverdienstes gleichkommt. Das wissen die Arbeiter und Angestellten am besten, und daher fordern sie ja auch ständig und mit voller Berechtigung, daß dieses ungerechte Steuersystem — die Nazilohnsteuer — endlich einmal verschwinde. Wenn sich auch der Herr Finanzminister von seinem Standpunkt aus wohlverstandenen Gründen, aus Gründen, die er auch offen zugegeben hat, noch so sehr dagegen wehrt, eines Tages wird er dem Druck der Massen gegen die Nazilohnsteuer doch nachgeben müssen.

Die Einkommensteuer, eine Steuer für die Besitzenden und selbständig Erwerbenden, ist in diesem Budget mit einem Betrag von 2 Milliarden Schilling gegenüber 1·8 Milliarden Schilling im Jahre 1951 eingesetzt. Durch diese Steuer werden tausende und zehntausende kleine Gewerbetreibende, Geschäftsleute und die Masse der kleinen Bauern sehr schwer getroffen und vielfach zur Verzweiflung getrieben. Im ersten Halbjahr 1951 hat diese Steuer noch 185 Millionen Schilling über das Präliminare eingebracht. Drei Monate später, im September, ergab sich schon ein Manko von 1 Million Schilling, und im Oktober allein hat sich der Abgang bei der Einkommensteuer auf rund 50 Millionen Schilling erhöht. Es scheint, daß der Finanzminister die finan-

2920 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

zielle Potenz eines großen Teiles der Steuerzahler, die in diese Gruppe fallen, überschätzt hat, zumindest trifft dies heute schon für einen großen Kreis von kleinen Geschäftleuten, Gewerbetreibenden und anderen selbständig Erwerbenden zu, die infolge des sinkenden Geschäftsganges bei gleichzeitig fortwährend steigenden Lasten beim besten Willen nicht mehr mitkommen können. Zum andern Teil ist der Ertragsrückgang bei der Einkommensteuer zweifelsohne auf die ständig sinkende Steuermoral bestimmter Kreise, die sehr wohl ihre steuerlichen Verpflichtungen gegenüber dem Staat erfüllen könnten, zurückzuführen.

Die Tabaksteuer ist im Budget mit 1100 Millionen Schilling eingesetzt und erfährt gegenüber dem Vorjahre nur eine Erhöhung um 50 Millionen Schilling; aber die steuerliche Belastung bei Tabakwaren ist besonders groß. Beim Trafikpreis einer Zigarette von 25 g beträgt der Steuersatz, der auf dieser Zigarette lastet, 18 g, bei einer Zigarette zum Preis von 30 g beträgt die Steuer 22 g, und bei einer Zigarette zum Preis von 35 g ist der Steuersatz 26 g. Da der Zigarettenkonsum gegenüber 1937 sehr beträchtlich gestiegen ist und für das Jahr 1952 mit einem Verbrauch von 6,5 Milliarden Stück gerechnet wird, kann man verstehen, warum sich der Herr Finanzminister so sehr dagegen sträubt, daß die Tabaksteuer, vor allem aber der Aufbauschlag zur Tabaksteuer, herabgesetzt wird. Also auch diese Steuer trägt einen unsozialen Charakter, weil sie die billige Zigarette des Arbeiters fast genau so wie die Luxuszigarette der Vermögenden besteuert. Dafür aber ist der Fiskus sehr nachsichtig bei der Eintreibung der Vermögensteuer und der Abgaben bei Vermögenszuwachs, wie überhaupt bei der Bemessung und Eintreibung der Steuern der Besitzenden. Die ganze Steuerpraxis — ich wiederhole es — trägt äußerst unsoziale Züge. In der Steuerpraxis der Regierung widerspiegelt sich auch der ganze volksfeindliche Charakter der Regierungspolitik, in ihr kommt das Streben zum Ausdruck, die Reichen weitestgehend zu schonen, aber dafür die Armen und die kleinen Leute desto stärker zu belasten.

Der Herr Finanzminister hat angesichts der schwierigen Kreditlage an den Sparsinn unserer Bevölkerung appelliert und sie dazu aufgefordert, die Ersparnisse wieder in die Banken und Sparkassen zu tragen. Einen ähnlichen Appell hörten wir vor einigen Tagen aus den Reihen der Industriellen. Dazu ist zu sagen, daß die Arbeiter und die Angestellten, die hunderttausende Pensionisten und Rentner dank der Lohn- und Preis- und Sozialpolitik der Regierung schon längst nichts

mehr von ihrem Einkommen ersparen können. Diejenigen aber, die über Kapital verfügen, legen es lieber in Sachwerten an, statt es auf die Banken und Sparkassen zu tragen, weil sie in der Vergangenheit mit dem Sparen keine guten Erfahrungen gemacht haben.

Dafür einige Beispiele: Wenn jemand im Jahre 1937 ein Vermögen von 100.000 S hatte, so ist dies durch die Umwechslung des Schillings auf die Reichsmark und die Rückwechslung auf den Schilling und nach den drei Währungsoperationen heute auf einen Betrag von 13.000 S zusammengeschrumpft. Kaufkraftmäßig gesehen ist der Wert noch viel geringer. Ein kleiner Sparer, der sich bis zum Jahre 1937 einen Betrag von 10.000 S zusammengekratzt hat, hat kaufkraftmäßig gesehen heute nur mehr einen Wert von 200 S. Wer im Jahre 1948 1000 S auf die Sparkasse legte, hat heute wertmäßig gesehen nur 492 S.

Seit 1945 wird der Wert des Schillings dauernd herabgedrückt und verändert, und die ständigen Gerüchte über den Schilling sind nicht gerade geeignet, das Vertrauen zu unserer Währung wiederherzustellen und den Sparwillen in der Bevölkerung zu fördern.

Der Finanzminister hat, als er den Budgetvoranschlag für 1952 hier im Hause vorlegte, erklärt, daß eiserne Sparsamkeit notwendig ist, um über die vielen Schwierigkeiten hinwegzukommen, in denen wir uns gegenwärtig befinden. Er hat an uns Abgeordnete appelliert, ihn, den Finanzminister, in seiner Sparsamkeit nicht nur zu unterstützen, sondern womöglich noch zu übertreffen.

Wir Abgeordnete des Linksblocks machen nun, diesem Appell des Finanzministers folgend, den konkreten Vorschlag, der Nationalrat wolle beschließen, aus Gründen dieser Sparsamkeit sofort die Ministergehälter von derzeit 11.000 S im Monat auf 5000 S herabzusetzen und die Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten von derzeit 3500 S im Monat auf monatlich 2000 S herabzusetzen. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist doch Demagogie!*) Ihr nennt das Demagogie. Wir sind der Auffassung, daß es zu einer Zeit, in der hunderttausende Menschen gezwungen sind, mit einer Rente von 400, 500 oder 600 S ihr Leben zu fristen, in der Arbeiter bei größten Leistungen nicht mehr als 1500 bis 1800 S erzielen können, für einen Abgeordneten genügt, wenn er sich für seine Tätigkeit unter den gegebenen Verhältnissen mit 2000 S im Monat abfindet. Wenn die Minister von der Bevölkerung Sparsamkeit verlangen, dann müßten auch sie mit gutem Beispiel vorangehen und sich mit einem monatlichen Gehalt von 5000 S zufriedengeben.

Die moralische Wirkung eines solchen Beschlusses würde ohne Zweifel sehr gut sein und der Bevölkerung zeigen, daß tatsächlich auf allen Gebieten und überall gespart werden muß. Ein solcher Beschluß würde Verständnis erwecken für das ablehnende Verhalten des Herrn Finanzministers gegenüber so vielen Wünschen und Forderungen weiter Bevölkerungskreise.

Der Finanzminister hat bei der Einbringung dieses Budgets, das morgen endgültig verabschiedet werden soll, hier im Parlament mitgeteilt, daß im Voranschlag für 1952 eine ganze Reihe von berechtigten Wünschen nicht erfüllt werden konnte.

Zu diesen nicht erfüllten Wünschen gehören unter anderem: Ablehnung der Forderung nach Angleichung der Altpensionisten an die Neupensionisten — das wäre die Beseitigung einer Ungerechtigkeit, für die schon seit Jahren gekämpft wird —; Ablehnung einer weiteren Valorisierung der Bezüge der öffentlich Angestellten; Ablehnung der Forderung der politisch Verfolgten, wenigstens für die härtesten Fälle einen Betrag von 100 Millionen Schilling in dieses Budget einzusetzen.

Für alle diese Forderungen, von denen jede einzelne für sich absolut berechtigt und in den Grenzen äußerst beschränkt ist, hat die Regierung kein Verständnis, sie weist diese mit der Erklärung zurück, daß hierfür kein Geld vorhanden sei.

Als gestern die politisch Verfolgten für ihre Forderungen demonstrierten, hat man mit Gummiknütteln bewaffnete Polizei gegen sie eingesetzt. Auch das ist charakteristisch für diese Regierung: den Gummiknüttel für Leute, die sich dem Wahn hingeben, daß in Österreich gleiches Recht für alle gilt!

Der Linksblock hat zu dieser Regierung kein Vertrauen; daher verweigert er auch seine Zustimmung zum Schlußkapitel des vorliegenden Budgets und zum Budget für das Jahr 1952 überhaupt.

Abg. Slavik: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu diesem Kapitel selbst Stellung nehme, möchte ich doch nicht versäumen, einige Worte zu meinem Vordner, zum Herrn Abg. Honner, zu sagen.

Wir haben im Laufe dieser Rede gehört, daß angeblich die österreichische Regierung jedem Befehl der Amerikaner sofort und gehorsamst nachkommt. Wir hören diese Beschuldigungen im Laufe des ganzen Jahres bei jeder Rede, die hier von Kommunisten gehalten wird, und wir haben sie im Laufe der Budgetdebatte, ich glaube nicht zu übertreiben, zumindest ein dutzendmal gehört. Es ist so merkwürdig, daß manche Menschen

absolut nicht aus ihrer Haut heraus können und daß sie der Meinung sind, daß all das, was sie selber tun, auch die anderen tun müssen.

Wenn der Herr Abg. Honner von der Befehlsentgegennahme der österreichischen Regierung bei den Amerikanern spricht, dann, glaube ich, denkt er immer daran, wie es ihm geht, wenn er da in das Nachbargebäude zu den Russen hinüberkommt, um dort seine Befehle zu empfangen. Das ist die alte Methode des „Haltet den Dieb“: Man schiebt den anderen in die Schuhe, was man selber gegenüber einer Besatzungsmacht tut.

Der Herr Abg. Honner hat sich gewundert, daß von Abgeordneten der Sozialistischen Partei an diesem Budget Kritik geübt wird. Ja, Herr Abg. Honner, es ist bei uns in Österreich etwas anders als in den Volksdemokratien. Bei uns, Herr Honner, hat man die Möglichkeit und das Recht, ja, ich möchte sogar sagen, die Verpflichtung, kritisch zu allen Problemen Stellung zu nehmen. Und sehen Sie, Herr Abg. Honner, wir können es, ohne daß wir deswegen gleich in ein Konzentrationslager kommen. Sogar Sie können hier Kritik üben. Aber wenn Sie in Budapest in diesem Ton gegenüber der Regierung eine Rede halten würden, Herr Abg. Honner, wären Sie längst kein Abgeordneter mehr, sondern ein ausgestoßener Verräter und Spion und würden schon lange in einem Konzentrationslager gelandet sein.

Der Herr Abg. Honner spricht vom Ausverkauf der österreichischen Volkswirtschaft an die Amerikaner, er spricht davon, daß wir die österreichische Volkswirtschaft in den Dienst der Kriegstreiberei der Amerikaner stellen, er spricht davon, daß wir den Amerikanern Stahl und Eisen zur Verfügung stellen, damit sie rüsten können. Der Herr Abg. Honner hat anscheinend darauf vergessen, daß man uns gar nicht zu fragen braucht, auch nicht Sie, Herr Abg. Honner, wenn entgegen unserem Willen über das österreichische Öl verfügt wird. Herr Abg. Honner, das wissen Sie so gut wie wir. Dieses Öl wird zum großen Teil weggeführt, und kein Mensch wird gefragt. Was geschieht mit diesem Öl, und wohin kommen die Gelder, die man dafür einnimmt?

Sie haben gesagt, durch den Marshallplan schlittern wir von einer Krise in die andere hinein, und Sie haben gesagt, die Krönung dieser Krisen seien die immer wieder abgeschlossenen Lohn- und Preisabkommen.

Ich weiß nicht: Sind die Ungarn auch schon beim Marshallplan dabei? Ich weiß nicht: Wieso ist es in Ungarn zu dieser Preisregelung gekommen? Ich weiß auch nicht,

2922 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

warum Sie sich aufregen, daß Waren in den Geschäften liegen. Es ist richtig, Herr Abg. Honner: Die Bevölkerung in Österreich und in den meisten Staaten der Welt leidet Not. Es geht ihr nicht so gut, wie wir es wünschen. Aber wenn Sie sich deshalb aufregen, weil Waren in den Geschäften liegen, Herr Abg. Honner, wie sollen wir dann die Überschrift des „Abend“ werten? Nach den Maßnahmen in Budapest stand im „Abend“ groß und schlagzeilenartig zu lesen: „In Budapest sind die Geschäfte voll! Die Arbeiter begeistert, die Lohnempfänger begeistert, die Kapitalisten geschlagen!“ Dort ist es richtig, wenn in den Geschäften Waren drinnen sind? Ich weiß nicht, wie der „Abend“ das gemeint hat. Entweder hat er gemeint, es sind Waren drinnen, dann hat er Ihnen unrecht gegeben, Herr Abg. Honner, oder hat er gemeint, es sind Leute drinnen und keine Waren, dann gibt er den ungarischen Meldungen unrecht, daß die Leute so begeistert waren.

Es ist natürlich für Sie schwer, hier zu den österreichischen Problemen Stellung zu nehmen, wenn Sie sich immer auf ausländische Beispiele berufen. Es ist natürlich schwer, zu Lohn- und Preispakten Stellung zu nehmen in einem Zeitpunkt, in dem man in Budapest einen solchen Lohn-Preispaht durchgeführt hat und da es sicher nicht mehr lange dauern wird, daß wir dasselbe in der Tschechoslowakei erleben werden.

Wir alle wissen, daß Sie noch vor ganz kurzer Zeit den Generalsekretär des tschechoslowakischen Zentralkomitees, Herrn Slansky, gelobt und ihn in den Siebenten Himmel erhoben haben. Wir wissen, daß er Ihr Idol, Ihr Held, ja Ihr Volksheld gewesen ist. Und heute ist er Volksverräter und Spion. Das ist die Politik, die die Kommunisten treiben, das ist die Politik, die sie auch hier bei uns immer vertreten, daß sie immer wieder mit den gleichen Anschuldigungen kommen.

Sie haben hier die Behauptung aufgestellt: Die Österreichischen Bundesbahnen sollen an ausländisches Kapital verkauft werden, deshalb werden keine Investitionen durchgeführt. Ich weiß nicht, Herr Abg. Honner, von wem Sie das erfahren haben. Was die Investitionen anlangt, Herr Abg. Honner, glaube ich nicht, daß Sie so kurzfristig, ja blind sind, um nicht zu sehen, wie bei den Bundesbahnen investiert wird, wie Bahnhöfe wiederaufgebaut werden, wie elektrifiziert wird und wie neue Triebwagen eingestellt werden. Das dürfte Ihnen alles entgangen sein, wenn Sie davon reden, daß wir die Investitionen bei den Bundesbahnen deshalb eingestellt hätten, weil sie an ausländisches Kapital verkauft werden sollen.

Und, Herr Abg. Honner, Sie haben gesagt: Die Gerüchte um den Schilling stärken nicht das Vertrauen der Bevölkerung in die Währung. Das ist richtig, Herr Abg. Honner. Aber darf ich Sie vielleicht fragen, ob Sie nicht besser als wir die Quellen dieser Gerüchte kennen? Darf ich Sie vielleicht fragen, Herr Abg. Honner, was anderes die „Volksstimme“ ununterbrochen tut (*Zwischenruf des Abg. Honner*), als gegen die Währung, gegen den Schilling zu hetzen? (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Sie lassen keine Gelegenheit in Ihrer Zeitung vorübergehen, ohne die österreichische Währung anzugreifen, weil Sie der Meinung sind, daß dann, wenn dieses Land in eine Not hineinkommt, wenn dieses Volk in einen Notstand gerät, die Kommunistische Partei vielleicht doch noch Chancen hätte, Anhänger zu gewinnen.

Sie haben davon gesprochen, daß die Banken aufgeteilt sind. Die Creditanstalt gehöre der Österreichischen Volkspartei, die Länderbank der SPÖ. Herr Abg. Honner, ich muß Ihnen zu meinem Bedauern sagen: Die Aktien, die die Sozialistische Partei von der Länderbank angeblich hat, schenken wir Ihnen. Wir haben keine Aktien, die Länderbank gehört nicht uns, und wenn zufälligerweise jemand Direktor ist, der der Sozialistischen Partei angehört, dann weiß ich nicht, warum das für Sie ein solches Novum ist. Ja, soll denn jeder Bankdirektor unbedingt einer bestimmten Partei angehören? Es war lange genug in unserem Staate so, daß keiner von irgendeiner anderen als der mächtigsten Partei dieses Landes Direktor einer Bank werden konnte. Aber daß Sie daran Kritik üben, daß auch einmal ein Mensch Direktor werden kann, der zufällig ein Mitgliedsbuch der Sozialistischen Partei in der Tasche hat, ist mir absolut unverständlich. (*Abg. Honner: Sie haben Ihre eigene „Arbeiter-Zeitung“ nicht gelesen!*) O doch, deshalb sage ich ja: Die Länderbank gehört nicht der Sozialistischen Partei, und wir dürfen daher die Länderbank kritisieren — auch dann, wenn ein Sozialist dort Direktor ist. Das ist auch wieder ein kleiner Unterschied gegenüber einer Volksdemokratie. Stellen Sie sich vor, Sie hätten einmal das Sekretariat der tschechischen Kommunisten und ihren Sekretär kritisiert, solange der Sekretär noch dort gewesen ist! (*Zwischenrufe beim Linksblock.*) Das wäre undenkbar gewesen.

Sie reden davon, daß die Steuern bei uns so hoch sind. Ja, Herr Abg. Honner, die Steuern sind bei uns hoch; sie sind in sehr vielen Staaten hoch, auch bei uns. Aber es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, in welcher Situation sich unser Staat befindet. Es

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2923

dürfte Ihnen wahrscheinlich nicht entgangen sein, daß in diesem verarmten Österreich Menschen zu sehen sind, die nicht in Zivilkleidung, sondern in Uniform herumgehen. Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, Herr Abg. Honner, daß in der ganzen Welt ein Kalter Krieg tobt, der alle Staaten, auch die Staaten der Volksdemokratie auf der anderen Seite, belastet. Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, Herr Abg. Honner, daß, wie ich früher schon gesagt habe, bei uns Rohstoffe ausgeführt werden, ohne daß die österreichische Regierung die Möglichkeit hat, irgendwelche Steuern dabei einzuheben, ohne daß sie die Möglichkeit hat, den Wert, der da hereinkommt, wirklich für sich zu verwenden. Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, daß bei uns in Österreich noch immer ein gut organisierter Schleichhandel besteht. Nicht von Österreichern organisiert! O nein, Herr Abg. Honner: unter dem Schutz einer Besatzungsmacht oder vielleicht auch aller Besatzungsmächte — wenn Sie wollen — haben wir einen Schleichhandel über die Grenzen, der uns außerordentlich belastet und unseren Staat um die Steuern und um die Zölle bringt. Das wissen Sie alles genau so gut wie wir. Und wenn Sie darüber reden, daß die Steuern in unserem Lande hoch sind, dann hätte ich es an Ihrer Stelle für richtig und für mutig gefunden, zu sagen: Jawohl, die Steuern sind hoch, aber wir Kommunisten wollen dort, wo wir die Möglichkeit haben, dafür sorgen, daß die Belastung des österreichischen Volkes verringert wird! Wir hätten uns gefreut, wenn Sie gesagt hätten: Wir fünf vom Linksblock werden nach der Sitzung hinübergehen in die Kommandantur und werden dafür eintreten, daß dem österreichischen Volk seine Bodenschätze bleiben und daß die Besatzungsmacht so rasch wie möglich verschwindet und der illegale Schleichhandel über die Grenzen eingestellt wird. (Abg. Dr. Migsch: Davon leben sie ja!) Wenn Sie diesen Mut aufgebracht hätten, hätten wir uns gefreut. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Migsch: Wenn sie da hineingehen, wissen sie ja nicht, ob sie wieder herauskommen!)

Und dann, Herr Abg. Honner, haben Sie noch einen Vorschlag unterbreitet, in der Meinung, er werde Ihnen die Sympathien des ganzen Volkes eintragen. Sie haben beantragt, die Ministergehälter auf 5000 S und die Bezüge der Abgeordneten auf 2000 S herunterzusetzen. Ich bin überzeugt davon, es wird Menschen geben, die sagen: Der Honner ist doch ein feiner Kerl! Schaut, er schlägt auch vor, daß sein Bezug auf 2000 S herabgesetzt werden soll! Das können aber nur die glauben, die der Meinung sind, daß Ihr Bezug, Herr Abg. Honner, tat-

sächlich heruntergesetzt wird. Für Sie ist der Bezug des Abgeordneten jedoch ganz uninteressant, ob er nun hoch oder niedrig ist; denn Sie bekommen ja aus Ihren Quellen, aus der Wasagasse, das Geld, das Sie brauchen. (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Herr Abg. Honner, ich glaube, Sie waren auch früher schon einmal in der Politik tätig und Sie wissen, daß es eine Grundforderung der Arbeiterschaft gewesen ist, daß man die Ausübung eines Mandates oder die Ausübung einer Ministerfunktion nicht davon abhängig machen darf, ob sich das jemand leisten kann oder nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Ich möchte Ihnen daher sagen, Herr Abg. Honner: Ihre Rede mag gut klingen, aber Sie kennen ganz genau die Auslagen, die ein Abgeordneter hat, die Ausgaben, die sich ergeben, wenn so ein Vorarlberger oder Tiroler Abgeordneter nach Wien hereinkommen und hier einen zweiten Haushalt oder eine zweite Wohnung haben muß. Wenn er im ganzen Land herumreisen muß, Herr Abg. Honner, dann können Sie das nicht vergleichen mit einem geordneten Haushalt, wo man um 5 Uhr nach Hause kommt und sonst keine Verpflichtungen mehr hat. Das wissen Sie genau so gut wie ich.

Und wenn ich Ihnen noch eines sagen darf: Ich habe das Glück gehabt, auch andere Länder kennenzulernen, darunter auch solche Länder, die heute Volksdemokratien sind. Ich habe auch die Kommunisten dort kennengelernt, so wie ich die Kommunisten in Österreich und in Wien kenne. Herr Abg. Honner, wir alle kennen Ihre Sprüche! Herabsetzung der Bezüge, weg mit den Autos bei den anderen! Aber Sie selbst möchten weiter die Autos benutzen, die Sie jetzt auch benutzen. Sie reden nur von den Autos der anderen, von den Bezügen der anderen, um von Ihren eigenen Bezügen und Autos abzulenken. Das ist in Wirklichkeit die Methode der Kommunisten. (Beifall bei den Sozialisten.) Die anderen Dinge, Herr Abg. Honner, sind nicht so wichtig. (Andauernde lebhaftes Zwischenrufe. — Abg. Frühwirth: In Prag fährt man auch nicht mit Eselskarren! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Herr Abg. Honner, die Politik kann man nicht mit Demagogie machen, die Politik kann man aber auch nicht mit Hausnummern machen. Ich habe hier das Protokoll der Sitzung des Nationalrates vom 21. September 1951. Damals war die Debatte über die Mietenregelung. Da haben Sie erklärt: Es gibt ein Haus, in dem eine Zimmer-Küche-Wohnung ist, die einen Friedenszins von 612 Kronen hat, das heißt einen monatlichen Friedenszins von 51 Kronen. Die Diskussion hat sich beiläufig so abgespielt: „Ich habe

2924 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

ein zweites Beispiel“ — haben Sie gesagt —, „eine Zimmer-Küche-Kabinettt-Wohnung.“ Der Herr Abg. Frisch hat gefragt: „Wo ist die?“ Sie haben gesagt: „Auch in einem Wiener Bezirk, im II. Bezirk.“ Daraufhin lebhaftes Rufe: „Wo? Wo?“ Darauf haben Sie geantwortet: „Durch solche Sachen können Sie mich nicht irritieren. Diese abgedroschenen, längst veralteten Methoden kennen wir zur Genüge.“ Der Abg. Weikhart hat darauf gesagt: „Haltet den Dieb!“ Darauf haben Sie erwidert: „Ich habe Sie bisher immer so als halbwegs ernsten und anständigen Menschen betrachtet, zwingen Sie mich nicht, daß ich mir eine andere Meinung von Ihnen bilde, Herr Kollege Weikhart!“ Der Abg. Weikhart hat darauf gesagt: „Ich wollte nur von der Zimmer-Küche-Wohnung in Favoriten, wo der Friedenszins 600 Kronen betragen hat, die Adresse!“ Darauf Sie: „Die Differenz, in diesem Fall Zimmer-Küche-Kabinettt, zwischen dem gegenwärtigen Zins von etwas über 30 S zu dem neuen Zins von rund 84 S beträgt über 54 S.“ So ist die Diskussion verlaufen. Herr Abg. Honner, Sie haben dann gesagt, Sie würden am nächsten Tag die Adresse veröffentlichen. (Abg. Honner: *Inzwischen haben Sie die Mietzinse noch weiter erhöht!* — Abg. Horn: *Die Hausnummer wollen wir hören!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Herr Abg. Honner, ich habe hier die „Österreichische Volksstimme“ vom 22. September! (Anhaltende Zwischenrufe.) Herr Abg. Honner, ich habe auch die „Volksstimme“ vom 23. September hier! Herr Abg. Honner, ich habe genau nachgelesen, aber ich finde nirgends die von Ihnen angekündigte Adresse. Ich glaube, Sie werden verstehen, Herr Abg. Honner: Solange Sie hier in diesem Hause Behauptungen aufstellen, ja sogar erklären, Sie werden am nächsten Tag die Adresse bringen, und dieses Versprechen nicht einhalten, werden wir Sie und Ihre Partei als die Partei der Hausnummern bezeichnen. (Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Honner: *Inzwischen sind die Mietzinse noch weiter hinaufgesetzt worden, und die Maisel-Steuer wird sie noch weiterhin erhöhen!* — *Zwischenrufe.*)

Ich weiß, Herr Abg. Honner, daß es nach Ihrer Auffassung und auch nach der Auffassung in den Volkdemokratien natürlich verschiedene Methoden der Finanzierung eines Staates gibt. Ich weiß, daß in den Volkdemokratien das Auflegen von Inlandsanleihen außerordentlich beliebt ist, so beliebt, daß die Menschen mitten in der Nacht aufstehen, um noch rechtzeitig zur Anleihezeichnung zu kommen. (Heiterkeit.)

Nun möchte ich zu der Frage, die uns hier beschäftigt und die wir heute zu be-

handeln haben, zu unserem Budget folgendes sagen: Wenn wir uns das Budget auf der Ausgaben- und Einnahmenseite ansehen, dann zeigt es vielleicht eine gewisse Gesinnung. In jedem Budget kommt irgendwie die soziale Einstellung eines Staates zum Ausdruck. Neben der Frage der Löhne und Preise dient ja auch die Einnahmen- und Ausgabenpolitik eines Staates dem sozialen Ausgleich. Wenn wir uns dieses Budget, das uns nunmehr vorliegt, ansehen, so finden wir darin eine Reihe von Positionen, von denen wir ruhig sagen können: Ja, wir finden hier vom sozialen Standpunkt aus richtig eingesetzte Beträge, und es sind richtig überlegte Maßnahmen getroffen worden.

Wir möchten aber genau so offen sagen, daß es auch manchen Posten in diesem Budget gibt, der das Ehrenprädikat „sozial“ nicht verdient. Und ich möchte ganz offen sagen: es ist selbstverständlich, daß, wenn man das Budget politisch betrachtet, man sehr leicht — und ich glaube auch sehr richtig — zu der Auffassung und Überzeugung kommt, daß dieses Budget das Merkmal eines Kompromisses trägt. Es ist ein Budget, das die verschiedenen Gegensätze in diesem Staate auch irgendwie sichtbar werden läßt, ein Budget, aus dem man lesen kann, daß hier schon bei der Zusammenstellung die verschiedensten Erwägungen angestellt wurden und ein Interessenkampf geführt wurde, bei dem die Meinungen halbwegs ausgeglichen werden konnten.

Die Fragen der Ausgabenwirtschaft haben wir nun in fast vierzehn Tagen gründlich beraten und kritisiert, und wir haben jede einzelne Post durchleuchtet. Heute gibt uns das Kapitel Finanzen die Möglichkeit, einmal zur Einnahmenpolitik und zu den Möglichkeiten der Sicherung unserer Währung grundsätzlich Stellung zu nehmen. Vor allem muß es für uns alle als oberster Grundsatz gelten, daß wir die Währung, daß wir unseren Schilling unbedingt sichern wollen; für uns alle muß als oberster Grundsatz gelten, daß wir alles, alles unternehmen müssen, um eine Inflation zu vermeiden. Die Zeitspanne seit der letzten Inflation ist vielleicht noch zu kurz, um alle die Gefahren vergessen sein zu lassen, die durch eine Inflation heraufbeschworen werden. In der Ersten Republik hat es eine solche Inflation gegeben, und wir alle wissen, daß die arbeitende Bevölkerung, die ärmeren Schichten unseres Volkes die besonders Leidtragenden bei dieser Inflation gewesen sind. Es hat also von den Arbeitern und Angestellten niemand ein Interesse daran, eine Inflation heraufzubeschwören. Und ich möchte sagen: Über die Kreise der Arbeiter und Angestellten

hinaus können auch die Bauern und die Gewerbetreibenden genau so wenig ein Interesse daran haben, eine Inflation herbeizuführen, denn sie würden ebenso große Verluste erleiden wie derjenige, der nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat.

Wir müssen aber genau so objektiv und offen sagen: Es gibt Menschen, die auf eine Inflation spekulieren und spekuliert haben und die ihre Wirtschaftspolitik auf eine Inflation angelegt haben. Ich meine hier jene Kreise, die weit über ihre Möglichkeiten hinaus Kredite aufgenommen haben, in der Erwartung, daß eine Abwertung des Geldes, eine Inflation sie wieder schuldenfrei machen würde. Wir haben sicher Kreise in unserem Lande — und auch das weiß jeder —, die Investitionen gemacht haben, die weit über ihre Kraft hinausgehen und die bei einer realen kaufmännischen Führung nicht die Möglichkeit hätten, ihre Kredite wirklich abzudecken. Diese Menschen, die auf diese inflationistische Politik spekuliert haben, bilden praktisch eine ständige Gefahr für unsere Währung, und ich glaube, wir können sagen, daß sie neben den Kommunisten auch diejenigen sind, die diese Gerüchte von der Entwertung des Schillings in die Welt setzen. Ja, es gibt bei uns Menschen, die unserem Staat auch dadurch Schaden zufügen, daß sie sagen: Sicher ist sicher, ich lege meinen Betrieb irgendwo in Argentinien oder Südamerika an, ich baue dort meine Betriebsstätten und ziehe mich aus dieser Zone des Kalten Krieges zurück. Auch die, die mit dieser Politik praktisch, sagen wir, Mißtrauen oder ein mangelndes Vertrauen gegenüber unserem Staate beweisen, zählen zu jenen, die unsere Währung in Gefahr bringen können; ferner auch diejenigen, die ununterbrochen den Versuch unternehmen, im Ausland Schwarze Konten anzulegen. Ich glaube, es ist für uns alle kein Geheimnis, daß es solche Menschen gibt, daß es solche Menschen unter den Industriellen und vor allem unter den Händlern gibt, die Waren ausführen, dann unterfakturieren und sich einen Teil in guter ausländischer Währung draußen im Ausland anlegen, während sie hier in Österreich Schulden machen. Auch sie zählen zu jenen, die wir als die Feinde der österreichischen Währung bezeichnen können.

In diesem Zusammenhang, Herr Finanzminister, möchte ich aber auch sagen: Wenn wir eine Devisenbewirtschaftung in unserem Lande haben und eine Devisenbewirtschaftung für unbedingt notwendig halten, dann, glaube ich, sollte eine Devisenbewirtschaftung nicht von einer Stelle gemacht werden, auf die wir nicht unmittelbaren und stärksten Einfluß ausüben können. Ich weiß nicht, wer von

den Herren den Persil-Prozeß irgendwie verfolgt. Es ist außerordentlich interessant, daß dort ein Abteilungsdirektor der Nationalbank, ein Herr Dr. Berger, eine Zeugenaussage ablegte, deren Ausgangspunkt der Bankbescheid an Dr. Gürtler war, in dem der Firma Pompe das Recht zuerkannt wird, ihre Devisenguthaben aus Provisionen erst nach endgültiger Abrechnung anzumelden. „Dieser Beschluß“ — erläuterte der Zeuge Dr. Berger — „wurde in einer Sitzung gefaßt, an der mehrere leitende Herren der Nationalbank teilnahmen! Die Firma Pompe konnte die Höhe ihrer Auslandsguthaben noch nicht definitiv angeben. Die Nationalbank aber kann erst dann Guthaben einkassieren, wenn der Betrag feststeht. Für die Nationalbank ist eine Forderung erst dann interessant, wenn sie auch geltend gemacht werden kann.“ So faßte der leitende Beamte sein Urteil zusammen.

Dürfen wir uns wundern, Herr Minister, wenn dann der Staatsanwalt sagt: „Nach der von Ihnen gehandhabten Praxis wird nun keine einzige Provision mehr rechtzeitig angemeldet werden, jeder Geschäftsmann wird es vorziehen, die sogenannten Spitzenbeträge selbst so abzustimmen, daß die Nationalbank überhaupt nichts mehr bekommt!“

Ich glaube, wenn wir die Devisenbewirtschaftung haben — und wir brauchen sie —, dann sollte sie einem Institut oder einer Stelle anvertraut werden, die dem österreichischen Volke und der österreichischen Volksvertretung voll verantwortlich ist. Ich glaube, wir sollten uns darüber den Kopf zerbrechen, wie alle diese Geschäfte, die zum Schaden des österreichischen Staates gemacht werden, wie das Anlegen von Schwarzen Konten im Ausland, verhindert werden könnten. Das ist die eine Seite, die wir sehen müssen.

Aber wir haben bei der Beratung dieses Budgets für das Jahr 1952 noch mit anderen Schwierigkeiten zu rechnen. Es ist uns angekündigt worden, daß die Marshall-Hilfe gekürzt wird, und wir sind fest davon überzeugt — und auch Sie, Herr Finanzminister, sind sicher ebenfalls fest davon überzeugt —, daß diese Marshall-Hilfe gekürzt werden wird. Natürlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, und es können hier die verschiedensten Auffassungen vorherrschen. Man kann, wenn die Auslandshilfe gekürzt wird, natürlich zu der Auffassung kommen: Schnüren wir halt den Gürtel enger, schränken wir die Einfuhr von Lebensmitteln ein! Man könnte schließlich auch zu der Auffassung kommen: Schränken wir die Einfuhr von Rohstoffen ein oder stellen wir die Investitionstätigkeit ein! Oder man könnte auch, wie es die Industriellen getan

2926 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

haben, in den gleichen Ton verfallen und sagen: Schränken wir die öffentliche Verwaltung ein — wie es so schön heißt. Es klingt dies auch alles wieder sehr gut, aber ob es nicht auch sehr viel Demagogie beinhaltet, möchte ich Ihrem eigenen Urteil überlassen.

Aber glauben Sie nicht, daß wir solchen Maßnahmen jemals unsere Zustimmung geben könnten. Wenn wir Konsequenzen aus der verringerten Auslandshilfe ziehen müssen, dann, glaube ich, kann es für uns Österreicher nur eine Konsequenz geben, nämlich die, alles daranzusetzen, unsere eigene Produktion zu steigern. Unser Grundsatz muß lauten: Mehr produzieren, mehr Umsatz, öfterer Umsatz, mehr exportieren, aber bei einem geringeren Gewinn!

Wir können die Produktion nicht durch Antreiberei steigern, sondern wir können sie nur durch Rationalisierung steigern. Zu dieser Frage der Produktionssteigerung möchte ich noch eines hinzufügen: Es wird immer so viel davon geredet, daß wir eine freie Wirtschaft brauchen und daß wir jedem einzelnen Unternehmer und Gewerbetreibenden die Möglichkeit der freien Entfaltung schaffen müssen. Darf ich in diesem Zusammenhang fragen, meine Herren von der ÖVP, wie das Untersagungsgesetz zu dieser These paßt, durch das wir in Wirklichkeit die Möglichkeit der freien Entfaltung der Unternehmer und Wirtschaftstreibenden einschränken. Ich glaube, daß dieses Untersagungsgesetz reif ist, aufgehoben zu werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch sagen, meine Herren: Es hat gar nichts mit einer freien Wirtschaft zu tun, wenn wir von einer freien Wirtschaft reden, in Wirklichkeit aber die Wirtschaftskammer zu einem Konzentrationslager aller Wirtschaftstreibenden ausgebaut haben. Ich glaube daher, wir sollten wirklich die Möglichkeit schaffen, einen Konkurrenzkampf auszutragen, und wir sollten wirklich dafür sorgen, daß für den Tüchtigen freie Bahn geschaffen wird, um so die Voraussetzungen zu schaffen, daß tatsächlich eine Steigerung der Produktion erreicht wird, ohne das Antreibersystem anzuwenden.

Wenn wir aber sagen, wir müssen uns grundsätzlich und planmäßig vorbereiten und darauf einstellen, daß wir eine geringere Hilfe bekommen, dann möchte ich sagen: Hüten wir uns davor, in Zukunft Geschenke zu machen, hüten wir uns davor, Protektion zu üben, und hüten wir uns vor Bevorzugungen! Es kann keine planlose Verteilung dieser Auslandshilfe zum Vorteil einzelner geben, sondern nur eine planvolle Verwendung der Gelder im Interesse der Allgemeinheit.

Der Staat soll nicht die Investitionen einstellen. Ich glaube, daß das eine verkehrte Politik wäre. Denn wir glauben, daß nichts volkswirtschaftlich so gut ist und daß nirgends das Geld volkswirtschaftlich so gut angelegt ist wie beim Ausbau unserer Energiewirtschaft, bei der Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen und bei der Rationalisierung unserer verstaatlichten Betriebe. Hätten wir vor 1938 diese Arbeiten, diesen Ausbau der Energiewirtschaft und die Elektrifizierung der Bundesbahnen durchgeführt, wir wären heute in einer anderen politischen und wirtschaftlichen Situation. Wir hätten uns damals eine große Arbeitslosigkeit erspart, und wir wären heute nicht mehr den Erpressungen unserer volkdemokratischen Kohlenlieferanten ausgeliefert.

Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, der Staat soll seine Investitionstätigkeit fortsetzen, dann möchte ich auch sagen, daß es unsere Aufgabe wäre, nicht unseren Gebietskörperschaften, den Ländern und Gemeinden, nahezulegen, die Investitionstätigkeit einzuschränken oder einzustellen, sondern wir sollen auch unseren Gebietskörperschaften sagen: Investiert und rationalisiert, soviel ihr nur irgendwie könnt, und schafft dauernde Werte, die unserem Volk dauernd zugute kommen!

Und wenn wir schon über die Gebietskörperschaften reden, dann möchte ich dazu auch gleich ein Wort sagen: Die Betriebe unserer Gebietskörperschaften, die Betriebe unserer Gemeinden sind teilweise durch den Krieg außerordentlich schwer beschädigt, sie wurden viele Jahre lang vernachlässigt. Ich glaube, daß es unsere oberste Pflicht wäre, auch unseren Gemeinden, unseren kleinsten Gebietskörperschaften, zu helfen und ihnen zu ermöglichen, ERP-Kredite in einem größeren Ausmaß in Anspruch zu nehmen, damit sie auch selbst ihre eigenen Betriebe rationalisieren und modernisieren können.

Wenn Sie sich die Tarife ansehen, Herr Bundesminister, die wir in unserer öffentlichen Tarifwirtschaft haben, dann werden Sie daraufkommen, daß sie durchschnittlich das 3-5fache vom Jahre 1938 ausmachen. Wie wichtig das für die Volkswirtschaft ist, wird jeder wissen, der mit den Tarifen zu tun hat, der auf Gütertarife und so weiter angewiesen ist. Wir können überzeugt sein, Herr Finanzminister: Jeder Groschen der Auslandshilfe, den wir in unsere öffentlichen Betriebe hineinstecken, wird widmungsgemäß verwendet werden. Wir würden uns freuen, wenn wir diese hundertprozentige Überzeugung in allen Fällen der Kreditzuteilung oder der Hilfeleistung an die private Wirtschaft hätten.

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2927

Sie werden es daher auch verstehen, Herr Finanzminister, daß wir Sozialisten der Meinung sind, daß die Verteilung der Gelder durch unseren Rechnungshof überprüft werden soll, und daß wir der Meinung sind, daß nicht nur die Verteilung, sondern auch die Verwendung dieser Gelder durch den Rechnungshof überprüft werden soll. Wir lehnen es ab, irgendwie Protektion zu üben, sondern sind der Meinung, daß, wenn die Allgemeinheit hilft und noch dazu eine ausländische Hilfe da ist, die den einzelnen und einzelnen Industriezweigen Hilfe gibt, wir dann auch die Möglichkeit der Überprüfung und der Kontrolle der Anwendung dieser Hilfsmittel haben müssen. Unsere Industrie und unsere Landwirtschaft werden in absehbarer Zeit, vielleicht schon in kurzer Zeit, den Konkurrenzkampf in der ganzen Welt in voller Härte zu spüren bekommen. Wir werden konkurrenzfähig sein müssen. Diese Konkurrenzfähigkeit erreichen wir nicht durch einen Lohndruck und durch Preiserhöhungen, sondern nur durch die zweckmäßigste Verwendung der Auslandshilfe für die Rationalisierung unserer gesamten Wirtschaft. Wir haben nicht mehr viel Zeit, vielleicht noch ein Jahr, vielleicht noch zwei Jahre. Ich weiß, daß es Menschen in diesem Lande gibt, die immer auf ein Wunder warten, die an Wunder glauben und die der Meinung sind: Na, wenn es uns besonders schlecht geht, dann wird schon irgendwer kommen, der uns hilft; vielleicht kommt dann der Amerikaner, der uns hilft, vielleicht kommt irgendein anderer Engel, der uns hilft.

Ich glaube aber, wir haben die Pflicht, die Existenz unseres Volkes und unseres Staates nicht auf ein Vielleicht, auf ein Fragezeichen aufzubauen, sondern die Existenz unseres Volkes auf eine gesunde und gesicherte Grundlage zu stellen und diese Existenz soweit zu sichern, daß wir der Überzeugung sein können, daß wir auch in dem Augenblick, in dem die Auslandshilfe aufhört, imstande sein werden, aus eigener Kraft, wenn auch unter schweren Belastungen, die Existenz unseres Volkes sicherzustellen! (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Wir Sozialisten wollen also ganz offen sagen, daß wir der Meinung sind, daß das uns noch in einem bescheidenen Ausmaß in der nächsten kurzen Zeit zur Verfügung stehende Geld, daß die uns zur Verfügung stehenden Hilfsmittel so angelegt werden sollen, daß die Existenz unseres Volkes dauernd gesichert werden kann.

Der zweite Grundsatz neben der Währungsicherung und neben der richtigen Verwendung der Hilfsmittel, die wir bekommen, ist die Frage der Vollbeschäftigung. Auch die Frage

der Vollbeschäftigung ist für uns Sozialisten eine grundsätzliche Frage. Wir wissen wieder ganz genau, daß es manche Kreise gibt, die mit der Arbeitslosigkeit liebäugeln. Sie glauben, daß man so wie vor 1938 die Arbeitslosigkeit dazu verwenden kann, um besser antreiben und einen Lohndruck ausüben zu können. Jedem, dem der soziale Friede in unserem Lande am Herzen liegt, muß es etwas Selbstverständliches sein, daß wir dafür zu sorgen haben, daß alle Menschen, die arbeitswillig sind, auch die Möglichkeit haben, hier in diesem Staate zu arbeiten. Wir wollen weder Lohndruck, noch wollen wir Antreiberei. Was wir wollen, das ist die Sicherung des Arbeitsplatzes für jeden. Wir sind nicht in der glücklichen Lage anderer Länder — ich denke da vor allem an die Schweiz —, wo es möglich ist, daß schon ein Familienerhalter seiner Familie eine solche Existenz schafft, mit der man halbwegs zufrieden sein kann.

Ich weiß, daß es bei uns verschiedene Kategorien gibt und daß die Familien, die nur einen Verdiener haben, einen außerordentlich bescheidenen Lebensstandard aufweisen. Wir können nur dort von einem halbwegs erträglichen Lebensstandard reden, wo eine Familie das Glück hat, daß zwei oder drei Verdiener da sind, die ihr Geld zusammenlegen und so den Haushalt gemeinsam bestreiten. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Nehmen wir heute diesen Menschen die Möglichkeit, zusätzlich zu verdienen, dann gefährden wir damit den sozialen Frieden in unserem Lande und wirken nicht für die Demokratie, sondern für die Volksdemokratie. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wir glauben daher, daß die Vollbeschäftigung für uns eine eminent wichtige Frage, eine grundsätzliche Frage ist, zu der wir uns allgemein bekennen sollen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, daß wir zusammen mit der Vollbeschäftigung noch ein zweites Problem zu sehen haben, nämlich das Problem der Winterarbeitslosigkeit, die wir jetzt schon seit einigen Jahren kennen. Wir wissen, daß wir im Sommer eine Vollbeschäftigung haben, wir wissen, daß wir im Sommer auf verschiedenen Sektoren teilweise sogar einen mehr oder weniger stark fühlbaren Arbeitermangel haben, aber wir blicken immer wieder und jedesmal mit Sorge dem Winter entgegen, weil im Winter die Arbeitslosenzahl immer hinaufschnellt. Damit schaffen wir eine gewisse Unsicherheit in unserer Bevölkerung, weil die Arbeiter immer wieder fürchten müssen, daß sie im Winter einige Monate arbeitslos sind. Vielleicht spielt hier auch das Fiskaljahr, das bei uns vom 1. Jänner

2928 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

bis zum 31. Dezember läuft, eine gewisse Rolle. Vielleicht wäre es zweckmäßig, daran zu denken, die Termine irgendwie zu verändern, damit wir mit dem Budgetwechsel in die Zeit der vollen Beschäftigung hineinfallen. Aber wenn das nicht möglich ist, dann muß vor allem Vorsorge getroffen werden, daß durch die Beschlußfassung des Budgets zu Ende des Jahres nicht ein Leerlauf in der ganzen Staatsverwaltung, ja in der ganzen öffentlichen Verwaltung entsteht, weil die Beamten praktisch erst nach Verabschiedung des Budgets über die Beträge verfügen können. Es herrscht ja bei uns die Praxis, daß erst, wenn das Budget vorliegt, die Ausschreibungen gemacht werden, sodaß das Budget dann in Wirklichkeit erst einige Monate später voll wirksam wird. Vielleicht könnten wir uns auf diesem Gebiet eine Änderung überlegen. Wir haben auch im Finanz- und Budgetausschuß einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ich glaube, daß es nicht sehr zweckmäßig ist, wenn man von einem Winterarbeitsbeschaffungsprogramm redet und gleichzeitig den eigenen Ministern den Auftrag gibt, Arbeiter abzubauen und Bauten einzustellen. Ich glaube, die primärste Aufgabe wäre die, daß wir uns zuerst in der öffentlichen Verwaltung selber bemühen, die Winterarbeitslosigkeit so niedrig als möglich zu halten, und nicht einfach den Dingen freien Lauf lassen. Hier wäre ein Ausweg zu suchen, um die Winterarbeitslosigkeit zu beseitigen und damit dem Staat auch viele dutzende oder hunderte Millionen an Arbeitslosenunterstützung zu ersparen, die wir dann wieder für eine Investitionstätigkeit, also für eine weitere Ankurbelung der Wirtschaft zur Verfügung stellen könnten. Einen solchen Ausweg zu suchen müßte eine Aufgabe des Finanzministeriums sein.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch sagen, daß die Beschlußfassung über das Budget am Ende des Jahres auch für die nachfolgenden Gebietskörperschaften, für die Länder und Gemeinden, einige, vielleicht sogar außergewöhnliche Erschwerungen mit sich bringt.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich sind sicherlich sehr schwierig zu führen. Ich weiß auch, wer alles da anzuhören ist: die Länder, die Gemeinden, der Städtebund, der Gemeindebund — alle haben vorerst einmal andere Interessen, und alle diese Interessen auf einen Nenner zu bringen bedeutet allerhand Schwierigkeiten. Ich möchte dies ohne weiteres anerkennen, aber es wird doch einmal in Zukunft notwendig sein, die Finanzausgleichsverhandlungen so

zu führen, daß auch die Länder und Gemeinden rechtzeitig budgetieren können, denn sie sind ja abhängig vom Ausgang der Verhandlungen über den Finanzausgleich, weil sie, solange sie nicht die Summen kennen, die sie zu bekommen haben, selber nicht budgetieren können.

Bei dieser Gelegenheit wäre auch anzuregen, vielleicht doch den Versuch zu unternehmen, einen Finanzausgleich auf längere Zeit abzuschließen. Es wird noch nicht auf drei oder fünf Jahre gehen, aber vielleicht gelingt es uns, Herr Finanzminister, im kommenden Jahr die Verhandlungen einmal so rechtzeitig zu beginnen, daß unseren Gebietskörperschaften die Schwierigkeiten bei der Budgeterstellung erspart werden, und vielleicht gelingt es uns, zumindest einen Finanzausgleich für die Dauer von zwei Jahren zu schaffen, damit die Länder und Gemeinden eine gewisse Sicherheit in ihrer Wirtschaft haben, weil sie dann auf längere Zeit planen können.

Wenn wir schon über den Finanzausgleich reden, so möchte ich auch einige Worte über das Notopfer von 400 Millionen Schilling sagen, daß die Länder und Gemeinden zugunsten des Bundes erbringen müssen. Ich weiß, dieses Notopfer ist jetzt ungetauft worden in Bundespräzipium. Aber es hat Notopfer geheißen und es war seinerzeit so gedacht, daß alle Gebietskörperschaften dem notleidenden Bund ein einmaliges Opfer bringen, um ihm über eine besonders schwierige Situation hinwegzuhelfen.

Aber dieses Notopfer ist nunmehr ein Gewohnheitsrecht des Bundes geworden. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn unsere Gebietskörperschaften von dieser Belastung nicht sehr begeistert sind. Wir verlangen praktisch ein Notopfer von unseren Gebietskörperschaften, die selbst notleidend genug sind, die selbst Anspruch auf ein Notopfer hätten. Wir verlangen es von Gebietskörperschaften, die durch Krieg und Kriegsschäden außerordentlich schwer belastet sind. Ich denke hier an die Beseitigung der Kriegsschäden an den Verwaltungsgebäuden, in den Schulen, Kindergärten, Altersheimen usw. Überall müssen die Gemeinden aus eigenem die Kraft aufbringen, müssen sie eigene Mittel zur Verfügung stellen, um diese Kriegsschäden beseitigen zu können. Auch der Aufwand für die Krankenhäuser, Herr Finanzminister, bedeutet eine besondere Belastung für unsere Gemeinden.

Auch durch die Besatzungsmächte haben die Gemeinden noch verschiedene Belastungen zu tragen. Wir können sagen,

daß unsere Gemeinden belastet genug sind. Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, daß sie durch die Flüchtlingsfürsorge außerordentlich belastet sind. Wir sollten uns daher mit dem Gedanken tragen, doch über kurz oder lang diese Belastung mit 400 Millionen Schilling wieder von den Schultern unserer Landes- und Gemeindeväter zu nehmen, um ihnen ihre Wirtschaftsführung zu erleichtern.

Wir sollten aber auch, wenn wir Hilfe an einzelne Gemeinden leisten, immer wieder berücksichtigen und überprüfen, ob die Gemeinden auch ihre eigenen Steuermöglichkeiten voll und ganz ausnützen. Auf die Dauer ist auch die Methode nicht möglich, daß jene Gemeinden, die — Gott sei Dank — keinerlei Opfer zu bringen haben, weil sie keinerlei Schäden aufweisen, ihre eigenen Steuermöglichkeiten gar nicht ausschöpfen, vom Bund aber genau so behandelt werden wie jene Gemeinden, die die größten Belastungen auf ihre Bevölkerung überwälzen und trotzdem mit den Mitteln nicht das Auslangen finden, weil sie ohne ihr Verschulden durch den Krieg und die Nachkriegszeit in eine besonders schwierige Situation gekommen sind.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang auch einen Wunsch unserer Gemeinden vortragen, der Ihnen wohl auch schon bekannt ist. Unsere Gemeinden und unsere Gemeindefinanzreferenten haben sehr oft den Wunsch geäußert, man möge ihnen die Möglichkeit geben, die Gewerbesteuer und die Grundsteuer selbst einzuziehen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß man diesem Wunsch der Gemeinden sofort nachkommen soll, aber ich glaube, man sollte sich dazu entschließen, diesen Wunsch der Gemeinden einer ernsthaften Überprüfung zu unterziehen. Unsere Gemeinden behaupten, daß die Steuermoral ihnen gegenüber größer sei als dem Bund gegenüber, weil sie unmittelbarer mit dem Steuerzahler in Verbindung sind. Überprüfen wir diesen Wunsch der Gemeinden gründlich, vielleicht können wir auch hier einen Ausweg finden.

Wenn ich schon über die Steuermoral spreche, dann möchte ich noch etwas dazu sagen. Herr Finanzminister, Sie waren so liebenswürdig, uns im Finanz- und Budgetausschuß mitzuteilen, wie die Bezahlung der Vermögensabgabe und der Vermögenszuwachsabgabe vor sich geht. Sie haben uns mitgeteilt, daß 1,3 Milliarden Schilling vorgeschrieben und daß bisher von diesem Betrag 570 Millionen abgedeckt wurden. Sie haben uns mitgeteilt, daß von den 570 Millionen Schilling 23 Millionen Schilling bar eingezahlt

wurden und daß der Rest von 547 Millionen Schilling durch Bundesschuldverschreibungen abgedeckt wurde. Für diese Bundesschuldverschreibungen in der Höhe von 547 Millionen wurden, wenn wir den Durchschnittspreis mit 40 S annehmen, 219 Millionen Schilling aufgewendet. Das heißt, von 1,3 Milliarden wurde zwar ein Betrag von 570 Millionen Schilling abgedeckt, allerdings nur mit einem wirklichen Geldaufwand von 242 Millionen Schilling. Herr Finanzminister, ich glaube, Sie werden verstehen, wenn wir sagen, daß hier eine etwas stärkere Anstrengung schon möglich gewesen wäre. Wir hätten wahrscheinlich schon die Möglichkeit gehabt, auf diesem Sektor unserem Bundessäckel etwas mehr Geld zuzuführen.

Wir sprechen ununterbrochen von den gemeinsamen Opfern, aber ich glaube, wenn wir immer von diesen gemeinsamen Opfern sprechen, dann müssen wir erkennen, daß auch die Belastungen gemeinsam getragen werden müssen. Hier möchte ich sagen, daß es auch für das Finanzministerium sehr interessant wäre, die Bilanzen der einzelnen Betriebe genau anzusehen und genau zu überprüfen, wie weit hier Möglichkeiten bestehen, die Steuern rascher hereinzubringen. Wir wissen, daß sich die großen Firmen und die Großagrarien, zum Unterschied von den kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Bauern, Steuerberater leisten können. Wir wissen schon, daß die Tätigkeit des Steuerberaters absolut berechtigt ist, wir wissen aber auch, daß natürlich die Steuerberater alle Möglichkeiten der Steuererleichterungen herausfinden und so an sich schon eine große Hilfe für die Industrie und für die Großagrarien darstellen. Nun wäre doch zumindest zu erwarten, daß die mit Hilfe der Steuerberater immerhin schon in einer nicht allzu gewaltigen Höhe festgesetzte Steuer doch so rasch als möglich hereinkommt. Wir wissen aber, daß viele der Industriellen und Großagrarien die Steuern dann erst recht schuldig bleiben. Sie bleiben sie nicht deshalb schuldig, weil sie der Meinung sind, diese Steuerschuld in einem halben Jahr zu zahlen, sondern sie denken dabei, und zwar vielleicht gar nicht dumm, sondern sogar sehr überlegt: Die Entwicklung der Jahre von 1945 bis 1951 war so, daß der Schilling immer billiger geworden ist. Wenn sie ihre Steuern erst zwei Jahre später bezahlen, dann haben sie die Hoffnung, daß sie die Steuern mit einem billigeren Schilling bezahlen können. Hier darauf zu achten, daß die Steuerleistungen rechtzeitig erbracht werden und daß sie schon dann erbracht werden, wenn sie vorgeschrieben sind, wäre eine Aufgabe des Finanzministeriums.

2930 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Die Arbeiter und Angestellten sind pünktliche Steuerzahler; ihnen wird die Steuer abgezogen, über die Finanzämter abgeführt und kommt zu Ihnen, Herr Finanzminister. Wir würden uns freuen, wenn die Steuern so pünktlich, wie sie von den Arbeitern und Angestellten bezahlt werden, auch von den Industriellen und Großagrariern bezahlt werden würden. Wir glauben, daß wir dieser Spekulation entgegentreten sollen, die darauf hinausgeht, die Steuern so spät wie möglich zu zahlen. Wir glauben aber auch, daß verstärkte Betriebsprüfungen außerordentlich zweckmäßig wären und daß die dort verwendeten Beamten sich außerordentlich bezahlt machen würden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir müßten hier vielleicht — das paßt auch in die Verwaltungsreform hinein — die Belastung für einige Angestellte übernehmen, denn ich bin überzeugt, daß sie viele Millionen Schilling für den Staatssäckel hereinbringen würden.

Zum Abschluß, Herr Finanzminister, noch ein Wort. Sie kommen jedes Jahr zu Weihnachten — mir kommt es so vor wie der Weihnachtsmann — und sagen: Es kommen Steuerermäßigungen! Wir lesen jedes Jahr um die Weihnachtszeit herum, daß Steuerermäßigungen in Aussicht genommen sind. Wir freuen uns über einen solchen Weihnachtsmann, der Steuerermäßigungen verspricht; aber wenn wir Steuerermäßigungen geben können, dann geben wir sie doch den Kriegsopfern, den Kriegsblinden, geben wir sie den Alten und Armen, aber nicht denen, die zur Steuerleistung herangezogen werden können. Wir glauben auch nicht, Herr Minister, daß dieses ständige Versprechen von Steuerermäßigungen die Steuermoral sehr stärkt. Wir können begreifen, daß Menschen, die sich ununterbrochen „unschuldig besteuert“ fühlen, nur sehr ungern ihre Steuer bezahlen. In einer Zeit, in der Frankreich seine Einkommensteuer und alle Abgaben und Gebühren um 10 Prozent erhöht, in einer Zeit, in der sich alle Staaten darüber Gedanken machen, wie sie ihre Einnahmen erhöhen könnten, sollten wir uns hüten, in Österreich ununterbrochen von Steuerermäßigungen zu reden, noch dazu in einer Zeit — das wissen Sie genau so gut wie wir alle —, in der der Staat nicht reich genug ist, um auf Einnahmen verzichten zu können. Ich glaube, hier müßten alle Abgeordneten, gleichgültig welcher Partei sie angehören — ich möchte hier vor allem einen Appell an die Abgeordneten der Volkspartei richten —, immer den Mut zur Wahrheit finden. Man soll nicht Steuerermäßigungen versprechen, sondern man soll den Menschen sagen, wie schwierig die Situation in unserem Land ist,

und man soll das vor allem denjenigen sagen, die glauben, sich heute schon ein Leben leisten zu können wie in der besten Zeit unseres Staates. Wir glauben, daß gerade der Finanzminister nicht der Mann sein darf, der ununterbrochen von Steuerermäßigungen redet.

Hier möchte ich auch einiges sagen zu der Frage des sogenannten Belastungsstopps. Wir hören so oft, es müsse ein Belastungsstopp kommen. Aber eines ist nicht möglich: daß der Finanzminister vom Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe verlangt, er solle im Jahre 1952 um 1 Milliarde mehr bei den Tarifen, und zwar vor allem bei den Gütertarifen, hereinbringen, während auf der anderen Seite die Funktionäre der Österreichischen Volkspartei, der auch der Minister angehört, hinausgehen und von einem Belastungsstopp reden und immer noch darüber sprechen, daß die öffentlichen und verstaatlichten Betriebe keinen Beitrag zur Preissenkung leisten. Hier, meine Herren, haben Sie eine Möglichkeit! Wenden Sie sich an Ihren eigenen Finanzminister und fragen Sie ihn, ob er die Zustimmung zu den Ansätzen des Kapitels Verkehr und verstaatlichte Betriebe nur unter der Bedingung gegeben hat, daß im Jahre 1952 1 Milliarde mehr an Tarifen eingehoben wird! Man sollte auch hier den Mut haben, nicht mit diesen demagogischen Mätzchen im ganzen Land hausieren zu gehen, indem man einerseits von der „Belastung durch die öffentlichen Betriebe“ spricht und auf der anderen Seite durch den eigenen Minister die Erhöhung der Tarife in einem verstaatlichten Betrieb verlangt.

Nun möchte ich noch einige Worte über die Aussendung sagen, die die Industriellenvereinigung am Mittwoch beschlossen hat, die wir Donnerstag, den 13. Dezember, in den Zeitungen lesen konnten. Dort standen verschiedene Dinge, mit denen man sich wohl doch beschäftigen muß.

Die Industrie wendet sich hier an unser ganzes Volk und sagt: Wir rufen die Öffentlichkeit auf, zusammenzustehen und zusammenzuhelfen, damit wir aus dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation in unserem Lande herauskommen. Sie redet davon, daß übersteigerte Ausgaben der öffentlichen Hand eingeschränkt werden müssen. Wir können nicht beurteilen, welche Gedanken die Herren der Industrie geleitet haben, als sie diese Grundsätze ausgesprochen haben. Wir wissen nicht: meinen sie damit eine Kürzung oder Einschränkung der Renten, meinen sie damit eine Einschränkung der sozialen Ausgaben; meinen sie damit die Einschränkung oder Einstellung der Investi-

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2931

tionstätigkeit? Wir wissen nur, daß sie davon geredet haben, die übersteigerte Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand einzuschränken.

Dieses Budget und diese Ausgabenwirtschaft haben wir alle zusammen beraten und überprüft. Wir alle zusammen haben keine Möglichkeit wesentlicher Einsparungen gefunden und wir alle zusammen haben keine Möglichkeit wesentlicher Einnahmesteigerungen gefunden. Ja, was soll denn dann das Geschwätz von der übersteigerten Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand? Sollte es etwas anderes als ein Geschwätz sein, dann müßte man uns auch konkret sagen, was man damit will.

Wir wären glücklich, wenn wir die Möglichkeit hätten, die Wirtschaft genau so zu überprüfen, wie wir den Staatshaushalt überprüfen können. Wir wären glücklich, wenn wir die Preise für Textilien, für Lederwaren, für Holz und dergleichen, Preise, die für uns so wichtig sind, bei uns im Hauptausschuß beschließen könnten, so wie wir die Tarife unserer Staatsbetriebe hier im Hauptausschuß beschließen können. Da würden wir gleich sehen, daß es noch manche Möglichkeiten der Preissenkung gibt. Wenn wir die Möglichkeit der Überprüfung durch die Volksvertreter hätten, würden wir sehen, daß es noch verschiedene Dinge gibt, deren Preis man herabsetzen könnte.

Die Vertreter der Industrie haben erklärt: sie sind für Stabilität der Währung, für Stabilität der Löhne, für Stabilität der Preise. Ich möchte sagen: Wir sind absolut für die Stabilität der Währung, wir sind auch unter gewissen Voraussetzungen für die Stabilität der Löhne, aber für die Stabilität der auf die Spitze getriebenen Preise sind wir nicht, denn diese Preise müssen herunter und dürfen nicht stabil hoch bleiben! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Hier unterscheiden wir uns von der Auffassung der Herren der Industrie, die diese Aufforderung an das österreichische Volk gerichtet haben.

Sie reden auch davon, daß sie das Opfer der Preissenkung übernommen haben. Ich muß sagen, ich habe das Gefühl: So ein Opfer läßt sich noch ertragen. Ich habe aber nicht das Gefühl, daß ein Industriezweig oder ein Gewerbezug mit seiner Preissenkung so weit gegangen ist, daß man von einem Opfer reden könnte. Wir glauben, daß dieses „Opfer“ noch weiter fortgesetzt werden muß und daß die Preise noch weiter heruntersgesetzt werden müssen, wenn wir in unserem Lande die Ruhe und den sozialen Frieden aufrechterhalten wollen. Man soll nicht schon so zeitig von Opfern reden, wenn man erst

die leisesten Ansätze einer Preissenkung feststellen kann. Zuerst ist man sehr rasch und in vielen Fällen gewissenlos mit den Preisen hinaufgegangen, nicht um zwei, drei oder fünf Prozent, nein, um 30, 40 und 50 Prozent. Dann redet man bei zwei, drei und fünf Prozent Senkung von einem Opfer und schweigt darüber, daß von der Preissteigerung immer noch ein beträchtlicher Teil übrigbleibt, der nicht immer seine Deckung in der Steigerung der Preise auf den Weltmärkten findet; denn nur zu oft wurde die Steigerung der Preise auf dem Weltmarkt als Vorwand genommen, um selbst Profite zu machen. Ich glaube also, daß die Preissenkungsaktion noch weiter fortgesetzt werden muß und daß hier noch lange nicht „Opfer“ genug gebracht wurden; ich möchte aber dieses „Opfer“ unter Anführungszeichen stellen.

Man sagt auch immer wieder, daß die öffentlichen Betriebe noch keinen Beitrag geleistet haben, und die Industrie verlangt wieder einen Beitrag der öffentlichen Betriebe. Sie meint damit die verstaatlichten, die kommunalisierten Betriebe. Ich glaube, diese kommunalisierten und verstaatlichten Betriebe — das hat uns die Debatte bewiesen — leisten genug Beiträge an die Industrie und an die Wirtschaft, denn dadurch, daß sie ihre Tarife so niedrig gehalten haben — Sie können darüber lächeln oder es kritisieren —, dadurch, daß sie mit den Tarifen erst auf das 3-5fache gekommen sind, ist eine starke Subventionierung der gesamten Wirtschaft gegeben. Wenn wir bei den Bundesbahnen das starke Defizit haben und der Herr Finanzminister daher nun eine Erhöhung der Tarife um eine Milliarde verlangt hat, dann geschah das wahrscheinlich von dem Gesichtspunkt aus, daß er sich gesagt hat, diese Subvention für die Wirtschaft könne auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden.

Wir haben uns bei den verstaatlichten Betrieben nicht auf die steigenden Weltmarktpreise ausgedreht und die Preise hinaufgeschneit und hinaufgetrieben. Man soll also auch schauen, wo die Ausgangsbasis ist, wenn man immer wieder von dem Beitrag der öffentlichen Betriebe zur Preissenkung redet. Es wäre natürlich wünschenswert für die Herren der Industrie und es ist auch verständlich, daß sie sagen: Wir wollen eine Preissenkung um zwei, drei oder fünf Prozent machen, aber gebt uns entweder in Form von Tarifsabventionen oder in Form von Steuernachlässen ein Vielfaches dafür; dann sind wir bereit, ein „Opfer“ zu bringen, bei dem wir schließlich und endlich dann noch verdienen.

2932 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

In der Aussendung der Industrie steht auch noch, daß unsere Tarife und unsere Preise zu hoch sind. Ich weiß nicht: meint hier die Industrie die Bundesbahn oder die Post, oder meint sie unsere Spitäler oder die Kindergärten? Ich weiß nicht, was der Industrie vorschwebt, von dem sie glaubt, daß wir zuviel Geld ausgeben. Aber letzten Endes sind ja das alles zusammen indirekt bedeutende Subventionen für unsere Gesamtwirtschaft; denn wenn wir gesunde Menschen heranziehen, dann, glaube ich, ist das die größte Subvention, die für die Wirtschaft geleistet wird; und daß dies unsere Anstalten, unsere Kindergärten und Spitäler tun, ist eine große Leistung, die sie für die gesamte Volkswirtschaft vollbringen.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch ganz zum Schluß folgendes sagen: Nach unserer Auffassung ist es nicht Aufgabe des Finanzministers und des Finanzministeriums, uns Erleichterungen zu versprechen, sondern unsere Aufgabe und die Aufgabe unseres Ministeriums für Finanzen muß es sein, die notwendigen Mittel aufzubringen, um die Investitionstätigkeit fortsetzen zu können. Die Aufgabe unseres Finanzministeriums muß es sein, alle Mittel aufzuwenden, um die Vollbeschäftigung aufrechterhalten zu können. Die Aufgabe des Finanzministeriums muß es auch sein, unsere Wirtschaft so zu sichern, daß wir auch in jenem Zeitpunkt existieren können, in dem keine Auslandshilfe mehr nach Österreich hereinströmt. Die Aufgabe des Finanzministeriums muß es ferner sein, in seiner ganzen Gebarung eine soziale Gesinnung an den Tag zu legen, die Gelder dort zu holen, wo wir noch die Möglichkeit haben, Geld zu holen, und dort mit der Belastung nachzulassen, wo wir schwerste Belastungen bereits auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung gelegt haben.

Wenn das Finanzministerium, der Herr Finanzminister und die österreichische Regierung im kommenden Jahre bemüht sein werden, das Budget dazu zu verwenden, um weiter die Voraussetzungen zu schaffen, die Existenz unseres Volkes und Staates auch für jenen Zeitpunkt zu sichern, in dem wir wieder allein, auf eigenen Füßen stehen müssen, dann, glaube ich, hat dieses Budget seine Aufgabe erfüllt.

Wir Sozialisten werden dieser Budgetpost die Zustimmung geben in der Erwartung, daß unsere Anregungen bei der Aufstellung des nächstjährigen Budgets berücksichtigt werden. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

Inzwischen hat Präsident Böhmer den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Die Gruppe XI, die gegenwärtig in Behandlung steht, gehört zweifellos zum Interessantesten des ganzen Budgets, denn während sich die vorhergehenden Gruppen überwiegend mit den Ausgaben, den notwendigen, nützlichen und anderen Ausgaben des Budgets beschäftigt haben, soll diese Gruppe und in ihr insbesondere das Kapitel 17 auf die Frage Antwort geben: „Wer soll das bezahlen?“

Die öffentlichen Abgaben, die in Kapitel 17 des Budgets aufgegliedert erscheinen, zerfallen in direkte Steuern im Ausmaß von 5.886 Millionen Schilling, in die Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag von 4.410 Millionen Schilling, in die Verbrauchssteuern von 1.693,6 Millionen Schilling und in die Gebühren und Verkehrssteuern von rund 1 Milliarde Schilling. Insgesamt machen demnach die öffentlichen Abgaben rund 13½ Milliarden Schilling aus.

Der Herr Berichterstatter zu dieser Gruppe hat gestern bekanntgegeben, das Gesamteinkommen der österreichischen Bevölkerung könne derzeit auf rund 50 Milliarden Schilling geschätzt werden, und er hat daraus den Schluß gezogen, daß die Leistungen an Steuern für Bund, Länder und Gemeinden, die von der Bevölkerung aufgebracht werden müssen, ungefähr ein Viertel, also 25 Prozent des Volkseinkommens ausmachen. Ich muß gestehen, daß ich dies nicht ganz verstehe, denn schon 13½ Milliarden sind etwas mehr als 25 Prozent, und es kommen jetzt noch die Landesabgaben und die Gemeindeabgaben dazu. Ich glaube, man geht also sicherlich nicht fehl, wenn man die steuerliche Gesamtbelastung der österreichischen Bevölkerung mit 35 Prozent, also mit mehr als einem Drittel des Volkseinkommens annimmt.

Die öffentlichen Abgaben sind im Budget 1952 gegenüber dem heurigen Budget 1951 um 2¼ Milliarden höher präliminiert. Das ist eine gewaltige Mehrbelastung, ein gewaltiger Steuerdruck, der auf der Bevölkerung lastet. Wenn man auch zugeben muß, daß Steuern in keinem Lande beliebt sind und zu keiner Zeit beliebt waren, so ist es doch verständlich, wenn die gesamte arbeitende österreichische Bevölkerung seufzend unter diesem ungewöhnlich hohen Steuerdruck so für sich und insgeheim etwas variiert wiederholt, was ich so zitieren möchte: „Quousque tandem abutere Margarétha patientia nostra?“ — „Wie lange noch, Herr Finanzminister, trampelst du auf unseren Steuernerven herum?“

Aber es handelt sich hier nicht nur um die absolute Höhe der Besteuerung, sondern es handelt sich hier zunächst darum, daß das Steuersystem als solches von der Bevölkerung

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2933

und von den Fachleuten zur Gänze als unübersichtlich, bürokratisch, schikanös, kleinlich und unwirtschaftlich empfunden wird und gewissermaßen das Gegenteil von dem darstellt, was in einer echten Leistungswirtschaft von seiten des Staates angewendet werden sollte.

Für die Kleinlichkeit ein kleines Beispiel: Es kann doch wirklich nicht verstanden werden, wenn ein ganz einfacher österreichischer Steuerträger, das heißt ein Mensch, der im Vorjahr österreichischer Steuerträger war und der jetzt einen Freistellungsbescheid vom Finanzamt bekommt, also die Verständigung, daß er nicht mehr einkommensteuerverpflichtig ist, nunmehr den Bescheid mit einem Straf- und Rückporto zugestellt erhält, das von ihm in der Höhe von 2.50 S einkassiert wird. Dies erscheint kleinlich und schikanös. Ebenso kleinlich und schikanös ist es, wenn das gleiche Strafporto eingehoben wird, um eine Ratenbewilligung zuzustellen. (*Bundesminister Dr. Margaretha: Das ist das Rückporto!*) Bitte, so ist es das Rückporto, aber der Betreffende empfindet es als eine unbillige zusätzliche Belastung, wenn er beim Finanzreferenten seines Finanzamtes war, dort ein Ratengesuch, das er ohnehin mit 4 S stempeln mußte, eingereicht hat, dort bereits eine mündliche und schriftliche positive Erledigung dieses Ratengesuches bekommen hat, weil ihm der Finanzbeamte gesagt hat: Gut, ich sehe ein, du bist ein armer Teufel, du brauchst jetzt nur 10 oder 25 S pro Monat zu zahlen!, und der Mann nun diesen Bescheid außerdem noch 14 Tage später zugestellt bekommt und dafür bei ihm ein Rückporto von 2.50 S einkassiert wird. Das macht nämlich für ihn immerhin etwas aus, sonst würde er die Bewilligung, die Steuer in so kleinen Raten zu zahlen, nicht in Anspruch nehmen.

Aber das ist selbstverständlich nur ein kleines Beispiel. Es erscheint das ganze System falsch mit seinem halben Hundert verschiedener Steuern und Abgabengattungen, bei denen jede einzelne schon eine eigene Buchstabenbezeichnung besitzt, die kennenzulernen Spezialkenntnisse erfordert, die der einfache Mann nicht mehr aufbringt, und die jetzt wieder um eine neue Steuer — denn um etwas anderes handelt es sich ja nicht, wenn auch zu einem sozialen Zweck —, nämlich um den Maisel-Schilling, um den Wohnbauschilling vermehrt werden sollen.

Das ist ein solcher Wirrwar, ein solches Durcheinander und ein solches Dschungel verschiedener Abgabengattungen, daß es hoch an der Zeit wäre, in das Ganze eine Vereinheitlichung und Übersichtlichkeit hineinzubringen.

Als schwerster Mangel und auch als jener Punkt, der den häufigsten Angriffen ausgesetzt ist — Angriffen einer Abwehrfront der Bevölkerung, der sich die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, die Konsumenten und die Produzenten, die geistig und die manuell Schaffenden in einer Meinung anschließen —, als ein besonders falscher Gedanke, eine besondere fiskalische Fehlkonstruktion, oft und oft gerügt, immer wieder in der Öffentlichkeit beklagt und doch nie beseitigt, erscheint unsere Steuerprogression oder das, was vor einiger Zeit ein Steuerfachmann die „Progressionitis“ genannt hat. Niemand wird bestreiten, daß höhere Einkommen mit einem höheren Satz als niedere Einkommen besteuert werden sollen und müssen. Die Tatsache der Progression an sich wird kein vernünftig und billig Denkender in Frage ziehen und bezweifeln, aber unsere Progression geht auf eine Zeit zurück, als der Schillingwert noch ein ganz anderer war, als er heute ist; sie geht auf eine Zeit zurück, in der Einkommen von beispielsweise 10.000 bis 20.000 S noch Spitzeneinkommen waren und es daher berechtigt erschien, wenn sie mit einem höheren Steuerprozent betroffen waren als heute, da Jahreseinkommen von 10.000 bis 20.000 S bei Gott nicht mehr als Spitzeneinkommen bezeichnet werden können. Unsere Progression geht auf eine Zeit zurück, in der ein Betriebsgewinn von 6000 S aufwärts bereits immerhin hinreichen durfte, um für eine höhere Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer herangezogen zu werden. Aber jeder billig und gerecht Denkende weiß heute ebenso, daß ein Gewerdegewinn von 6000 S doch wahrlich kein solcher ist, daß er eine besondere, erhöhte Besteuerung erfahren dürfte.

Es wird bei unserer Progression immer nur das Fiskalische gesehen, es wird die Ziffer gesehen, und es wird der Ertrag ins Auge gefaßt, der sich bei so hohen Steuerprozenten für den Staat ergeben kann, aber es wird nicht der innere Geldwert gesehen, der Geldwertung wird nicht Rechnung getragen. Durch diese rücksichtslos angesetzte Steuerschraube, bei der die „Progressionitis“ kräftig drückt und zieht, wird der Wirtschaft daher ein immer stärkerer Aderlaß zugemutet. Es wird der Arbeitswille lahmegelegt, nicht nur der Arbeitswille des selbständig Erwerbstätigen sondern ebenso der des unselbständig Erwerbstätigen. Ich komme gleich noch darauf zurück. Es wird jede expansive Wirtschaftstätigkeit gedrosselt, jedes Bestreben zur Mehrleistung und zum Mehrverdienst bestraft, bestraft damit, daß der Staat vielleicht noch mehr wegnimmt als sonst, sodaß dem betreffenden Mehrleistenden weniger bleibt als dem anderen, der sich's von vornherein leichter macht und

2934 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

nur das leistet und schafft und tut, was er eben gerade muß. Unsere Progression ist zum Abgewöhnen der Leistungsfreude. In Zeiten, in denen allüberall und von jeder Partei — ich wiederhole — der Ruf nach Leistungssteigerung erschallt, muß daher die Steuerprogression allein schon als eines der gewaltigsten Hemmnisse auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilisierung, die uns vorschwebt, angesprochen werden.

Aber es handelt sich nicht nur um die Ziffern allein, wiederhole ich, sondern es handelt sich um die Ungerechtigkeit des Steuersystems mit seinen vielen Härten, wie zum Beispiel der Härte der Haushaltsbesteuerung in der gegenwärtigen Form. Ich darf dazu ein Beispiel bringen, das vor einiger Zeit schon in einer Zeitung gestanden ist, aber ich glaube, es schadet nicht, wenn wir auch im Hohen Hause derartige Dinge, wenn sie in der Presse stehen, aufgreifen, um wenigstens den Beweis dafür zu liefern, daß sie von uns zur Kenntnis genommen werden und an uns nicht spurlos vorübergehen.

Ein Ehegatte hat ein Lohneinkommen von — nehmen wir an — jährlich 18.000 S, seine Frau ein solches von 12.000 S. Die Steuerbelastung für das Einkommen von insgesamt 30.000 S beträgt nunmehr in Steuergruppe II insgesamt 2.274 S. Stammt jedoch das Einkommen des Ehegatten aus einem Gewerbebetrieb, dann ergibt sich eine Steuerlast von 2.654 S. Sie ist also bereits um 380 S höher. Bezieht der Ehegatte ein Lohneinkommen von 18.000 S und die Ehegattin ein gewerbliches Einkommen von 12.000 S, so beträgt die Steuerbelastung für das gleichbleibende Gesamteinkommen 4.186 S, die Mehrbelastung 1.912 S. Haben aber beide Ehegatten das gleiche Einkommen aus Gewerbebetrieb, dann nimmt die Gesamtsteuer bereits einen Betrag von 5.580 S an, was einer Mehrbelastung in der Höhe von 3.306 S entspricht.

Nun sagen Sie mir: Wie soll sich so etwas mit einer wirtschaftlichen Steuergerechtigkeit vereinigen? In all den hier aufgezählten Beispielen arbeiten Ehegatte und Ehegattin gleich — und trotzdem ein derartiges Mißverhältnis, eine derartige Diskrepanz in der steuerlichen Wertung!

Ich komme aber nunmehr zu einem andern Punkt, von der Steuerbemessung, von der Steuerveranlagung übergehend auf die Steuereintreibung. Meine Damen und Herren! Auch darüber haben die Zeitungen gerade im heurigen Jahr — und ich erinnere da zum Beispiel an die „Neue Wiener Tageszeitung“ mit ihren sensationellen Aufsätzen im Sommer — einfach unverständliche Beispiele der schikanösen Härte, um nicht noch andere

Worte zu gebrauchen, für die gehandhabte Steuereintreibung und insbesondere für die Methoden des Steuernachrichtendienstes bei der Finanzlandesdirektion gebracht. Ich will sie nicht alle aufzählen. Aber da wird ein Kindermädchen von diesem Nachrichtendienst der Finanzlandesdirektion verhört, wieviel Geld ihr Dienstgeber, der Kaufmann, verbraucht. Und weil sie nicht gleich reden will und aus einem, wie ich sagen muß, menschlich anständigen Zug ihren Dienstherrn nicht verraten will, wird sie in ein Zimmer gesperrt, und es wird ihr angedroht, man werde sie schon zum Sprechen bringen, wenn sie nicht wolle — bis dieses arme ländliche Geschöpf schließlich gefügig wird und dem Nachrichtendienst der Finanzlandesdirektion die Angaben macht, die er zu wissen wünscht.

Da wird ein Kaufmann um Mitternacht zum Nachrichtendienst der Finanzlandesdirektion geholt, um vier Uhr dann ins Polizeigefängnis überstellt und mit Schwerverbrechern in eine Zelle eingesperrt. Dort wird ihm nun gesagt, daß er auf ein Entgegenkommen von seiten der Finanzbehörden rechnen könne, wenn er dafür gewisse Angaben über seine Konkurrenten machen wollte, wenn er also seine Konkurrenz ans Messer liefern würde.

Die betreffende Zeitung, die ich zitiert habe — es ist, wie gesagt, das offizielle Organ der ÖVP, die „Neue Wiener Tageszeitung“ —, hat den sehr richtigen Ausdruck für diese Vorgangsweise gebraucht, nämlich „Gestapomethoden“.

Sagen Sie mir: Wohin soll es in diesem Lande mit der Moral und insbesondere mit der Steuermoral, die zu heben immer als unsere höchste Aufgabe vorgegeben wird, kommen, wenn hier das Denunziantentum, das Spitzel- und Naderertum in einer derart scheußlichen Weise wie in den betreffenden Beispielen großgezüchtet wird?

Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß meiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß der Herr Finanzminister einen Erlaß, der die Steuerspitzel, die Konfidenten, mit fünf bis zehn Prozent am Anteil der Beute belohnen sollte, vorläufig zurückgezogen hat; zurückgezogen, weil der Erlaß der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist und dort begreiflicherweise einen Sturm der Entrüstung erregt hat.

Der Herr Finanzminister hat mir damals im Ausschuß erklärt, daß er am Anfang über die schlechten Auswirkungen dieses Erlasses mit mir einer Meinung gewesen wäre, daß er sich aber dann schließlich und endlich von den Beamten seines Ressorts habe belehren lassen, daß es Fälle gäbe, denen man einfach

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2935

nicht anders beikommen könne, Fälle von Großsteuerhinterziehern, in denen man auf die privaten Informatoren angewiesen sei, um ihnen auf die Kappe steigen zu können. Ich gebe das zu, und sicher sind die Großschieber und die Großspekulanten und Großsteuerhinterzieher, die sich so von Zeit zu Zeit nach Stellung einer unzulänglichen Kautionskaution rechtzeitig ins Ausland verdrücken, bevor ihnen der Prozeß gemacht wird, gewiß nicht die Leute, die wir schützen wollen. Aber wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren, Herr Finanzminister, das ist, daß ein solcher Erlaß zur Belohnung des Konfidenten und Denunzianten jemals wieder im Umgang und Verkehr mit den kleinen Leuten angewendet wird, mit jenen Leuten, denen man nicht nachsagen kann, daß sie Großschieber sind, die sehr oft keine Steuerhinterzieher sind, sondern bei denen es sich sehr oft nicht um das Nichtwollen, sondern einfach um das Nichtkönnen, um das Nicht-mehr-Können handelt.

Meine Damen und Herren! Präliminarien imponieren mir nicht. Ich gestehe hier allerdings, daß ich im Vorjahre mit meiner Befürchtung, die präliminierte Ziffer an Abgabeneingängen könnte nicht der Wirklichkeit entsprechen und die wirklichen Eingänge würden hinter der Erwartung zurückbleiben, nicht recht gehabt habe. Gott sei Dank, die Steuereingänge haben sogar das Präliminare überstiegen. Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, dann hätte der Herr Finanzminister ja auch diese vielen zusätzlichen Auslagen, die sich im heurigen Jahr, insbesondere infolge des 5. Lohn- und Preisabkommens, ergeben haben, nicht bedecken können. Aber das geht nicht unbeschränkt so weiter, es gibt einmal eine Zeit, in der dieses fortwährende Höherpräliminieren, dieses fortwährende Sich-Erhoffen: „Es wird schon noch gehen, man wird schon noch mehr Steuern hereinbringen!“ eine blutige Enttäuschung erleben wird, und man soll sich hieran nicht versündigen.

Ich habe von dieser Stelle aus schon mehrmals mehrere Beispiele aus meiner bescheidenen Finanzbeamtenpraxis in der Zeit vor 1938 erzählt, und gestatten Sie mir, daß ich, ohne allzuvielen Umschweife zu machen, ein solches kleines Beispiel hier heute noch erzähle. Ich kann nicht behaupten, daß es heute ebenso geschieht, aber ich würde mich wundern, wenn sich die Praxis seit dieser Zeit sehr viel geändert haben sollte. Als ich Konzeptsbeamter war, fanden so zweimal im Jahr die sogenannten Steuerinspektionen statt, und die Steuerinspektoren, die die Steuerinspektionen vorgenommen haben, haben uns Beamte, nicht nur uns Konzeptsbeamte sondern alle, aufgefordert: Nun, jetzt zeigt uns einmal besondere Akten, in

denen ihr etwas Besonderes geleistet habt! Und da gehörte es dann immer zu unserem Glück, von dem auch Avancement, Beförderung und Versetzung auf bessere Dienstposten abhing, wenn man Bemessungsfälle zeigen konnte, in denen das Bemessungsergebnis gegenüber dem Vorjahr einen beträchtlichen Mehrerfolg auswies. Das mag ja gut gewesen sein, wenn es sich um materiell gerechtfertigte Höherveranlagungen gehandelt hat, aber in den Jahren, in denen sich das abspielte, in denen sich schon die bekannten Krisen mit dem Krach der Creditanstalt ereigneten und in denen das Steuereinkommen der Bevölkerung immer mehr zurückging, war es natürlich schwer, höhere Bemessungen aufzuweisen. Man mußte schon froh sein, wenn man nur die bisherigen gehalten hat. Da gab es nun keinen Hinweis von seiten des Finanzbeamten, der von den Steuerinspektoren akzeptiert worden wäre, wenn man gesagt hat: Ja, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich eben verschlechtert! Nein, da hat es geheißen: Das ist deine, des Finanzbeamten, wirtschaftliche Untüchtigkeit!

Wir, die Beamten, waren daher mit allen Mitteln gezwungen, die Steuervorschreibungen mit List und unter Anwendung jedes raffinierten Mittels, das das Steuergesetz nur zuläßt, hereinzubringen. Ich mache auch heute den Finanzbeamten, den Bemessungsbeamten, sicherlich keinen Vorwurf, wenn sie ihr Bestes tun, ich mache nur dem kleinlichen, schikanösen System den Vorwurf, das die wirtschaftlichen Gegebenheiten oft viel zuwenig würdigt. Es hat sich damals oft ergeben, daß unsere Finanzbeamten in ihrer Not, höher veranlagte Fälle zu finden, jene vorgezeigt haben, wo die Parteien aus irgendwelchen Gründen, sei es, daß sie sich gedacht haben: Schreibt uns vor, was ihr wollt, zahlen tun wir ohnehin nichts, und pfänden könnt ihr uns nicht, weil wir nichts haben!, keinen Einspruch erhoben haben.

Ich erinnere mich beispielsweise eines Falles in der Nähe von Baden. Der Mann war ein Juwel, eine wahre Fundgrube an Langmut und Geduld und eine Art Förderer der Konzeptsbeamten des damaligen Finanzamtes; denn er hatte nie gegen eine Vorschreibung Einspruch oder Berufung eingelegt. So ist er langsam von 3000 auf 3600 und 4500 S pro anno hinaufgeklettert und hat die Bemessung immer akzeptiert. Wenn wir den Bemessungsakt — bitte, lassen Sie mich einen Decknamen verwenden, einen angenommenen Namen — des Friseurs Drall bei Baden dem Steuerinspektor gezeigt haben, hat er gesagt: Sehr, sehr brav! Ich denke, vielleicht können Sie ihn das nächste Jahr noch ein bißchen erhöhen, der Mann trägt noch etwas! Der Mann

2936 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

hat es vertragen, weil er in summa nichts in seinem Besitz gehabt hat als einen wackligen Stuhl und in einem ausgeräumten Lebensmittelkiosk am Sonntag mit einer ausgeliehenen Schere übers Reindl — wie man so sagte — frisierte und ganz genau gewußt hat, daß er nie in die Lage kommen wird, dem Staat auch nur einen Schilling zu bezahlen. Als er gestorben war und wir die Rückstände eingetrieben haben, kam von der Verlassenschaft ein Akt mit Angabe seines beweglichen und unbeweglichen Vermögens, an dem wir, der Bund, uns schadlos halten konnten. Ich erinnere mich noch genau, das Vermögen hat aus zwei Posten bestanden. Auf dem Verlassenschaftsbogen stand geschrieben: Ein Leiberl, stark verwandt, und ein Bild, darstellend zwei Dragoner in Schönbrunn. Das haben wir dann versilbert und keinen besonderen Gewinn damit erzielt. Die großen Vorschreibungen der Vorjahre haben wir abgeschrieben.

Ich habe also sehr die Befürchtung, Herr Finanzminister, daß es sich heute bei den Bemessungsgrundlagen manchmal um ähnliche Vorgänge handeln wird, für die ich aber, wie gesagt, die Beamten selbst, deren Stand ich auch einmal angehört habe, nicht verantwortlich mache. Ich habe aus diesem Grund an Sie bei der Besprechung des letzten Rechnungshofberichtes im Rechnungshofausschuß auch die Bitte gestellt, ob Sie uns denn nicht, Herr Minister, eine Aufstellung der Steuerabschreibungen, das heißt der Nachlässe, die in jedem Jahr an solchen Steuervorschreibungen gemacht werden müssen, bekanntgeben könnten, und wenn ich mich recht erinnere, haben Sie es uns auch zugesagt. Es würde sich nämlich erst dann das richtige Bild ergeben, wenn man weiß, wie viele von diesen hohen Steuervorschreibungen wieder abgeschrieben werden mußten, einfach wegen absoluter oder relativer Nichteinbringlichkeit.

Da ich nun über die Steuerschikanen und — das Wort stammt nicht von mir, sondern ebenfalls aus einem Organ der Regierungspresse — den Steuersadismus gesprochen habe, möchte ich mich noch ganz kurz mit dem Finanzstrafgesetz beschäftigen, das freilich erst in Beratung steht. Aber nach dem, was uns öffentlich bereits bekanntgeworden ist, soll dieses Finanzstrafgesetz — wenigstens nach der Vorlage — ein Monstrum an schikanöser Härte darstellen. Ich möchte auch bitten, in jedem Fall, in dem das Finanzstrafgesetz angewendet werden muß, nicht von vornherein im Steuerträger einen Verbrecher, einen Steuerhinterzieher zu sehen, sondern die vielen Fälle, in denen es sich doch auch hier mehr oder minder um Ordnungswidrigkeiten, um Fristversäumnisse handelt,

nicht über einen Leisten zu schlagen. Wie viele solcher Ordnungswidrigkeiten und insbesondere wie viele solcher Fristversäumnisse läßt sich nicht der Fiskus seinerseits zuschulden kommen! Wie lange muß oft ein Steuerpflichtiger, der sein Konto überzahlt hat, warten, bis er eine Steuerrückvergütung bekommt? Hier tummelt sich der Fiskus, tummelt sich der Bundesschatz keineswegs so besonders mit der Einhaltung der Fristen. Wenn aber ein Steuerpflichtiger einmal seine Frist versäumt, so zögert man nicht, ihn daraufhin gleich beim Genick zu nehmen, und wenn er beispielsweise die Bekenntnisfrist versäumt — mag auch noch so eine lange Bilanzarbeit für sein Steuerbekenntnis erforderlich gewesen sein —, wenn er sie nur um einen Tag überschreitet, dann wird die Steuerbehörde mit einer wahren Wollust hergehen und ihn schätzen.

Mißverstehen Sie mich nicht! Hier wird kein Wort dawider geredet, daß der Steuer säumige oder Steuerhinterzieher mit aller ihm zukommenden Härte gepackt werden soll; aber eben wirklich nur dieser! Ich glaube, damit die Zahlen, die Sie hier präliminieren, wirklich erfüllt werden, ist es zur Hebung der Steuermoral notwendig, daß man nicht von vornherein in jedem Steuerpflichtigen einen Steuerhinterzieher und Gauner sieht, sondern daß man zuerst — was im menschlichen Leben immer das Bessere ist — den guten Willen annimmt und vor allem als Fiskus selbst auch ein gutes Beispiel gibt.

Dieser Fülle von Beispielen kleinlichen, schikanösen Verhaltens des Fiskus, der Finanzämter, der Finanzlandesdirektionen gegenüber kleinen Steuerpflichtigen stehen andere Fälle gegenüber, und von diesen will ich Ihnen einen interessanten Fall so mitteilen, wie er uns mitgeteilt worden ist. Da ich dem Herrn Finanzminister eine diesbezügliche Frage schon im Finanzausschuß gestellt habe, ich aber die Antwort, die er mir darauf gegeben hat, nicht als befriedigend finden kann, muß ich wohl oder übel dieses Beispiel im Hohen Haus wiederholen. Es ist das erste, das ich gleichzeitig zum Thema „Papier“ zu sagen habe. Im Laufe dieser Budgetdebatte wurde nämlich wiederholt mit dem Wort „Papier“ meine Fraktion apostrophiert und darauf hingewiesen, daß wir wegen, ich glaube, einer Tonne Papierbezug uns hier Vorteile zugeschanzt hätten, die wir als politische Partei und Oppositionspartei eigentlich nicht in Anspruch hätten nehmen sollen. Meine Damen und Herren! So etwas fordert eine klare Antwort, und die Antwort werden Sie heute von mir in mehreren Etappen bekommen. Jetzt kommt vorläufig die erste Etappe.

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2937

Uns wurde mitgeteilt, daß die beiden Parteiverlage, jener der Österreichischen Volkspartei, der „Österreichische Verlag“, und jener der Sozialistischen Partei, der „Sozialistische Verlag“, Steuerbefreiungen genießen — wenn ich richtig im Bilde bin, Körperschaftsteuerbefreiungen —, mit der Begründung, daß es sich hier um gemeinnützige Unternehmungen handle, um Unternehmungen, denen die Gemeinnützigkeit zuerkannt wird, obwohl meines Wissens beispielsweise dem Roten Kreuz diese Gemeinnützigkeit nicht durchweg zuerkannt wird, sicherlich aber nicht den Betrieben und Organisationen der Blinden. Mit einem Erlaß des ehemaligen Finanzministers ... (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.* — *Abg. Mark: Schauen Sie sich die Verordnung an!*) So, Sie glauben, daß die „Arbeiter-Zeitung“ gemeinnützig ist? Vielleicht von Ihrem Gesichtspunkt aus. Herr Minister, ich habe Sie ja im Ausschuß gefragt (*Bundesminister Dr. Margarétha: Ich habe Ihnen eine Antwort gegeben!*), aber Sie haben mir darauf keine Antwort gegeben, Sie haben zu diesem Punkt nicht gesprochen. Aber es wird Ihnen ja, wenn ich es jetzt „verdrehe“, die Möglichkeit willkommen sein, es „richtig zu drehen“. Ist das auch eine „Verdrehung“, daß dieser Erlaß vom 1. Februar 1948 vom damaligen Finanzminister Zimmermann — für dessen Taten ich Sie nicht verantwortlich mache, welcher Erlaß aber heute noch in Geltung steht — gleichzeitig eine Rückwirkung beinhaltete und daß eine Steuerrückvergütung eintrat, die nach den mir zugekommenen Mitteilungen zum Beispiel beim „Österreichischen Verlag“, beim Verlag der ÖVP-Presse, 3 Millionen Schilling betrug, worüber in der Strozzigasse eitel Freude herrschte? Weiteres zum Thema Papier wird folgen.

Nun lassen Sie mich zuerst aber wieder zu dem System der Steuern in Österreich zurückkehren. Wir haben hier eine Reihe von Forderungen aufzustellen, die gewiß, wenn sie heute noch erfüllt würden, noch nicht eine Ideallösung unseres derzeitigen Steuersystems beinhalten würden, die noch nicht die Steuerreform bedeuten würden, wie sie uns vorschwebt, aber es sind einige Forderungen, die Sofortlösungen möglich machen würden.

Dazu gehört zuerst einmal Steuerfreiheit für alle echten Mehrleistungen, insbesondere eine Steuerfreiheit für die Überstunden. Ich will mich nicht wiederholen und will vor allem nicht das wiederholen, was jeder von Ihnen ohnehin selbst weiß, daß man nämlich einen echten Leistungsansporn selbstverständlich nur dann erreichen wird können, wenn der Betreffende, der mehr leistet, auch etwas davon hat. Er soll es also haben, er soll für seine Über-

stunden steuerfrei bleiben, und er soll nicht eventuell in die Lage kommen, daß auf seinem Lohnzettel, wenn er Überstunden hat, etwa weniger steht und er dann infolge der höheren Steuer weniger als derjenige herausbekommt, der keine Überstunden geleistet hat, der es sich erspart hat, mehr zu arbeiten, und der dann weniger Steuer zahlt. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, daß das Steueränderungsgesetz, wie es jetzt geplant ist, das 2. Steueränderungsgesetz 1951, vorsieht, daß Zuwendungen im Gesamtbetrag von 700 S, die den Arbeitnehmern — ursprünglich war gedacht, aus dem Titel des Weihnachtsfestes, dann aber überhaupt im Monat Dezember — zugewendet werden, steuerfrei sind. Ich bedaure es sehr, daß dieses Steueränderungsgesetz bisher nicht beratungsreif gemacht werden konnte; ich bedaure es, weil die Opfer des Koalitionshaders, der es verhinderte, daß dieses Steueränderungsgesetz eben trotz des besten Willens des Herrn Finanzministers vorlagereif gemacht werden konnte, die Arbeitnehmer sind, die wie bisher auch heuer nur 500 S, die sie im Dezember als besondere Zuwendung erhalten werden, steuerfrei haben werden. Dies unsere erste Forderung. Ich wiederhole: Steuerfreiheit für alle echten Mehrleistungen, insbesondere Überstunden.

Die zweite Forderung ist jetzt auf die Unternehmer anzuwenden: Steuerfreiheit für alle echten Sozialleistungen, die ein Unternehmer erbringt, beispielsweise Neuschaffung und Einrichtung von Anlagen wie Betriebswerkstätten usw. Vor mir hat mein Vorredner bereits das Wort gebraucht, daß man die guten Absichten des Fiskus und den inneren Sinn des Budgets daran erkennen könne, inwieweit dieses sozialen Aufgaben gerecht wird. Hier wäre nun eine soziale Aufgabe eminenten Natur, dem Unternehmer, der für seine Arbeitnehmer wirklich etwas tut, der sich als ein sozialer Unternehmer erweist, dementsprechend auch die Anerkennung bei der Steuerbemessung nicht zu versagen; denn es handelt sich ja hier nicht um den guten Willen und die Belohnung allein, sondern es handelt sich darum, daß er, wenn er in die hohe Progression fällt, die ich schon geschildert habe, und eine solche Anerkennung nicht genießt, dann eben diese sozialen Leistungen nicht erbringen kann. Und auf wessen Buckel geht das aus? Auf dem Buckel des Arbeitnehmers! Wir wollen also dem Unternehmer, wenn wir ihm diese Steuerbegünstigungen, wenn Sie sie so nennen wollen, verschaffen, ja nichts Direktes zubringen. Wir tun damit mittelbar — oder wir täten es, wenn Sie sich zu dieser Forderung bekennen würden, was ich allerdings be-

2938 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

zweifle — etwas für die Arbeiter und Angestellten.

Ebenso verlangen wir drittens — und auch dieses unser Verlangen haben wir schon bei verschiedenen Gelegenheiten vorgebracht, insbesondere bei der Diskussion über das letzte Investitionsbegünstigungsgesetz — eine begünstigte Steuerabschreibung auch für den Arbeitnehmer. Es ist nicht einzusehen, warum beispielsweise der Arzt — was wir begrüßen, es ist ja auf unseren Antrag hin durchgeführt worden —, der ein Auto braucht, um an seine Betriebsstätte zu kommen, insbesondere der Landarzt oder der Facharzt, für diese Autoanschaffung eine begünstigte Abschreibung in Anspruch nehmen kann, der Angestellte oder Arbeiter aber, der aus gleichen Gründen, um rascher und billiger zu seiner Arbeitsstätte zu kommen, eine gleiche steuerliche Begünstigung, beispielsweise für die Anschaffung eines Motorrades, nicht erhalten sollte.

Wir fordern weiter eine Steuererleichterung für Betriebe mit Lehrlingshaltung; denn wir wissen ganz genau, daß die Lehrlingshaltung den Meistern immer schwerer fällt, weil sie einfach das Geld nicht mehr aufbringen, alle die sozialen Abgaben und Steuern, die damit verbunden sind, zu bezahlen. Er wird ja hier sehr schematisch nach den Richtlinien geschätzt, und wenn er einen Lehrling hat, dann wird er schon allein aus diesem Grunde höher bemessen, weil man annimmt, daß sein Betriebsumfang entsprechend größer sein muß. Wir wissen also, daß die Lehrlingshaltung der Betriebe immer mehr zurückgeht. Und wenn wir hier eine Steuerbegünstigung, nennen wir es besser eine Steuererleichterung, für die Betriebe mit Lehrlingshaltung fordern, so auch wieder — mißverstehen Sie uns ja nicht! — nicht einmal in erster Linie für die Unternehmer selbst, sondern in erster Linie für die Lehrlinge, damit Lehrlinge unterkommen können, während sie, wenn es so weitergeht wie bisher, zwar die schönsten sozialen Schutzbestimmungen haben, aber keinen Lehrplatz mehr finden werden.

Wir fordern weiter, daß das steuerfreie Existenzminimum in Anlehnung an das, was ich über die Steuerprogression bereits eingangs gesagt habe, auf eine tragbare, dem heutigen Geldwert entsprechende Höhe hinaufgesetzt werde, und schlagen dafür vor, 6000 S als Grenze anzusetzen.

Wir sind uns aber, wie ich eingangs gesagt habe, bewußt, daß alles dies nicht genügt, daß alles dies, auch wenn es durchgeführt würde, doch vorläufig erst ein Flickwerk ergäbe und daß eine echte und organische Steuerreform not tut, die, großzügig gelöst, die ganze Steuer- und Finanzgesetzgebung auf eine neue Basis

stellen muß. Dazu bedarf es freilich der Zeit; denn gute Gesetze sind nur zu machen, wenn man die entsprechende Zeit zur Durchberatung hat und wenn man alle Beteiligten und alle Fachleute fragen kann; aber da wir immer unter Druck sind, machen wir ja bekanntlich im Parlament mehrteils nur schlechte Gesetze. Aber ich stelle mir das als gutes Gesetz vor und würde anregen, daß sich das Hohe Finanzministerium mit einer solchen Steuerreform einmal gründlich beschäftigt, auch wenn wir sie im heurigen und vielleicht im nächsten und übernächsten Jahre noch nicht beschließen können. Aber wenn wir einmal die Fundamente einer neuen Steuergesetzgebung geklärt haben, werden sie sich grundlegend von jenen unterscheiden müssen, die wir heute haben und die zum Teil noch mittelalterlich sind.

Dazu würde gehören, daß jeder Staatsbürger alle seine Abgabepflichten genau kennen kann. Daß wir heute von ihm verlangen, daß er sie kennen muß, und ihn dann bestrafen, wenn er sie nicht kennt, daß ihn die Unkenntnis des Gesetzes nicht schützt, das ist lediglich eine Fiktion, denn auch der erste Steuerfachmann ist immer wieder nur auf einem kleinen Teilgebiet zu Hause. Dieses System, dieses Dschungel mit dem Lianengestrüpp der vielen Abgaben und Steuern ist so unübersichtlich und verwirrt geworden, daß es wahrlich heißt, den Kopf in den Sand stecken, wenn man annimmt, daß ein einfacher biederer Gewerbetreibender oder ein kleiner Handwerksmeister dieses ganze System kennen sollte.

Wir möchten wünschen, daß alle über die gesetzliche Regelung hinausgehenden Verordnungen, Dienstanweisungen, Erlässe und vor allem Geheimerlässe ab sofort aufhören, daß es nicht mehr vorkommen soll, daß Verordnungen und Erlässe in einer einseitig schikanoösen Interpretation, an deren wahren Sinn der Betreffende, der sie erläßt, selber nicht glaubt, zum Schaden der Parteien, der Steuerpflichtigen von diesen noch mehr verlangen, als das Gesetz selber fordert.

Abgesehen davon verlangen wir, daß alle Erlässe und Verordnungen längstens innerhalb einer kurzen Zeit von etwa zwei Wochen im Amtsblatt der Finanzverwaltung zu verlautbaren sind, erst nach der Verlautbarung im Amtsblatt in Kraft treten und keine Rückwirkung haben, damit der Steuerpflichtige, der Staatsbürger wirklich weiß, woran er ist, und nicht oft jahrelang im unklaren tappt, weil man ihm einfach einen Erlaß vorenthält, den er nicht kennen kann. (*Zustimmung beim KdU.*) Auch dies unterhöhlt die Steuermoral und ist eine Methode von seiten des Staates, die nicht scharf genug verurteilt und verdammt werden kann.

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2939

Bei der Erstellung von Richtsätzen sollen drittens die Wirtschaftskörper gehört werden, und sämtliche steuerlichen Freibeträge und Freigrenzen sollen entsprechend der mittlerweile eingetretenen Geldentwertung valorisiert werden. Ich schlage ein Verhältnis 1 : 3 vor.

Die Reform der Steuergesetzgebung soll sich auch auf das Steuerverfahren und auf das Steuerstrafverfahren erstrecken. Es soll vor allem eine strenge Wahrung des Parteienghört wieder Platz greifen, was heute auch nicht der Fall ist. Der Grundsatz „Audiatur et altera pars“ soll auch im Steuerverfahren und im Steuerstrafverfahren gelten.

Zugegeben: ein Steuerträger ist durch seine mehr oder weniger große Schuld, sagen wir, in Kontumaz geraten und kann jetzt von der Steuerbehörde geschätzt werden; aber das heißt doch noch nicht, daß er jetzt willkürlich ins Blitzblaue hinein geschätzt werden kann, daß er gewissermaßen aufgehört hat, ein mitredendes Subjekt zu sein, und daß man ihm eine Steuervorschreibung „aufdividiert“, von der der Fiskus selbst ganz genau weiß, daß sie für ihn gleichbedeutend mit dem Verlust der Einkommensquelle ist, wenn diese Steuer eingetrieben werden sollte. Es sind mir Fälle genug bekannt, in denen so vorgegangen wird.

Der Fiskus, das Finanzamt schätzt ungeheuer hoch, sagen wir auf 160.000 S, ein, um hier einen ganz konkreten Fall zu beziffern, und dann kommt der bestürzte Steuerpflichtige und sagt: Um Gottes Willen, das ist doch mein ganzes Betriebs- und Anlagevermögen nicht wert! Und jetzt beginnt der übliche und üble Handel beim Finanzamt, bei dem dann der Finanzbeamte sagt: Na ja, sagen wir halt 100.000 S. Schließlich einigen sie sich auf 70.000 S. Das sind Methoden, die von einer gewissen Kategorie von Kaufleuten geübt werden, die ich nicht näher bezeichnen will, die aber in der gesamten gesitteten Welt abgelehnt werden, Methoden, deren sich vor allem auch der Staat selber nicht bedienen darf, wenn er nicht durch dieses Beispiel unsittlichen Verhaltens bei dem Steuerpflichtigen selbst den Eindruck erwecken will: Hier stehe ich einem Räuber gegenüber, und gegen einen Räuber ist jedes Mittel erlaubt, um mich zur Wehr zu setzen!

Im Steuerstrafverfahren insbesondere würde ich wünschen, daß eine Berufungskommission errichtet wird, die auf wirklich demokratischer Grundlage gebildet wird, das heißt, die als Mitglieder, als Mitrichter und Mitschätzer auch Angehörige des Berufsstandes des betreffenden Steuerpflichtigen, über den da geurteilt wird, aufweist.

Ich möchte es als begrüßenswert bezeichnen, wenn bei einer solchen Reform der Steuern

bei der Einkommensteuer die bis zu gewissen niedrigen Einkommensgrenzen absolut unberechtigte Diskrepanz zwischen der Einkommensteuer und der Lohnsteuer beseitigt würde. Ich würde es bei einer solchen Steuerreform auch hinsichtlich der Gewerbesteuer für begrüßenswert erachten, wenn als Bemessungsgrundlage nur das wirkliche Gewerkekapital und nur der wirkliche Gewinn und nicht fiktive Größen herangezogen würden, die sich zwar auf einem Bemessungsbogen eines Finanzbeamten wunderschön ausmachen, von denen aber der betreffende Steuerpflichtige nichts hat und nichts herunterbeißen kann.

Ich stimme auch dem zu, was mein Vordredner gesagt hat, daß auf die Betriebsprüfungen großer Wert zu legen ist. Ich bin der Ansicht, daß eine viel schärfere und strengere Durchführung der Betriebsprüfungen unser finanzielles Ergebnis gewaltig verbessern würde. Dazu gehört aber: Man führe diese Betriebsprüfungen nur dort durch, wo wirklich etwas zu holen ist und wo es sich um Betriebe handelt, die einen gewissen Umfang und ein gewisses Gewicht haben. Man schikaniere auch hier wieder nicht mit Betriebsprüfungen kleine und kleinste Leute, kleine Greißler mit Zwergumsätzen, Liliputanerbetriebe. Man müsse überhaupt gegenüber den kleinen und daher ärmsten und am wenigsten zahlungskräftigen Steuerpflichtigen ein gewisses nobles Entgegenkommen walten; man zeige ihnen, daß man Einsicht hat für ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und verwende die so gewonnene Zeit umso besser, um die mittleren und großen Betriebe entsprechend kontrollieren zu können. Dazu gehören eben die Betriebsprüfungen. Sie sollen streng durchgeführt werden, aber sie sollen auch unter strenger Wahrung des Parteienghört durchgeführt werden.

Auf keinen Fall ist es zulässig, daß sich Betriebsprüfungen so abspielen, daß ein Schwarm von Finanzbeamten überfallsartig das betreffende Unternehmen aufsucht, alles blockiert, die Aufschreibungen beschlagnahmt, Telefongespräche nicht mehr durchführen läßt und dadurch selbstverständlich den wirtschaftlichen Erfolg dieses Unternehmens schwer beeinträchtigt, den Unternehmer oder seinen Angestellten, seinen Buchhalter, der am besten Auskünfte geben könnte, von vorneherein wie einen Verbrecher behandelt und dann nach monatelang durchgeführtem Verfahren schließlich erkennen muß, daß bei der ganzen Sache nichts herausgekommen ist. Dann kriegt der betreffende Unternehmer seine Belege wieder zurück, es war nichts, aber den Schaden, den er hat und den mit ihm seine Angestellten haben, den ersetzt ihm niemand, den ersetzt ihm derselbe Bundes-

2940 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

schatz nicht, der so rasch bei der Hand ist, wenn es sich darum handelt, auch nur für einen Tag Säumniszuschläge und Mahngebühren und sonstige Nebensporteln zu verrechnen.

Bei der Behandlung der früheren Gruppen dieses Budgets haben wir oft und oft gehört, und auch bei unseren vielen Anfragen, die wir im Laufe des Jahres an die einzelnen Ressortminister gerichtet haben, haben wir immer wieder gehört: Ja, wir würden sehr gern tun, was ihr wollt, auf den Bundesbahnen in dem einen Fall die Ermäßigung für die Blinden und im anderen Fall für die Gehirnverletzten einzuführen oder dann wieder eine kleine Erleichterung für die Volksdeutschen zu schaffen usw. usw., wir würden das ja tun, aber der Herr Finanzminister bewilligt uns das aus staatsfinanziellen Gründen nicht. Wir haben das überall gehört, angefangen von diesen kleinen Fällen bis hinauf zu den Fällen des Vermögensverfalls. Es kann eine Sache noch so berechtigt und gut sein, letzten Endes wird es heißen: Der Herr Finanzminister hat dafür kein Geld.

Ich muß offen sagen, daß ich Verständnis habe für die schwierige Lage eines österreichischen Finanzministers, Verständnis dafür, daß er sicher oft, wenn gar nichts mehr erhalten kann, um eine Interpellation sonstwie zu beantworten, als Prügelknabe für das betreffende angefragte Ressort zu dienen hat.

Trotzdem, Herr Minister, habe ich mir hier noch einen kleinen Strauß von besonderen Anliegen zusammengebunden, mit denen ich an Sie herantreten möchte. Die Frage, mit der ich schon heute eingeleitet habe: „Wer soll das bezahlen?“, werde ich mir dann — wenigstens zum Teil — auf einem Teilgebiet etwas später zu beantworten erlauben.

Das erste Anliegen, das ich Ihnen hier namens meiner Fraktion vorbringen möchte, ist: Es liegt im Finanzministerium, wie mir bekanntgeworden ist, seit einiger Zeit ein Ansuchen um die Gründungsgenehmigung einer volksdeutschen Bank. Dieses Ansuchen um die Gründungsgenehmigung einer volksdeutschen Bank ist beim Bundesministerium für Inneres eingereicht und nun dem Finanzministerium zur Begutachtung überstellt worden. Wir haben uns über volksdeutsche Probleme in diesem Hause schon oft und oft unterhalten. Hier ist ein neuer Weg zur Lösung dieser Probleme von seiten der Volksdeutschen selbst gezeigt worden. Denn wenn diese volksdeutsche Bank geschaffen werden könnte, dann könnte sie sehr viel dazu beitragen, eine Reihe von Vorhaben zu finanzieren, die den Volksdeutschen Beschäftigung geben und ihnen auch sonst von Nutzen sind.

Es wäre sicherlich auch möglich, hier eine Kapitalsbeteiligung aus volksdeutschen Kreisen selbst, aber auch eine ausländische Kapitalsbeteiligung für diese Bank anzuregen und die so zusätzlich der österreichischen Wirtschaft zugeführten Mittel insbesondere auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens nutzbringend zu machen.

Zum zweiten habe ich als einen solchen besonderen Wunsch vorzubringen, daß man sich endlich erbarme und annehme des Schicksals jener alten Militärpensionisten aus den Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie, die seit 1945 heimgekehrt sind. Es handelt sich um sehr alte Leute, und ich möchte nicht, daß man vom österreichischen Staat und insbesondere vom Finanzminister Dr. Margarétha dasselbe sagt, was als ein böses Sprichwort in der Ersten Republik im Hinblick auf die Altpensionisten im Umlauf war, nämlich jenes böse Wort des damaligen Finanzministers: „Die Altpensionistenfrage wird sich einmal von selbst durch Zeitablauf erledigen!“, das heißt also dadurch, daß der letzte Altpensionist hin wird und ins Grab sinkt. Ich möchte nicht, daß das auf diese Weise auch wieder Bezug hat, ich möchte hingegen, daß man sich gerade dieser Leute annimmt — es sind nicht viele, es sind in summa noch 900 ehemalige Militärpensionisten, die sich für die österreichisch-ungarische Monarchie, für unser Vaterland, im ersten Weltkrieg geschlagen und für dieses Land ihr Blut gegeben haben — und daß man sich insgeheim nicht denkt: Es sind ohnedies nur 900, lang werden sie nicht mehr leben, dann hat sich „die Frage von selbst erledigt“.

Es ist mir ein Erlaß bekannt, sehr geehrter Herr Finanzminister, der die Zahl 40.116/23/1948 vom 28. Oktober 1948 trägt und dessen erster Absatz lautet: „Anträge auf Erwirkung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen für ehemalige Staatsbedienstete, die Angehörige eines der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie waren und dann als Volksdeutsche die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, können nur bei Zutreffen mehrerer Voraussetzungen gestellt werden. Eine dieser Voraussetzungen ist, daß der Einschreiter mindestens 70 Jahre alt ist.“

Da ich den weiteren Inhalt dieses Erlasses nicht kenne und da die Betroffenen ein Interesse haben, ihn kennenzulernen und zu erfahren, welche Voraussetzungen sonst noch bestehen, und damit insbesondere diese 900 Militärpensionisten der österreichisch-ungarischen Monarchie, von denen ungefähr 100 über 70 Jahre alt sind, wissen, was sie zu tun haben, um in den Genuß solcher außerordentlicher

Versorgungsgenüsse kommen zu können, möchte ich hier fragen, wie der weitere Inhalt dieses Erlasses lautet.

Dem österreichischen Staat würde das nicht viel kosten. Ich weiß schon, daß auch hier wieder von seiten des Herrn Finanzministers die ja sehr populäre Antwort gegeben werden würde: „Woher soll ich es nehmen? Wer soll das bezahlen? Es reicht ja schon für die Ausgaben dieses Budgets kaum!“ Herr Minister! Wenn man zugrunde legt, was das Deutsche Reich nach der Einverleibung des Sudetenlandes an die österreichischen Militärpensionisten freiwillig pro Monat als Versorgungsgenuß zahlte, nämlich im Durchschnitt 300 RM, manchmal weniger, manchmal aber viel mehr, und wenn man nun diese 300 RM mit einem Valorisierungsschlüssel von ungefähr 5 bis 6 multiplizieren würde, dann würden 18 bis 19 Millionen Schilling pro anno genügen, um allen diesen 900 Personen einen anständigen Versorgungsgenuß und einen ruhigen Lebensabend zu sichern. Ich frage Sie: Wären es diese 18 bis 19 Millionen nicht nur wert, 900 brave Leute am Leben zu erhalten, die jetzt buchstäblich vor dem Hungertod stehen, sondern auch einen Beweis dafür zu geben, daß dieses Österreich, das sich so gern auf seine Leistungen in früherer Zeit beruft und das die Leistungen der österreichisch-ungarischen Monarchie auf kulturellem und sonstigem Gebiet, wenn es sich um das Positive handelt, so stolz und gern für sich in Anspruch nimmt, dann, wenn es sich um eine Verpflichtung handelt, zeigt, daß es die österreichische Tradition diesen 900 ehemaligen Offizieren gegenüber nicht verleugnet? Will man diese Altpensionisten wirklich sterben lassen? Sie können sich vielleicht nicht wehren, aber wie ein Fluch wird es sich in die Zukunft fortwälzen, daß der Staat, an dessen Gedeihen wir alle ein gleiches Interesse haben, es nicht verstanden hat, seinen treuesten Dienern gegenüber seine einfachsten Pflichten der Dankbarkeit zu erfüllen. *(Beifall beim KdU.)*

Und was wollen Sie bei diesem schlechten Beispiel denn in der Zukunft erwarten? Wollen Sie in der Zukunft erwarten, daß der Staatsdiener wieder sein Letztes für den Staat hingibt? Auch das wurde in der Budgetdebatte schon besprochen, daß die festeste Klammer, die dieses Staatsgebilde zusammenhält, der treue, pflichtgetreue, opferwillige, schlecht besoldete, karg lebende Staatsbeamte ist. Ich appelliere nochmals an Sie, an den Herrn Minister und das Hohe Haus, auch gegenüber den alten, greisen, verdienten Pionieren des österreichischen Namens in der Welt, die ihr Gut und Blut für ihr Vaterland im ersten Weltkrieg gegeben haben, diese Pflicht zu erfüllen.

Diese Militärpensionisten haben Verhandlungen mit Bonn aufgenommen, weil sie von Deutschland erreichen wollen, daß dieses ihren Forderungen entgegenkommt. Und Bonn hat sich — meines Wissens — grundsätzlich zustimmend verhalten, aber Konkretes noch nicht geäußert. Bonn steht auf dem sicherlich richtigen Standpunkt, Verhandlungen nur von Regierung zu Regierung führen zu können. Ich ersuche die österreichische Bundesregierung, diese Verhandlungen mit Bonn schleunigst zu führen, zum Nutzen dieser armen Leute, und hier keinerlei lächerliche kleine Ressentiments, die durch die Vergangenheit wohl reichlich genug widerlegt sind, obwalten zu lassen, sondern sich in dieser Frage mit Deutschland an einen Tisch zu setzen und die Sprache von Freunden zu reden, die sich aus der Behandlung gleicher Gegenstände ergibt.

Ich komme nun noch zum dritten Sonderanliegen, und ich nehme Bezug auf das, was ich zu diesem Gegenstand bereits bei Behandlung der Gruppe X bei den Bundesbahnen gesagt habe. Es handelt sich im Prinzip um dasselbe, es handelt sich um die Gläubiger und Eigentümer jener 18 Privatbahnen, die der österreichische Bundesschatz entschädigungslos geschluckt und seiner Eisenbahn einverleibt hat und für die er sich weigert, den rechtmäßigen Eigentümern auch nur den Bruchteil eines Entgelts zu zahlen. In der gestrigen „Volksstimme“, dem Blatt der Kommunistischen Partei, ist ausgesprochen worden, daß ich mich als Redner des VdU mit dieser Frage so beschäftigt hätte und damit als echter VdU-Mann, der solche Büttelrollen gern übernimmt, meine Büttelrolle für das Kapital — immer laut „Volksstimme“ — neu bewiesen hätte. Meine Herren von der Kommunistischen Partei! Mit diesem Argument beschäftige ich mich darum nicht näher, weil ich glaube, daß sich mit Ihnen das Hohe Haus überhaupt, und insbesondere bei dieser Budgetdebatte, an sich schon viel zuviel und weit über Ihre wirkliche Bedeutung hinaus beschäftigt hat. Aber für die anderen Damen und Herren möchte ich zur Begründung sagen: Sie reden doch immer — insbesondere die Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei tun dies — von der Unverletzlichkeit des Eigentums, Sie reden beispielsweise bei Wahlschlachten davon, daß Mein und Dein Rechtsbegriffe sind. Kommt Ihnen da nicht so ein leises Gefühl, daß es hoch an der Zeit wäre, diesen privaten Eisenbahneigentümern und Gläubigern jetzt auch zu beweisen, daß es Ihnen mit solchen Postulaten ernst ist? Empfinden Sie nicht ein gewisses Gefühl der Scham, wenn Sie auf einer dieser 18 ehemaligen Privateisenbahnlinien fahren, die ich

2942 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Ihnen da bei der Besprechung der Gruppe X aufgezählt habe, die der österreichische Staat — nehmen wir ein gelindes Wort — eingesteckt hat, ohne diejenigen, die mit ihren guten Goldkronen den Bau der Bahnen erst ermöglicht haben, im mindesten zu entschädigen?

Welche irrsinnigen Konsequenzen vollkommen einseitiger Auslegungen hinsichtlich der Gläubiger und Eigentümer dieser Privatbahnen, ich meine Auslegungen vom Standpunkte der einzelnen Ministerien, gezeitigt werden können, das sei Ihnen damit bewiesen, daß es zum Beispiel auf der Strecke der Franz-Josefs-Bahn eine Dreiteilung gibt. Eine Strecke war Privatbahn, die ist ordnungsmäßig abgelöst worden; dann gibt es wieder eine andere Strecke, das ist, glaube ich, die Strecke Mauthausen—Grein, die ist auch abgelöst worden; und dann kommt die dritte Strecke, die ist wieder nicht abgelöst worden. Welche engherzige Auffassung herrscht hier, welche den primitivsten Moralgrundsätzen zuwiderlaufende Handhabung des einseitigen Rechtes des Stärkeren von seiten des Staates!

Da wird immer geredet, man soll etwas tun, damit sich die Sparguthaben erhöhen, damit die Spartätigkeit zunimmt. Ja, wie denn? Glauben Sie, es kann ein Staat einen solchen Appell an die steuerzahlende Bevölkerung mit einiger Aussicht auf Erfolg richten, wenn er dieses schlechte Beispiel liefert, daß er die Sparguthaben der früheren Zeit einfach nicht anerkennt und die Werte einsteckt? Oder halten Sie es für richtig, wenn der österreichische Bundesschatz für ein Stationsgebäude im heutigen Wert von rund 80.000 bis 120.000 S einen Schilling bei Gericht als Kaufschilling erlegt und sagt: Damit habe ich dieses Stationsgebäude redlich erworben! Glauben Sie, daß hier die Grundsätze des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches, auf deren Fundament sich doch unser ganzes Privat- und Wirtschaftsleben abspielt, in einer so hohnsprechenden Weise verleugnet werden können? Ich will mich bei diesem Gegenstand nicht allzu verbreitern, aber ich will doch noch eines dazu sagen, nämlich: Da wird sehr oft Sowjetrußland hier in diesem Hause zitiert, und dabei wird sehr oft auf die kommunistische Ideologie und auf die Handhabung der kommunistischen Ideologie in der Praxis in Rußland und in den Satellitenstaaten verwiesen. Aber ich fühle mich hier doch zu einer gewissen Feststellung veranlaßt, die mir die einfache Notwendigkeit, absolut objektiv zu sein, eingibt. Die kommunistischen Satellitenstaaten Polen und Ungarn, Ungarn vornehmlich, bieten für die verstaatlichten Unternehmungen der Lokaleisenbahnen tatsächlich fortlaufend den ausländischen Obli-

gationsbesitzern Entschädigungen an. Wollen Sie, daß Österreich in diesem Punkt von den Volksdemokratien beschämt wird? Wenn Sie das nicht wollen, wenn Sie den Grundsatz der Anerkennung des Privateigentums, den Sie rhetorisch in Ihren Versammlungsreden immer wieder so laut verkündet haben, auch in die Wirklichkeit umsetzen wollen, dann entschädigen Sie diese Lokaleisenbahneigentümer!

Und auf die Frage: „Wer soll das bezahlen?“ antworte ich Ihnen, daß das nicht so viel kostet. Es kostet Sie zuerst einmal gar nichts, wenn Sie vielleicht die 18 Lokaleisenbahnen zurückgeben wollten. Sie stehen ja auf dem Standpunkt, wie dies in einem Schreiben zum Ausdruck kommt, daß sie ohnehin nichts wert sind. Wenn sie nichts wert sind, dann kann man sie zurückgeben. Da sie aber schon was wert sind und zum Beispiel die Mittenwaldbahn, eine der schönsten Bahnen Österreichs, dazu gehört, können Sie sie den exproprierten Gläubigern nicht mehr zurückgeben, sondern müssen sie entschädigen. Nun sind diese selbst so vernünftig, einzusehen, daß sie für ein Prioritätenkapital von 116 Millionen Goldkronen nicht mehr restlos nach dem wahren Geldwert des Schillings entschädigt werden können, und daher begnügen sich die wenigen „Männchen“, die noch übriggeblieben und noch nicht verhungert sind, mit einer Summe von insgesamt 40 Millionen Schilling. Das wären, soweit ich es mir im Kopfe ausrechnen kann, ungefähr 0,2 Prozent des gesamten Budgets, und selbst diese 0,2 Prozent würden sie noch in Annuitäten entgegennehmen oder wären sogar schon froh, wenn sie nur Zinsen dafür erhalten könnten. Da, glaube ich, müßte man doch schon, um den guten Willen zu beweisen, zeigen, daß es einem mit der Verkündung der heiligen Unantastbarkeit des Privateigentums eigentlich nicht nur um eine Phrase zu tun ist, sondern daß es aus Überzeugung geschieht, von seiten der Regierung, insbesondere von seiten der Österreichischen Volkspartei und von seiten des Finanzministeriums.

Und nun, meine Damen und Herren, bin ich noch nicht am Ende mit meinen Ausführungen (*Zwischenrufe*), und es tut mir sehr leid, wenn ich Ihre Geduld heute länger, als ich es sonst gewohnt bin, in Anspruch nehmen muß; aber schließlich und endlich habe ich ja gestern auch stundenlang gewartet, als Sie den Beginn der Sitzung des Finanzausschusses zuerst für zwei Uhr angesetzt hatten, dann auf halb drei und dann auf fünf Uhr verschoben haben, schließlich von fünf auf sieben Uhr, und dann — nach stundenlangem Warten meinerseits — die Gnade hatten, ihn abzusagen, weil Ihre Koordi-

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2943

nierungsgespräche, die Sie hinter verschlossenen Türen geführt haben, bis zu dieser Stunde noch nicht abgewickelt waren. Sie werden es mir daher nicht verargen — ohne daß ich schadenfroh wäre —, wenn ich jetzt einmal mein Recht in Anspruch nehme und meine Zeit etwas ausnütze. Ich verspreche Ihnen dafür: es wird jetzt pikant werden. (*Abg. Grete Rehor: Interessant! Hoffentlich wird es nicht so unpikant wie neulich!*)

Der Gegenstand, den ich jetzt behandle, führt den Titel: „Die österreichische Vermögenssicherung“ oder: „Peter Kraulands trauriges Erbe“. Auch hier zuerst ein kleines Vorspiel, bevor ich wieder zurückkomme auf das, was ich schon im Finanz- und Budgetausschuß erwähnt habe, dort allerdings flüchtiger, als ich es hier mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes tun muß, und zwar, da mir der Herr Finanzminister auch in diesem Punkt eine Antwort gegeben hat, mit der ich mich nicht zufriedengeben konnte, mit aller durch die Sachlage gebotenen Deutlichkeit.

Es gibt eine Ges. m. b. H., und die heißt „Der Kreis“; und „Der Kreis“ ist der Pächter der Wiener Großdruckerei Waldheim-Eberle, Kommanditgesellschaft, seit 1. Oktober 1949. Diese Ges. m. b. H. „Der Kreis“ besteht aus zwei SPÖ-Vertretern und einem Vertreter des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, die alle völlig vermögenslos sind. Der ÖAAB-Vertreter ist der Sekretär des Herrn Nationalrates Dr. Bock. Dr. Bock, der sich ja in seiner Eigenschaft als Steuerprüfer auf Grund seiner beruflichen Qualitäten jederzeit ein gutes Bild von der Rentabilität eines Unternehmens machen kann, hat seinen Sekretär, einen gewissen Herrn Hermann Krause, als Strohmann in die Führung der „Kreis“-Ges. m. b. H. geschickt. Ich will vorausschicken, damit wir uns ganz verstehen und es alle verstehen, die mit der Materie weniger befaßt sind als Sie: Dieser „Kreis“ hat also die Großdruckerei Waldheim-Eberle gepachtet. Waldheim-Eberle ist Staatseigentum, sogenanntes Verfallsgut; aber das ist bestritten. Trotzdem dies bestritten und noch nicht geklärt ist, verpachtete noch Krauland dieses Riesenunternehmen um einen Pachtschilling von 488.000 S jährlich an den „Kreis“, obwohl ein wesentlich besseres Pachtangebot vorlag. Der Bundesrat hat also zuerst einmal hier einen Schaden dadurch erlitten; daß nicht das Pachtangebot angenommen wurde, das den größten Pachtschilling eingebracht hätte, sondern ein Pachtangebot, das ihm einen kleineren Pachtschilling einbringt, damit die beiden Parteien den Nutzen aus der großen Druckerei Waldheim-Eberle ziehen können. (*Zwischen-*

rufe.) Die 488.000 S machen nämlich nur einen Bruchteil des Ertrages dieses Riesenunternehmens aus. Sie machen nur das aus, was allein der Druck des „Wiener Kurier“ der Firma Waldheim-Eberle trägt. Alle anderen Druckaufträge und ihre Betriebserfolge fließen der SPÖ über die genannten zwei Strohleute, die in dem „Kreis“ sitzen, und der ÖVP über den genannten Herrn Krause zu. Ich glaube Ihnen schon, daß Sie es nicht notwendig haben, sich von Gesinnungsfreunden eine Tonne oder einen Waggon Papier schenken zu lassen. (*Abg. Dr. H. Kraus: Sehr richtig!*) Wenn man den „Kreis“ besitzt und die Firma Waldheim-Eberle zu einem solchen Pappenstiel gepachtet hat, dann kann man auf derlei verzichten.

Nun lassen Sie mich die Sache, damit sich kein Mißverständnis zwischen uns erhebt und der Herr Finanzminister nicht sagen könnte: „Was geht das mich an? Das war Dr. Krauland!“, weiter erörtern. Der Herr Dr. Krauland hat diese Firma Waldheim-Eberle an den „Kreis“ zu einer Zeit verpachtet, als der „Kreis“ noch gar nicht bestand. Der „Kreis“ wurde erst im Dezember 1949 handelsgerichtlich eingetragen, und wenn darüber Zweifel bestehen sollten, so kann ich diesen Zweifel wie auch alle weiteren, die sich ergeben könnten, an Hand eines Paketes handelsgerichtlicher Auszüge leicht zerstreuen. (*Abg. Grete Rehor: Nicht zu groß tun, sonst müssen Sie wieder eine Zurücknahme machen!*) Sie müssen Ihre Zurufe so machen, daß ich sie verstehe. (*Abg. Grete Rehor: Sie müssen in Ihren Äußerungen sehr vorsichtig sein! Sie haben schon einmal zuviel gesagt und dann zurücknehmen müssen, was Sie sagten!*) Sehr richtig, Frau Abgeordnete, darum habe ich mir in diesem Fall eben Unterlagen mitgebracht. (*Zwischenrufe. — Heiterkeit.*)

Nun also weiter im Konzept. „Der Kreis“ hat im Oktober 1949, als der Herr Krauland ihm den Betrieb Waldheim-Eberle verpachtet hatte, noch nicht bestanden, sondern er wurde erst später eingetragen. (*Abg. Machunze: Bestanden hat er schon!*) Aber der Herr Krauland war auch nicht mehr Minister zu jener Zeit, und weil er nur ein Interesse daran hatte, den Parteien und insbesondere seiner Partei Tarnfirmen zuzuschancen, hat er meinem Vernehmen nach — und dies habe ich auch den Herrn Finanzminister gefragt; er hat mir aber bis jetzt noch nicht geantwortet — den Akt, den er da unterschrieben hat, rückdatiert. Das Strafgericht hat im Juli 1951 den Verpachtungsakt vom Finanzministerium abgefordert. Der Herr Finanzminister Dr. Margaretha hat dem Gericht mitteilen lassen, es gebe keinen solchen Akt — vielleicht, ich weiß

2944 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

es nicht, auf Grund einer flüchtigen oder unrichtigen Information. Ich möchte den Herrn Finanzminister nochmals fragen, ob es nicht vielleicht doch einen solchen Akt der Verpachtung von Waldheim-Eberle an den „Kreis“ gibt und ob er nicht vielleicht die Unterschrift des Herrn Dr. Ritschel trägt.

Nun, meine Damen und Herren, bei solchen Geschäften, wie gesagt, erübrigt sich die Notwendigkeit, sich um eine Tonne oder einen Waggon Papier besonders bemühen zu müssen.

Aber es wurde mir gesagt, und das ist jetzt die dritte Phase der Papierangelegenheit, daß bei der Bundespräsidentenwahl der SPÖ 30 Waggon Papier gespendet worden sind und der ÖVP 30 Waggon Papier gespendet worden sind (*Abg. Hartleb: Hört! Hört!*) und der KPÖ auch 10 Waggon. (*Erneute Hört! Hört!-Rufe des Abg. Hartleb.*) Und der Herr Generaldirektor Sturz vom Zeitungsherausgeberverband hat in einem privaten Gespräch mit einem meiner Klubkollegen seinem Erstaunen Ausdruck gegeben, daß wir dabei nicht zum Zuge gekommen wären, warum wir uns nicht rechtzeitig darum gekümmert hätten. Ich glaube also: Wer soviel Butter auf dem Kopf hat, sich 30 beziehungsweise 10 Waggon Papier für die Bundespräsidentenwahl schenken zu lassen, der soll lieber nichts von Papier reden bei den anderen. (*Abg. Machunze: Wie war denn das mit der Bettelei vor einigen Wochen beim Zeitungsherausgeberverband? — Abg. Hartleb: Schon wieder ein Glashaus!*)

Herr Machunze! Ich gebe keine Zeitung heraus, ich besitze auch keine; ich bin froh, daß ich die eine, die ich hatte — und die nur mit Privatschulden, an denen ich heute noch redlich abzahle —, kurzfristig losgeworden bin. Ich war nicht beim Generaldirektor Sturz wegen der Sache, in der Sie mich befragen. Aber ich habe Ihnen jetzt nicht eine Gegenfrage zu beantworten, sondern ich will zuerst von Ihnen wissen: Was ist mit den 30 Waggon Papier, die Sie bei der Bundespräsidentenwahl bekommen haben? Nicht immer von anderen Dingen reden! Das kennen wir schon, das Reden von anderen Dingen. Sie haben uns das Papier lang genug vorenthalten, jetzt sagen wir Ihnen urbi et orbi, daß Sie es waren, die sich Papier in dem beträchtlichen Ausmaß von 30 Waggon je Partei und für die KPÖ 10 Waggon für die Bundespräsidentenwahl haben schenken lassen. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Noch dazu zum alten Preis, während schon der neue Preis galt! — Lebhaftige Heiterkeit. — Gegenrufe bei der Volkspartei.*)

Ja, meine Damen und Herren, glauben Sie, daß das kein Geschenk ist, wenn Sie zu einem Stopppreis derartige Papiermengen kaufen, die Sie an jeder Straßenecke sofort ums Vierfache wiederverkaufen können? Das ist doch soviel wie bares Geld. Und wenn Sie noch etwas wissen wollen, dann darf ich Ihnen vielleicht verraten, daß die „Österreichische Volksstimme“ ja viermal mehr Papier bekommt, als sie überhaupt braucht, und daß man selbstverständlich Papier immer haben kann, wenn man sich an die Parteizeitungen wendet, die ein viel höheres Kontingent haben, als sie ausnützen, und die Differenz versilbern. (*Abg. Hartleb: Hört! Hört! Ja, was ist denn das? — Abg. Neuwirth: 10 t für den Fiala! Das ist er nicht wert! — Heiterkeit.*)

Aber, meine Damen und Herren, wir kommen jetzt weiter zu den Verpachtungen, die das Krauland-Ministerium vollzogen hat und die vom Finanzminister bis heute noch nicht aufgehoben wurden, obwohl eindeutig festgestellt worden ist, daß sie zum Schaden des österreichischen Bundesschatzes erfolgten.

Ich komme da zum zweiten Objekt: Die Firma „Ankündler“, Gesellschaft m. b. H., Adresse Wien I, wurde 1948 an die von der ÖVP gegründete Firma Internationale Werbe-Gesellschaft m. b. H. um monatlich 1500 S verpachtet. An dieser Firma, der Internationalen Werbe-Gesellschaft, in der Folge kurz IWG genannt, sind der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund, der Wirtschaftsbund und der Bauernbund mit je 25 Prozent beteiligt. Durch Strohmänner sind alle drei ÖVP-Bünde vertreten. Der Jahresumsatz des „Ankündlers“ ist also fast völlig — mit 75 Prozent — der ÖVP zugekommen; er beträgt etwa 5 Millionen Schilling. (*Abg. Dr. H. Kraus: 1500 S Pacht ist gut! Das ist ein Geschäft!*) Und 1500 S ist die Pachtsumme.

Der Durchführende dieser — ich sage das hier im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung, denn das wird sich bald gerichtlich erhärten — Schiebung war Kraulands Präsidialchef, Regierungsrat Müller, der sich für diese Schiebung einen Konsulentenposten bei der IWG mit einem garantierten Mindestgehalt von 3000 S ausbedang. Als der Herr Müller aus dem Ministerium ausscheiden mußte, residierte er in den Firmen der IWG, und dort wurden die „Pachtungen“ für Krauland weiter ausgemacht und weiter ausgepackelt. Seine Aufträge gab der Herr Müller dann an Herrn Hintze im Ministerium weiter, und dort wurden sie vom Herrn Hintze prompt ausgeführt. Hintze ließ zum Beispiel öffentliche Verwalter über Auftrag Müllers absetzen, nur um eine Pachtung der von ihnen

verwalteten Firmen bei Widerstreben des Verwalters an Krauland zu bewerkstelligen. Müller besuchte Hintze bis zu seiner Verhaftung im Juli 1951 regelmäßig im Ministerium und setzte dort seine „Pachtungsangelegenheiten“ durch.

Meine Damen und Herren! Bevor ich in dieser außerordentlich spannenden Geschichte weiterfahre, möchte ich jetzt etwas einschalten. (Abg. Altenburger: Für spannende Geschichten sind Sie ein Fachmann! — Weitere Rufe bei der ÖVP: Spannend ist das nicht! — Uns interessiert das nicht!) Ich glaube, die Galerie zumindest interessiert das sehr. (Weitere Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Gegenrufe bei den Unabhängigen.) Ich möchte nämlich folgendes einschalten. (Neuerliche lebhaftige Zwischenrufe.)

Präsident Böhmer: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Abg. Altenburger: Ihre spannenden Geschichten, vom Blutdichter angefangen! Es ist noch nicht so lange her, da haben Sie sich hier im Hause entschuldigen müssen!)

Abg. Dr. Stüber (fortsetzend): Ich verstehe Ihr Geschrei nicht (Abg. Altenburger: Sie verstehen mehr nicht!), aber ich glaube, Sie sind auch nicht das Salz der Erde, Herr Altenburger! (Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Böhmer gibt das Glockenzeichen.) Ich möchte folgendes einschalten:

Es gibt im Finanzministerium heute noch einen Sechserausschuß „Finanz“. (Abg. Altenburger: Denken Sie an den Blutdichter!) Dieser Sechserausschuß „Finanz“ widerspricht zweifellos der Bundesverfassung. Er besteht aus 3 ÖVP- und 3 SPÖ-Vertretern, und da er bis heute noch nicht zum Tage gekommen ist, so hat sich vorläufig eine Vorkommission konstituiert, der als Mitglieder — alle sind mir nicht bekannt, aber doch einige — angehören: namens der ÖVP der Rechtsanwalt Dr. Kasamas und namens der SPÖ der frühere Sekretär Mantlers, der Herr Dr. Rosenberg.

Dieses Komitee für den Sechserausschuß „Finanz“ ist jene Stelle, die darüber entscheidet, wer die öffentlichen Verwalterstellen kriegt, die öffentlichen Verwalterstellen, die Sie ja selbst, Herr Minister, in der vorjährigen Budgetdebatte sehr beklagt haben und von denen Sie gesagt haben, Sie wären dankbar, wenn Sie sie lieber heute schon als morgen los hätten. Die öffentlichen Verwalter führen dann wieder ihrerseits die Verpachtungen durch, die Verpachtungen an die Tarnfirmen Kraulands und an die Tarnfirmen und Scheinfirmen der Koalitionsparteien, die daraus ihr Geld ziehen, von dem sie ihren Parteiapparat bestreiten. (Zwischenruf des Bundes-

ministers Dr. Margarétha. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das scheint mir keine glückliche Antwort zu sein, die Sie mir zuflüstern, denn ich habe mich nie um eine Pachtung beworben und ich habe mich nie um eine öffentliche Verwaltung beworben! Aber was sich auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltungen tut, das werden Sie doch als Zeitungsleser genau so zur Kenntnis nehmen wie ich. Vom Presse-Hofmann mit Rokowansky bis zu Persil mit Dr. Chwala. (Abg. Altenburger: Wieviel Geld hat die Partei bezogen? Wieviel behaupten Sie?) Wenn Ihnen das vielleicht nicht genügt, soll ich Ihnen die Aufgliederung der Einnahme der Firma Robetschek hier geben? (Abg. Altenburger: Wenn Sie behaupten, die Partei hat etwas bezogen, so sagen Sie auch, wieviel! Wenn Sie das nicht tun können, lügen Sie! — Heftige Rufe und Gegenrufe. — Abg. Altenburger: Wieviel hat die Partei bekommen? — Präsident Böhmer gibt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: Wieviel hat die Partei bekommen, Herr Stüber? Geben Sie Antwort nur darüber! — Abg. Dr. H. Kraus: Das steht nicht in den Büchern!) Ich habe doch gesagt, über Ihre Strohmänner! Glauben Sie, daß der Herr Krause den Überschuß von Waldheim-Eberle allein bezieht? So dumm werden doch nicht einmal Sie jemand finden! (Ständige Zwischenrufe des Abg. Altenburger. — Lebhaftige Unruhe.)

Präsident Böhmer (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abg. Dr. Stüber (fortsetzend): Ich sage Ihnen, Herr Altenburger, daß allein durch die Verpachtung von Waldheim-Eberle an den „Kreis“ und die Verpachtung des „Ankünders“ an die IWG der österreichische Bundesschatz einen Schaden von 20 Millionen Schilling erlitten hat. Diesen Schaden erleidet der österreichische Staat vornehmlich durch die Pachtstätigkeit Ihrer Partei und auch der SPÖ. Durch diese Methode ist also dem österreichischen Bundesschatz aus diesen zwei Objekten allein ein Schaden von 20 Millionen Schilling zugefügt worden. (Abg. Machunze: Wieviel hat die Partei bezogen?) Ich sitze doch nicht in Ihrer Parteikasse! (Rufe bei der ÖVP: Wieviel?) Das werden Sie besser wissen als ich. Ich habe nur das „daß“ behauptet. (Weitere Zwischenrufe und Unruhe. — Abg. Altenburger: Sie lügen!) Solche lächerliche Finten werden da wohl auf niemanden einen Eindruck machen. Ich habe Ihnen bewiesen, daß Sie Geschäfte zum Schaden des Staates machen und aus diesen Geschäften Parteinutzen ziehen! (Anhaltende Zwischenrufe.) Der Kassier Ihrer Partei bin ich nicht! (Neuerliche Zwischenrufe.)

2946 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Präsident **Böhm**: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Dr. **Stüber** (*fortsetzend*): Etwas anderes kann ich Ihnen sagen. (*Abg. Machunze: Sie haben wieder einmal im offenen Haus gelogen! — Abg. Altenburger: Sie sind ja dafür bekannt!*) Was habe ich? Ich habe im offenen Haus einen Irrtum zurückgenommen, und ich glaube, es ist wenig vornehm, da kein Mensch von Irrtümern frei ist, nach einer solchen Zurücknahme, mit der ich dem Minister Hurdes Genugtuung gegeben habe, dann darauf zurückzukommen. Ich glaube, das macht für Sie keinen besonderen moralischen Eindruck. (*Abg. Machunze: Sie haben gelogen, indem Sie behaupten, die Partei beziehe etwas! — Abg. Altenburger: Wieviel bezieht Ihre Partei, nicht durch Ihre Blutgedichte, sondern durch Inserate?*) Fällt Ihnen gar nichts anderes mehr ein als die Blutgedichte? (*Unruhe.*)

Präsident **Böhm**: Meine Herren, ich bitte um Ruhe! (*Abg. Altenburger: Er behauptet, daß die Partei Geld bezogen hat! Das ist unrichtig und unwahr!*)

Abg. Dr. **Stüber** (*fortsetzend*): Ich habe behauptet, daß die Parteien zum Nachteil des Bundesschatzes Pachtverträge zugeschanzt bekommen haben. Daß sie das nicht bekommen haben, um sich ein schönes Bild bei dem lieben Gott einzulegen, sondern aus materiellen Interessen, das liegt doch auf der flachen Hand! (*Abg. Altenburger: Ihr Bild ist beim Hitler verewigt!*)

Präsident **Böhm**: Meine Herren! Es wird Ihnen nicht schwerfallen, dem Redner zu antworten. Lassen Sie ihn jetzt einmal reden; es hat ja jeder die Möglichkeit zu antworten.

Abg. Dr. **Stüber** (*fortsetzend*): Ich habe Ihnen auf Grund einer Aufstellung nur ganz kurz und am Rande — dies hat nicht allzuviel mit den wesentlichen Fragen zu tun — bekanntzumachen, was beispielsweise die Firma Robetschek, die sich ja besonders für solche öffentliche Verwaltungen geeignet hat, weil sie jeweils die Pachtungen durchgeführt hat, die die Parteien gewünscht haben, an Einnahmen bezogen hat:

Der Herr Dr. Robetschek selbst 112.680 S, Diplomkaufmann Pawlitschek 106.241 S, der Herr Dr. Montjoye 48.918 S, der Herr Kalcik 68.598 S, der Herr Suldowsky 18.829 S, der Herr Ruzicka 34.479 S, Hemmerling 15.289 S. (*Ruf bei der ÖVP: Das sind doch Buchprüfer! — Bundesminister Dr. Margarétha: Für welche Zeit?*) Insgesamt, Herr Bundesminister! (*Abg. Altenburger: Für welche Zeit, Herr Abgeordneter? — Weitere Rufe: Für welche Zeit?*) Insgesamt, sage ich

Ihnen! Sind Sie denn auch noch schwerhörig? Insgesamt, für die ganze Zeit der öffentlichen Verwaltungen; und selbstverständlich dafür, daß er diese Fälle durchgeführt hat. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP, insbesondere des Abg. Altenburger.*) Das muß Sie außerordentlich beißen, sonst bekämen Sie nicht so einen roten Kopf. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. H. Kraus: Sie verteidigen Krawland!*)

Präsident **Böhm**: Meine Herren! Wenn nicht Ruhe eintritt, dann muß ich die Sitzung unterbrechen. Das ist kein Zustand. (*Andauernde lebhafte Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Abg. Altenburger: Das ist eine Schande! Das sind doch Buchprüfer und nicht der Krawland! — Lebhaftige Gegenrufe beim KdU.*) Meine Herren, ich bitte um eines. (*Neuerliche entrüstete Zwischenrufe bei der ÖVP. — Andauernde Gegenrufe beim KdU.*) Meine Herren, jetzt darf vielleicht ich auch einmal reden! Zwischenrufe, die mit Lärm verbunden sind, sind keinerlei Argumente. Ich glaube, jede Partei hat die Möglichkeit, dem Herrn Redner entsprechend Antwort zu geben. Das wird viel überzeugender sein, als wenn wir hier Lärmszenen aufführen. Ich bitte beide Teile, sich hier zu mäßigen und die Debatte in Ruhe abzuführen! (*Zustimmung beim KdU.*)

Abg. Dr. **Stüber** (*fortsetzend*): Nun, meine Damen und Herren, ich habe die ganz konkrete Frage an den Herrn Finanzminister zu stellen, was es mit diesem auf Grund des sogenannten kleinen Kompetenzgesetzes geschaffenen Sechserausschuß — ich meine den Sechserausschuß „Finanz“ — für eine Bewandtnis hat, und ich möchte gerne fragen, welche außer den genannten Mitgliedern noch in ihm sitzen und wie es derzeit mit seinen Amtsgeschäften steht.

Ich könnte Ihnen über diese Dinge stundenlang erzählen. (*Abg. Altenburger: Nur stundenlang lügen können Sie!*) Es ist ein hübscher Pack hier, es reicht für ein paar Stunden. Aber ich will mich darauf beschränken, jetzt schon die Schlußfolgerungen zu ziehen.

Da steht in den „Salzburger Nachrichten“ vom heutigen Tag, daß der Schutzverband beschlagnahmter deutscher Vermögen in Österreich e. V., der seinen Sitz in München hatte — wenigstens zu der Zeit in München hatte, als von seiten österreichischer Ministerien mit ihm gewisse Besprechungen gepflogen worden sind —, seinen Mitgliedern und den deutschen Interessenten auf Grund der Behandlung, die das Deutsche Eigentum in Österreich gefunden hat, abraten muß, deutsche Kapitalien in Österreich zu inve-

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2947

stieren. Nun können Sie natürlich sagen: Wir sind ohnehin nicht neugierig! Was brauchen wir schon die deutschen Kapitalien? Die gehen uns ja nichts an. Aber ich glaube, so hoppadatschig sollten wir nicht sein, sondern wir sollten es in der jetzigen wirtschaftlichen Lage, in der wir uns befinden, sehr begrüßen, wenn sich Auslandsgläubiger für Kapitalsanlagen in Österreich interessieren. Das schlechte Beispiel der Verwaltung des öffentlichen Verfallgutes, insbesondere des Deutschen Eigentums in Österreich, das fürchte ich, noch jahrelang am Ruf und Mark Österreichs zehren wird, wirkt natürlich auf den Auslandsgläubiger abschreckend, denn er denkt sich: Für ein solches Land, in dem auf fremdes Gut derart wenig Bedacht genommen wird, wo mit treuhändigem Vermögen, mit treuhändig anvertrautem Gut ungefähr nach dem Grundsatz „eine Treuhand wäscht die andere Treuhand“ gewirtschaftet wird, an einem solchen Staat habe ich kein Interesse. Das ist, glaube ich, hier zu diesem Kapitel zu sagen gewesen. (*Abg. Altenburger: Denken Sie an die Reichskommissare im Jahre 1938, an die Vermögensentziehungen von 1938!*)

Zum Schluß möchte ich noch folgendes sagen: Der Herr Finanzminister und der Herr Handelsminister haben im heurigen Sommer einen Besuch in den USA abgestattet. Was ihnen bei diesem Besuch von amerikanischer Seite gesagt worden ist, das wissen wir nicht genau, aber wir wissen, daß um diese Zeit unsere Marshall-Hilfe gewaltig gekürzt worden ist, und zwar um viel größere Beträge, als die größten Pessimisten zuerst befürchtet haben. Da ist uns so gesagt worden, daß sich die Herren Minister Kolb und Margarétha in den Vereinigten Staaten einiges anhören mußten, und zwar hätten ihnen die Herren Amerikaner zum Beispiel gesagt: Wenn ihr weiter Geld von uns wollt, dann müßt ihr zuerst in euren Finanzhaushalt Ordnung bringen, dann müßt ihr auch Ordnung in eure Ausfuhrpolitik und in eure Devisenpolitik hineinbringen und vor allem die Vollbeschäftigung wirklich und nicht nur auf dem Papier durchführen! Und weiter: Habt den Mut und beginnt einmal mit der Verwaltungsreform!

Sehen Sie, das haben nicht wir Unabhängigen gesagt, sondern das hat Amerika, das haben hohe verantwortliche amerikanische Stellen gesagt, auf deren Urteil Sie sich so lange beriefen, als es für Sie günstig war, und das Sie jetzt, da sich diese Stellen mit sehr herber Kritik an Sie wenden, nur mehr sparsam verwenden.

Wir Unabhängigen haben keine Freude daran, daß wir das an Ihnen kritisieren

müssen, was Ihnen heute schon Ihre Gläubiger vorhalten, aber wir unterziehen uns dieser schweren Aufgabe, um durch unsere Kritik vielleicht in letzter Stunde noch eine Warnung auszurufen, die auch Sie beherzigen mögen, daß es fünf Minuten vor zwölf ist, wie erst gestern in einer Wirtschaftsenquete gesagt wurde, um auf diesem Weg umzukehren und in die Staatsfinanzen endlich Ordnung zu bringen, damit nicht das Schreckgespenst des Dudelsackpfeifers wieder aufsteige und wieder ein Ruf erschallt, den wir nicht hören möchten: O du lieber Augustin, alles ist hin! Um Sie zu warnen, auf diesem Weg, auf dem zwangsläufig das Letzte noch hin werden muß, weiterzugehen, drücken wir Ihnen unser Mißtrauen gegen dieses Budget aus, indem wir auch gegen dieses Kapitel stimmen werden. (*Lebhafter Beifall beim KdU.*)

Abg. Dr. Rupert Roth: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar der Meinung, daß es besser wäre, wenn man sich mit den Ausführungen eines Abgeordneten des Linksblocks nicht befassen würde, denn man verleiht diesen Ausführungen viel zuviel Gewicht, wenn man sie überhaupt zur Kenntnis nimmt. Nun hat aber der Herr Abg. Honner ein Märchen erzählt, dem ich unbedingt entgegengetreten muß. Er hat in seiner gestrigen Rede und heute am Beginn der Fortsetzung seiner Rede ausgeführt, daß im Jahre 1950 57 Aktiengesellschaften einen Bruttogewinn — wie er sich ausdrückte — von 439,024.000 S erzielt hätten und bei Abzug der Löhne und Lasten den Unternehmern ein Gewinn von 226,462.000 S verblieben sei. Der Herr Abg. Honner hat bei dieser Gelegenheit die Bilanz der Gösser Brauereien zitiert. Ich habe mir diese Bilanz beschafft und konnte feststellen, daß bei einem Bruttogewinn von 49,261.918 S ein Nettoreingewinn von 1,343.620 S einschließlich des Nettoreingewinns des Vorjahres erzielt wurde. Der Reingewinn von zwei Jahren macht daher ungefähr 2 Prozent des Bruttogewinnes aus.

Wenn ich nun die Mathematik des Herrn Abg. Honner fortsetze oder die Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache ziehe, dann ist damit unter Beweis gestellt, mit welcher Willkür der Herr Abg. Honner bei einem Bruttogewinn von 439 Millionen Schilling bei 57 Aktiengesellschaften zu einem Nettogewinn von 226 Millionen Schilling gekommen ist, von dem er behauptet, daß er in die Taschen der Unternehmer rinne. Dazu sei noch bemerkt, daß diese Gewinne, sofern sie über die Dividende an die Aktionäre zur Verteilung kommen, der Dividenden- und Einkommensteuer unterliegen, falls dies nicht

2948 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

der Fall ist, dem Unternehmen für Investitionszwecke wieder zugute kommen, also wesentlich zur Sicherung auch des Arbeitsplatzes des Arbeitnehmers beitragen.

Der Herr Abg. Honner hat heute auch noch behauptet, der Kollege Böck-Greissau hätte ein so zufriedenes Lächeln, als er diese Ziffern nannte, zur Schau getragen. Der Kollege Böck-Greissau hat mir mitgeteilt, daß dieses Lächeln weniger befriedigt, sondern damit begründet war, mit welcher Unverfrorenheit der Herr Abg. Honner geneigt ist, Tatsachen hier im Hause zu verdrehen.

Weiter hat der Herr Abg. Honner dem Herrn Finanzminister den Rat erteilt, er möge bei Ersparungen in erster Linie die Ministergehälter um 50 Prozent, also auf 5000 S, und die Abgeordnetengehälter von 3500 S auf 2000 S im Monat herabsetzen. Ich bin der letzte, der sich deswegen um ein Mandat beworben hat, um zu den Gebühren dieses Mandats zu kommen. Aber wenn man die Ausgabenseite im Bundesvoranschlag ansieht, so kann man errechnen, daß eine Herabsetzung der Abgeordnetenbezüge von 3500 S auf 2000 S — eine rund 40prozentige Ermäßigung — ungefähr 700.000 S im Jahr ausmachen würde.

Ich wüßte aber für den Herrn Abg. Honner — einer der Herren Vorredner hat sich ja damit schon befaßt — eine viel dankbarere Aufgabe. Wie wäre es beispielsweise, wenn er sich an das russische Element, an seine Auftraggeber heranmachen und versuchen würde, sie dazu zu bewegen, daß sie endlich einmal unser Land verlassen oder nach amerikanischem Beispiel — wo er über die Amerikaner immer so lästert — auf die Besatzungskosten verzichten? Dort würde nämlich 1 Prozent schon 1.4 Millionen Schilling im Jahr ausmachen.

Wir müssen hier an den Herrn Finanzminister die Frage stellen, wie er sich dazu zu verhalten gedenkt, daß diese Besatzungskosten nicht nur nicht herabgesetzt, sondern, wie wir erfahren mußten, um 11 Millionen Schilling im Jahr je Besatzungsmacht erhöht werden sollen. Im Budget ist im Kapitel 17 als Gesamtaufwand für diese Kosten ein Betrag von 450 Millionen Schilling vorgesehen. Wir glauben aber auch, daß der Abg. Honner auf die Abgeordnetengebühren — auch ein Vorredner hat schon darauf angespielt — leicht verzichten kann, denn wir sind der Meinung und Überzeugung, daß ihm die nötige Anzahl von Silberlingen auf eine andere Weise zufließen wird. (*Abg. Koplénig: Wir sind ja keine „Krauländer“!*)

Ich muß aber auch zu den Ausführungen des Kollegen Slavik mit einigen Worten

Stellung nehmen. Der Herr Kollege Slavik hat hier ausgeführt, daß es, damit wir dieses Budget erfüllen, damit wir unseren Lebensstandard aufrechterhalten können, in erster Linie darauf ankommt, unsere Produktion zu steigern, um die Verarmung, in der wir leben, überwinden zu können. Vollkommen richtig! Er hat aber weiterhin ausgeführt, daß diese Steigerung der Produktion nicht nur durch Antreibung der Arbeitnehmerschaft erzielt werden solle, sondern durch Rationalisierung. Hier finde ich insofern einen Widerspruch, als der Herr Abg. Slavik knapp zuvor die Behauptung aufgestellt hat, man müsse die österreichische Investitionspolitik und die damit verbundenen Geschenke an die Unternehmer einer gründlichen Revision unterziehen. Rationalisieren heißt aber vielfach: investieren.

Man muß auch — wenn das auch nicht direkt gesagt wurde — der Unterstellung entgegengetreten, daß die österreichische Unternehmerschaft Antreiberdienste leiste, beziehungsweise nur über den Weg der Antreibung zu der bis jetzt erzielten Produktion gekommen wäre. Das Konjunkturforschungsinstitut hat festgestellt, daß sich die Arbeitsleistung per Kopf gegenüber 1937 derzeit bei 99 Prozent bewegt; es gibt andere Statistiken, die behaupten, der Prozentsatz liege weit tiefer. Tatsache ist, daß bei Erstellung dieser Statistiken die inzwischen erfolgte Verbesserung auf maschinellem Sektor nicht Berücksichtigung gefunden hat, weil es bisher auch sehr schwer war, den richtigen Verhältniskoeffizienten zu finden. Dabei wissen wir aber auch ganz genau, daß inzwischen die Leistung pro Kopf, wohl hauptsächlich unterstützt durch entsprechende Investitionen und maschinelle Verbesserungen, in den übrigen Weststaaten nicht auf dem Stand von 1937 stehengeblieben ist, und sollten wir gar amerikanische Produktions- und Leistungsziffern heranziehen, so müssen wir leider feststellen, daß hier noch manches zu tun übrigbleibt.

Der Herr Kollege Slavik hat sich im Zusammenhang mit den Handels- und Wirtschaftskammern zu der Äußerung verstiegen, daß alle Wirtschaftstreibenden sich in dieser Organisation wie in einem Konzentrationslager fühlen. Wenn dem wirklich so ist, so möchte ich hier feststellen: Das wäre das erste Konzentrationslager, in dem sich jemand wohl fühlt! Denn es ist eine Tatsache, daß die Wirtschaftstreibenden diese Organisation gewünscht haben, daß sie dem Förderer dieser Organisation und dem Chef dieser Organisation freiwillig ihre Erfolgshaft leisten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist aber auch richtig, daß mit der Organisation

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2949

der Handelskammern gegenüber 1938 eine grundsätzliche Veränderung vollzogen wurde, denn sie wurden auf breiteste Basis gestellt, und, im Sinne der Solidarität gesprochen, Sie finden dort die Interessen sowohl des Großunternehmers als auch des kleinen Greißlers gemeinsam vertreten.

Es wird in diesem Zusammenhang immer wieder die Forderung erhoben, das Untersagungsgesetz, weil aus einer rückständigen Mentalität kommend, aufzuheben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind ohne weiteres bereit, über diesen Gegenstand zu diskutieren. Wir möchten aber nur vor einem warnen: Öffnen wir die Schleusen nicht unkontrolliert, denn sonst könnte es geschehen, daß ein beachtlicher Teil der Steuerträger soweit angeschlagen wird, daß er nicht mehr imstande ist, die von ihm erwarteten Steuern — und hier denke ich vor allem an die Gewerbesteuer — zu tragen! Und ich möchte dann fragen, wo beispielsweise die Gemeinden, die ihr Budget in erster Linie auf die Gewerbesteuer aufgebaut haben, ihre Einnahmen herzunehmen gedenken.

Es ist hier auch davon gesprochen worden, um nochmals auf die Investitionen zurückzukommen, daß man eigentlich die zweckmäßige Verwendung der Investitionszuschüsse überprüfen müßte. Hiebei wurde so nebenbei die Behauptung aufgestellt, daß, soweit Staatsbetriebe mit solchen Investitionszuschüssen bedacht wurden, sie diese auch wirklich auf Heller und Pfennig ihrer Verwendung zugeführt haben. Es wurde dann im Nachsatz gesagt: Man könnte eigentlich meinen, daß auch die Privatwirtschaft nach diesen Grundsätzen die ihnen zugeschossenen Gelder verwendet hätte. Es ist mir aber bis heute kein einziger Fall aus der Privatwirtschaft bekanntgeworden, in dem solche Gelder für Fehlinvestitionen verwendet worden wären. *(Abg. Proksch: Es ist nämlich überhaupt nichts gemacht worden!)*

Aber immerhin könnte man darüber sprechen, ob es sehr zweckmäßig ist, große Bahnhöfe zu bauen, weil wir der Meinung sind, daß diese in der nächsten Zeit keine Einnahmen bringen werden. Wir würden es lieber sehen, daß diese Gelder Unternehmungen für Investitionen zugeteilt werden, die kurzfristig entsprechende Einnahmen und vor allem Deviseneinnahmen für unsere Volkswirtschaft bringen. Ich möchte hier nur auf die Papierindustrie verweisen, die in der letzten Zeit einer sehr beachtlichen und bedenklichen Kritik unterzogen wurde.

Die Papierindustrie hat bisher ungefähr 350 Millionen Schilling aus den Marshallplan-Mitteln für Investitionen bekommen; ein

gleich hoher Betrag soll ihr noch zugewiesen werden. Diese Mittel der Papierindustrie zu geben ist schon insofern gerechtfertigt, weil die Papierindustrie allein in diesem Jahr 70 Millionen Dollar an Devisen für unsere Volkswirtschaft erbringen wird und damit an fünfter Stelle der Deviseneinnahmer für unseren Staat figuriert. 70 Millionen Dollar sind rund 1½ Milliarden Schilling. Zum offiziellen Kurs umgerechnet, ist das also im Jahr der doppelte Betrag an Devisen, den man diesem Industriezweig für Investitionen aus Marshallplan-Mitteln zuweist, womit wohl am besten unter Beweis gestellt ist, wie überlegt und wie gerechtfertigt diese Zuteilung war.

Der Herr Abg. Slavik — ich bedaure, daß ich mich gerade mit einem Koalitionskollegen so lange befassen muß — hat behauptet, daß eigentlich der Herr Finanzminister der böse Mann ist, der schuld daran sei, daß die Tarife bei den Bundesbahnen zu erhöhen sind. Eine halbe Milliarde Schilling, so wurde ausgeführt, müssen auf die Wirtschaft umgelegt werden und werden wahrscheinlich in dieser Beziehung wieder verteuern auf die Gestehungskosten bei Industrie- und Gewerbeerzeugnissen wirken und vielleicht auch einen negativen Einfluß auf die Preissenkungsaktion ausüben müssen. Wir sind nicht ganz der Meinung, daß der Herr Finanzminister der böse Mann ist, sondern wir sind der Meinung, daß sechs Jahre genug Zeit gewesen wäre, die Österreichischen Bundesbahnen einer wirklichen Reform in der Betriebsführung, in der Personalpolitik und allem, was damit zusammenhängt, zu unterziehen. Ja, so geht es nicht, meine Herren, daß man — denn das Defizit der Bundesbahnen würde dann ohne Investitionszuschuß 1,6 Milliarden Schilling ausmachen — die Betriebe so defizitär führt in der Erwartung, daß der Herr Finanzminister aus den übrigen öffentlichen Abgaben freudig bereit ist, dieses Defizit zu decken.

Ich habe schon anlässlich der Beratung des Beförderungsteuergesetzes hier von den ungleichen Startbedingungen und den übrigen Mitteln gesprochen, die man bei einer Sanierung der Bundesbahnen anwenden will. Ich habe aber auch festgehalten, daß man es bisher immer vermieden hat, in dieses Problem wirklich ernst einzusteigen.

Hohes Haus! Ich habe bisher, wenn man so sagen darf, meine Vorrede erledigt und darf mich jetzt daher sachlich mit der Gruppe XI des Bundesvoranschlags beschäftigen. Mit dieser Gruppe XI geht nämlich die Budgetdebatte zu Ende. Bisher wurde praktisch nur von Ausgaben gesprochen, soweit überhaupt von den einzelnen Rednern zum Budget als

2950 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

solchem Stellung genommen wurde. Ich weiß, daß es eine althergebrachte Übung und daß es so Sitte ist, anlässlich der Budgetdebatte alle Probleme des Staates, seiner Wirtschaft und seiner Politik zu erörtern. Trotzdem glaube ich aber, nicht schlecht in die öffentliche Meinung hineingehört zu haben, wenn ich behaupte, daß man in der Behandlung der allgemeinen Probleme, überhaupt wie es manche Redner hier getan haben, des Guten und des Bösen zuviel getan hat. Denn der Staatsbürger, meine sehr verehrten Damen und Herren, erwartet eine sachliche Beratung gerade des Budgets; er will auch die Kehrseite seiner Rechte, seine Pflichten, die ihm das Budget in der Form von öffentlichen Abgaben und Steuern auferlegt, kennenlernen.

Ich will mich daher, soweit dies hier möglich ist, bemühen, dieser öffentlichen Meinung gerecht zu werden und mich bei der Gruppe XI vor allem mit dem Kapitel 17 beschäftigen.

Hohes Haus! Es steht nun schon fest, daß der Voranschlag für das Jahr 1952 trotz der vielfach leidenschaftlichen Debatte Annahme, und zwar unveränderte Annahme, finden wird, denn die im Finanzausschuß vorgenommenen Abänderungen können wohl kaum als solche qualifiziert werden. Diese Tatsache ist aber ein Beweis dafür, mit welcher Umsicht und Verantwortung der Herr Finanzminister mit seinen Mitarbeitern und der Finanzausschuß dieses Budget erstellt beziehungsweise geprüft haben. Hierin und auch in der rechtzeitigen Verabschiedung liegt daher eine besondere Anerkennung für die geleistete Arbeit. Ich möchte nur auf andere Demokratien, auf westliche Demokratien, verweisen, wo das Budget oft erst in der folgenden Jahresmitte zur Verabschiedung kommt. Es ist daher die rechtzeitige Verabschiedung des Budgets eine Bewährungsprobe unserer Demokratie.

Die ausgesprochene Anerkennung darf uns aber nicht verleiten, gerade diese Gruppe und in ihr das wichtigste Kapitel, das Kapitel 17, keiner sachlichen und kritischen Betrachtung zu unterziehen. Es gibt ja immerhin viele Staatsbürger, die mit der Gliederung des Budgets nicht vertraut — das ist wohl die überwiegende Zahl — und merkwürdig berührt sind, daß man sich erst so ganz zum Schluß mit den Einnahmen befaßt. Dieser Umstand könnte manche, vor allem Übelgesinnte — und solche gibt es ja leider auch in unserer Republik — leicht zu der falschen Auffassung verleiten, daß hier unter Verletzung eines wirtschaftlichen Grundgesetzes nicht die Einnahmen maßgebend sind, sondern diese erst infolge der gegebenen Ausgabenwirtschaft so oder so gefunden

werden müssen, ohne Rücksicht darauf, ob sie in einem vertretbaren und ausgewogenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit unserer Volkswirtschaft stehen. Wir erachten es daher als unsere Pflicht, uns eingehender mit der Einnahmenseite zu beschäftigen.

Hohes Haus! Ein Bouquet von 40 verschiedenen Steuern, Abgaben, Zuschlägen und Gebühren ist es, aus dem der Staat seine Einnahmen schöpft. Dazu kommen aber noch die verschiedenen Steuern und Abgaben, die von den Ländern und Gemeinden eingehoben werden. Es bedarf wahrhaft umfassender Kenntnisse der Steuerzahler, um sich in diesem Steuergewirr zurechtzufinden. Große Unternehmungen, die sich die Haltung eines geschulten Personals leisten können, können sich ja helfen; betroffen aber werden davon unsere kleinen Gewerbetreibenden, wie die Tischler, die Schneider, die Schuster usw. So mancher Steuerrückstand mag wohl hierin und nicht in der Zahlungsunwilligkeit seine Begründung finden.

Meine Damen und Herren! Es wird in jeder Sitzung des Budgetausschusses und es wurde auch heute hier wieder von den sogenannten Steuerrückständen der Einkommensteueranlagten gesprochen, und es wird hier immer wieder unterschoben, daß diese Rückstände vielfach auf Böswilligkeit und Zahlungsunwilligkeit zurückzuführen seien. Der Herr Finanzminister hat in einer engelhaften Geduld bereits im Finanzausschuß immer wieder erklärt, auf welche technischen Umstände diese Rückstände vor allem bei jenen, die einkommensteuer-, also fassionspflichtig sind, zurückzuführen sind. Trotzdem wird hier immer wieder mit einer Beharrlichkeit sondergleichen behauptet, daß Unwilligkeit und Bösartigkeit vorliegen. Dem muß man entgegengetreten. Der Vergleich, daß die Lohnsteuer rechtzeitig hereinkommt, hinkt ebenso, weil derjenige, der die Steuer ja nie in die Hand bekommt, überhaupt keine Möglichkeit hat, sie zu spät abzuführen.

Unter den öffentlichen Abgaben finden wir Steuern, die so geringfügige Beträge abwerfen, wie beispielsweise die Spielkartensteuer mit einem Betrag von 200.000 S, die Essigsäuresteuer mit 100.000 S, die Süßstoffsteuer mit 200.000 S usw., daß eine genaue Prüfung wahrscheinlich das Resultat ergeben würde, daß die Einhebung und Verwaltung dieser Steuern mehr kostet, als sie tragen; sie müßten daher aufgelassen werden. Kann man aber auch bei geringfügigem Ertrag auf sie nicht verzichten, so läßt sich sicherlich ein Weg finden, der durch Vereinfachung und Kostenersparnis zu einem größeren Erfolg

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2951

führt. Es müßte beispielsweise in dem einen oder dem anderen Fall doch möglich sein, die eine oder andere dieser Steuern auf die Umsatzsteuer umzulegen, eine Möglichkeit, die bei einer eventuellen Einführung der Phasenpauschalierung der Umsatzsteuer, die sich ja vor 1938 in Österreich gut bewährt hat, soweit diese wirtschaftlich zu befürworten ist, zu prüfen wäre. Wir müssen daher unsere Forderung auf Vereinfachung des Steuerwesens immer wieder wiederholen, und wir wissen, daß wir beim Herrn Finanzminister Verständnis finden und daß er zur gegebenen Zeit sicherlich an eine diesbezügliche Reform herangehen wird.

Das Volkseinkommen in Österreich, meine Damen und Herren, wird heute auf zirka 50 Milliarden Schilling geschätzt. Vom Bund werden zirka 11 Milliarden an Steuern und Abgaben eingehoben, abzüglich der Überweisungen von rund 4 Milliarden an Ertragsanteilen, der Gewerbesteuer und der Feuerschutzsteuer an die Länder und Gemeinden.

Die Abgaben, die von den Ländern und Gemeinden einschließlich der 4 Milliarden Schilling eingehoben werden, können mit Sicherheit mit 9 bis 10 Milliarden Schilling angenommen werden, sodaß die Beteiligung des Bundes, der Länder und Gemeinden am Volkseinkommen zirka 40 Prozent beträgt. Diese Tatsache ist alarmierend und birgt die ernste Mahnung in sich, daß eine weitere Erhöhung unabsehbare Folgen für unsere Wirtschaft nach sich ziehen müßte. Der Herr Finanzminister hat in dankenswerter Weise bei der Erstellung des Budgets dieser Tatsache Rechnung getragen und von der Erhöhung bestehender und der Einhebung neuer Steuern, ausgenommen den Wohnbauschilling, Abstand genommen. Die daraus gezogene Erkenntnis muß aber sein, daß ein Belastungsstopp von dieser Seite aus fortzusetzen ist.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch eine formale Seite des Budgets berühren, nämlich die, daß die Art der Budgetierung insofern einer Änderung unterzogen werden sollte, daß die Staatsbetriebe und Monopole nur mit ihren Erträgen, beziehungsweise, soweit sie defizitär sind, mit den ihnen zufließenden Zuschüssen aufscheinen. Die Bevölkerung ist und muß auch allgemein der Meinung sein, daß der gesamte Budgetbedarf von 18·5 Milliarden Schilling durch Steuern zu decken ist, während im Budget doch reichlich über 6 Milliarden Schilling als sogenannte Durchläufer der vorgenannten Betriebe enthalten sind. Eine Budgetierung der vorgeschlagenen Art würde so manche Irrtümer in der Öffentlichkeit zerstreuen. Es ist mir bekannt, daß beispiels-

weise die Gemeinde Wien diese Art der Budgetierung anwendet. Hier Klarheit zu schaffen ist wohl ein Gebot der Vernunft, und zwar der politischen Vernunft.

Eine weitere Prüfung der Steuern ergibt, daß im gesamten Steueraufkommen gegenüber 1938 der Anteil der direkten Steuern wesentlich gestiegen ist. Damals betragen die direkten Steuern 25 Prozent und die indirekten 75 Prozent. Heute betragen diese Prozentsätze 40 Prozent und 60 Prozent. Wenn damit immerhin ein weiterer Schritt zur Normalisierung in der Steueraufbringung gemacht wurde — denn in den Jahren 1946 und 1947 war das prozentuelle Verhältnis noch schlechter —, so glauben wir doch der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß damit diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Tatsache ist, daß wirtschaftlich weitaus stärkere Staaten ihre Einnahmen zu einem höheren Prozentsatz aus indirekten Steuern ziehen. Nicht uninteressant, meine Damen und Herren, ist hier das Beispiel der Sowjetunion, die 55 Prozent ihrer Einnahmen aus indirekten Steuern und nur 8·4 Prozent aus direkten Steuern schöpft.

Dazu sei noch gesagt, daß die Nivellierung in den Einkommensverhältnissen in Österreich so im Fortschreiten ist, daß endlich einmal an eine Nivellierung der Lasten geschritten werden muß. Der Kapitalist, von dem soviel gesprochen wird, ist ja in Österreich schon zur sagenhaften Gestalt geworden, und es gibt kaum noch eine wesentliche Industrie, die einem Einzelunternehmer gehört. Entweder wurden sie direkt oder indirekt über ihre Abhängigkeit von den drei verstaatlichten Großbanken verstaatlicht.

Hohes Haus! Die Vergleiche der Ansätze der wichtigsten Steuern beziehungsweise Steuergruppen im Jahre 1946 — das Jahr 1945 kann, da keine entsprechenden Unterlagen vorhanden waren, nicht herangezogen werden — mit 1952 sind äußerst aufschlußreich. Die Einkommen- und Lohnsteuer war 1946 mit 470 Millionen Schilling veranschlagt, 1952 ist sie es mit 3700 Millionen Schilling, das ist rund das Achtfache. Die Körperschaftsteuer, also die Einkommensteuer der Gesellschaften, war im Jahre 1946 mit 50 Millionen Schilling und ist im Jahre 1952 mit 680 Millionen Schilling, das ist rund das 13·5fache, veranschlagt. Die Umsatzsteuer und der Bundeszuschlag hiezu stieg von 200 Millionen Schilling auf 4400 Millionen Schilling, das ist das 22fache, an. Die Verbrauchssteuern hingegen haben nur eine Steigerung von 584 Millionen auf 1693 Millionen Schilling, das ist rund das Dreifache, erfahren, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Tabaksteuer, der Auf-

2952 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

bauzuschlag und die Monopolabgabe bereits im Jahre 1946 bei 500 Millionen Schilling eingetragen haben. Die Gebühren und Verkehrssteuern waren im Jahre 1946 mit 70 Millionen Schilling veranschlagt und sind im Jahre 1952 mit 1005 Millionen Schilling im Erträgnis vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Besonders schwer trifft aber die gewerbliche Wirtschaft die Gewerbesteuer, die seit 1946 ungefähr auf das 11fache, gegenüber der früheren österreichischen Erwerbssteuer sogar auf das 17fache angestiegen ist und neben der Einkommensteuer auch vom kleinsten Gewerbetreibenden, der oft nicht die Höhe des Existenzminimums in seinem Einkommen erreichen kann, getragen werden muß. Die im Frühjahr erfolgte Novellierung hat zwar für einen kleinen Kreis eine bescheidene Milderung gebracht, doch gibt es heute Fälle, in denen die Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer eine Höhe der Belastung bringt, die fast einer Konfiskation des Ertrages gleichkommt. Auch sie wird daher einer weiteren pfleglichen Behandlung, einer Behandlung, die noch mehr als bisher der inzwischen eingetretenen Geldentwertung Rechnung trägt, zu unterziehen sein, sollen nicht gerade unsere Besten, die kleinen Gewerbetreibenden, zugrunde gehen.

Das gesamte Steueraufkommen betrug 1946 1485 Millionen Schilling, demgegenüber beträgt das von 1952 13.554 Millionen Schilling, das ist rund das 9-3fache.

Diese Aufstellung, meine Damen und Herren, ist insofern von Interesse, als der Staat gezwungen ist, zur Erfüllung seiner Aufgaben seine Einnahmen auf mehr als das Neunfache zu erhöhen. Wenn nun das Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, daß der Lebenshaltungskostenindex im Oktober 1951 784 Punkte beträgt, so ist damit gesagt, daß der Staat bei der Führung seiner Wirtschaft bei den Einnahmen für sich doch wesentlich höhere Steigerungen in Anspruch nimmt, als dies in den übrigen Sparten unserer Wirtschaft der Fall ist. Es muß daher wohl auch hier die Forderung erhoben werden, daß auch der Staat und vor allem seine Betriebe und Unternehmungen an der Preissenkungsaktion teilnehmen und nicht den uninteressierten Zuschauer mimen. (*Abg. Wallner: Sehr richtig!*)

Erstmalig seit dem Jahre 1946 weist das Budget des ordentlichen Haushaltes einen, wenn auch im Verhältnis zum Gesamtaufkommen geringfügigen, Abgang von 117 Millionen Schilling auf. Dieses Defizit ist eine ernste Mahnung zur Sparsamkeit und auch eine Aufforderung an die Volksvertretung, nicht Gesetze zu beschließen, die weitere und

wohl untragbare Lasten bringen müßten. Ich möchte hier auch an die Ermahnungen des Präsidenten des Rechnungshofes in der letzten Sitzung des Rechnungshofausschusses erinnern, in der er ebenfalls seine warnende Stimme erhoben hat — und ihm muß man Sachkenntnis zutrauen —, bei der Einhebung von Steuern und Erlassung von Gesetzen mit Belastungen den Bogen nicht noch weiter zu überspannen. Trotzdem aber, meine Damen und Herren, kann dieses Budget an sich wohl als ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung unserer Währung gewertet werden. Die Verwirklichung des Budgets ist aber abhängig von der Erhaltung der produktiven Vollbeschäftigung — ich möchte das Schwergewicht auf „produktiv“ legen —, von der Erhaltung des sozialen Friedens und vom weiteren Ausbau unserer Wirtschaft.

Mit rund 264.700 Beschäftigten und 192.400 Pensionisten, die über 7 Milliarden Schilling kosten, ist der Bund der größte Arbeitgeber in unserem Staat.

Der Sozialaufwand beträgt rund 3,3 Milliarden Schilling. Der Sachaufwand macht 6,8 Milliarden aus, die der Wirtschaft zufließen. Diese Leistungen des Staates sind davon abhängig, daß es gelingt, die Kapazität der Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern noch zu steigern. Alle Anstrengungen der Wirtschaft aber müssen erfolglos bleiben und das bisher Erreichte würde noch gefährdet werden, wenn sich nicht die nötige Einkehr einstellt und der Wirtschaftsförderung nicht die ihr zukommende Beachtung und Pflege zuteil wird.

Es muß endlich einmal, meine Damen und Herren, mit dem Schillingeröffnungsbilanzgesetz ernst gemacht werden. Es ist geradezu unverständlich, wenn man sich dieser selbstverständlichen Forderung, der Notwendigkeit, dieses Gesetz zu schaffen, immer wieder entziehen will. Es muß der Weg zur wahren Bewertung, zu gerechten Abschreibungen und zu richtiger Kreditbeurteilung freigemacht werden. Arbeiten Sie mit, damit wir unsere Betriebe krisenfest gestalten können! Dies liegt nicht zuletzt im Interesse der Arbeitnehmerschaft; denn die Sicherung der Arbeitsplätze steht damit nicht nur in einem Zusammenhang, sondern hat dies zu einer wesentlichen Vorbedingung. Mit den bisherigen Notbehelfen, meine Damen und Herren, kann auf die Dauer nicht gearbeitet werden, und es ist der Erinnerung wert, sich zu gegenwärtigen, wie immer wieder nach einem halben Eingeständnis Notlösungen gefunden werden müssen, die ja doch nicht befriedigen können.

Mit mehr Mut, meine Damen und Herren, und mit mehr Aufrichtigkeit wird auch an

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2953

die Regelung der Frage der Scheingewinne zu schreiten sein, denn auch hier gilt das Vorhergesagte, daß der Arbeitnehmer daran ebenso sehr wie der Arbeitgeber interessiert ist. Es gibt ja keine Gruppe in diesem Parlament, die nur Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerinteressen monopolartig zu vertreten hätte; denn die Verflechtungen sind bereits so groß, daß allen hier, auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalitionspartei, die Aufgabe zufällt, beide Gruppen zu vertreten.

Festgehalten sei noch, daß Substanzabschöpfungen und Scheingewinnbesteuerungen in ihrem heutigen Ausmaß für Budgetzwecke als äußerst unwirtschaftlich zu qualifizieren sind und auf jene zurückfallen müssen, die solches tun.

Hohes Haus! Während des ganzen Krieges hat die Investitionstätigkeit in unseren industriellen und gewerblichen Unternehmungen ausgesetzt. Durch Kriegseinwirkungen wurden beachtliche Schäden angerichtet, und nach Beendigung der Kriegshandlungen sind nicht unbeachtliche Demontagen erfolgt. Auch in dieser Sache könnte sich der Herr Abg. Honner heute noch ein Verdienst erwerben, wenn es ihm gelingen sollte, Teile dieser abmontierten Industrieunternehmungen und Maschinen wieder dorthin zu bringen, wo sie vorher gestanden sind. Ich möchte als Beispiel nur anführen, daß man beispielsweise bei den Böhler-Werken in der Steiermark Maschinen im Werte von 70 Millionen Mark demontiert hat, die heute denselben Einkaufspreis in Dollar haben, die also einem Wert von 70 Millionen Dollar entsprechen. Der Österreichischen Alpine Montan hat man Maschinen im Wert von 50 Millionen Mark vom Erzberg und aus Donawitz weggeschleppt. Meine Damen und Herren! Die steirische Wirtschaft allein wurde damals nur durch Demontagen um 202 Millionen Mark, das sind jetzt 202 Millionen Dollar, geschädigt. Dies halte ich mich verpflichtet hier festzunageln.

Daher ist der Investitionsbedarf nachzuholen, die Investitionstätigkeit sinnvoll und mit Überlegung zu fördern — ich betone: mit Überlegung zu fördern —, um damit auch die Erhaltung der Vollbeschäftigung, die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten zu gewährleisten. Seit 1948 hat die österreichische Industrie ohne Unterschied des Besitztitels zirka 17 Milliarden Schilling, auf den heutigen Wert umgerechnet, investiert. Hievon wurden etwa 4 Milliarden Schilling auf dem Wege über die Marshallplan-Hilfe, der Rest, und zwar der größere Teil im Kreditwege und ein bescheidener Teil durch Eigenmittel aufgebracht. Diese Leistung, meine Damen und

Herren, ist insofern beachtenswert, als sie ein schlagender Beweis dafür ist, was Initiative trotz der Kreditknappheit zustandegebracht hat, denn auf Sparkapital zurückzugreifen ist derzeit nur in einem äußerst beschränkten Umfang möglich, da der Gesamteinlagenstand in den österreichischen Kreditinstituten 10½ Milliarden Schilling beträgt, wovon nur 2½ Milliarden echtes Sparkapital sind. Die Investitionen kommen in erster Linie der Arbeitnehmerschaft zugute; denn ohne diese Investitionen wäre der Produktionsstand, den wir heute haben und der die Zahlung eines Nettolohnes mit einem Index von 705 Prozent ermöglicht, nicht erreicht worden.

Diese Bemühungen wären trotzdem, meine Damen und Herren, zum Scheitern verurteilt, wenn nicht alles getan wird, um unserem Außenhandel neue Impulse zu geben. Die Ausfuhr sank im Oktober von 850 Millionen Schilling im Vormonat auf 825 Millionen Schilling, während die Gesamteinfuhren von 1045 Millionen Schilling im September auf 1166 Millionen Schilling im Oktober stiegen, so daß das Gesamtpassivum auf 341 Millionen Schilling gegenüber 195 Millionen Schilling des Vormonates gewachsen ist. Davon waren fast unverändert 168 Millionen Schilling ERP-Importe.

Die Kürzung der Zuteilungen aus den Marshallplan-Mitteln und letzten Endes das bevorstehende Aufhören des Zuflusses dieser Mittel verpflichtet uns, unsere Anstrengungen bezüglich des Außenhandels besonders zu forcieren, gilt es doch, ein Defizit von 5 Jahresmilliarden aufzuholen. Wir denken dabei nicht, wie empfindliche Herzen befürchten mögen, an die Ausschaltung irgend jemandes aus irgendeiner Kommission, meine Damen und Herren, sondern wir sind bestrebt, eine flüssige Form zu finden, die den im Außenhandel üblichen Usancen entspricht. Heute sind wir nämlich bereits soweit, daß wir in der Welt zum Gespött geworden sind und unsere Freunde verärgert haben. Ich möchte mir nicht die Urteile in Paris, die man diesbezüglich über Österreich gefällt hat, anhören müssen. Unsere Gegner und Konkurrenten reiben sich infolge dieser unbegreiflichen Zustände die Hände, denn diese Zustände bieten ihnen Gelegenheit, sich in unsere Außenhandelspositionen zu drängen, aus denen sie dann kaum mehr verdrängt werden können. Woran wir denken, meine Damen und Herren, ist eine systematische Exportförderung, wie beispielsweise durch Rückvergütung der Umsatzsteuer und Schaffung eines geeigneten, autonomen Zolltarifes, um unseren Unterhändlern bei Handelsvertragsverhandlungen ein brauchbares Instrument an die Hand geben zu können.

2954 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Während die Zölle nach den heutigen Sätzen etwa 4 bis 5 Prozent der Steuereinnahmen gegen 17 Prozent im Jahre 1938 ausmachen, gehen wirtschaftlich starke Staaten, beispielsweise Italien und Frankreich, in der Zollbelastung bis zu 30, ja sogar bis zu 35 Prozent. Darin liegt auch ein beachtliches fiskalisches Interesse. Wenn Sie zum Beispiel Deutschland, das ohnehin in der Kostenfrage günstiger als wir dasteht, ansehen, finden Sie, daß es nicht nur seine Außenhandelspositionen zu erweitern bestrebt ist, sondern ein Weiteres tut und Exporteuren von Fertigwaren zusätzlich 3 Prozent Einkommensteuervergütung gewährt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt in weit umfassenden Ausführungen zur Gruppe XI Stellung genommen und habe es nicht verabsäumt, bei dieser Gruppe vor allem zum Kapitel 17 verschiedene Wünsche vorzubringen. Ich kenne das Budget zu gut und mir sind auch die Schwierigkeiten des Herrn Finanzministers zu bekannt, um nicht zu wissen, daß es nicht so einfach ist, alle diese Wünsche im Handumdrehen zu erfüllen. Ich weiß aber auch, daß bei gutem Willen und bei Mitarbeit aller manches getan werden kann, um unsere Wirtschaft auch für Krisenzeiten, die uns sicherlich bevorstehen, krisenfest zu machen; denn erst dann, meine Damen und Herren, wenn es uns gelingt, die Wirtschaft sicher zu fundieren, und wenn wir einmal unsere volle Souveränität zurückgewonnen haben, erst dann wird auch die Unabhängigkeit unseres Staates auf ein sicheres Fundament gestellt sein. Ich glaube, daß bei allen Mitgliedern dieses Hauses die Absicht besteht, dieses Bemühen zu fördern, daß wir dies also alle wünschen. Ich hoffe, daß es uns vergönnt ist, den Zeitpunkt der vollen Souveränität und die Konsolidierung unserer österreichischen Wirtschaft möglichst bald erreicht zu haben! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach *(der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte hat sich der Herr Finanzminister zu einer Erklärung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Margarétha: Hohes Haus! Ich werde es mir heute wahrscheinlich versagen müssen, so wie auch im vergangenen Jahr auf alle Forderungen, die hier erhoben worden sind, zu antworten, denn man kann mir nicht zumuten, daß ich mich gegen mehrstündige Vorbringungen dann in wenigen Minuten verteidigen und rechtfertigen soll.

Etwas ist aber hier vorgebracht worden, was im gesamtstaatlichen Interesse eine so-

fortige Antwort erfordert, und das ist die Anfrage, die der Herr Nationalrat Dr. Roth an mich gerichtet hat, was ich zu tun gedenke mit Rücksicht auf die Erhöhung der Besatzungskosten, die uns noch für dieses Jahr zudiktiert worden ist. Gestatten Sie, meine Herren Abgeordneten, daß ich hiezu etwas ausführlicher spreche.

Österreich muß, obwohl es von den Alliierten als befreites Land anerkannt wird, seit 1945 große Summen für seine Besatzungen zahlen. Die vom Alliierten Rat bis 1951 festgesetzten Allokationen betragen 4853,5 Millionen Schilling. Neben dieser horrenden Summe belasten Österreich auch die Einlösungskosten der von den Alliierten in Umlauf gesetzten Alliierten Militärschilling-Banknoten im Wert von 1163 Millionen Schilling. Außerdem mußte es über die vom Alliierten Rat festgesetzten Allokationen hinaus 329,7 Millionen Schilling an nicht rückertateten zivilen Besatzungskosten, von denen 214,5 Millionen Schilling allein auf das Sowjetelement fielen, bezahlen.

Der einzige Vorteil, den die vom Alliierten Rat Österreich auferlegten Zahlungsverpflichtungen bisher hatten, war die Sicherheit vor Mehr- und Nachforderungen seitens der einzelnen Besatzungselemente. Die kürzlich erfolgte Verständigung der Bundesregierung, daß der Alliierte Rat die Allokation für 1951 von 140 Millionen Schilling auf 151 Millionen Schilling erhöht habe, bedeutet demnach für Österreich eine sehr unangenehme Neuerung.

Diese ohne Zustimmung der Bundesregierung vom Alliierten Rat einseitig verfügte Erhöhung wurde mit den eingetretenen Lohn- und Preissteigerungen begründet.

Eine nähere Untersuchung dieser Begründung ergibt — abgesehen davon, daß sie der bisherigen Gepflogenheit vollständig widerspricht —, daß sie nicht stichhältig ist. Denn erstens wurde die diesjährige Allokation von 140 Millionen Schilling gegenüber der vorjährigen von bloß 125 Millionen Schilling, trotz der anerkannten Forderung Österreichs auf sinkende Besatzungslasten, eben deshalb um 15 Millionen Schilling pro Element höher angesetzt, weil der steigenden Lohn- und Preisentwicklung schon bei der Festsetzung der Allokation Rechnung getragen werden sollte. Zweitens haben die Ausgaben der Besatzungsmächte im ersten Halbjahr, also vier Monate nach Festsetzung der Allokation, bewiesen, daß die Elemente keine ersten Maßnahmen trafen, um die von ihnen selbst festgesetzte Ausgabengrenze einzuhalten.

Das französische und das sowjetische Element haben, obwohl von Anfang an zu erkennen war, daß es ihre hohen Aufwendungen

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2955

für zivile Besatzungskosten nicht zulassen, von der Ermächtigung zur Abhebung von vierteljährlichen Barzahlungen in der Höhe von je 10 Millionen Schilling pro Vierteljahr und Besatzungsmacht Gebrauch gemacht. Mein Ministerium hat vor Auszahlung jeder Vierteljahresrate diese beiden Elemente darauf aufmerksam gemacht, daß die Barabhebungen eine vorzeitige Erschöpfung ihrer Kredite und daher Zahlungsschwierigkeiten im Dezember zur Folge haben würden. Schließlich hat das Bundesministerium für Finanzen die Auszahlung der letzten Vierteljahresrate unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Alliierten Rates verweigert. Es ist bezeichnend, daß der Alliierte Rat den Anspruch der genannten Mächte auf Auszahlung der vierten Barzahlungsrate für 1951 einen Monat vor dem Beschlusse bestätigte, mit welchem er Österreich zur Nachzahlung der 11 Millionen Schilling je Element verpflichtete. (*Abg. Dr. Pittermann: Es gibt doch eine Einigkeit! — Heiterkeit.*)

Diese Entscheidung des Alliierten Rates wird von der österreichischen Bundesregierung und dem österreichischen Volk als umso größere Brückierung empfunden, als Österreich auf Grund des Februar-Beschlusses des Alliierten Rates an das Sowjetelement Barzahlungen für 1949/50 in der Höhe von 100 Millionen Schilling und für das französische Element von 48 Millionen Schilling geleistet hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Die Alliierten sind auch für das Nachziehverfahren! — Heiterkeit.*) Mit diesen Nachzahlungen hat das Sowjetelement in diesem Jahr 240 Millionen Schilling und das französische Element 188 Millionen Schilling erhalten. Trotzdem verpflichtete der Alliierte Rat Österreich in diesem Jahr zu einer weiteren Leistung von 11 Millionen Schilling je Besatzungsmacht.

Man sollte meinen, daß diese bedeutenden Summen von den Mächten wenigstens dazu verwendet werden, alle ihre Verbindlichkeiten in einem dem österreichischen Preisniveau entsprechenden Ausmaß zu regeln. Allein Tausende von Familien, deren Obdach, Einrichtung oder Existenzgrundlage die Besatzungsmächte beschlagnahmt haben, erhalten vielfach unzureichende Vergütungen und, wenn überhaupt, nur sehr geringe Entschädigungen für erlittene Schäden. Dies gilt vor allem für die Verhältnisse in der sowjetischen und französischen Besatzungszone. Die Beschwerden der Betroffenen über diese Behandlung beschäftigen in zunehmendem Maße österreichische Behörden und politische Vertretungskörper.

Die wünschenswerte Erhöhung der Vergütungen und Entschädigungen scheidet aber teils an den hohen Aufwendungen für die

Besatzungstruppen, die in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl stehen, teils an den durch diese Besatzungsmächte vorgenommenen übermäßigen Käufen von Materialien, Einrichtungsgegenständen und sonstigen Waren — auf unsere Kosten!

Es ist bezeichnend, daß die sowjetische Besatzungsmacht einerseits Nachzahlungen für Besatzungskosten der Jahre 1949 und 1950 in der Höhe von 100 Millionen Schilling in Anspruch nimmt und andererseits die Anerkennung und Bezahlung rückständiger Kosten für Lieferungen und Leistungen aus den Vorjahren verweigert. (*Rufe: Hört! Hört!*) Die Notlage der durch diese Maßnahme Betroffenen ist so groß, daß sich die Bundesregierung entschließen mußte, zu ihrer teilweisen Abgeltung 25 Millionen Schilling im Bundesbudget für 1952 vorzusehen. (*Abg. Dr. Scheff: Viel zu wenig!*)

Ferner möchte ich die Tatsache hervorheben, daß das französische Element trotz der 188 Millionen Schilling, die es in diesem Jahre schon erhalten hat, und trotz der 11 Millionen Schilling, welche der Alliierte Rat als Nachtrag festsetzte, Rückstände für Lieferungen und Leistungen in der Höhe von 20 Millionen Schilling aufzuweisen hat. Angesichts dieses Umstandes möchte ich schon jetzt betonen, daß ich dem Versuche, diese nicht gedeckten Mehrausgaben 1951 bei der Festsetzung einer Allokation für 1952 einzubeziehen, mit aller Energie entgegentreten werde. (*Lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.*)

Das britische Element, das die höchste Überschreitung des diesjährigen Besatzungskostenkredites aufwies, ist das einzige Element, welches diese Überschreitung, soweit sie nicht durch den Nachtragskredit von 11 Millionen Schilling gedeckt ist, der österreichischen Regierung zum größten Teil bereits in barem zurückbezahlt hat und mit keinen größeren Rückständen die nächstjährige Allokation belasten wird, als es zu Beginn des Jahres 1951 der Fall war.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die Übertragung der offenen Verbindlichkeiten der Besatzungsmächte, die Ausgaben über die vom Alliierten Rat festgesetzte Besatzungskostengrenze 1951 darstellen, auf den Besatzungskostenkredit 1952 unzulässig wäre, weil sie bei dem mangelnden Sparwillen der Besatzungsmächte nur dazu führen kann, daß die Rückstände am Ende des Jahres 1952 doppelt so hoch sein werden.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen obliegt es mir, noch ausdrücklich festzustellen, daß die vorhergehenden Ausführungen sich nicht auf das amerikanische Element beziehen,

2956 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

das bekanntlich seit 1947 keine Allokationen in Anspruch nimmt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die erwähnte Erhöhung der Allokationen für dieses Jahr ist ein Willkürakt, der Österreich eine Last aufbürdet, für die ein moralisches Recht nicht vorhanden ist. Mit dieser Erhöhung werden die Besatzungskostenleistungen Österreichs in diesem Jahr die Höhe von 601 Millionen Schilling erreichen (*Rufe: Hört! Hört!*) und die voraussichtlichen Erlöse aus den Besatzungskostenbeiträgen um rund 100 Millionen Schilling übersteigen.

Für diesen nicht gedeckten Abgang muß Österreich Schatzscheine begeben, die zu einer weiteren Erhöhung der Staatsschuld führen.

Die Besatzungskosten für 1952 sind noch nicht geregelt. Die Bundesregierung wird trachten, ihren Standpunkt durchzusetzen, der dahin geht, daß Österreich überhaupt keine Besatzungskosten zu bezahlen hat. (*Beifall bei den Regierungsparteien und den Unabhängigen.*) Wenn es aber schon solche Kosten zahlen muß, so jedenfalls niedrigere, als für 1951 durch den Alliierten Rat ursprünglich festgesetzt worden sind; denn es ist voriges Jahr festgesetzt worden, daß die Besatzungskosten, wenn sie schon nicht abgeschafft werden, so doch allmählich abgebaut werden. Mit Rücksicht auf diesen Standpunkt der österreichischen Regierung sehe ich mich auch nicht veranlaßt, im Voranschlag 1952 für erhöhte Besatzungskosten Vorsorge zu treffen. Sollte man aber versuchen, uns im nächsten Jahr eine erhöhte Leistung aufzuzwingen, dann wird sich die österreichische Regierung entschließen müssen, bei den Regierungen der Besatzungsmächte und vor der gesamten Weltöffentlichkeit feierlich gegen die Behandlung zu protestieren, die es sechs Jahre nach der „Befreiung“ durch die Besatzungsmächte erfährt. (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien und bei den Unabhängigen.*) Ich glaube, für diesen Zweck genügend eindrucksvolles Material über all das gesammelt zu haben, was Österreich unter dem Titel Besatzungskosten zu bezahlen zugemutet wird.

Die erwähnten Allokationen von 600 Millionen Schilling in diesem Jahr sind nur ein Teil der Schädigungen, die Österreich durch die Besatzungsmächte seit Jahren erfährt. (*Zustimmung.*) Zu diesen Milliardenbeträgen kommen noch die ziffernmäßig derzeit nicht feststellbaren Schäden, die die österreichische Staats- und Volkswirtschaft durch die Nichtbezahlung oder ungenügende Vergütung von Leistungen durch die USIA-Betriebe, die sich bekanntlich der österreichischen Rechtsordnung nicht einfügen, durch die Steuerverweigerung dieser Betriebe erleidet. Ich habe vor einigen Tagen fest-

stellen müssen, daß die von der USIA verwaltete Glühlampenfabrik allein in den letzten Jahren 14 Millionen Schilling an Leuchtmittelsteuer nicht abgeführt hat. (*Entrüstungsrufe bei den Regierungsparteien.*) Als weitere nicht genau feststellbare Schäden sind zu erwähnen: der Entzug des überwiegenden Teils der Ölproduktion, wobei noch zum Hohn dieses Österreich entzogene Öl bisher von den Bundesbahnen ohne Entgelt transportiert werden mußte (*Hört! Hört!-Rufe*), die Sperre des Donauverkehrs, die Verletzung der österreichischen Zollhoheit und zahllose andere Maßnahmen, die im einzelnen anzuführen zu weit führen würde. Diese Schäden und die Ohnmacht der Regierung gegen die ständigen Eingriffe der Besatzungsmacht in österreichische Wirtschaftsvorgänge und in die Rechtspflege sind die letzten Ursachen für die Vertrauenskrise der österreichischen Bevölkerung zu Staat und Währung und bilden ein Haupthemmnis für die Gesundung der österreichischen Staats- und Volkswirtschaft. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und den Unabhängigen.*)

Abg. Huemer: Meine Damen und Herren! Wenn ich mich zur Gruppe XI zum Wort gemeldet habe, so deshalb, weil ich einmal in aller Offenheit einige Fragen behandeln möchte, die mir besonders am Herzen liegen.

Fürs erste die noch immer andauernde Diffamierung und Zurücksetzung eines Teiles der öffentlich Angestellten und Beamten, nämlich jener, die einmal nach dem Gesetze als Minderbelastete galten.

In der Theorie wird von allen Parteien die Wiederherstellung der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz gefordert. Die Praxis allerdings schaut ganz anders aus. Noch immer wird jenen öffentlich Angestellten und Beamten, die das NS-Gesetz zu sogenannten Minderbelasteten gestempelt hat, die effektive Dienstzeit nicht voll angerechnet. Die Streichung eines Teils der tatsächlich geleisteten Dienstjahre soll also anscheinend aus politischen Gründen verweigert werden.

Ein minderbelasteter Geschäftsmann zum Beispiel bezahlte seine Sühneabgabe, und damit war für ihn im allgemeinen die Sache erledigt. Die minderbelasteten öffentlich Angestellten und Beamten jedoch zahlen infolge der Nicht-Vollanrechnung der effektiv abgeleiteten Dienstjahre indirekt bis an ihr Lebensende Sühneabgabe. (*Abg. Eibegger: Sie kommen auf alles darauf, jetzt, nachdem wir zwei Jahre lang davon reden!*) Ändern müssen Sie es, nicht nur darüber reden! Ändern müssen Sie es! Ihnen muß man es 16mal sagen! Ja sogar die Frauen und Kinder bekommen diese indirekte Sühneabgabe selbst dann noch zu

spüren, wenn der Familienerhalter längst unter der Erde liegt.

Aber nicht genug damit, daß man die indirekte Sühneabgabe beibehält, verweigert man noch immer sogenannten „Minderbelasteten“, die einmal im öffentlichen Dienst standen, ihre Wiedereinstellung mit der Begründung, sie wären politisch untragbar und unzuverlässig.

Ich will bei dieser Gelegenheit eine Gegenüberstellung vornehmen, um Ihnen einmal — ich möchte sagen — mit einer grausamen Nüchternheit die ganze Heuchelei und Verlogenheit aufzuzeigen, die man bei der Behandlung des NS-Problems in unserem Lande an den Tag legt. Ich habe hier vor mir einen Brief, den ein Personalvertreter an mich gerichtet hat. In diesem Brief — ich will Ihnen einen kurzen Auszug daraus vorlesen — heißt es wörtlich: „Bei der verständnisvollen Unterstützung, die ich durch die Finanzlandesdirektion für Oberösterreich fand, war für mich die heutige Nachricht, das Bundesministerium für Finanzen habe die (im Zuge der Aufnahme von zeitlich befristeten Hilfskräften für die Hauptfeststellungsaktion beantragte) Wiedereinstellung des ehemaligen Vertragsbediensteten beim Finanzamt Freistadt, Ferdinand Stumvoll, als politisch untragbar abgelehnt, niederschmetternd. Stumvoll ist Minderbelasteter. Daß sonst belastendes Material vorliegt, kann ich nicht annehmen, da dieser bescheidene, fast schüchterne Mensch von sämtlichen Beamten des Finanzamtes Freistadt in seinen Bestrebungen kräftigst unterstützt wird. Ich bin mir darüber klar, daß der physische Zusammenbruch bei noch längerer Fortführung der anstrengenden und gefährlichen Hilfsarbeitertätigkeit unvermeidlich ist und daß Stumvoll samt Frau und Kindern dann der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt.“

Die Begründung also, mit der das Bundesministerium für Finanzen die Wiedereinstellung dieses ehemaligen Vertragsangestellten abgelehnt hat, heißt nicht etwa: „weil wir sowieso schon zuviel Angestellte in der Finanzverwaltung haben“, sondern es heißt ausdrücklich, wie der Personalvertreter feststellt, weil Stumvoll „politisch untragbar“ sei — dies, obwohl er nur Minderbelasteter war. (Abg. Haunschmidt: Was ist er vorher gewesen? Ein Bäckergehilfe! Durch die Nazi ist er eingestellt worden, und um diese Leute nehmen Sie sich an! Den Fall kenne ich zu gut! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.) Herr Kollege Haunschmidt, ich will Ihnen jetzt als Gegenstück zu dem Schreiben des Personalvertreters, das mit 21. November 1951 datiert ist, ebenfalls aus-

zugsweise einige Sätze aus einem feierlichen politischen Bekenntnis vorlesen, das mit 27. März 1938 datiert ist: Dort heißt es wörtlich: „Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten ... anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutschösterreich: Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet.“ Dieses feierliche politische Glaubensbekenntnis schließt mit den Worten: „Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns ... selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen ... , daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.“

Herr Kollege Haunschmidt, diese feierliche Erklärung ist nicht etwa unterzeichnet von einem jener vielen Tausende, wie auch der Ferdinand Stumvoll einer ist, der einmal der ehemaligen NSDAP beitrug, dann seinen Einberufungsbefehl entgegennahm, an die Front ging und jetzt dafür als politisch unzuverlässig gilt. Dieses feierliche politische Bekenntnis vom 27. März 1938 ist gefertigt: „Für die Wiener Kirchenprovinz: Theodor Kardinal Innitzer, Erzbischof, für die Salzburger Kirchenprovinz: Sigismund Waitz, Fürsterzbischof.“ Das war am 27. März 1938.

Und nach 1945? Leid, Tränen und Tragödien, wie die des Ferdinand Stumvoll vom Finanzamt in Freistadt; keine feierliche Erklärung und Ermahnung an die Abgeordneten im Parlament, gegen die Härten und Ungerechtigkeiten des NS-Gesetzes zu stimmen; kein feierlicher Protest gegen die unmenschliche Auslegung der NS-Gesetzgebung durch einzelne Behörden! Nichts, gar nichts, nur tiefes Schweigen! Verehrte Damen und Herren! Verstehen Sie mich recht, nichts liegt mir ferner als eine Polemik gegen ein religiöses Bekenntnis. Für mich als freiheitlich denkenden Menschen ist die Achtung vor der Überzeugung des Nächsten und die absolute Toleranz in allen Glaubens- und Gewissensfragen eine Selbstverständlichkeit, mehr jedenfalls als jenen Leuten, die beispielsweise bei der letzten Gemeinderatswahl in St. Veit an der Gölsen ein Flugblatt mit einem sehr eigenartigen Inhalt haben verteilen lassen.

Ich wollte durch diese von mir vorgenommene — ich sage es offen — grausame Gegenüberstellung nur aufzeigen, wie bei uns in Österreich mit zweierlei Maß gemessen wird. Ich wollte Ihnen beweisen, daß bei uns gerade das NS-Problem noch immer mit Ressentiment

2958 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

und Haß behandelt wird. Und doch macht die Geschichte — das haben Sie jetzt gesehen — keine Sprünge. Das geschichtliche Heute beruht auf dem historischen Gestern, und jeder von uns — keiner ist dabei ausgenommen — trägt seinen Anteil dazu bei, sei es als Amboß, sei es als Hammer. Man muß nur die Zivilcourage haben, die Verantwortung auch dann zu tragen, wenn einmal Gewitterwolken am Himmel stehen, und nicht nur zu Zeiten, in denen die Sonne scheint. Soviel zur Frage der ungleichen Behandlung eines Teiles der öffentlich Bediensteten.

Während der diesjährigen Budgetdebatte wurde auch des öfteren Klage darüber geführt, daß die Spartätigkeit zu wünschen übrig lasse. Im Jahre 1937 betrug der Gesamteinlagenstand in Österreich ungefähr zweieinhalb Milliarden Schilling, und heute ist er etwa genau so hoch. Da wir jedoch bei einem Index von 700 stehen, müßte heute der Einlagenstand eigentlich das Siebenfache des Jahres 1937 betragen.

Warum ist dies nun nicht so? Erstens einmal wurde der österreichischen Bevölkerung das Sparen durch das Währungsschutzgesetz gründlichst verleidet. Man wird sich eben entschließen müssen, die Entschädigung der Sparer, voran der Altsparer, in irgendeiner Form in Angriff zu nehmen. Fürs zweite trägt am mangelnden Sparwillen ganz erheblich die schleichende Inflation schuld. Wenn ein Sparer beispielsweise zu Jahresbeginn 100 S in die Bank trägt, und er erhält am Ende des Jahres 2 Prozent Zinsen, also 2 S, dafür aber besitzen seine 100 S Einlage nur mehr den Kaufwert von 80 S, dann kann man nur einem Narren zumuten, unter solchen Verhältnissen noch weiter zu sparen. Die Stabilisierung der Währung ist das Kernproblem, das Sie so schnell wie möglich lösen müssen. Warten Sie nicht zu, bis man uns einen zweiten Zimmermann als ausländischen Ersparungskommissär mit diktatorischen Vollmachten vor die Nase setzt. Sie wissen ganz genau, daß gerade jetzt diese Gefahr besonders akut geworden ist. Ich bin der Meinung, daß wir alle zusammen ein Interesse haben müßten, uns und unserem Volk eine derartige Demütigung zu ersparen.

Im Laufe der heutigen Debatte wurde auch der Fall Waldheim-Eberle angezogen. Ich will Ihre Gemüter nicht aufs neue erhitzen, doch ist es irgendwie seltsam, wenn der Akt am 7. November 1949 ausgefertigt ist, vom Sektionschef aber, der normalerweise vor dem Minister zeichnet, erst nach dem 9. November unterschrieben wurde und die Reinschrift des Aktes sogar das Datum vom 28. Oktober 1949 führt. Bitte, ich nehme jetzt nicht pro oder kontra Stellung, aber es ist die Aufgabe des Ministers, diesen Fall zu untersuchen, und wenn

festgestellt wurde, daß alles in Ordnung ist, vor die Öffentlichkeit hinzutreten und zu erklären: Alle die Angriffe, die im Falle Waldheim-Eberle im Parlament und in der Öffentlichkeit vorgebracht wurden, sind nichts als Lüge!, oder aber es wird festgestellt, daß etwas nicht ganz richtig ist. Dann muß der Akt eben an den Staatsanwalt überwiesen werden. Ich hoffe, daß sich der Akt überhaupt finden läßt, derzeit soll er unauffindbar sein.

Es gibt noch viele Fragen, die einer Klärung bedürfen. Zum Beispiel bei der Verpachtung der Firma Guggenbach ist etwas vorgefallen, was aufklärungsbedürftig ist. Im Herbst 1949 wurde die Firma Guggenbach abermals um einen Pachtzuschilling von 300.000 S verpachtet, obwohl sie im Jahre 1948 einen Gewinn von 2,5 Millionen Schilling und im Jahre 1949 ebenfalls einen Gewinn von 2,5 Millionen Schilling ausgewiesen hat. Trotzdem wurde der Pachtvertrag, als der vorherige abgelaufen war, um denselben niedrigen Pachtzuschilling von 300.000 S weiter verlängert. Das sind Rätsel, welche die Öffentlichkeit natürlich nie verstehen wird und die man aufklären muß. Die österreichische Finanzverwaltung — und ich bin stolz, ihr anzugehören — hat es bisher verstanden, der Öffentlichkeit und dem österreichischen Volk zu beweisen, daß es in diesem Zweig der Verwaltung absolut sauber zugeht. Ich möchte daher den Herrn Finanzminister ersuchen, den guten Ruf, den die Finanzverwaltung genießt, dadurch zu wahren, daß alle Vorwürfe, die man in der Öffentlichkeit gegen sie vorbringt, streng untersucht und, wenn etwas festgestellt wird, was nicht sauber ist, ohne Rücksicht auf die Person auch verfolgt werden.

Abg. Machunze: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es gibt ein bekanntes Sprichwort, das heißt: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht! (*Abg. Grete Rehor: Auch dem Stüber nicht!*) Dieses Sprichwort paßt in seltener Güte auf den Herrn Abg. Dr. Stüber. (*Abg. Dr. Stüber, den Saal betretend: Ich bin schon hier! — Heiterkeit.*) Ihm ist anscheinend das Lügen angeboren. Ich will ihm gleich beweisen, daß er nicht nur heute hier von dieser Stelle aus gelogen hat. (*Abg. Dr. Stüber: Da bin ich neugierig!*) Ich habe auf diese Gelegenheit, Herr Abg. Stüber, seit 1949 gewartet, um Ihnen einmal die Lügenmaske von Ihrem Gesicht reißen zu können (*Abg. Dr. Stüber: Was Sie nicht sagen!*) und um Ihnen einmal das braune Hemd ausziehen, das man bei Ihnen noch immer merkt, jedesmal, wenn Sie hier diese Parlamentstribüne besteigen. (*Abg. Dr. Stüber: Das ist die erste Lüge, denn ich habe es nie angehabt!*)

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2959

Ich gehörte im Jahre 1949 erst einige Wochen diesem Hohen Hause an, da haben Sie in Ihrem Schmierblatt, Herr Stüber, geschrieben: Der Abg. Machunze ist ein Kominformagent, denn er hat in Oberösterreich mit Kommunisten verhandelt! Ich habe damals, obwohl das Blatt noch nicht gedruckt war, Ihnen, Herr Stüber, bewiesen, daß Sie hier eine Lüge veröffentlichen wollen. Obwohl Sie davon überzeugt waren, daß Sie einer Lüge aufgegessen sind, haben Sie diesen Artikel durchgehen lassen und haben dann nicht einmal soviel Anstand besessen, nach diesem Artikel die Ihnen von meinem Rechtsanwalt zugesandte Ehrenerklärung zu bringen, sondern Sie mußten gerichtlich dazu gezwungen werden, Ihre Lüge zu widerrufen! (*Abg. Dr. Stüber: Was Sie nicht sagen! Das ist doch völlig falsch! Dreimal falsch!*)

Die Lüge Nr. 2, Herr Stüber, hat das Haus hier selbst erlebt, denn Sie mußten hier erklären, daß Sie dem Unterrichtsminister gegenüber eine Lüge verbreitet haben. Hier mußten Sie erklären: Ich, Abgeordneter Dr. Fritz Stüber, habe im Parlament gelogen. (*Abg. Dr. Stüber: So habe ich gesagt? — Abg. Grete Rehor: Aber es hatte dieselbe Bedeutung!*)

Lüge Nr. 3, Herr Abg. Stüber: Sie haben hier von dieser Tribüne aus ungefähr vor einer Stunde behauptet: Anlässlich der Bundespräsidentenwahl haben die Sozialisten 30 Waggon, die ÖVP ebenfalls 30 Waggon und die Kommunisten 10 Waggon Papier geschenkt bekommen. Herr Abg. Stüber! Ich habe hier nicht die Absicht, die SPÖ zu verteidigen — das soll sie selber besorgen. Ich habe auch nicht die Absicht, den Linksblock zu verteidigen. Was aber die Österreichische Volkspartei betrifft, so kann ich Ihnen sagen, war das gelogen! Die Österreichische Volkspartei hat anlässlich der Bundespräsidentenwahl nicht ein einziges Kilogramm Papier geschenkt bekommen!

Ich möchte hier aber auf den Widerspruch aufmerksam machen, der sich ergeben hat: Während nämlich Herr Stüber hier oben erklärt hat, die Parteien haben Papier geschenkt bekommen, hat Herr Abg. Dr. Kraus in einem Zwischenruf gesagt, die Parteien haben Papier noch zum alten Preis bekommen. Stüber sagt: geschenkt, Kraus sagt: zum alten Preis. Stüber hat auf jeden Fall gelogen, weil er gesagt hat, daß wir es geschenkt bekommen haben.

Lüge Nr. 4: Der Herr Abg. Dr. Stüber hat von dieser Stelle aus behauptet, Deutschland würde in Österreich nichts investieren, weil die Frage des Deutschen Eigentums nicht gelöst ist. (*Abg. Grete Rehor: Das ist eben das braune Hemd, das daraus spricht!*)

Herr Abg. Stüber! Sie scheinen von der Lyrik etwas zu verstehen, aber in volkswirtschaftlichen Dingen dürften Sie ein blutiger Laie sein. (*Abg. Dr. Stüber: Da müßte ich bei Ihnen zur Schule gegangen sein!*) Denn Deutschland bekommt bis heute noch Auslandshilfe, und solange ein Staat vom Ausland Hilfe bekommt, kann er nicht in anderen Ländern Investitionen tätigen, es würde nämlich wahrscheinlich den Deutschen dann die Auslandshilfe eingestellt werden. Also nicht deshalb, weil etwa das Deutsche Eigentum in Österreich noch so eine Rolle spielt, kann Deutschland nach Österreich kein Investitionskapital geben, sondern deshalb, weil Deutschland im Ausland noch gar keine Investitionen vornehmen kann. Das allerdings dürfte Ihnen nicht bekannt sein.

Aber ich muß Ihnen hier noch etwas anderes sagen: Sie, Herr Stüber, sind das lebende Beispiel dafür, daß es Menschen gibt, die bewußt die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland vergiften wollen! (*Abg. Dr. Stüber: Das sind die öffentlichen Verwalter, die das Deutsche Eigentum verschleudern!*) Die Kommunisten vergiften die Beziehungen zwischen Österreich und den Russen, weil sie denunzieren gehen, und Sie, Herr Stüber, vergiften die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland, weil Sie dauernd Ihre Hetze hinaustragen und dann behaupten, daß Deutschland hier mißachtet würde, daß Deutschland hier beraubt würde usw. (*Abg. Dr. Stüber: Sie verteidigen die Korruption der öffentlichen Verwalter!*) Sie sind der Hetzer, und Sie vergiften die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern! Wenn Sie objektiv und sachlich wären und wenn Sie vor allem bei der Wahrheit blieben, wäre wahrscheinlich auch in manchen deutschen Zeitungen nicht immer wieder eine so gehässige Propaganda gegen dieses Land, dessen Abgeordneter Sie sind.

Herr Abg. Stüber! Der Herr Finanzminister hat Ihnen im Budgetausschuß darauf geantwortet, wie sich das mit der Besteuerung der Parteiverlage verhält. Sie haben das zur Kenntnis genommen! (*Abg. Dr. Stüber: Ich habe das nicht zur Kenntnis genommen! — Abg. Dr. Bock: Sie sind nicht beim Wort und reden dauernd!*) Aber Ihre Methode, Herr Stüber, ist es, eine sachliche Feststellung bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu verdrehen. Das haben Sie heute wieder in reichlichem Maße getan. Sie haben die sachliche Antwort des Herrn Finanzministers über die Verlage der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei genau in das Gegenteil umgelogen.

Nun, Herr Abg. Stüber, Sie können uns ja viel zumuten, aber daß wir ein so kurzes

2960 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Gedächtnis haben, wie Sie annehmen, das ist wirklich nicht der Fall. Wir erinnern uns alle noch daran, daß vor nicht allzu langer Zeit der Herr Abg. Hartleb ein Jammerlied darüber angestimmt hat, daß die Diäten der Abgeordneten zu gering sind. Der Herr Abg. Hartleb sagte, davon könne man nicht leben, die Diäten müßten erhöht werden. Und was macht nun der Abg. Stüber? Er stellt sich hierher und sagt: Die Diäten sind viel zu hoch, herunter mit den Diäten auf 2000 S! Also der Herr Abg. Hartleb kriegt zuwenig, der Abg. Stüber kriegt zuviel — ich weiß nicht, was der arme Herr Finanzminister machen oder das Parlament hier beschließen soll! (*Generalberichterstatte Prinke: Das war der Honner, nicht der Stüber! — Zwischenrufe beim KdU.*) Jedenfalls hat der Herr Abg. Stüber auch von den Diäten gesprochen. (*Abg. Dr. Pfeifer: Eine kleine Verwechslung!*) Nun, Herr Abg. Stüber, das war eine kleine Verwechslung, aber das macht nichts, denn bei rot und braun weiß man oft nicht, wo das eine oder das andere hingehört.

Der Herr Abg. Stüber hat hier so in seinen Akten herumgeblättert und von den Summen, die die Buchprüfer bekommen, gesprochen. Herr Abg. Stüber! Wenn Sie ein anständiger Mann wären, hätten Sie hier erzählt, wer die Buchprüfer sind und für welche Zeit sie die Honorare bekommen haben. Dann hätte man sich ein anderes Bild machen können. So haben Sie nur immer Namen und Summen genannt. Das ist Ihre Methode. Man nennt einen Namen, reiht eine hohe Zahl an und sagt: Das ist die Korruption in Österreich! So werden nämlich die Dinge gemacht. Herr Stüber, Sie mißbrauchen dauernd die parlamentarische Immunität, um ehrliche Menschen mit Schmutz zu bewerfen. Ich werde Ihnen noch nachweisen, wie Sie dieses Ihr dreckiges Handwerk ausüben. (*Abg. Krippner: Bravo!*)

Ich komme zu den Verstaatlichungen oder Verpachtungen. Herr Stüber, hier haben Sie sich auf Glatteis begeben. Auf der einen Seite sagen Sie: Weg mit der Verstaatlichung! Der Staat darf also keine Wirtschaft betreiben oder soll möglichst nichts in eigener Regie führen. (*Abg. Dr. Stüber: Das ist auch nicht wahr! Genau so wenig, wie das mit den Diäten! Das habe ich nicht gesagt!*) Heute nicht, aber Sie sind gegen die Verstaatlichung, das wissen wir.

Was hat der Staat gemacht? 1945 gab es in Österreich herrenloses Gut. Warum gab es denn herrenloses Gut, Herr Abg. Stüber, warum denn? Weil sich die Unternehmer, die sich 1938 diese Betriebe und Besitzungen unrechtmäßig angeeignet hatten, 1945 nicht getrauten, hier zu bleiben, und die Flucht

vorgezogen haben. Wenn damals nicht die Arbeiter und Angestellten zugepackt hätten, wäre vielleicht heute noch mancher Betrieb eine Ruine! (*Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Stüber: Waldheim-Eberle?*) Ich werde Ihnen auch dazu etwas sagen, Herr Stüber! Sie brauchen keine Sorge zu haben!

Lassen Sie sich ein Beispiel sagen, wenn Sie soviel vom Raub des Volksvermögens reden. Wieviel wurde denn damals im Jahre 1938 geraubt? Und wieviel wurde in den folgenden Jahren noch geraubt, Herr Stüber? Hier in Wien und in Österreich gibt es rund 3000 Menschen, die zum größten Teil einmal stattliche Bauern waren. Sie sind nicht von den Freunden derer (*auf die Bänke des Linksblocksweisend*) von da drüben vertrieben, sondern die sind während des Krieges dazu gezwungen worden, ihr Vermögen einem Treuhänder zu übergeben. Und das waren Millionenwerte. Als sie nach Österreich zurückkamen, erhielten sie Reichsschatzscheine, und heute müssen diese 3000 Menschen zum Teil ein trostloses Dasein fristen, weil die Treuhänder Ihrer Farbe, Herr Stüber, dieses Vermögen verpulvert, weil sie es in die Luft geschossen haben! Deshalb müssen die Leute heute hungern. (*Abg. Dr. Stüber: Deshalb müssen Sie Waldheim-Eberle pachten?*) Ich sage Ihnen schon noch etwas dazu, Herr Stüber, nur einen Moment! (*Abg. Dr. Stüber: Sie reden nicht zur Sache!*)

Wenn Sie wollen, daß ich gleich von Waldheim-Eberle rede, dann werde ich das tun. Wie war denn das 1938? Sie haben erklärt, der Bund habe durch Waldheim-Eberle 20 Millionen Schilling verloren. Herr Abg. Stüber, wieviel ging denn 1938 bei Waldheim-Eberle verloren? Warum haben Sie denn nicht einmal darüber gesprochen? Und nun kann ich Ihnen aber auch folgendes sagen:

Bei Waldheim-Eberle gibt es einen Unternehmer, der heißt „Der Kreis“. Ich erinnere mich, daß vor nicht allzu langer Zeit irgendwo in Oberösterreich eine Tagung stattfand, wo sehr viel von Partnerschaft geredet wurde. Sehen Sie, das ist nun der Unterschied: Sie reden von Partnerschaft, und bei Waldheim-Eberle wurde diese Partnerschaft in die Tat umgesetzt. Dort sind nämlich die Arbeiter gleichberechtigte Partner mit dem Pächter. Dort gibt es keinen Unterschied zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber, weil sie gemeinsam dem „Kreis“ angehören.

„Der Kreis“ ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, und die Verpachtung erfolgte ordnungsgemäß zu einem damals richtigen Preis. (*Widerspruch bei den Unabhängigen.*) Aber, Herr Abg. Stüber, hier kommt wieder etwas dazu, was ich Ihnen sagen muß, weil Sie als Lyriker es vielleicht

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2961

nicht begreifen könnten. Ein Unternehmen muß, wenn es etwas leisten soll, zuerst gewisse Investitionen vornehmen, und Waldheim-Eberle, das heißt „Der Kreis“ hat bei Waldheim-Eberle Investitionen in größtem Ausmaß durchgeführt, damit es nämlich überhaupt einen Ertrag gibt. Und wenn Sie neugierig sind, dann sage ich Ihnen: Aus dem Pachtvertrag hat „Der Kreis“ noch nicht einen Groschen bezogen!

Und wenn Sie hier etwa den Herrn Heinrich Krause nennen, dann möchte ich Ihnen sagen, Herr Stüber, Sie sollten es sich überlegen, an einen so sauberen und anständigen Mann, wie es der Herr Krause ist, Ihre schmutzigen Finger zu legen. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Es ist unwürdig, den Herrn Krause und den Herrn Stüber in einem Zusammenhang zu nennen! (*Abg. Dr. Gasselich: Das wird man ja noch sehen!*)

Herr Stüber! Ich muß Ihnen sagen: Ich könnte alle die Dinge, die Sie hier vorgebracht haben, widerlegen, aber das würde zu lange dauern. Wir haben Sie als Lügner erkannt, und ich erinnere Sie daran, was ich einleitend sagte: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! (*Abg. Dr. Stüber: Siehe Diäten!*) — und ich habe Ihnen schon drei Lügen nachgewiesen.

Herr Abg. Stüber! Wir verwahren uns zunächst einmal und mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Sie hier im Hause unter dem ständigen Mißbrauch der Immunität Lügen, Ehrabschneidungen und Verleumdungen austreuen. Wir beneiden Ihre Parteifreunde um einen Abg. Stüber nicht! Aber wenn Sie dauernd sagen, in Österreich sei in der Demokratie nicht alles in Ordnung usw. — Sie ergehen sich so in dunklen Andeutungen, Herr Abg. Stüber —, dann antworte ich: Wenn in Österreich die Demokratie nicht so großzügig wäre, dann wären Sie erstens überhaupt nicht in diesem Haus (*Beifall bei der ÖVP — Abg. Dr. Gasselich: Sie haben das Recht dazu, so zu reden!*), und zweitens, Herr Abg. Stüber, wären Sie dann aus diesem Haus wegen Ihrer Verleumdungen schon mehrmals hinausgeprügelt worden! (*Heftige Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und KdU. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Vor allem aber, Herr Abg. Stüber, nehmen Sie eines zur Kenntnis: Wir werden nicht zulassen, daß Sie von hier, von der Parlamentstribüne aus immer wieder den Versuch unternehmen, anständige, ehrliche und arbeitende Österreicher in den Schmutz zu zerren. Erinnern Sie sich an die Zeit, als Sie noch Gedichte geschrieben haben. Sie können wieder dichten, Sie können die Leute heute so belügen, wie Sie 1945, wenige Tage vor dem

Zusammenbruch, Ihre wenigen Gläubigen belogen haben mit Ihren lyrischen Ergüssen, aber hier werden wir Ihnen jedenfalls die Maske vom Gesicht reißen, wenn Sie so notorisch lügen und schwindeln, wie Sie dies heute wieder einmal getan haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Holzfeind: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vor allem noch einmal ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Abg. Honner zu sprechen kommen, mit dem ja mein Freund Slavik schon abgerechnet hat. Ich möchte dazu feststellen, daß unserer Meinung nach nur derjenige innerhalb einer Gemeinschaft ein Recht zur Kritik hat, der seine Pflicht gegenüber dieser Gemeinschaft erfüllt. Diese Pflicht wird von Ihrer Seite nicht erfüllt. Ich möchte festhalten: Der Herr Finanzminister hat schon einige Daten dafür gegeben, daß die USIA-Betriebe bis heute keine Umsatzsteuer, keine Körperschaftsteuer, keine Zölle, keine Einkommensteuer bezahlen. Sie, meine Herren, haben so lange kein Recht, über andere zu sprechen, als die Ihnen nahestehenden Unternehmungen gegenüber der österreichischen Gemeinschaft nicht auch ihre steuerliche Pflicht erfüllt haben.

Nun einige Mitteilungen zu den Ausführungen des Herrn Abg. Stüber. Der Abg. Stüber hat in bezug auf die Firma Waldheim-Eberle folgendes ausgeführt, wenn ich ihn richtig verstanden habe: Es ist ein Pachtvertrag mit einem Unternehmen, genannt „Der Kreis“, geschlossen worden; dieses Unternehmen wurde durch Strohmannen der Österreichischen Volkspartei wie der Sozialistischen Partei vertreten. Der Staat ist dadurch geschädigt worden, daß dieses Unternehmen zu einem relativ niedrigen Pachtschilling zugunsten dieser beiden Parteien verpachtet wurde, und es habe eine Schiebung stattgefunden.

Ich möchte dazu folgendes feststellen: Die Firma Waldheim-Eberle hat vom Jahre 1938 bis 1945 der Firma Müller & Sohn, Kommanditgesellschaft, gehört, in welcher der ehemalige Reichsleiter Amann und der Zentralverlag der NSDAP Kommanditisten waren. Diese beiden Teile sind jedenfalls Staatseigentum.

Die Firma Waldheim-Eberle wurde im Jahre 1945 von einem öffentlichen Verwalter mit Namen Fritz Ross verwaltet. Fritz Ross ist Inhaber des Ullstein-Verlages gewesen, und es wurde nun festgestellt, daß dieser öffentliche Verwalter schon wegen der Tatsache, daß der Ullstein-Verlag der Firma Waldheim-Eberle allein 2,5 Millionen Schilling schuldig war, nicht der richtige Mann als öffentlicher Verwalter war. Man hat zwei neue öffentliche Verwalter, Dr. Preiß und Dr. Jakl, berufen.

2962 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Im Jahre 1949 bestand nun seitens des Ministeriums Krauland die Absicht, dieses Unternehmen an die Druck- und Verlags-Ges. m. b. H. — diese Druck- und Verlags-Ges. m. b. H. besteht aus Fritz Ross, Waren-treuhand-Ges. m. b. H., Dr. Ernst Molden und der Warenverkehrs-Ges. m. b. H. — zu ver-pachten.

In dem Augenblick, als die Belegschaft dieses Unternehmens von der Verpachtung hörte, verlangte die Arbeiterschaft, die seit dem Jahre 1945 in uneigennützig Weise den Betrieb wiederaufgebaut und es verhindert hat, daß dieses Unternehmen ausgeraubt wurde: Wenn man das Unternehmen einem Privaten verpachtet, dann verlangen wir, die Gemein-schaft der arbeitenden Menschen dieses Be-triebes, die diesen Betrieb aufgebaut hat, daß er an uns verpachtet wird. Die Betriebs-versammlung der Arbeiter und Angestellten von Waldheim-Eberle erklärte sich bereit, unter für den Staat günstigeren Bedingungen, ja sogar unter höheren Pachtbedingungen diesen Pachtvertrag zu übernehmen.

Nunmehr ist von dem damaligen Minister Krauland dieses Unternehmen zwar nicht allein an die „Interessengemeinschaft des Betriebes“, sondern zu 50 Prozent an den Arbeiter- und Angestelltenbund und zu 50 Prozent an die Interessenten, das heißt an die Interessengemeinschaft der bei Wald-heim-Eberle, Nachfolger Buchgewerbehau Müller usw. usw. Beschäftigten, abgegeben worden.

Ihre Behauptung, Herr Dr. Stüber, daß dabei durch irgendein Scheingeschäft die Soziali-stische Partei hier in irgendeiner Form be-teiligt ist, ist erlogen! Ich kann Ihnen das durch das Statut der Interessengemeinschaft beweisen; dort heißt es:

„Die Betriebsversammlung der bei Wald-heim-Eberle, Nachfolger Buchgewerbehau M. Müller & Sohn KG. ...“ usw. usw., „faßte am 30. November 1950 folgenden Grund-beschluß über Maßnahmen zur Bildung des durch die Beteiligung der in den oben genann-ten Unternehmen Beschäftigten an der Firma ‚Der Kreis‘ erforderlichen gemeinsamen Ver-mögens sowie über dessen Verwaltung. Die Firma ‚Waldheim-Eberle Nachfolger Buch-gewerbehau M. Müller & Sohn ...“ usw. usw. „... wurde durch die Gesellschaft... ‚Der Kreis‘ gepachtet. An dieser Gesellschaft sind die bei Waldheim-Eberle, Nachfolger...“ usw. „... beschäftigten Arbeiter und An-gestellten gemäß dem Beschluß ihrer Betriebs-versammlung vom 30. November 1949 mit 50 Prozent beteiligt. Der Betriebsratsobmann der Arbeiter und jener der Angestellten ver-treten zur Zeit gemeinsam den Geschäftsanteil als Treuhänder.“

Die Sozialistische Partei hat mit der Firma Waldheim-Eberle überhaupt nichts zu tun! (*Abg. Kysela: Herr Stüber, Sie werden wieder etwas zurücknehmen müssen!*)

Und nun, meine Damen und Herren, einige Worte zum Kapitel Finanzen. Der Herr Abg. Stüber hat das Zitat des Cicero über Catilina gegenüber unserem Herrn Finanz-minister gebraucht. Bei aller politischen, nicht persönlichen Gegensätzlichkeit gegen-über dem Finanzminister finde ich es als etwas abgeschmackt, eine Verbindung zwischen dem Herrn Finanzminister und dem sub-versiven Catilina herzustellen. Ich finde es aber, sagen wir, noch beschämender, wenn der Herr Stüber sich als einen Cicero hin-stellen will. Denn wie mir eine Galerie-besucherin — ich selbst kann nicht Latein —, wahrscheinlich war es eine Gymnasiastin von der Galerie, mitgeteilt hat, hat dieses berühmte Zitat nicht: „Quo-usquem tandem abutere“, sondern: „Quo-usque tandem abutere“ gelautet. (*Lebhafte Zwischenrufe bei den Unabhängigen.*) Jedenfalls hat Catilina besser Latein gekonnt als Sie. (*Abg. Dr. H. Kraus: Er hat es ganz richtig gesagt!*)

Nun aber sachlich weiter. Sie haben, Herr Abg. Stüber, mit besonderem Pathos hier davon gesprochen, daß man Mehr-leistungen nicht besteuern soll. Ich muß Ihnen aber jetzt Ihr Verhalten anläßlich der Novellierung des Kinderbeihilfengesetzes entgegenhalten, wo es sich in einem Unter-ausschuß — dem ich leider damals nicht angehört habe, sonst wäre vielleicht dieses Unglück nicht geschehen — darum gehandelt hat, daß man die Grenzen zur Erlangung der Kinderbeihilfe von 36.000 S usw. erhöhen solle. Da war es in erster Linie der Herr Abg. Stüber, der dagegen Stellung genommen hat, sodaß dieser Unsinn der alten Ein-kommensgrenze bei der Kinderbeihilfe letzten Endes noch heute aufrechterhalten geblieben ist. Der Herr Abg. Stüber redet groß davon, daß Mehrleistungen nicht weggesteuert werden sollen, er ist gegen die Nivellierung, aber dem damaligen Einspruch — leider hat der Abg. Lakowitsch diesem Einspruch auch Rechnung getragen — der Herren Stüber usw. ist es zu danken, daß gerade jene Personen, bei denen man von einer wirklichen Mehr-leistung sprechen kann, schwer geschädigt worden sind. Denken Sie beispielsweise an einen Gehaltsempfänger, der in der IV. Dienst-postengruppe in der 7. Gehaltsstufe steht, zwei Kinder hat und eine Vorrückung von monatlich 111 S bekommt. In diesem Fall verliert er für zwei Kinder die Kinderbeihilfe, das sind 210 S, er bekommt also, weil er

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2963

eine Vorrückung erhalten hat, um 99 S weniger. Ja, Herr Abg. Stüber, man kann nicht gleichzeitig mit großem Pathos hier davon sprechen, daß man gegen die Nivellierung ist, man kann nicht einerseits von der Wegsteuerung echter Leistungen sprechen und zur gleichen Zeit dafür sein, daß dort, wo es darauf ankommt, solche Unmöglichkeiten eintreten.

Damit habe ich den ersten Punkt dessen behandelt, was zu den Ausführungen gehört, die ich unter dem Titel zusammenfassen möchte, daß wir vor einem Budget unerfüllter Wünsche stehen. Es sind nicht unerfüllte Wünsche, die erst in der letzten Zeit an uns herangetragen worden sind, sondern unerfüllte Wünsche, die seit Jahren offen sind.

Seit dem 13. Juli 1949 gibt es ein Pensionsüberleitungsgesetz. Seit dieser Zeit werden die nicht in das Gehaltsüberleitungsgesetz übernommenen Beamten erst um 15, dann um 10 und jetzt noch immer um 5 Prozent schlechter behandelt. Ich glaube, es gibt in diesem Hause niemanden, der nicht die Beseitigung dieses Unrechtes verlangt, denn dieses Unrecht muß beseitigt werden.

Außerdem muß ich feststellen, daß seit dem 13. Juli 1949, seit dem Inkrafttreten des Pensionsüberleitungsgesetzes, noch immer die Provisionsverordnung für die Provisionisten der Staatsdruckerei, des Münzamt, für die Heeresarbeiter, die Arbeiter der Schwefelsäurefabrik und der Post- und Telegraphenanstalt fehlt, denen also nicht 5 Prozent, sondern noch immer 15 Prozent ihrer gesetzlichen Pension fehlen.

Seit mehr als zwei Jahren kämpfen die Sozialisten in diesem Hause — ich gebe zu, einvernehmlich auch mit den Kollegen der Volkspartei — um eine Wiedergutmachung für die politisch Geschädigten. Wenn der Herr Abg. Elser vor einigen Tagen zum Kapitel Soziale Verwaltung Forderungen gestellt und gesagt hat, seit einem Jahr kämpfe der Linksblock für diese Forderungen, dann stelle ich unter Beweis, daß ich bereits vor eineinhalb Jahren einen Gesetzentwurf für die Beamtenentschädigung ausgearbeitet habe. Auf Grund dieses Gesetzentwurfes hat auch das Bundeskanzleramt einen solchen Entwurf ausgearbeitet. Was wir heute verlangen, ist — nachdem es in den Budgetverhandlungen gelungen ist, wenigstens bescheidene 20 Millionen Schilling für diese Zwecke freizubekommen —, daß alle diese Gesetze nunmehr umgehend in Beratung gezogen werden. Ich möchte alle Abgeordneten und alle Parteien des Hauses darum bitten.

Darüber hinaus soll endlich einmal auch das Unrecht beseitigt werden, das darin

besteht, daß noch immer der dreijährige Hemmungszeitraum für die minderbelasteten Nationalsozialisten im öffentlichen Dienst Geltung hat. Man kann zwar sagen, man könne hinsichtlich der Aufhebung des Hemmungszeitraumes solange nichts tun, solange man die politisch Geschädigten nicht befriedigt habe — das wird wahrscheinlich jeder vernünftige Österreicher einsehen —, aber die Erfüllung dieser Forderung dadurch zu verhindern, daß man auch den politisch Geschädigten kein Geld gibt, ist auf die Dauer unmöglich.

Der Herr Finanzminister hat selbst mitgeteilt, daß er keine höheren Budgetansätze zur Valorisierung der Gehälter der öffentlich Angestellten hat, bei der Eröffnung der Beratungen im Parlament hat er gleichzeitig aber die interessante Mitteilung gemacht, daß sich der prozentuelle Anteil des Sachaufwandes trotz der teilweise erzielten Valorisierung der Angestelltenbezüge zuungunsten des Personalaufwandes verschoben hat, daß der Sachaufwand also prozentuell mehr gestiegen ist als der Personalaufwand. Ich muß heute wie schon öfter feststellen, daß das Verhältnis zwischen Personalaufwand und Sachaufwand vor dem Jahre 1938 so wie 1 zu 1 gewesen ist. Damals standen ungefähr 48 Prozent Personalaufwand gegen 52 Prozent Sachaufwand. Heute aber beträgt der Personalaufwand für 1952 nur 38 Prozent, obwohl wir innerhalb der Bundesverwaltung auch für 30.000 Lehrer und 14.000 Lehrerpensionisten zu sorgen haben, also für einen wesentlich größeren Personenkreis als vor 1938. Ein überdimensionierter Personalaufwand kann daher an der Nichterfüllung der berechtigten Wünsche nicht schuld sein, wie dies der Herr Minister begründet hat.

Zu den nicht erfüllten Forderungen im öffentlichen Dienst gehört auch die Wiedereinführung der Mietzinsbeihilfe im Sinne des alten Gesetzes vom 30. Oktober 1929. Als das Gehaltsüberleitungsgesetz geschaffen wurde, war keinerlei Grund vorhanden, auch das Gesetz über die Mietzinsbeihilfe wieder einzuführen, weil die Mietverhältnisse anders gewesen sind. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber geändert. Ich muß daher im Namen der öffentlich Angestellten an den Herrn Finanzminister den dringenden Appell richten, er möge nicht, wie er mir im Finanzausschuß geantwortet hat, erklären, daß in dieser Hinsicht nichts zu reden sei, sondern er möge auch in dieser Hinsicht für eine Erfüllung dieser Forderung Sorge tragen.

Eine weitere Forderung ist und bleibt die Valorisierung der Familienzulagen im öffentlichen Dienst. Die Familienzulagen waren

2964 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

und sind immer ein Bestandteil des Bezuges gewesen. Niemand kann heute leugnen, daß die Lage der Familienerhalter unerträglich geworden ist; darum müssen der Haushaltszuschuß und die Kinderzulage, die ein Bestandteil des Gehaltes sind, mindestens eine Valorisierung auf das 3-7fache erfahren.

Über die Erhöhung der Einkommensgrenze für den Bezug der Kinderbeihilfe habe ich schon gesprochen.

Die arbeitenden Menschen — und diese bilden ja die große Masse der kleinen Leute — haben aber auch eine Anzahl von Forderungen in Steuerfragen. Vor allem möchte ich bitten, daß man endlich für Kriegs- und Zivilbeschädigte sowie für Körperbehinderte die steuerfreien Pauschbeträge erhöht, die seit Jahren unverändert geblieben sind und deren Erhöhung dringend notwendig ist. Gleichzeitig möchte ich bitten, daß man das, was man unter „Körperschäden“ aufzufassen hat, nicht so enge auslegt, wie es derzeit im Finanzministerium der Fall ist.

Wir sind ferner der Meinung — der Herr Finanzminister hat ja heute über die Schäden, die aus den Wohnungsbeschlagnahmen durch die Besatzungsmächte erwachsen, gesprochen —, daß jenen Personen, die bei den Wohnungsbeschlagnahmen durch Besatzungsmächte geschädigt sind, erhöhte Sonderausgaben zugewilligt werden sollen.

Wir verlangen auch, daß erblindeten Gewerbetreibenden die laut § 33 des Einkommenssteuergesetzes zustehende Abschreibung von 3000 S erhöht wird.

Und nun einige Worte zu der Weihnachtsgratifikation; denn da hat der Herr Abg. Stüber ganz unrecht. Wir müssen feststellen, daß in dieser Hinsicht ein Übereinkommen dahin getroffen wurde, daß der Freibetrag für die Weihnachtsgratifikation, der nach dem früheren Gesetz 500 S betrug, künftig 650 S nach dem ersten Entwurf und nunmehr nach dem neuen Entwurf 700 S betragen soll. Man kann es wirklich nicht verstehen, daß man jetzt deshalb, weil man aus ganz anderen Gründen Teile des 2. Steueränderungsgesetzes 1951 nicht verabschieden will, den Behörden und allen Lohnbüros eine doppelte Verwaltungsarbeit auflasten will. Alle müßten jetzt eigentlich mit 500 S als Freibetrag rechnen; glücklicherweise sind die meisten aber so geschickt und rechnen schon jetzt mit 700 S. Sie müßten dies aber nachträglich ausgleichen, wenn keine Änderung des Gesetzes erfolgen sollte. Selbstverständlich soll eine solche doppelte Verwaltungsarbeit vermieden werden. Wir müssen daher auch hier sagen, daß in bezug auf die Vereinfachung der Verwaltung auch von seiten des Finanz-

ministeriums etwas geschehen muß und daß die gesetzlichen Bestimmungen über die neue Freigrenze womöglich noch in diesen Tagen verabschiedet werden sollten.

Was wir in bezug auf die Lohnsteuer weiterhin verlangen, ist, daß man das Problem der Ledigensteuer einer Untersuchung unterzieht, daß man aber insbesondere die steuerfreien Beträge auf der Lohnsteuerkarte für jene Ledigen, die für die Eltern oder eine andere Personengruppe zu sorgen haben, wirklich entsprechend erhöht.

Wir Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Haushaltsbesteuerung überhaupt wegfallen soll, und zwar nach dem Grundsatz, daß das Einkommen lediglich nach den Einkommensquellen zu besteuern ist. Wenn der Mann ein Arbeiter ist, dann hat er nach seinem Arbeitseinkommen besteuert zu werden. Wenn seine Frau ein Geschäft hat, dann hat sie die Einkommensteuer aus dem Gewerbe für dieses Geschäft zu tragen. Aber die gesetzliche Lage ist jetzt so, daß der Mann nicht nur seine Steuer zu zahlen hat, sondern auch die aus dem Gewerbebetrieb seiner Frau mit veranlagen muß. Wenn wir hier eine Verbesserung vornehmen, dann werden wir die derzeitige unmögliche Art der Behandlung aus der Welt schaffen, daß eine gemeinsame Veranlagung nicht stattfindet, wenn die Frau in einem Arbeitsverhältnis steht, daß aber eine gemeinsame Veranlagung stattfindet, wenn der Mann in einem Arbeitsverhältnis steht und die Frau einen Gewerbebetrieb hat.

Nun zum Jahresausgleich, meine Damen und Herren: Das Haus wird sich früher oder später dazu entschließen müssen, dem Arbeiter dieselbe Steuergerechtigkeit zuzuerkennen, die jenen zugute kommt, die die Steuer veranlagen. Man kann doch nicht von jenen Arbeitern, die nicht ständig beschäftigt sind, einfach um 5 Prozent mehr Steuer verlangen als von den anderen. Wir verlangen einen vollen Jahresausgleich und nicht einen mit einer Grenze bis zu 7½ oder auch 5 Prozent. Wenn man bedenkt, welche Möglichkeiten derjenige hat, der seine Steuer veranlagt, verschiedene private Aufwendungen ganz oder zum Teil steuerfrei zu halten, und wenn man gleichzeitig untersucht — und darauf möchte ich das Hohe Haus besonders aufmerksam machen —, wieviel Steuerschulden in der Privatwirtschaft zu verzeichnen sind, dann muß man sagen, daß es wirklich notwendig ist, endlich einmal ein neues Lohnsteuergesetz zu schaffen. Durch dieses neue Lohnsteuergesetz soll wirklich eine Steuergleichheit für alle Staatsbürger geschaffen werden, nicht aber, daß der eine

um 5 Prozent mehr vorauszahlt und dann, wenn der Jahresausgleich nicht mehr als 5 Prozent beträgt, überhaupt nichts zurückbekommt, während jene, die die Steuer veranlagten, sie in Millionenbeträgen schuldig bleiben. Ich möchte Sie bitten, die Seiten 145 bis 149 des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1950 einer Untersuchung zu unterziehen. Sie werden daraufkommen, daß die Rückstände an veranlagter Einkommensteuer rund 932 Millionen, an Sühneabgabe 48 Millionen, an Körperschaftsteuer 146 Millionen, an Vermögensteuer 21 Millionen, an Gewerbesteuer 371 Millionen und an Besatzungskostenbeiträgen 232 Millionen betragen, während die Gesamtschuld an Lohnsteuer nur 2325 S beträgt. Daraus ersieht man klar die ungleiche Behandlung. Wir verlangen daher, daß man darüber nachdenkt, ein eigenes Lohnsteuergesetz zu machen, um damit eine wirkliche Steuergerechtigkeit zu erzielen.

So müssen wir leider feststellen, daß in diesem Budget kein Geld da ist für die Altpensionisten, für die Beamten und Familienerhalter, daß noch immer — wenn wir nicht im Finanz- und Budgetausschuß 20 Millionen für diesen Zweck durchgesetzt hätten — kein Geld da wäre für die Opfer des Faschismus; es gibt keine Steuererleichterungen für Kriegsinvaliden, für alte blinde Gewerbetreibende; man schafft keinen echten Jahresausgleich; man hat kein Geld für die Witwen bei der Invalidenversicherung, denen man keine Renten mehr zugesteht, wenn sie ein wenig auch nur ganz geringes Einkommen haben, wie dies zum Beispiel bei Hausbesorgerinnen der Fall ist; es gibt keine Möglichkeit, Selbständigen mit einem nur geringen Einkommen eine Kinderbeihilfe zuzugestehen; man hat kein Geld für die Altersversorgung der Selbständigen, man hat nichts für die Rentner — aber man denkt an Steuerbegünstigungen für die Industrie, an eine Scheingewinnbegünstigung, obwohl man heutzutage eigentlich gar nicht mehr von Scheingewinnen, sondern mehr von Scheinverlusten sprechen sollte. Und wenn hier immer von Substanzverlusten in der Wirtschaft gesprochen wird, dann müssen wir uns wirklich fragen, wo es denn diese Verluste gibt, denn der Park der Personenwagen hat sich zum Beispiel um mehr als 100 Prozent vergrößert. Man hat kein Ohr für Substanzverluste der Arbeiter und Angestellten, die durch den Krieg, durch Bombenschäden und ähnliches alles verloren haben — man will aber steuerliche Begünstigungen, nicht für die Kleingewerbetreibenden, sondern gerade für jene dünne Bevölkerungsschicht durchsetzen, die ohnedies bevorzugt ist und bisher die größten Gewinne erzielt hat.

Ich möchte feststellen, daß wir grundsätzlich für Bilanzwahrheit sind und gegen die Schillingeröffnungsbilanz durchaus nichts einzuwenden haben — niemand in diesem Hause wird dagegen etwas einwenden können —, aber die Steuerausfälle, die dadurch entstehen, können doch nicht auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der nichtbuchführenden Selbständigen und auf Kosten der Konsumenten hereingebracht werden. Dann erst, wenn man die Bedeckung aus den Einkommensquellen jener gefunden hat, denen die erhöhten Abschreibungen aus einer Neubewertung des Anlagevermögens zugute kommen, kann meiner Ansicht nach über das Problem der Schillingeröffnungsbilanz gesprochen werden.

Und nun einige Worte zu den Veröffentlichungen, die über den Anteil der öffentlichen Abgaben am Volkseinkommen erfolgt sind. Die „Neue Wiener Tageszeitung“ schreibt am 2. Dezember 1951 unter dem Titel „60 Prozent für die öffentliche Hand“: Professor Dr. Kamitz, der stellvertretende Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, habe einen Vortrag gehalten und nachgewiesen, daß 60 Prozent des gesamten Volkseinkommens für die öffentliche Hand gegeben werden. Wir sind von der Kommunistischen Partei her gewöhnt, daß sie Hausnummern angibt — die Hausnummern des Hauses in der Favoritenstraße hat sie allerdings bis heute nicht angegeben —, wir sind aber wirklich nicht daran gewöhnt, von einem Vertreter einer sonst ernst zu nehmenden Kammer derartige Zahlen zu erhalten. Es wird hier gesagt:

„Da bei einem Bundesbudget von 20 Milliarden Schilling“ — es sind zwar keine 20 Milliarden, sondern um zwei weniger — „nach einer Faustregel die Länder- und Gemeindebudgets weitere 50 Prozent, also 10 Milliarden Schilling, ausmachen, das Volkseinkommen aber etwa 50 Milliarden betrage, nehmen, wie Dr. Kamitz weiter ausführte, die öffentlichen Haushalte etwa 60 Prozent des Volkseinkommens in Anspruch.“

Das wird hier so dargestellt, daß jedermann glauben müßte, daß die 60 Prozent des Volkseinkommens vom Staat gefressen werden.

Nachdem ihm die „Arbeiter-Zeitung“ geantwortet hat, kommt Dr. Kamitz wieder, sagt es das nächste Mal etwas anders und erklärt: „Ich glaube, daß auch 40 Prozent des Volkseinkommens für die Eigenbedürfnisse der öffentlichen Hand eine Zahl wären, die zum Nachdenken Anlaß geben dürfte.“

Ich habe mich der Mühe unterzogen und habe genau festgestellt, wie hoch der Anteil

2966 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

der öffentlichen Abgaben am Volkseinkommen ist. Unter der Annahme, daß das Volkseinkommen 50 Milliarden beträgt, können wir feststellen, daß das Budget 13·5 Milliarden an öffentlichen Abgaben einschließlich der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden vorsieht. Ich habe nun festgestellt, daß die gesamten Landesabgaben 25 Millionen Schilling, daß die gesamten Gemeindeabgaben einschließlich Wien 953·1 Millionen Schilling — und zwar für die Grundsteuer 377 Millionen Schilling, für die Lohnsummensteuer 276 Millionen Schilling, für die Gewerbesteuer 133·7 Millionen Schilling und für sonstige Gemeindeabgaben 116 Millionen Schilling — betragen und daß daher 14.507.700.000 S durch den Bund, die Länder und die Gemeinden insgesamt an öffentlichen Abgaben im Jahre 1952 eingehoben werden. Das sind nicht 60 Prozent und auch nicht 40 Prozent, sondern 29 Prozent des Volkseinkommens!

Ich will aber gleichzeitig von der Bundeswirtschaftskammer sprechen, die gemeint hat, man könne zur weiteren Preissenkung nichts unternehmen, wenn nicht auch die öffentliche Hand die Preissenkung durchführt. Der Herr Abg. Slavik hat darauf hingewiesen, wie es in Wirklichkeit mit den Preisen und Tarifen in der öffentlichen Hand steht. Diese Tarife betragen beim elektrischen Strom das 2·5fache, beim Gas das 3·7fache, bei Post und Telegraph durchschnittlich das Fünffache. Wir wären mit der Preissenkungsaktion hundertprozentig einverstanden, wenn die Preise der Nahrungsmittel und der Bekleidung ebenfalls nur das Fünffache erreichen würden, statt wie bei den Nahrungsmitteln das Siebenfache und bei der Kleidung das 12·8fache.

Aber, meine Damen und Herren, was tut die Wirtschaft, damit der Staatshaushalt entlastet wird? Ich komme wieder darauf zurück, was der Herr Finanzminister gesagt hat: daß der Sachaufwand perzentuell bedeutend höher gestiegen ist als der Personalaufwand. Dazu möchte ich nun einen Fall vorbringen; ich kann leider infolge der Kürze der Zeit nicht, ausführlich darüber sprechen. Ich kann nachweisen, daß bei der Vergabe von 15.000 Dienstkleidern für den Post- und Telegraphendienst eine Firma — die Firma A — den Auftrag bekommen hat, die für die Garnitur 55·80 S verlangt hat. Sechs oder sieben andere Firmen haben sich zu einem Preis von 67 oder 68 S beworben, also um 20 Prozent mehr verlangt. Da kam dann der Industriellenverband — und dieselben Innungen, die heute von einem Belastungsstopp sprechen, haben diese Firma A zu sich eingeladen und ihr die Leviten gelesen, weil sie um 20 Prozent weniger verlangt

hat als die anderen Firmen. Es ist darauf die bekannte österreichische Krankheit, die Interventionitis, aufgetreten: die Leitung der Wäsche- und Kleidermacherinnung hat bei der zuständigen Verwaltung interveniert und zum Ausdruck gebracht, man könne einer solchen Firma diesen Auftrag doch nicht geben. Dabei wurde festgestellt, daß die Firma A alle Verpflichtungen in kollektivvertraglicher und steuerlicher Beziehung und in bezug auf ihre sozialen Leistungen erfüllt hat. Diese Firma hat um 20 Prozent weniger verlangt, und die Kalkulation, die darüber angestellt wurde, hat ergeben, daß diese Firma bei diesem Auftrag noch immer 50.000 S verdient. Man kann nicht gleichzeitig von der öffentlichen Hand verlangen, daß auch sie mit den Preisen heruntergehen soll, wenn man einer Firma gegenüber in direkten Verhandlungen um 20 Prozent mehr verlangt, wie es in diesem Fall nachweisbar gewesen ist. Schade, daß der Herr Abg. Raab nicht da ist. Ich werde ihm das Material übergeben, damit er in der Bundeswirtschaftskammer Ordnung macht.

Ich muß noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen der „Neuen Wiener Tageszeitung“ vom 25. November und vom 29. November über die Besteuerung der verstaatlichten Betriebe machen. Auch der Herr Finanzminister hat darüber gesprochen. Da ist festgestellt worden, daß die öffentlichen Betriebe angeblich 22 Prozent Personal haben, aber nur 5·68 Prozent Steuer bezahlen. Hier muß festgehalten werden, daß das falsch ist, daß vielmehr in Wirklichkeit die verstaatlichten Betriebe von 1.556.800 Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft 104.000 Personen, also $6\frac{2}{3}$ Prozent, beschäftigen und daß auch die Mitteilung über die Höhe der Steuern, die diese verstaatlichten Betriebe bezahlen, nicht ganz richtig ist, weil sie nicht 5·68 Prozent, sondern 6·7 Prozent bezahlen. Daher bezahlen die verstaatlichten Betriebe — ich bin in der Lage, das nachzuweisen — genau so ihre Steuern, wie dies bei den anderen privatwirtschaftlich geführten Firmen der Fall ist.

Abschließend möchte ich sagen: Trotz aller Mängel, die wir Sozialisten beim Kapitel Finanzen aufgezeigt haben, werden wir ihm die Zustimmung nicht versagen, denn noch immer kann man sagen, daß dieses Budget vor allem einmal ein Budget der Vollbeschäftigung ist und ein soziales Budget genannt werden kann. Wir müssen aber verlangen, daß in das Palais des Prinzen Eugen der Geist der Steuergerechtigkeit einziehe. Wenn da vom sozialen Wohlfahrtsstaat gesprochen wurde, so befinden wir uns wohl wahrscheinlich erst auf der ersten Treppe. Aber wir verneinen einen sozialen Wohlfahrts-

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2967

staat, der auf der Diktatur, der auf dem Absolutismus aufgebaut ist, denn zwischen dem Staat des Absolutismus Ludwigs XIV. mit seinem „l'état c'est moi!“ und den Diktaturen im Osten von heute ist ja kein Unterschied. Wir verneinen genau so den liberalen privatkapitalistischen Staat, den Ferdinand Lassalle einen Nachwächterstaat genannt hat. Wir bejahen den sozialen Arbeitsstaat! Wir sind der Meinung und sind überzeugt, daß er kommen wird, daß er kommen wird unter der Führung der demokratischen Arbeiterklasse, unter der Führung des Sozialismus, in dessen Namen wir den großen Massen sagen können: Wir heißen euch hoffen! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident Dr. Gorbach: In der Erteilung des Wortes an den Herrn Abg. Holzfeind ist mir insofern ein Irrtum unterlaufen, als in der alternierenden Reihenfolge der Kontra- und Proredner der Abg. Dr. Pfeifer zum Wort hätte kommen sollen. Ich bitte, mir das Versehen nicht zu verübeln.

Nunmehr hat der Herr Abg. Dr. Pfeifer das Wort.

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Ich habe mir heute vorgenommen, in der knappen halben Stunde, die den Debatterednern zur Verfügung steht, ein Kapitel zu behandeln, das von hoher Bedeutung ist. Das hat uns auch die Tatsache bewiesen, daß heute der Herr Finanzminister Dr. Margarétha selbst zu diesem Punkt in eindrucksvoller Rede das Wort ergriffen hat.

Ich meine die Besatzungskosten, die hier im Kapitel 26 als Übergangsmaßnahmen unter Titel 1 mit einem Betrage von 420 Millionen Schilling präliminiert sind. Wir haben gehört, daß die Alliierten die Forderung stellen, sie für das kommende Jahr noch zu erhöhen. Ich möchte eben darum zu dieser grundsätzlichen Frage von unserem Standpunkt aus ein paar Worte sagen. Ich glaube zumindest, daß der Ausgangspunkt in der Beurteilung dieser das ganze Volk ohne Unterschied der Partei betreffenden Frage ein gemeinsamer auch mit den Regierungsparteien und mit der Regierung sein kann und sein muß.

Wir sind der Ansicht, daß die derzeitige Besetzung Österreichs durch die vier Besatzungsmächte der Rechtsgrundlage, des Rechtstitels entbehrt. Dieselbe Auffassung ist wohl auch aus der Note der österreichischen Regierung an die amerikanische Regierung vom 31. Oktober 1951 ziemlich deutlich zu entnehmen, in der ja an das Übereinkommen von Moskau erinnert wird, wonach Österreich

das erste freie Land sein sollte, das dem ersten Angriff Hitlers zum Opfer gefallen sei und eben darum wieder befreit werden sollte. An diese historische Tatsache anknüpfend, ist dann in der Note ausgeführt: „Wenn Österreich nun aber in dieser Deklaration als ein zu befreiendes Land bezeichnet wird, ist es eine Forderung der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze, daß zum ehestmöglichen Zeitpunkt auch seine volle Souveränität wiederhergestellt werde.“ An einer anderen Stelle dieser Note heißt es dann ferner: „Unter diesen Umständen könnte die Öffentlichkeit nicht im unklaren gelassen werden, daß jede Macht, die die Wiederherstellung friedensmäßiger Zustände in Österreich durch mangelnden Vertragswillen verhindert, sich der Verletzung internationaler Rechtsgrundsätze, der völkerrechtlichen Moral und klar eingegangener Verpflichtungen schuldig macht.“

Auf diese Note der österreichischen Regierung hat auch der amerikanische Hochkommissar Donnelly sogleich eine Antwort gegeben. Diese Antwort gipfelt in dem Punkt: „Es ist eine völlig klar umrissene Frage: Entweder wird Österreich in seine volle Unabhängigkeit wieder eingesetzt und die Besetzung wird beendet oder diese ungerechte Besetzung dauert an.“ Der amerikanische Hochkommissar hat also damit klar zum Ausdruck gebracht, daß hier die Rechtsgrundlage fehlt und daß es sich um eine ungerechte Besetzung handelt. Die amerikanische Besatzungsmacht hat ja auch insofern schon seit längerer Zeit einen konsequenten Standpunkt in dieser Richtung eingenommen, als sie diejenige ist, die diesem Umstand Rechnung getragen und auf die Besatzungskosten verzichtet hat.

Wir sind nun der Ansicht, daß die Regierung — und ich glaube, der Herr Finanzminister hat das heute ja auch zum Ausdruck gebracht — auch die übrigen drei Besatzungsmächte aufzufordern hat, ebenfalls auf die Besatzungskosten zu verzichten, weil es sich eben hier um eine rechtswidrige Besetzung und rechtswidrige Forderungen auf Grund dieser Besetzung handelt. Ich glaube ferner, daß das Parlament zum Zeichen des Protestes gegen die andauernde rechtswidrige Besetzung und die andauernden rechtswidrigen Forderungen das Besatzungskostendeckungsgesetz für 1952 ablehnen sollte, die Regierung aber die Bezahlung der Besatzungskosten mit Beginn des neuen Jahres einstellen sollte.

Diese Auffassung, die, wie gesagt, den Ausgangspunkt hat, den auch die Regierung zum Ausdruck gebracht hat, ist auch von anderer Seite geäußert worden, etwa von

2968 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

dem Abg. Dr. Tončić in einer Rede, die er im Sommer 1949 im Rahmen eines Vortrages wissenschaftlichen Formates „Die völkerrechtliche Stellung Österreichs und ihre politischen Folgen“ gehalten hat. Dr. Tončić hat hier ausgeführt: Österreich befindet sich weder im Zustande der occupatio pacifica noch in dem der occupatio bellica; daher ist sowohl die Existenz von Besatzungstruppen als auch die Einhebung von Besatzungskosten rechtswidrig. Er kommt dann sogar zu dem Schluß, daß die Besatzungsmächte eigentlich Schadenersatz für die abgeforderten Besatzungskosten zu leisten hätten.

Da wir nun auf dem Standpunkt stehen, daß die fortdauernde Besetzung zumindest völkerrechtswidrig ist, lehnen wir auch die der österreichischen Bevölkerung unmittelbar auferlegten Besatzungskosten in der Form von Natural- und Dienstleistungen ab. Solche Natural- und Dienstleistungen hat allerdings der Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung für den Fall einer kriegerischen Besetzung eines Landes als zulässig erklärt. In dem Artikel 52 heißt es: Natural- und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden. Sie müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen und dürfen für die Bevölkerung nicht die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen. Es heißt dann weiter: Naturalleistungen sind soviel wie möglich bar zu bezahlen, andernfalls sind dafür Empfangsbescheinigungen auszustellen.

Aber diese ganze Bestimmung des Artikels 52 der Haager Landkriegsordnung gilt eben für den Fall der kriegerischen Besetzung, und ich habe ja schon eingangs erwähnt — und auch auf die Ansicht anderer hingewiesen —, daß wir uns eben nicht in dem Zustand der kriegerischen Besetzung befinden; insbesondere nicht seit dem Abschluß des ersten und zweiten Kontrollabkommens. Es dürfen daher auch aus diesem Titel des Artikels 52 der Haager Landkriegsordnung keine Anforderungen dieser Art von Natural- oder Dienstleistungen mehr gestellt werden können.

Zu diesen Naturalleistungen gehört insbesondere auch die Bereitstellung von Unterkünften, also die Bereitstellung von Wohnungen, wie sie ja anfangs überall von den Besatzungsmächten kurzweg durch Beschlagnahme selbst geübt wurde. Auch in diesem Punkt hat die amerikanische Besatzungsmacht, nachdem sie nun einmal auch auf die Besatzungskosten verzichtet hat, einen konsequenten Standpunkt insofern eingenommen, als sie dann im Jahre 1947 dazu übergang, die militärischen

Beschlagnahmen von Wohnungen, die sie erst auch vorgenommen hatte, aufzugeben und sie durch zivile Rechtstitel, also durch Mietverträge, zu ersetzen.

Ganz in diesem Sinne, den ich eben jetzt hier im allgemeinen vorgetragen habe, habe ich auch im Budgetausschuß am 22. November einen Entschließungsantrag folgenden Inhaltes eingebracht.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. an die vier Besatzungsmächte zu appellieren, die für ihre Zwecke in Anspruch genommenen Privathäuser und -wohnungen sowie Gasthöfe ehestens freizugeben und den rechtmäßigen Eigentümern beziehungsweise Mietern samt allen Einrichtungsgegenständen ordnungsmäßig zurückzustellen;

2. dahin zu wirken, daß die vier Besatzungsmächte, insoweit Punkt 1 nicht erfüllt ist, den heutigen Preisverhältnissen entsprechende Mietzinse für die Unterkünfte, Garagen, Gärten usw., ein angemessenes Entgelt für die Benutzung der Einrichtungsgegenstände und die Gartennutzung und volle Entschädigung für die angerichteten Schäden unter Berücksichtigung der eingetretenen Geldentwertung an die Republik Österreich als Treuhänderin bezahlen;

3. unter allen Umständen dafür zu sorgen und sicherzustellen, daß der Privatmann, dessen Haus, Wohnung, Garten und Hausrat in Anspruch genommen ist, vom Bund aus den von der Besatzungsmacht einlaufenden Zahlungen und, soweit diese nicht hinreichen, aus dem Erträgnis der Besatzungskostenbeiträge den ortsüblichen Zins, ein angemessenes Entgelt und volle Entschädigung für erlittene Schäden erhält.“

Ich habe diesen Antrag auch ausführlich begründet und werde noch zu dem einen oder anderen Punkt etwas zu sagen haben. Leider ist dieser Antrag, obwohl er eine Sache behandelt, die eben Sache des ganzen Volkes sein sollte, nicht angenommen worden. Die Forderung, daß die beschlagnahmten Wohnungen und Gasthöfe wieder freizugeben sind, ist ja an und für sich schon wiederholt ausgesprochen worden. Es handelt sich also um etwas, dem von allen gemeinsam zugestimmt wird.

Wenn ich schon früher Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung erwähnt und gesagt habe, daß er nicht mehr Anwendung finden darf, dann ist auch noch zu sagen, daß selbst nach diesem nur für kriegerische Besetzung geltenden Artikel nicht beliebig viele Natural- und Dienstleistungen in Anspruch genommen werden dürfen, sondern nur die, die den Hilfsquellen des Landes

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2969

Rechnung tragen. Da nun Österreich an einer sehr, sehr großen Wohnungsnot leidet, wäre selbst unter Kriegsverhältnissen und unter kriegerischer Besetzung diesem Umstand Rechnung zu tragen. Umso weniger dürfen in diesem Zustand einer auf keinem Rechtstitel mehr beruhenden Besetzung Wohnungen und andere Unterkunftsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden, weder für die unmittelbaren Bedürfnisse der Besatzung, des Besatzungsheeres selbst, noch etwa darüber hinaus auch noch für die Familienangehörigen oder gar für Urlauber, die in einem anderen Gebiete der Besatzungsmacht erst an der Front standen und dann nach Österreich dirigiert werden, um hier ihren Urlaub zu genießen, wie es etwa in der französischen Zone geschieht und wie es insbesondere von Vorarlbergern als Tatsache erzählt wurde. Auf der anderen Seite werden Villen und Einfamilienhäuser für Einzelpersonen in Anspruch genommen. Gasthöfe werden beschlagnahmt oder sind beschlagnahmt worden und stehen dann halb leer da oder werden sogar an Ausländer vermietet. Das sind unmögliche Zustände, und das muß entschieden abgelehnt werden!

Ebenso muß ein angemessener Mietzins, ein angemessenes Entgelt für die benutzten Einrichtungsgegenstände, solange sie noch nicht herausgegeben sind, und auch eine angemessene Entschädigung für die tatsächlich zugefügten und erlittenen Schäden gefordert werden.

Der Herr Finanzminister hat eben in seiner Rede zum Ausdruck gebracht, daß auch wir endlich gewillt sind, diesen Standpunkt etwas energischer zu vertreten, und wir als Opposition möchten dies ganz besonders unterstreichen.

Die Verhältnisse in den einzelnen Zonen sind im übrigen ja verschieden. Wie Ihnen bekannt ist, liegen die Verhältnisse in der amerikanischen und auch in der britischen Zone zweifellos relativ noch am besten; am ungünstigsten sind sie in der russischen Zone; auch in der französischen Zone sind sie wenig günstig.

Wenn ich nun die einzelnen Zonen noch kurz betrachte, etwa die amerikanische Zone, dann muß ich, wie ich schon erwähnt habe, noch bemerken, daß man dort dazu übergegangen ist, die militärischen Wohnungsbeschlagnahmungen zum Teil durch Mietverträge zu ersetzen. Freilich ist man da auch nicht immer richtig vorgegangen, sondern es hat sich zum Teil so abgespielt, daß die österreichische Regierung einfach über den Kopf des betreffenden Hauseigentümers hinweg, ohne ihn zu fragen, dann mit der

amerikanischen Besatzungsmacht einen Mietvertrag abgeschlossen hat, sodaß sich die betreffenden Bürger direkt an den Verfassungsgerichtshof wenden mußten, um über diesen ganzen eklatanten Fall einer Eigentumsverletzung Beschwerde zu führen, mit dem Erfolg, daß ihnen der Verfassungsgerichtshof stattgegeben hat. Nun läßt sich das für den Außenstehenden nicht so leicht feststellen, wie in all den vielen Fällen augenblicklich die Verhältnisse liegen, aber zweifellos ist es so, daß zum Teil Mietverträge bestehen und zum anderen Teil dort, wo das eben nicht möglich war, letzten Endes auf das Reichleistungsgesetz gegriffen wurde, um den Besatzungsmächten das zur Verfügung zu stellen, was sie gefordert haben. Ob das völkerrechtlich richtig ist, möchte ich bezweifeln.

Aber ich möchte hier noch einen anderen Punkt, gerade was die amerikanische Besatzungszone betrifft, erwähnen, weil wir ja fortgesetzt von dort Klage über Klage bekommen und ich auch schon in einer Anfrage den Herrn Minister mit dieser Sache beschäftigt habe. Es steht zweifellos fest — das ist auch durch die Anfragebeantwortung nicht widerlegt worden, sondern wurde durch sie zum Teil bestätigt —, daß die Amerikaner für die Miete Dollarzinse zahlen und daß diese Dollarbeträge an die Oesterreichische Nationalbank gezahlt werden und der Bund dafür den Gegenwert in Schillingen erhält, und zwar seit der neuen Kursregelung nicht mehr zu dem ursprünglichen schlechten Kurs von 1 Dollar = 10 Schilling, sondern zu dem Kurs 1 Dollar = 26 Schilling.

Nun, Herr Minister, da fängt die Klage an, die immer wieder dahin lautet, daß der einzelne, über dessen Objekt hier der Mietvertrag abgeschlossen wurde, nicht den Gegenwert in österreichischen Schillingen, der dem von amerikanischer Seite gezahlten Dollarmietzins entsprechen würde, auf die Hand bekommt. Ferner die Klage, daß sich die Mietzinse, wenn sie gezahlt werden, beispielsweise nur auf das Haus und die Wohnung beziehen, aber nicht die übrigen tatsächlich in Anspruch genommenen Liegenschaften und Objekte einbezogen sind, wie Gärten, Wirtschaftsgebäude und vor allem die Einrichtungsgegenstände, für die ja selbstverständlich ein angemessenes Entgelt zu leisten wäre. Ebenso wäre auch die Frage des Schadenersatzes für die erlittenen Schäden zu regeln. Das ist selbst in der amerikanischen Zone nicht befriedigend gelöst, und zwar deshalb wieder nicht, weil im Jahre 1947 ein Vertrag zwischen Österreich und der amerikanischen Macht abgeschlossen wurde, wonach Amerika einen Pauschalbetrag von ungefähr 310 Millionen Schilling für

2970 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

die Schäden aus der Zeit vom 29. 4. 1945 bis 30. 6. 1947 an Österreich bezahlt hat und es Sache des österreichischen Staates ist, die Geschädigten aus diesem Betrag zu entschädigen. Hier wurde in einer Weise vorgegangen, die keineswegs den Rechtsgrundsätzen entspricht; denn es muß naturgemäß der wirkliche Schaden ersetzt werden, und zwar gemessen daran, was die Behebung dieser Schäden in dem Zeitpunkt, wo der Betroffene die Entschädigung bekommt, kosten würde, nicht daran, was der Schaden im Jahre 1945 ausgemacht hätte. Das ist auch ein Grundsatz, der schon durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof bei anderen Entscheidungen festgelegt wurde, wo es sich bei Schadenersatz darum handelt, daß der Wert zu leisten ist, der notwendig ist, um die Sache wiederanzuschaffen oder wiederherzustellen.

Das gilt nicht nur für die amerikanische Zone, das gilt für alle Zonen; von überall kommt die Klage. Und ich habe es selbst als Geschädigter in der englischen Zone Wiens erlebt, daß man etwa, wie es bei mir der Fall war — die britische Macht war es —, die besten und schönsten Sachen aus der Wohnung wegnimmt und daß man zuerst gesagt hat: Das bekommst du wieder, bis wir abziehen! Es ist so Zeit um Zeit gegangen, man sieht nichts. Auf einmal wurde einem dann, ob man wollte oder nicht, eine Entschädigung aufgedrängt, die aber nicht nach dem Wert der Gegenstände bemessen war, den sie in diesem Zeitpunkt hatten — bei mir war es Ende 1947, knapp vor dem Währungsschutzgesetz —, sondern man ging aus von dem Wert des Jahres 1945, der sich inzwischen schon bedeutend geändert hatte.

Dieselben Klagen also, die meinen Erfahrungen in eigener Sache entsprechen, kommen aus allen Zonen, kommen aus der britischen Zone, wo man heute noch mit dem Wert von 1945 plus 50 Prozent operiert, sie kommen auch aus der amerikanischen Zone, und in der französischen Zone dürfte es eher schlechter als besser sein, weil es dort, wie ich erfahren habe, so ist — und das ist ja an sich sehr begrüßenswert —, daß sich der Landtag von Vorarlberg, mit Rücksicht auf diese Zustände, mit Rücksicht darauf, daß dann, wenn jemand endlich seine Wohnung zurückbekommt, sie oft kaum gebrauchsfähig ist und der Geschädigte vielfach nicht imstande ist, sie wiederherzustellen, entschlossen hat, einen bedeutenden Betrag in seinem Landesbudget zu bewilligen, um den Leuten hier von sich aus die Schäden zu ersetzen, sofern es die Besatzungsmacht nicht tut. Von Rechts wegen aber wäre da, glaube ich, in erster Linie der Bund berufen, weil

es sich ja hier eigentlich um Kriegssachschäden handelt, die im unmittelbaren Gefolge des Krieges und der damals zunächst kriegerischen Besetzung aufgetreten sind. Aber auch wenn das Reichsleistungsgesetz in Anwendung gebracht wird, so bestimmen die Grundsätze dieses Reichsleistungsgesetzes, daß derjenige, dessen Leistungen in Anspruch genommen werden, erstens dafür eine angemessene Vergütung und zweitens eine Entschädigung für den erlittenen Schaden zu bekommen hat.

Am schlimmsten — das habe ich schon erwähnt — liegen die Dinge in der russischen Zone. Hier ist es ja so, daß die Russen in sehr vielen Fällen bisher überhaupt nichts geleistet haben, auch wenn sie eine Wohnung oder irgend etwas anderes lange Zeit in Anspruch genommen und bedeutende Schäden verursacht haben. Darum habe ich auch vor kurzem eine Anfrage an den Herrn Finanzminister in dieser Richtung gestellt, was die österreichische Regierung zu tun gedenkt, falls sich die Russen weiterhin weigern sollten, hier die nötigen Vergütungen und Schadenersätze zu leisten. Der Finanzminister hat in seiner vor kurzem eingetroffenen Anfragebeantwortung vom 29. November darauf hingewiesen und hat auch heute in seiner Rede davon gesprochen, daß nunmehr im Budget für das Jahr 1952 in dem schon erwähnten Kapitel 26, Titel 2, § 4, eine Post 32: „Beihilfen bei Ansprüchen gegen eine Besatzungsmacht“, eingesetzt ist, unter der dafür ein Betrag von 25 Millionen Schilling ausgeworfen ist. Hinzugefügt wurde, daß dieser Betrag nur für die erlittenen Schäden bis zum 1. Jänner 1951 verwendet werden soll, und zwar, wie er in seiner Anfragebeantwortung sagte, nur in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen.

Bei den Zuständen, die in der russischen Zone herrschen, muß man freilich befürchten, daß dieser Betrag kaum ausreichen wird. Man muß sich wundern, daß hierfür nicht schon bisher — es ist das erstmal im Budget — bei der hartnäckigen Weigerung der Russen, hier das, was sie leisten müssen, zu leisten, etwas vorgesorgt worden ist.

Aber wie immer dem auch sei, ob der Betrag ausreicht oder nicht, eines scheint mir unerläßlich zu sein: Wenn sich nun endlich der Bund entschlossen hat — was wir begrüßen —, eine Summe für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse auf diesem Gebiete für die allerschlimmsten Fälle auszuwerfen, dann soll bei der Summe von 25 Millionen Schilling eine Regelung getroffen werden, nach welcher dieser Betrag auf die Bedürftigsten aufgeteilt wird, also mit anderen Worten, daß eine Art Entschädigungsregulativ

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2971

aufgestellt wird, nach welchem dieser Betrag auf die einzelnen gerecht aufgeteilt wird. Das muß auch irgendwie in der Öffentlichkeit kundgemacht werden, etwa in der „Wiener Zeitung“ oder sonstwo; denn sonst werden viele nicht wissen, daß hier ein Betrag von 25 Millionen Schilling für diesen Zweck eingesetzt ist, und werden es verabsäumen, sich zu melden, wenn sie vielleicht auch am schwersten betroffen sind. Der andere aber, der es zufällig erfährt, wird sich rechtzeitig kümmern und etwas erhalten. Das, glaube ich, ist nach all den Betrachtungen, die ich vorausgeschickt habe, eine vordringliche Forderung, damit eine gerechte Verteilung an alle wirklich Bedürftigen erfolgt.

Ich habe zum Kapitel 26, Titel 7, noch zu erwähnen, daß hier im Laufe der Beratungen im Budgetausschuß eine Änderung beschlossen wurde, indem für Entschädigungen an politisch Verfolgte ein Betrag von 20 Millionen Schilling als Verrechnungsansatz eingesetzt wurde. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich, als diese Sache zur Sprache kam und als auch ein Entschließungsantrag in dieser Richtung gefaßt wurde — es ist der Entschließungsantrag Nr. 5 zu der Gruppe XI —, diesem Antrag ausdrücklich zustimmte. Er lautet: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, jene Beträge, die infolge der Einstellung der Bezahlung der Zensurangestellten erspart werden, für die Erfüllung der Ansprüche politisch Verfolgter (Haftentschädigung und Beamtenentschädigung) (Kapitel 26, Titel 7) zu verwenden.“

Ich habe diesem Entschließungsantrag ausdrücklich aus dem doppelten Gesichtspunkt zugestimmt, weil wir immer gesagt haben: Wenn wir für die nach 1945 Verfolgten Entschädigungen haben wollen, müssen wir selbstverständlich den anderen dasselbe Recht zuerkennen! Da zu den Antragstellern auch der Herr Abg. Frisch gehört und dieser den Begriff „politisch Verfolgte“ ganz gerecht erläuterte und erklärte, daß alle, die seit 1933 bis zur Gegenwart politisch verfolgt wurden, unter diesen Begriff fallen, konnte ich umso leichter hier vollen Herzens diesem Entschließungsantrag zustimmen.

Nun zum Abschluß noch ein paar Worte zum Kapitel Pensionen, denn zur Beamtenfrage und zur NS-Frage habe ich schon ausführlich bei Gruppe II: Bundeskanzleramt, gesprochen. Ich brauche also hier nur das Spezifische, das das Finanzministerium Betreffende, heute streifen. Es ist dasselbe, was Sie schon aus anderem Mund gehört haben und dem wir uns voll und ganz angeschlossen haben, nämlich, daß erstens die Altpensionisten die noch ausstehende fünfprozentige Angleichung

an die Neupensionisten bekommen sollen, und zweitens, daß man bei der Nachsicht von der Sühnefolge des Pensionsverlustes großzügiger und weitherziger vorgehe. Drittens habe ich noch einen Entschließungsantrag im Ausschuß bei dieser Gruppe eingebracht, wonach die Bundesregierung eine Verordnung beschließen und dem Hauptausschuß zur Zustimmung vorlegen möge, durch welche die Ruhegenüsse der ehemaligen nicht übernommenen Betriebsbeamten sowie der Provisionsparteien der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung geregelt werden sollen.

Leider wurde auch dieser Antrag — mir gänzlich unverständlich — abgelehnt, obwohl auch der Kollege Holzfeind, der von dieser Sache etwas versteht, genau denselben Standpunkt vertritt und obwohl die Generalpostdirektion den bezüglichen Verordnungsentwurf schon ausgearbeitet und dem Finanzministerium zugeleitet hat. Es handelt sich dabei lediglich um die Frage, daß Leute, für die heute ein entsprechender Status nicht mehr besteht, Betriebsbeamte der Post, die in den Ruhestand versetzt wurden, die ein Pensionsdekret in der Hand haben, dennoch keine Pension ausbezahlt bekommen können, weil die Bemessungsgrundlage mangels Verordnung nicht feststeht. Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist ein unmöglicher Zustand, daß der Staat jemanden in den Ruhestand versetzt, ihm ein Dekret in die Hand drückt und sagt: Du bekommst eine Pension; diese wird aber erst durch einen Bescheid festgesetzt!, und inzwischen vergehen Jahre, und diese Leute bekommen seit Jahren nur geringe Vorschüsse auf Grund des § 3 des Beamtenüberleitungsgesetzes. Der Betreffende, der zu mir gekommen ist, bekommt nur 300 S im Monat. Das ist ein unmöglicher Zustand!

Damit will ich meine Ausführungen zu dem Kapitel Pensionen, das ich nur ganz kurz behandeln konnte, schließen. Ich will noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch dieser zweite Entschließungsantrag, wenn er auch abgelehnt wurde, dennoch bald meritorisch erledigt wird. *(Beifall beim KdU.)*

Inzwischen hat wieder der Präsident den Vorsitz übernommen.

Abg. Brunner: Hohes Haus! Das 4. Lohn- und Preisabkommen ist uns allen noch in Erinnerung, und zwar deshalb, weil dieses Abkommen bis knapp vor der Genehmigung meist hinter verschlossenen Türen abgemacht wurde und das Hohe Haus erst recht spät davon erfahren hat. Die Beamten der Kammern und der Gewerkschaften haben viel mehr als die Abgeordneten selber darüber gewußt.

Zweitens wurde dieser Lohn- und Preisakt unter Straßenlärm geboren. Weitsichtige

2972 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Männer der Wirtschaft behaupteten schon damals, daß dieses Lohn- und Preisabkommen eine verhältnismäßig kurze Dauer haben werde, weil es nicht gründlich gemacht wurde. Unser Kollege Böck-Greissau war auch dieser Meinung und hat eine Dauer von ungefähr einem halben Jahre prophezeit. So kam es auch. Wir haben gleich nach der Perfektionierung, nach der Genehmigung dieses Preisabkommens mit neuen Forderungen zu rechnen gehabt, und es wurde darangegangen, ein 5. Lohn- und Preisabkommen auszuarbeiten. Es muß festgestellt werden, daß dieses 5. Lohn- und Preisabkommen mit einer seltenen Gründlichkeit durchgearbeitet wurde und, soweit es nach menschlicher Voraussicht möglich war, in ihm alle Wünsche untergebracht worden sind.

Nun war es so, daß man glaubte, die Stabilisierung der Kaufkraft sei sichergestellt. Auch da haben wir uns getäuscht, und es fragt sich nun, ob Lohn- und Preisabkommen überhaupt in der Lage sind, die Stabilisierung der Kaufkraft zu garantieren. Ich behaupte: Nein, weil immer wieder ein Teil einer gewissen Sparte nicht befriedigt wird und mit neuen Forderungen kommt! Ich nehme da niemanden aus, sei es von der Wirtschaft, von der Landwirtschaft oder von den Angestellten. Es ist sehr leicht möglich, daß man nicht jedem gerecht wird, und dann kommen neue Forderungen.

Da wäre es an der Zeit, daß man den natürlichen Dingen Rechnung trägt. Die weitblickenden Männer der Wirtschaft und der Kammern haben daher eine Preisreduktion in die Wege geleitet. Es ist erfreulich, festzustellen, daß sich alle, die angesprochen wurden, wirklich restlos daran gehalten haben, sogar Industrien, deren Produkte, zum Beispiel Genußmittel, nicht absolut lebensnotwendig sind, so — ich erwähne nur nebenbei — die Brauindustrie, also eine Grundindustrie. Die Gasthäuser haben sich im Anschluß daran ebenfalls an dieser Preissenkungsaktion beteiligt. Wir müssen feststellen, daß immer neue Sparten der Industrie, der Urindustrie und der Schlüsselindustrien, bis zu den Letztverarbeitern diese Preissenkung durchführen.

Eines ist aber notwendig: Wir können nicht immer von einem kleinen Teil, sagen wir, von dem Teil, der die Waren dem Konsum übergibt, eine Preissenkung verlangen, wenn diese Preissenkungen nicht ganz besonders bei der Schlüsselindustrie vorgenommen werden. Die Schlüsselindustrie muß sich unbedingt an diesen Senkungsaktionen soweit als möglich beteiligen. Das gilt vor allem auch für die verstaatlichten Betriebe, denn sie sind ja die Schlüsselindustrien. Dann wird sich diese Preissenkung in Prozenten

ganz anders auswirken, bis das Produkt zur letzten Abgabestelle kommt.

Wenn wir diese Aktion fortsetzen und der Bevölkerung die Gewißheit geben oder den Gläubigern vermitteln, daß der Schilling, der in der Form von Löhnen, Gehältern oder sonst irgendwelchen Transaktionen vereinnahmt wird, noch in einem oder zwei Monaten die gleiche Kaufkraft behält, dann erst haben wir einen vollen Erfolg mit diesem Beginnen. Es muß so sein, daß derjenige, der Geld übrig hat, dieses Geld nicht zu Hause irgendwo in eine Schatulle legt und, wenn er irgendeine Gelegenheit wahrnimmt, schon davonläuft, um es loszuwerden, sondern er soll soviel Vertrauen haben, daß er seine Schillinge in den dazu berufenen Geldinstituten, Sparkassen u. dgl. anlegt und das Geld erst dann behebt, wenn er es wirklich braucht, weil wir es sehr notwendig haben, daß das Sparkapital bei den Geldinstituten zunimmt. Der heutige Stand ist nicht befriedigend, weil wir größere Kredite draußen haben, als Spareinlagen in den Kassen sind. Dies ist nur deshalb möglich, weil Kontokorrentkredite derartige Veranlagungen ermöglichen.

Im Verlaufe der Debatte wurde verschiedentlich Kritik geübt. Die freie Wirtschaft, die mangelnde Preissenkung, hat Kollege Hillegeist gesagt, seien an manchem schuld. Die freie Wirtschaft ist bestrebt, wo immer sie Gelegenheit hat, die Währung unter allen Umständen stabil zu erhalten, denn gerade die Wirtschaft ist ja derjenige Teil, der ansonsten am meisten verarmt.

Mein Vor- oder Vorvordner hat sich mit dem Scheingewinngesetz befaßt. Die Scheingewinne entstehen ja dadurch, daß die Währung nicht stabil bleibt. Die Substanz sinkt, der Unternehmer weist einen Reingewinn aus, der praktisch nichts bedeutet, weil er ein Mehrfaches zur Nachschaffung seiner Waren oder Rohstoffe, die er braucht, benötigt. Wir sind der Meinung, daß die städtischen Betriebe, die staatlichen Unternehmungen, vor allem die Kraftwerke, ebenfalls, so wie es die freie Wirtschaft getan hat, ein Beispiel geben und Preissenkungen durchführen sollen. Ich bin überzeugt: wenn sich der Ring schließt, werden auch die letzten Reste des Mißtrauens verschwinden.

Es wurde auch gesagt: Das Vertrauen zur Währung beruht ja nur darauf, daß solche Akte gesetzt werden, die die Stabilität der Kaufkraft gewährleisten! Ganz besondere Bedeutung messe ich dem Schillingeröffnungsbilanzgesetz bei, das ja im Kommen ist. Das Schillingeröffnungsbilanzgesetz hat ja doch den Sinn, die auf Erinnerungswerte abgesunkenen Bilanzwerte wieder zu aktivieren,

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2973

und das kann man nur dann, wenn sich die Verantwortung tragenden Menschen in Österreich klar und wenn sie überzeugt sind, daß die Währung wirklich gesichert ist. Ich glaube, daß dies bei einigem guten Willen nicht schwer ist. Da appelliere ich nicht nur an die verantwortlichen Herren in der Regierung. Wir Abgeordnete tragen die gleiche Verantwortung. Auch die Verantwortlichen in den Kammern oder, wenn Sie wollen, die gesamte Industrie, alle zusammen können dazu beitragen, diese Währung zu sichern und die Stabilität der Kaufkraft aufrechtzuerhalten. Ganz besonders muß es der Wirtschaft und vor allem dem kleinen und mittleren Gewerbetreibenden möglich sein, auch ihren Teil dazu beizutragen; das kann dieser aber nur dann, wenn er mit genügend Rohstoffen versorgt wird, was heute bei der eisenschaffenden Industrie nicht immer möglich ist.

Kollege Olah hat erfreulicherweise bei den Finanzberatungen dieses Kapitel schon angeschnitten und gesagt, zuerst müsse man den Inlandsbedarf des Gewerbes restlos decken, dann komme eine Rekordhöhe von Export- und Inlandsproduktion. Mir scheint das auch wichtig; denn wir wissen aus Erfahrung, daß speziell Schlosser und mittlere Betriebe, die Eisen verarbeiten, kaum befriedigt werden, ja es kam in den letzten Wochen sogar vor, daß ein Schlossermeister, ein Herderzeuger, zehn Leute entlassen mußte, weil er nicht das notwendige Eisen von der Alpine, von den verstaatlichten Betrieben, durch eine dritte oder vierte Hand zugewiesen bekommen hat.

Darüber muß ja auch noch geredet werden, daß bei diesen verstaatlichten Betrieben, bei diesen Monopolbetrieben, bei dieser Schlüsselindustrie nur wenige Großverteiler sind. Dann kommt eine zweite und dann eine dritte Stufe. Es muß überlegt werden, ob der Vorwurf, der der freien Wirtschaft immer wieder gemacht wird, hier nicht doch berechtigt ist, daß der funktionslose Zwischenhandel bei diesem Verteilerapparat und naturgemäß bei der dadurch entstehenden Verteuerung ganz besonders in Erscheinung tritt. Daher wäre es notwendig, daß man gerade bei der verstaatlichten eisenschaffenden Industrie den größten Wert darauf legt, den Inlandsbedarf restlos zu befriedigen. Gespart muß natürlich werden!

Wenn man so im Ausland mit den Leuten spricht, die einmal in Österreich waren, sagen sie, es sei so, daß man selten irgendwo so gut lebt wie bei uns, sie sagen, daß es da so lustig sei u. dgl.

Wir müssen es so weit bringen, daß in den Gebietskörperschaften, sowohl in den Ländern

wie in den Gemeinden, gespart wird, und wir müssen es so weit bringen, daß es den Kommunisten unmöglich ist, darauf hinzuweisen, daß die Gebietskörperschaften, die Länder und Gemeinden, mit den Prämien für die Angestellten hinaufzulizitieren, mit den Prämien, die natürlich außerhalb des Gehaltsschemas liegen; also mit dem, was der Staatsangestellte, der Bundesangestellte nicht hat. Das wird draußen oft gegeben. Auch das muß in Ordnung kommen, damit diese billige Propaganda der Kommunisten unmöglich wird. Es gibt keine Differenzierung bei ungefähr gleicher Leistung, sondern es gibt nur Sparen und immer wieder Sparen.

Der Herr Abg. Neuwirth hat gemeint, daß es nicht allein auf den Finanzminister ankommt, ob in diesem Staat etwas geschaffen wird oder nicht. Ja, natürlich kommt es, wenn wir einen Finanzminister mit Verantwortungsgefühl erhalten wollen, in erster Linie auf ihn an, es kommt darauf an, ob er ja oder nein sagt; denn er hat es ja zu verantworten, ob die Bedeckung vorhanden ist oder ob nicht doch irgendwie neue Steuern notwendig sind, um solche Ausgaben zu decken. Er muß ja auch die Gefahr der Inflation berücksichtigen. Das ist vollkommen richtig.

Ich finde es auch merkwürdig, daß sich die heutige „Arbeiter-Zeitung“ mit dem Finanzminister besonders beschäftigt und sagt: Er meint immer: Ich! Ich! Natürlich, er repräsentiert doch dieses Ministerium, und er kann ruhig sagen: Ich stehe auf dem Standpunkt; so und so weit kann ich gehen, und das andere kann ich nicht verantworten! Ich sehe nicht ein, daß eine Zeitungspolemik so weit gehen muß, noch dazu in der Presse der Koalitionspartei, daß man das Vertrauen zu einem Minister auf solche Weise schmälert.

Wir müssen uns ja auch hüten, Mißtrauen zu säen oder die Dinge auch nur dahin zu bringen, daß Mißtrauen berechtigt ist. Da komme ich ebenfalls auf einige Dinge, die geschehen sind. Bei der nächsten Gelegenheit — und wenn auch nur eine halbwegs mögliche Bedeckung vorhanden ist — muß dieses Mißtrauen beseitigt und das Vertrauen hergestellt werden.

Hohes Haus! Erinnern Sie sich doch, daß seinerzeit in den dreißiger Jahren die Bundeswohnbauanleihe ausgegeben und die Steuerfreiheit für dreißig Jahre gegeben wurde. Die Nazi haben das belassen, und bis zum Jahre 1947 wurde diese Steuerfreiheit auch von uns respektiert. Es blieb uns vorbehalten, im Jahre 1947 ein Gesetz aus den dreißiger Jahren, das die Steuerfreiheit für Wohnbauten garantierte, aufzuheben. Ja, wir müssen uns bei

2974 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Behandlung solch weittragender Dinge fragen, ob das geeignet ist, das Vertrauen zu festigen, und wir müssen sagen: Nein! Wir begrüßen die Neubauten, die jetzt geschaffen werden und die Steuerfreiheit genießen, aber man müßte darüber nachdenken, wie man das alte Versprechen erfüllen und das österreichische Gesetz wiederum aktivieren könnte.

Weiters erwähne ich das Dritte Rückstellungsgesetz mit der Judikatur, die so ausgelegt wurde, wie es der Gesetzgeber bestimmt nicht wollte; an das Rückgabegesetz und ganz besonders an die Verwertung von verfallenem Vermögen bei Formaldelikten.

Das steht in dem NS-Gesetz nicht drinnen, daß man das verfallene Vermögen mit einem bestimmten Multiplikator des Einheitswertes verwerten soll.

Sie wissen ja, Hohes Haus, ganz genau — und ich glaube, jeder von Ihnen weiß es ohne Ausnahme —, daß es Menschen mit Funktionen gegeben hat, die anständig waren und die Zellenleiter oder Ortsgruppenleiter waren. Sie haben lediglich eine Funktion gehabt, weiter nichts. Nach dem starren Gesetzestext dieses Paragraphen haben sie das Vermögen verloren und das übliche Jahr Kerker bekommen. Nun hat der Herr Bundespräsident von seinem Gnadenrecht bisher bei Formaldelikten keinen Gebrauch gemacht, keine Gnadenerlässe gegeben. Diese Vermögensschaften werden und müssen verwertet werden, denn der Staat kann sich ja doch nicht auf die Dauer einen Apparat halten, der diese Vermögen verwaltet.

Man geht jetzt daran, die Familienmitglieder aufzufordern, dieses Vermögen wieder zu erwerben. Nun, wie ist das bei Bauern? Ich kenne Fälle bei unseren Gebirgsbauern, die sechs oder sieben Kinder haben und deren Familie durch Generationen, durch Jahrhunderte auf diesem Hof sitzt. Er war Zellenleiter. Jetzt wird er aufgefordert, dieses Vermögen zu erwerben. Er selbst besitzt das Geld natürlich nicht. Ja, wenn es beim Einheitswert bliebe, dann wäre es eventuell aufzubringen. Aber ich sagte schon, es wird mehrfach von ihm verlangt. Die Leute hängen an diesem Besitz. Es wird Geld aufgenommen, was nur notwendig ist, um wenigstens einen Teil für dieses Vermögen zu erlegen. Das übrige, den restlichen Teil stellt bekanntlich diese HCI zu einem Zinsfuß, der mir nicht geläufig ist, bei. Aber ich kann mir jedenfalls vorstellen, daß der Bankzinsfuß für Hypothekendarlehen für einen Bauern, und wenn dieses nur 50 Prozent des Kaufwertes beträgt, unerschwinglich ist.

Natürlich ist der Staat von der Nachrede befreit, er hätte dem Bauern diesen Besitz weggenommen. Die Bank hat ihn weggenom-

men, und wenn kein Interessent aus der Familie da ist — ja, wer soll das Vermögen dann kaufen? Dann wird es ausgetoten!

Ich glaube sagen zu können, daß es bei uns in Österreich keine Leichenfledderer geben darf, die solche Werte an sich reißen. Es würde ja eine Arisierung im umgekehrten Sinn sein. Wir müssen trachten, durch Wegschaffen derartiger Maßnahmen das Vertrauen zurückzugewinnen.

Das 2. Verstaatlichungsgesetz setzt fest, daß die Elektrizitätswerke bis zu 200 kW belassen werden können, über 200 kW übernehmen das dann die Länder. Das ist durch ein Rahmengesetz angeordnet. Von einer Bezahlung dieser Werte ist keine Rede. Es heißt nur, das Werk wird veräußert, in eine Ländergesellschaft einbezogen.

Verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Was ist denn das eigentlich? Unterscheiden wir uns durch solche Maßnahmen von ostischen Methoden? In keiner Weise! Denn wenn ich etwas durch ein Verstaatlichungsgesetz enteigne und es nicht bezahle, dann ist dies Raub und sonst gar nichts. (*Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.*) Ich muß den Gegenwert erlegen, aber nicht etwa in Obligationen, mit denen sich der Besitzer eines E-Werkes nichts kaufen kann, sondern ich muß dies mit barem Geld bezahlen! Dann frage ich mich aber: Hat es denn einen Sinn, irgend etwas zu verstaatlichen, wenn ich bares Geld dazu brauche, um es abzulösen, zum Beispiel von den Gemeinden, die kommunal betriebene E-Werke besitzen, hat es einen Sinn, dafür Geld auszugeben? Man würde besser mit diesem Kapital ein neues Werk bauen, und die alten Betriebe, die häufig im Besitze von Gemeinden sind, blieben diesen erhalten.

Bezüglich der Privatbahnen will ich nur eine Berichtigung vorbringen. Der Herr Abg. Dr. Stüber hat so getan, als ob die Sache mit den 18 Privatbahnen erst jetzt geschehen wäre. Es war aber doch so, daß der seinerzeitige Nennwert der Aktien infolge der Inflation auf Null gesunken ist. Es ist richtig: die Aktie, das Papier repräsentiert die Substanz, den Gegenwert. Den Herrn Minister trifft da also gewiß keine Schuld, das reicht ja bis in die Jahre 1923 und 1924 zurück. Der Herr Minister hat wohl schon einige Male zugesagt, man werde sich damit befassen, er hat aber nicht versprochen, daß er irgendwelche Entschädigungen geben könne.

Ich habe nun einiges darüber gesprochen, was das Vertrauen, aber auch das Mißtrauen der Bevölkerung nach sich ziehen kann. Jedenfalls greift man sich an den Kopf, wenn von Wertsicherungsklauseln bei solchen Ver-

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2975

tragen u. dgl. gesprochen wird, auch dort, wo nicht die private Hand, sondern der Staat etwas mit diesen Dingen zu tun hat. Auch einen solchen Standpunkt müssen wir ablehnen. Der Sicherheit der Währung kann nicht besser gedient werden als mit Sparen und mit dem Bestreben, das bis auf einen Zipfel dahingeschwundene Vertrauen zurückzugewinnen und neue Taten zu setzen, die dieses Vertrauen wieder hervorbringen. Es ist ja schon schrecklich genug, wenn jemand seine Schilling verliert, aber die Begleitumstände einer völligen Entwertung unserer Währung wären geradezu furchtbar. Auch der Sinn des Marshallplans würde dann nicht erfüllt werden. Wir haben diese vielen Milliarden bekommen und wir haben sie mit einer Annuität für 8 bis 60 oder mehr Jahre veranlagt — ich weiß nicht genau, wie lange diese Annuitäten laufen. Das zurückfließende Kapital, das Abzahlungskapital, soll uns nun in die Lage versetzen, neue Investitionen durchzuführen. Wie könnten wir dies aber tun, wenn wir so gewissenlos wären, die Währung zu vernachlässigen und sie einer Inflation auszusetzen.

Daher haben wir alle zusammen, ob Regierung, ob Abgeordnete, Industrielle oder Funktionäre der Kammern wie auch die der Gewerkschaften, die gleiche Aufgabe, denn dort, wo eine gut funktionierende Industrie besteht und eine gesunde Wirtschaft ist, dort hat auch der Arbeiter seinen gesicherten Lohn. Wir alle müssen zusammenhelfen, um jetzt mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen einen Schlußstrich zu ziehen und die Währung in ihrer jetzigen Festigkeit zu erhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Dr. Strachwitz: Hohes Haus! Durch ein Versehen des Herrn Präsidenten Dr. Gorbach bin ich in der Rednerliste bereits jetzt an der Reihe und komme daher um das Vergnügen, nach dem Sprecher der Österreichischen Volkspartei, dem Herrn Minister Altenburger, zu sprechen. Ich bedaure dies außerordentlich, weil ich der Meinung bin, daß ich gerade seine Ausführungen zu kommentieren hätte und mich in einigen grundsätzlichen Fragen sogar mit ihm auseinanderzusetzen habe. (*Abg. Dr. Gorbach: Sie können sich ja nach der Geschäftsordnung zweimal melden! — Abg. Grete Rehor: Einmal genügt!*)

Ich habe mir in der Generaldebatte zum Budget erlaubt, einleitend zu sagen, daß die Ausschlußberatungen bei 253 Rednern und 94stündiger Verhandlung im wesentlichen keine Änderungen der Ansätze ergeben haben. Ich habe Ihnen damals erklärt, daß dieses Ergebnis für das Plenum wahrscheinlich der Auftakt dazu sein wird, daß wir uns neuerlich über alle diese Fragen unterhalten werden

müssen. Am Ende dieser Beratungen — und wir sind bereits beim letzten Kapitel angelangt — sind wir zu demselben Ergebnis gelangt wie im Ausschluß, daß nämlich am Budget, das eine Sensation in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, nichts zu ändern ist. (*Ruf beim KdU: Es bleibt alles, wie es war! — Ruf bei der ÖVP: Gott sei Dank! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wir haben, um auf diesen Zwischenruf einzugehen, das Phänomen vor uns, daß wir in einer einen Monat dauernden Arbeit sehr viel Kritik geübt haben, daß wir einander Vorwürfe gemacht haben, ja daß sich die Fronten in diesem Hause völlig verschoben haben und daß trotzdem alles beim alten geblieben ist.

Ich habe mir damals erlaubt, Ihnen, und zwar besonders den verantwortlichen Regierungsmitgliedern, etwas zu sagen, ich habe mir erlaubt, um die Auskunft zu bitten, warum denn in diesem Land eine Krise eingetreten ist, und zwar eine Krise nicht nur in materieller Hinsicht, sondern in vertrauensmäßiger Hinsicht, eine Krise, die sich darin ausdrückt, daß das Interesse am öffentlichen Leben so groß ist, daß die Bevölkerung, wenn heute irgendwo ein Fußballspiel von entscheidender Bedeutung übertragen werden würde, dies mit wesentlich mehr Interesse zur Kenntnis nehmen würde als die Verhandlungen über das Grundgesetz des Staates, über das wir nun hier bereits einen Monat lang beraten. (*Abg. Gumpmayer: Der Vergleich hinkt!*)

Ich möchte in dieser Einleitung noch auf den Schluß meiner Rede hinweisen, die ich in der Generaldebatte gehalten habe, daß sich nämlich die Vertrauenskrise wie ein roter Faden durch unsere ganze Innenpolitik hindurchzieht. Wenn eine Vertrauenskrise entsteht, dann muß doch irgendwo ein Grund dafür sein, und diesen Grund kann man nun in verschiedenen Ursachen finden. Als ich noch keine Verantwortung zu tragen hatte — als ich allerdings auch nicht, wie der Herr Abg. Honner behauptet hat, nationalsozialistischer SS-Offizier war, sondern eben den grauen Rock trug und an der Front war —, da hat es, wenn im Dritten Reich etwas schief gegangen ist, geheißen: „Der Jud' ist schuld!“ Später, nach 1945, als die Katastrophe des Reiches übriggeblieben war, da hat es geheißen: „Die Nazi sind schuld!“ (*Abg. Rosa Jochmann: Sie sind es auch!*), und heute, nach sieben Jahren, nachdem sich die Fronten wieder geändert haben, hören wir, daß letzten Endes die Besatzungsmächte die Schuld tragen oder die Kommunisten, denn das hören wir jetzt oft in diesem Haus. (*Abg. Dr. Gorbach: Oder der Herr Strachwitz!*) Herr Dr. Gorbach, daß ich schuld bin, das werden Sie mir wahrscheinlich nicht sagen können; ich glaube aber,

2976 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Sie werden noch Gelegenheit genug haben, sich mit mir intensiv auseinanderzusetzen. *(Heiterkeit. — Abg. Grete Rehor zum Linksblock: Ein sechstes Mitglied kommt zu euch!)*

Ich möchte daher feststellen, daß ich mir diese Erklärung der Vertrauenskrise nicht so billig mache. Es ist heute so, daß man in einer Koalition sitzt und hier gegenseitig die Wäsche wäscht und dann wieder hinausgeht und sagt: Es bleibt ja doch alles wieder beim alten! Das, meine Damen und Herren, erzeugt die Vertrauenskrise, daß man eben immer anders spricht, als man handelt, und daß man gar nicht bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen! Ich bin in den meisten Punkten der Meinung, die der Herr Abg. Brunner hier zum Ausdruck gebracht hat, ich bin in vielen Punkten auch der Meinung, die der Herr Abg. Holzfeind hier dargelegt hat. Meine sehr Verehrten! Es ist aber nicht entscheidend, welcher Meinung ich bin, sondern ob ich auch bereit bin, die Konsequenzen daraus zu ziehen, und das muß man von den Männern verlangen, die an der Spitze des Staates stehen!

Meine Damen und Herren! Ich werde hier einen Artikel zur Verlesung bringen, der symptomatisch ist, und zwar deshalb, weil es in diesem Lande anscheinend eine vererbte, alteingesessene Garnitur gibt, die glaubt, daß sie nicht abgelöst werden kann, also unersetzlich ist, Leute, die einander zwar alles sagen, aber überhaupt nie die Konsequenz daraus ziehen! *(Zwischenruf des Abg. Sebinger.)* Ich danke Ihnen, Herr Abg. Sebinger, für Ihre Ratschläge. Ich werde Ihnen daher einen Artikel aus einem Koalitionsblatt vorlesen; er ist in der Nr. 277 der „Arbeiter-Zeitung“ dieses Jahres enthalten. Der Artikel heißt: „Verwaltungsreform“. Da ich in meinen Ausführungen erklärt habe, daß einer der Gründe, warum wir zu keiner Änderung in den Ansätzen kommen können, die Verwaltungshypertrophie ist, darf ich mir nun erlauben, Ihnen die Meinung dieser Regierungspartei zur Kenntnis zu bringen:

„Inzwischen hat Finanzminister Dr. Margarétha in seinen jüngsten Ausführungen zum Budget im Finanzausschuß die Scham abgelegt; er behauptete, ohne den geringsten Nachweis zu versuchen, daß im Bereich des Ministeriums Waldbrunner nach Parteigesichtspunkten eingestellt werde; im Hinblick darauf fühle er nicht die geringsten Bedenken, selbst Anstellungen aller Art durchzuführen. In kaum einem anderen Parlament der Welt dürfte ein Finanzminister noch je ein derart zynisches Bekenntnis zu einer parteimäßigen Protektionswirtschaft abgelegt haben. Im alten Österreich hätte ein Minister nach solch einer Erklärung sein Amt nicht behalten können; in der Ersten Republik hätte kein

Minister ein solches Geständnis gewagt. Aber was tut das Herr Dr. Margarétha? Hat er sich nicht selber auch durch sein Einstehen für Kraulands Gehilfen Dr. Hintze schwer kompromittiert? Er beklagt sich darüber, daß das Gericht Akten zur Untersuchung anfordere, und erlaubt sich den Scherz: ‚Eigentlich müßte ich mich schon selbst vom Dienst suspendieren‘ — er hat nur allzu recht!

Ein Finanzminister muß, besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, oft hart sein; seine Strenge ist aber nur erträglich, wenn sie gerecht ist. Strenge, die sich selbst zur Vergeudung öffentlicher Mittel bekennt, wenn es gilt, Parteiprotektionen auszuüben, hat keine sittliche Berechtigung. Der Geist, der aus Finanzminister Dr. Margarétha spricht, gibt ihm weder die Berechtigung, auf dem Gebiet der Steuerpolitik Opfer zu fordern, noch die moralische Kraft, eine Verwaltungsreform und einen Angestelltenabbau durchzuführen.

Eine Verwaltungsreform im Geiste des Herrn Dr. Margarétha würde offenbar für seine Protektionskinder Schonbezirke schaffen und nur die öffentlich Angestellten anderer Gesinnung aus dem Dienst jagen. Dieser Geist wird keine Verwaltungsreform möglich machen!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es hat in diesem Hause einmal Minister gegeben, die auf eine solche Erklärung hin die Vertrauensfrage gestellt oder sonst die Konsequenzen daraus gezogen haben. In einer solchen Atmosphäre verlangen wir, verlangt das Volk, daß man sich nicht dauernd darüber unterhält, ob die Kommunisten schuld seien oder ob jemand anderer schuld ist, sondern daß man darüber nachdenkt, wie man es besser machen könnte. Auf eine solche Erklärung hin geschieht nun hier aber gar nichts! Es werden keine Konsequenzen daraus gezogen, es wird nur geredet und die schmutzige Wäsche gewaschen! Daß es so ist, das ist mit die Schuld daran, warum kein Vertrauen besteht. Es sind also nicht allein die Besatzungsmächte und einige sonstige schuld, die heute über unser Heil mehr wachen, als es ihnen zusteht!

Es ist nun einmal so, daß man für Fehler in der Politik die Verantwortung tragen muß. Es ist nun einmal so, daß man sich dann, wenn man Fehler gemacht hat, nicht auf einen anderen ausreden darf, der wohl mitschuldig ist, für dessen Handlungen man aber mitentscheidend die Verantwortung trägt, sondern man müßte den Mut besitzen — und das muß auch einmal ausgesprochen werden —, daß man dann, wenn man einen Tritt bekommt, eben sagt: „Bis hierher und nicht weiter!“ oder aber andere Konsequenzen daraus zieht.

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2977

Meine sehr Verehrten! Es hat gar keinen Sinn, diese Stimmung in der Bevölkerung zu kritisieren, es hat gar keinen Sinn, wenn wir uns hier immer auf etwas ausreden, es hat gar keinen Sinn, wenn man in den engen Zirkeln und Ausschüssen eine bestimmte Hetze betreibt, sondern dies alles hat nur dann einen Sinn, wenn wir das, was wir reden, auch durchführen und die Bevölkerung davon überzeugen, daß es uns ernst mit den Dingen ist!

Ich habe den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Justizminister anlässlich der Referate zu ihren Ressorts über ganz klare Vorgänge befragt, die die Öffentlichkeit interessieren, ich habe mir vor allem erlaubt, eine besondere Frage zu stellen, weil ich der Meinung bin, daß diese Frage die Vertrauenskrise auslöst, ich habe aber keine Antwort erhalten. Man hat sich nur über Dinge auseinandergesetzt, die mit dem Budget am Rande zu tun haben, und man hat gute Ratschläge gehört. Aber auf die grundsätzlichen Fragen, die das Volk interessieren, habe ich keine Antwort erhalten.

Diese grundsätzlichen Fragen — und darüber können wir nicht hinwegkommen — sind die Ungleichheit und die Geschehnisse, die es nach dem Jahr 1945 einer kleinen Gruppe ermöglicht haben, mit Freunden, Interessentengruppen oder Gruppen Geschäfte zu machen und sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, die nicht dem Gesetz und dem Recht entsprochen haben. (*Abg. Dr. Bock: Namen nennen, Strachwitz!*) Ich habe es unterlassen, auf diese ganzen Affären im Detail einzugehen, und habe erklärt, daß ich von jenen Dingen, die mir zum Teil bekannt sind, nicht Gebrauch machen werde, aber ich habe verlangt, daß man über diese Dinge Erklärungen abgibt, wenn hier zum erstenmal seit vielen Generationen ein Minister in Haft gesetzt wird. Ich habe verlangt, daß man darüber Erklärungen abgibt und nicht wieder darüber schweigt. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist Sache des Gerichtes! — Abg. Dr. Bock: Es ist ein schwebendes Verfahren!*) Ich habe verlangt, daß Dinge, die in der Zeitung breitgetreten wurden, wie zum Beispiel die VÖEST-Affäre oder Affären wie die de Bruns einer Klärung zugeführt und nicht ständig wie ein Ball von einer Seite zur anderen geworfen werden. Ich habe nie darauf Antwort erhalten, und hier befindet sich ein Punkt dieser Vertrauenskrise. Denn eine Vertrauenskrise muß, wie ich eingangs erwähnt habe, Gründe haben. Wenn heute im Volk kein Vertrauen mehr zu unserer Gemeinschaft und zu unserem Staat besteht, so — und da hatte der Herr Finanzminister mit seiner Erklärung heute vollkommen recht — haben daran die Mächte, die sich heute unsere Befreier nennen, uns aber die Besatzung aufbürden, die Hauptschuld. Es

sind aber auch die mitschuldig, die diese Zustände dulden und nicht mit dem nötigen Nachdruck und eventuell auch mit der Konsequenz ihres Amtes und ihrer Stellung alles nur irgendwie Mögliche unternehmen, um diese Einflüsse geringer zu machen. Das ist der Grund dieser Vertrauenskrise.

Ich wäre mit den meisten, oft sehr guten Vorschlägen der heutigen Budgetdebatte einverstanden. Es ist sehr richtig, daß wir es uns nicht erlauben können, weiterhin inflatorischen Tendenzen zu huldigen, es ist vollkommen richtig, daß wir eine Steuergerechtigkeit brauchen, es waren auch die Detailfragen, die hier behandelt wurden, am Platze, und es ist auch vollkommen richtig, wenn der Herr Abg. Holzfeind erklärt, daß die Härten in der NS-Gesetzgebung unbedingt beseitigt werden müssen und daß man auch die Härten bei den politisch Verfolgten abbauen will, wie es Frau Jochmann verlangte. Ebenso ist auch richtig, daß man, wenn der Generalabbau verlangt wird, die Härten abschaffen will, die aus der NS-Zeit kommen.

Das alles ist richtig, aber noch viel mehr ist richtig: daß das Vertrauen wiederhergestellt werden muß und daß man bereit sein muß, dementsprechend zu reden und zu handeln. Das aber wird nicht dadurch erreicht, daß man die Schuld von einem auf den anderen, vom Größeren auf den Kleineren abschiebt und selber nicht bereit ist, die Konsequenzen zu tragen; denn dies verlangt das Volk von uns und von allen jenen, die die Vertretung dieses Volkes hier im Hause haben. (*Beifall bei den Unabhängigen.*)

Abg. Altenburger: Hohes Haus! Werte Frauen und Herren! Wenn der Herr Abg. Strachwitz so sehr von Konsequenz spricht, so hätte er es, auf sich bezogen, sehr einfach gehabt. Er könnte, wenn er immer konsequent wäre, gar nicht mehr in diesem Hause sein. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Doktor Strachwitz: Ich bin ja nicht von der Partei gewählt worden und auch nicht von Ihnen!*) Von mir nicht, aber von meiner Partei. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Strachwitz.*) Von unserer Partei! Ich bin ein Mitglied der Österreichischen Volkspartei und berufe mich nicht wie der Herr Abg. Strachwitz immer auf Konsequenzen, sondern ich stehe da und versuche das Vertrauen, das er erschüttert, in sachlicher Weise wiederherzustellen. Ist das Konsequenz, wenn Herr Abg. Strachwitz versucht, die Zusammenhänge hier so darzustellen, daß nicht die Kommunisten an vielen Schwierigkeiten in Österreich schuld seien — sie sind die ausgesprochenen Unschuldensengerln! — und auch die Besatzungsmächte in finanzieller Hinsicht gar nicht solche

2978 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

Schwierigkeiten machten? Er dürfte nicht hier gewesen sein, als der Finanzminister vor einigen Stunden mitgeteilt hat, was diese Besatzungsmächte für das österreichische Volk an Belastung bedeuten. Ich habe gesehen, wie er unter Umständen für die Abwehr der Ungeheuerlichkeit sogar Beifall gespendet hat, daß dieses arme Volk, das an und für sich schon so schwer um seine Existenz ringt, noch zusätzliche Opfer für jene bringen muß, die von unserer Substanz leben.

Ist das konsequent, wenn Abg. Strachwitz dann nachher sagt: Nicht das und nicht das andere sei schuld, sondern schuld sei einzig und allein eine Vertrauenskrise, die in der Bevölkerung herrscht, die nicht der Herr Abg. Strachwitz vertritt, denn er vertritt — wenn überhaupt — ja nur einen sehr kleinen Teil der österreichischen Bevölkerung. Etwas Positives und Praktisches sagte er zu dieser Vertrauensfrage nicht. Er sagt nichts anderes, als daß er persönlich konsequent sei, und vergißt, daß er persönlich in seiner scheinbar konsequenten Haltung alles daransetzt, um das Vertrauen der Bevölkerung zu untergraben und sich schützend vor die Kommunisten und damit schützend vor jene zu stellen, die die Gesamtheit in diesem Staate so schwer belasten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich überlasse dem Abg. Strachwitz diese Art konsequenter Haltung. Wir können nur das eine sagen: Es ist bedauerlich, in einer solchen Zeit, in der unser Volk leben muß, zu keiner anderen Haltung zu kommen.

Vorher hat der Abg. Stüber von der anderen Seite versucht, die konsequente Haltung — nämlich seine eigene — darzustellen. Ich glaube, Dr. Stüber ist der schlechteste Repräsentant dafür, als Einleitung zu seinen Darstellungen von der österreichischen Vermögenssicherung oder Peter Kraulands traurigem Erbe zu reden. Herr Abg. Stüber, wir können nicht mit dieser Kritik, auch wenn wir Kritik als das gute Recht aller Parteien und jedes einzelnen anerkennen, dort beginnen, wo sie gerade auf der Optik und auf dem politischen Auftriebsmoment für Sie beruht. Wir müssen mit der Kritik dort einsetzen, wo vor Krauland ein Erbe zu übernehmen war. Herr Abg. Stüber, als Sie noch im Siebenten Himmel des Dritten Reiches schwebten, hatten Sie keine Stimme, die Sie dichterisch in ihrer sonst prägnanten Art zum Ausdruck brachten. Sie hatten auch keine Stimme, als der Reichstatthalter in Wien mit Verfügung anordnete, daß ein Betrieb mit 96.000 Reichsmark Durchschnittsumsatz, übrige Sachwerte 16.000 Reichsmark, Bilanzsumme 36.000 Reichsmark, von derselben Reichsstelle, die diesen Betrieb arisiert hat, dann um

einen Kaufpreis von 13.000 Reichsmark mit Verfügung einer Rechtshoheit an einen anderen weitergegeben wurde. Sie haben das damals nicht bekämpft. Vielleicht haben Sie es nicht können, vielleicht waren Sie zu sehr dichterisch tätig? Aber Sie haben nicht das Recht, wo Sie anscheinend sogar in die Akten des Ministeriums Einblick haben, weil Sie auch die Unterschriften der Beamten kennen, die dort unterzeichnet haben sollen, jetzt in einer demagogischen Form dort Kritik zu üben, wo Sie vorher geschwiegen haben. Sie schwiegen dort, wo dieses Erbe, zum Beispiel das vermeintliche Deutsche Eigentum in Österreich, zustande gekommen ist.

Werte Männer und Frauen des Hohen Hauses! Ich bin der letzte, der versucht, nach rückwärts zu sehen. Aber ich wehre mich dagegen, wenn jene, die geistesmäßig an dieser Zeit schuldtragend sind, sich hier von dieser Stelle aus mit einem Schafspelz kleiden und vom Honigsuchen leben wollen. Ich verwahre mich dagegen, weil Sie, Herr Abg. Stüber, es wissen müssen, wie es im Jahre 1938 zugegangen ist. Ich will nur einige Namen nennen, die ich selbst kenne, also nicht irgendwo aus Büchern oder tendenziöser Literatur genommen habe. Ich erinnere mich an einen Großindustriellen namens Arthur Kuffler und seine Verwandten. Ich will Ihnen nicht alles hier erzählen, weil es zu erregend wäre, zu schildern, wie dort, in der Zeit, als etwa der Kollege Strachwitz im grauen Mantel beim Militär diente, in einer Zeit, wo die Deutsche Wehrmacht große Opfer an den Fronten gebracht hat, die Leichenfledderer, die hinten gewesen sind, Frauen in den Keller zerrten, ihnen die Ringe abgenommen, geraubt und geplündert haben, während die anderen vorne gekämpft haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Dagegen wenden wir uns. Wir wenden uns dagegen, daß Sie heute die Dinge so darstellen, als dürften diese Vermögen immer ehrlich erworben sein. Nehmen wir den Fall des Parteigenossen Gratzenberger. Gratzenberger, der vor 1938 in der Hirschengasse 4 eine ganz kleine Druckerei besaß, die verschuldet war, stieß deshalb zur NSDAP, weil er durch sie Aufträge erhielt. Ich brauche Ihnen das nicht zu sagen, Sie werden das viel besser wissen. Dieser Parteigenosse Gratzenberger, heimgekehrt ins Dritte Reich, arisierte dann die „Vorwärts“-Druckerei, verkaufte zwei große Automaten, und mit dem Erlös dieser zwei Rotationsmaschinen kaufte dieser Parteigenosse Gratzenberger den ganzen Betrieb, der auf diese Art und Weise Deutsches Eigentum geworden ist.

Glauben Sie, daß wir, die wir hier Eigentumswerte Österreichs zu vertreten haben,

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2979

zustimmen werden, daß auf der einen Seite die einen Waren — sei es Öl oder seien es andere Dinge — nach Rußland führen und die anderen das, was an neuen Werken durch eigene Arbeit wieder aufgebaut wurde, samt und sonders und ohne Rücksicht auf die Ereignisse zwischen 1938 und 1945 wieder ins Reich geführt wissen wollen? Da werden und können Sie uns nicht finden, und daher stehe ich auf dem Standpunkt, daß Sie eine falsche Kritik dadurch ansetzen, daß Sie versuchen, eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit irgendwelchen anderen Dingen in Zusammenhang zu bringen. Haben Sie den Mut und bekennen Sie, daß ein Teil dieses Deutschen Eigentums bei jenen, die damals arisiert haben, nicht Deutsches Eigentum ist, sondern zum Teil geraubtes und mit Blut und Tränen entzogenes Vermögen darstellt und daß das österreichische Volk recht hat, wenn es diesen Teil hier absichern will! Es ist klar, daß diese Frage nach 1945 große Schwierigkeiten bereitete, weil in einem Ministerium viele Überschneidungen und eine Verballung von Vermögen auseinanderzulösen waren. Es war dies eine Schwierigkeit, der auch andere Menschen nicht immer gerecht geworden wären. Aber schon lange, bevor Sie, Herr Abg. Stüber, zu der Erkenntnis kamen, sich besonders für einen Teil der hier Betroffenen einsetzen zu sollen, haben die verantwortlichen Parteien diese Fragen menschlich gelöst.

Es sind nicht hunderte, es sind tausende Fälle, in denen durch Gerichtsurteil das Vermögen verfallen war, in denen eine Zerreißung des Vermögens eingetreten ist, weil der eine, vielleicht der Ernährer, der Familienerhalter, der Mann verurteilt wurde und die Frau in diesem Zusammenhang irgendeine Mithaftung zu tragen hatte. Wir haben ohne Ihre Mithilfe — dazu brauchen wir Sie, der Blutgedichte machte, nicht — aus menschlicher Überzeugung und mit Vernunft das, was vermögensrechtlich nicht zerrissen werden sollte, in einer Einheit erhalten, auch wenn es oft schon sehr hart an der Grenze der gesetzlichen Möglichkeiten lag. Ihre Kritik, die Sie üben, ist daher sehr unrichtig, weil Sie mit den Erfahrungen der Zeugen, die Sie in Ihren eigenen Reihen haben müßten, in Widerspruch steht; deshalb, weil Sie sich, wenn Sie ein wenig über das Parlament hinaussehen, darüber unterrichten können, wie versucht wurde, diese Vermögenswerte in einer Einheit zu erhalten.

Anders ist das mit den industriellen Betrieben, und hier sage ich auch ein offenes und klares Wort. Ich bin der Überzeugung, daß diese Betriebe, bei denen es zum Teil sehr fraglich ist, ob sie überhaupt Deutsches Eigentum sind, im Wege

der Arbeitsgenossenschaften der österreichischen Arbeiter- und Angestelltenschaft in Verwaltung gegeben werden sollen. Ich habe diese Überzeugung aus dem Umstand gewonnen — und darüber, Herr Abg. Stüber, vielleicht ein Gedicht herauszubringen, waren Sie noch nicht imstande, —, daß in den Jahren 1938 bis 1945 als Voraussetzung für die heutige Form dieser Betriebe tausende österreichische Arbeiter und Angestellte und tausende Frauen bei 60stündiger Arbeitszeit und unter unmenschlichen Verhältnissen zur Wertvermehrung dieser Betriebe beigetragen haben. Glauben Sie nicht, daß es vernünftig wäre, in solchen Betrieben, in denen die Verhältnisse nicht ganz klar sind — und nur um solche kann es sich hier handeln, denn wo die Gesetzeslage klar ist, glaube ich, ist eine Kritik und eine Auseinandersetzung nicht notwendig —, Arbeitsgenossenschaften zu errichten? Meine Herren vom KdU! Sie reden so viel von Partnerschaft. Glauben Sie, das ist Partnerschaft, wenn Sie vielleicht ein Arbeitgeber irgendwo in einem westlichen Land ein Stück im Auto mitnimmt und bespricht, wie eine Annonce oder ein Inserat für die „Neue Front“, oder wie sonst Ihre Zeitung heißen mag, abzuschließen ist? Das ist keine Partnerschaft, das ist kein Mit-eigentum! Herr Abg. Stüber, Ihnen, der die Partnerschaft so in das Volk hinaustragen will, ist es vorbehalten, dort, wo die Arbeiterschaft praktisch eine Arbeitsgenossenschaft bildet, dies als unrichtig darzustellen! Herr Abg. Stüber, man kann nicht NSDAP-Anhänger von ehemals sein und andererseits Arbeiterschaft von heute spielen, man kann nicht Partnerschaft aufbauen, wenn man auf der anderen Seite die alte Gehässigkeit des Herrentums in sich trägt und dann in Wut kommt, wenn dieses Eigentum wirklich österreichische Arbeiter und Angestellte in irgendeiner Form zur Mitverwaltung und Mitverantwortung übernehmen.

Wir stehen zu dem Gedanken, daß dort, wo es möglich ist, unter Wahrung der Privatinitiative, in Wahrung und Anerkennung des Eigentumsbegriffes Arbeitsgenossenschaften zu errichten sind. Aber für jene Gratzenbergers und jene Leute, die im Jahre 1938 mit Schulden dagestanden sind und sich während der nationalsozialistischen Zeit durch x und x Arisierungen und Vermengungen mit deutschem Kapital bereichert haben und es wagen, jetzt unbedingt eine Befriedigung ihrer Ansprüche zu verlangen, für die haben wir kein Interesse, Rechtsgrundsätze aufzustellen, die in Wirklichkeit gar keine sind. Bevor wir diesen Gratzenbergers und diesen Partearisierern ein „Eigentum“, das ihnen nicht zusteht oder vielfach

2980 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

auf unehrliche Weise erworben wurde, jemals zurückgeben wollen, treten wir lieber als Volkspartei und als Arbeiter- und Angestelltenbund dafür ein, daß in all den Fällen die Arbeiterschaft selbst über diesen Weg der Arbeitsgenossenschaften in diesen Betrieben zu Verantwortung und Miteigentum kommt. (*Beifall bei der Volkspartei.*)

Im übrigen haben Sie eine Reihe von Dingen — und das tun Sie immer sehr gerne — im Zusammenhang mit der sogenannten Krauland-Affäre vorgebracht. Was hier festzustellen ist, wird das Gericht feststellen. Ereifern Sie sich nicht darüber! Sie haben in Dutzenden Artikeln verlangt: Vors Gericht! Nun, er steht vor Gericht, und ich habe weder ein Recht, noch könnte ich mir anmaßen, hier ein Urteil abzugeben. Aber Sie tun es jetzt schon; Sie, der in viel engerer persönlicher Verbindung mit dem ehemaligen Minister und Abg. Krauland gestanden ist. (*Abg. Dr. Stüber: Wir?*) Es ist nicht besonders erfreulich, wenn Sie, die Sie eine so zwiespältige Rolle spielen, soviel von Vertrauen sprechen. Ich bin überzeugt: Wenn sich Krauland zum Teil so ähnlich wie andere — ich will nicht sagen Strachwitz und andere — zu Ihnen gestellt hätte, es gäbe für Sie keinen Fall Krauland, und Sie hätten wahrscheinlich den Mantel der Verschwiegenheit darüber gebreitet. (*Abg. Dr. Stüber: Nein!*) Er stand mit Ihnen — und das bestreiten Sie mir nicht! — in viel engerer Verbindung, und ich finde es daher als nicht besonders erfreulich, daß gerade Sie es sind, die sich jetzt gar so mit dem Brustton der Überzeugung in Dinge einmischen, in die Sie zum Teil Krauland drängen wollten. Auch in dieser Richtung ist die Entscheidung Sache des Gerichtes. (*Abg. Dr. Stüber: Der Herr möge ihm verzeihen, denn er weiß nicht, was er spricht!*) O ja, ich weiß es sehr genau und könnte Ihnen manches, wenn Sie wollen, sagen. Sie selbst sitzen da, die gewisse Verhandlungen auf andere Art und Weise geführt haben. Sagen Sie nicht, es ist nicht wahr, sondern sagen Sie lieber, es ist nicht so gekommen, wie Sie wollten, und jetzt ist für Sie die Situation zum Ausschrotten politisch günstiger. Lassen Sie das Gericht urteilen! Vielleicht ergibt sich zum Schluß, daß das Gewissen des Krauland zumindest in politischer und menschlicher Haltung viel freier und reiner vor aller Öffentlichkeit stehen wird, als das politische Gewissen und die politische Haltung eines Dr. Stüber in der Vergangenheit und in der Gegenwart. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage es deswegen, weil es nicht angängig ist, daß man Menschen, die vor Gericht stehen, zu einer Zeit, in der der Ausgang des Prozesses

noch nicht entschieden ist, in dieser Form angreift. Wenn Sie glauben, daß das für das Volksempfinden fördernd ist, dann sage ich Ihnen, daß es vom politischen Standpunkt aus nicht erfreulich und zweckmäßig ist, zu sagen: Seht, da sitzt der ehemalige Minister und Abgeordnete Krauland auf der Anklagebank!, da Sie ja keine Beweise in der Tasche haben. (*Abg. Alois Gruber: Wie schnell wart ihr bei der Auslieferung Stübers anlässlich seiner Versamlungsrede!*) Eine Versamlungsrede ist etwas anderes als die Anklage bei Gericht! Wir haben aber auch, Herr Abgeordneter, den Herrn Abg. Krauland ausgeliefert, und Sie können nicht behaupten, daß in dieser Angelegenheit zweierlei Recht angewendet wurde. Wir stellen daher fest, daß es nicht zweckmäßig ist, in dieser Art Politik zu betreiben. Ihrer geistigen Haltung der Vergangenheit entsprang das Bombenlegen. Dies entsprach Ihrer geistigen Haltung, aus der dann Folgewirkungen eingetreten sind, für die Sie geistig mitschuldig sind, und nicht die Kleinen, nicht jene vielleicht, die den Waffenrock getragen haben. Nein! Sie, Herr Abg. Stüber, und kein anderer, der Sie die geistigen Voraussetzungen für tausende junge Menschen gegeben haben mit dem Gebrüll über das Versagen Österreichs und mit der falschen Darstellung des Dritten Reiches, Sie, der Sie ein Blutdichter geworden sind, Sie tragen die geistige Mitschuld. Und wir wenden uns dagegen, daß Sie heute vom Rednerpult aus als Hüter allen Rechtes auftreten, Sie, der nichts an den Arisierungen, an den Enteignungen gefunden hat, Sie, der nichts daran gefunden hat, als die Schergen vom Morzinplatz in die Privatwohnungen eingedrungen sind. Vielleicht kennen einige den ehemaligen Generalsekretär des Textilverbandes, den Dr. Egon Lederer, einen Menschen, der in seiner Pflichterfüllung im Arbeitgeberverband gearbeitet hat, der keiner politischen Partei angehört hat. Sie hätten sehen müssen, was sich da abgespielt hat. Ich war Zeuge, wie dieser Generalsekretär Lederer und wie seine eigene Schwester behandelt wurden, wie sie Wochen und Monate mit anderen zusammengepfercht in einer Wohnung leben mußten. Das war nicht der Kampf um die Verteidigung unserer Heimat, das war jener Geist, den Sie zum Teil bejahen, und jene Volksgemeinschaft, von welcher Sie zum Teil heute wieder sprechen und die Sie als Grundlage Ihrer Bewegung genommen haben.

Wollen Sie bitte nicht glauben, daß ich das deswegen jetzt gesagt habe, weil ich Altes wieder auffrischen will. Aber wenn Sie von dem Erbe sprechen, dann müssen Sie auch davon sprechen, wie das Erbe zustande-

gekommen ist, dann müssen Sie darüber sprechen, wie dieses Land 1945 ausgesehen hat und wie viele in dem Land waren, die als Christen das vergessen haben, was Sie 1938 und 1939 getan, und die nicht Gleiches mit Gleichem vergolten haben. Wir haben uns sofort, ohne Stüber, ohne dieses gleißnerische Getue, ohne diesen unmöglichen Geist, den Sie zum Ausdruck bringen, dieser Menschen angenommen. Ich könnte wieder hier Namen sagen von ehemaligen Gauleitern usw., deren Frauen und Kindern, die wirklich nichts dafür gekonnt haben, die im Luftschutzkeller gemeinsame Not gelitten haben. Die haben Sie nicht beraten und verteidigt, sondern Ihre Aufgabe war in erster Linie, sich schützend vor jene zu stellen, die eigentlich auf die Anklagebank gehören. Sooft der Herr Abg. Stüber, derjenige, den ich hier als geistigen Urheber anklage, der mit seinen Gedichten innerhalb der Jugend wirkte, herauftritt, muß er zur Kenntnis nehmen, daß seine Art und seine heutigen scheinheiligen Rechtsbegriffe, die er vorher niemals hatte, eine Provokation bedeuten. Wir fassen die Worte des Abg. Stüber als eine Provokation auf, solange derselbe Abg. Stüber nicht erklärt, daß das, was der Reichstreuhandler und der Reichsstatthalter getan haben, was von 1938 bis 1945 geschehen ist, ein Unrecht war, solange er nicht erklärt, daß dies alles eine Ungeheuerlichkeit war, die mit soviel Blut, Tränen und Opfern verbunden war, die mit Worten nicht auszudrücken sind, und solange er schließlich in seiner fallweise durchbrechenden alten Geistigkeit vor das Hohe Haus tritt. Krauland hatte die Aufgabe, das nationalsozialistische Erbe zu entwirren, und es geht nicht an, daß Sie aus fünf, sechs oder ich weiß nicht wie vielen tausenden vermögensrechtlichen Fällen einen Fall aus politischen Gründen herausgreifen. (*Abg. Dr. H. Kraus: Es gibt noch mehrere!*) Jawohl, es gibt noch mehrere, aber das hat der Richter auf Grund einer Anzeige zu überprüfen. Das liegt nicht in der Ministerschaft des Dr. Krauland begründet. Wenn Sie und manche Kritiker der Meinung sind, daß ein Abgeordneter nachher keine Firma gründen darf, dann ist das Ihre Auffassung und nicht meine.

Solange der Abg. Stüber in dieser Form provoziert, muß er zur Kenntnis nehmen, daß wir ihn auf jene Zeit aufmerksam machen, als er dichtete, an diese Zeit erinnern, als er vor Hitler stand, sei es nun in Uniform oder nicht, mit dem Abzeichen oder nicht, eine Zeit, die durch seine Gedichte heute noch sichtbar ist. Jetzt aber kommt er als Vertreter des Rechtes, als Mann, der das Vermögen schützt, und spielt sich hier auf, als dürften wir auf ihn gewartet haben, damit

die Reinheit der Vermögenswerte gesichert wird. Der Herr Abg. Stüber muß es sich bieten lassen und immer wieder bieten lassen, daß wir ihn daran erinnern und dessen anklagen, daß wir in Österreich im Jahre 1945 zu einem Erbe kamen, das die anderen herbeigeführt haben, an das wir nur mit Grauen zurückdenken. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, Herr Abg. Stüber, daß wir es ablehnen und bestreiten, daß Sie das Recht haben, an Dingen Kritik zu üben, an denen Sie selbst mitschuldig sind.

Die Österreichische Volkspartei und die einzelnen Abgeordneten werden nach wie vor diesen Provokationen gegenüber treten und Sie immer wieder auf das aufmerksam machen, was gestern war und was heute ist, solange Sie nicht die Überzeugung haben und hier zum Ausdruck bringen, daß Sie diese Vergangenheit ablehnen und damit auch Rechtsbegriffe, die gestern waren und heute nicht mehr sind. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Stüber. (*Abg. Machunze: Die Schande des österreichischen Parlaments! — Rufe bei der ÖVP: Der Verleumdung zweiter Teil! — Ein neues Heldengedicht ist im Anrollen! — Abg. Grete Rehor: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!*)

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Es ist ein bißchen viel, was hier berichtet werden muß, und ich werde es in der chronologischen Reihenfolge des Vorbringens vornehmen.

Zuerst hat einmal der Abg. Machunze erklärt, er brenne schon seit langem auf die Gelegenheit, mir es heimzuzahlen aus einem Anlaß, der in einer Berichtigung einer Meldung des seinerzeit von mir herausgegebenen Blattes „Der Unabhängige“ gelegen sei. Ich muß schon sagen: ein kleiner Geist, der sich hier kundtut, wenn er eine angeblich unrichtige Darstellung von mir in dieser Debatte zum Kapitel Finanzen mit so persönlichen Dingen verquickt. Aber um ihn sofort eines Besseren zu belehren, darf ich Ihnen aus der Nr. 9 des zweiten Jahrganges des Blattes „Der Unabhängige“ etwas vorlesen. (*Abg. Grete Rehor: „Unabhängig“ vom Gewissen!*) Alles kommt dran, gnädige Frau, Sie haben zu mir auch gesagt: Es kommt schon noch! Halten Sie sich nun selbst daran. Hier wurde mir auf eine Meldung, die unter anderem auch den Abg. Machunze betroffen hat und die mir auf eine gemeine und tückische Weise durch einen Agenten geliefert worden ist, der hier ein eigensüchtiges Ziel verfolgte, mich hineinzulegen, eine Berichtigung geschickt, betreffend einen Herrn Karl Fernbacher. Diese Berichtigung habe ich gebracht, habe aber gleichzeitig damals, ohne daß, Herr Machunze,

2982 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

von Ihnen noch ein Berichtigungsverlangen geltend gemacht war, dazugeschrieben: „Die Verwirrung, die damit auch unter den Volksdeutschen selbst angestiftet werden sollte, bezieht sich auch auf die Mitteilungen hinsichtlich des ÖVP-Abgeordneten Machunze, von dem wir uns inzwischen überzeugen konnten, daß er mit der Kominform keinerlei Beziehungen hat.“ (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) „Zu dieser Feststellung fühlen wir uns aus politischer Ritterlichkeit verpflichtet.“ Wohlgemerkt: bevor Sie die Berichtigung verlangt haben, während Sie heute behauptet haben, ich hätte erst im Klagewege zur Veröffentlichung dieser Berichtigung veranlaßt werden müssen! (*Abg. Machunze: Jawohl!*) Ich habe Ihrem Anwalt mitgeteilt, daß ich glaube, mit einem Schritt, der von mir freiwillig getan worden ist, mehr getan zu haben als mit einer erzwungenen Berichtigung, von der Sie ganz genau wissen, daß sie selbst nach dem Preßgesetz gar nichts nützt, wenn man unter dem Sternchen dann einen gehässigen Kommentar hinzufügt. Ich habe geglaubt, daß das genügt, ich bin aber zur Berichtigung verhalten worden und habe sie dann auch gebracht. (*Abg. Grete Rehor: Dauernd im Irrtum sein seit 1938! — Abg. Altenburger: Verleumdungen Sie nicht zuerst, dann brauchen Sie nichts zu berichtigen!*)

Ebenso unrichtig ist es, wenn Sie hier erklärt haben, ich hätte zum bekannten Fall Hurdes gesagt, daß ich gelogen habe. (*Abg. Dr. Bock: Das haben Sie leider nicht gesagt! — Abg. Haunschmidt: Verleumdet haben Sie!*) Was ich gesagt habe, lese ich Ihnen noch einmal vor:

„Der Rechnungshof, erklärt der Redner, hat nichts gefunden, was die sachliche Richtigkeit der mir zugegangenen Informationen erhärten würde. Weiter hat ein österreichisches Gericht in einem Presseehrenbeleidigungsprozeß des Herrn Ministers Dr. Hurdes gegen einen meiner Gewährsmänner, den Rat des Patentamtes in Ruhe, Herrn Dr. Viktor Schneider, in seinem Urteil den durchgeführten Wahrheitsbeweis für die erwähnte Behauptung als mißlungen erklärt. Ich stehe nicht an, aus diesen Tatsachen die Folgerungen zu ziehen und dem Herrn Minister die Genugtuung zu geben. Ich bedaure meinen Irrtum und ersuche, dies zur Kenntnis zu nehmen.“ (*Abg. Grete Rehor: Dauernd im Irrtum sein!*) „Ich fühle mich gleichzeitig aber auch verpflichtet, da die von mir dem Rechnungshof bekanntgegebenen Namen hier auch genannt wurden, weiter festzustellen, daß das Strafbezirksgericht Wien dem Herrn Dr. Schneider ausdrücklich den guten Willen bei der Weitergabe seiner Information zugebilligt hat. So berechtigt Herr Minister Dr. Hurdes erwarten kann,

daß ich meinen Irrtum zugebe, was ich soeben ohne Nötigung getan habe, ebensosehr ist es zu erwarten, daß Männer, die wie Doktor Schneider laut gerichtlicher Feststellung gutgläubig gehandelt haben, nicht weiterhin als Verleumder apostrophiert werden.“

Ich glaube, meine Herren, insbesondere Sie, Herr Machunze, haben keinen besonders schönen Charakterzug verraten (*Abg. Altenburger: Reden Sie nicht vom Charakter!*), wenn Sie an diese meine Feststellung angeknüpft haben. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Aber nun zur Sache: Nicht ein einziges Kilogramm Papier haben Sie, die ÖVP-Presse, gespendet bekommen? Nun, das ist vielleicht eine Interpretationsfrage des Wortes „Spende“. Ich jedenfalls betrachte es als eine solche, wenn man Papier über das Kontingent hinaus, das einem zusteht, zusätzlich zu einem Preis bekommt, zu einem Stopppreis, der, wie Sie alle wissen, weit unter dem Preis des freien Marktes liegt, und außerdem noch zum alten Stopppreis, nicht einmal zu dem Stopppreis, der damals schon in Kraft war. (*Abg. Dr. Bock: Sie haben es geschenkt bekommen!*) Sie können der Ansicht sein, daß das keine Spende ist. Ich bin der Ansicht, daß es eine ist. Wenn das aber zur Bundespräsidentenwahl gespendet worden ist, so glaube ich nicht, daß die 30 Tonnen von Ihnen für die Zeitungen verwendet worden sind, denn ich habe nicht bemerkt, daß der Umfang der österreichischen Zeitungen während der Bundespräsidentenwahl so gewaltig zugenommen hat.

Meine Damen und Herren! Wie hätten Sie es beispielsweise genannt, wenn im Jahre 1945, als es noch die Lebensmittelrationierung gab, oder vor dem Kriegsende jemand auf eine Butterkarte, die zum Bezug von 7½ dkg Butter berechtigt hat — ich weiß die genauen Detailmengen nicht —, 10 kg Butter zum gleichen Preis bekommen hätte? Wenn Sie das nicht Spende nennen, dann ist das Auffassungssache. Für mich ist das ein Geschenk. Aber jedenfalls war diese Replik durch Sie veranlaßt; Sie haben uns das Papier vorgeworfen. Wir haben kein solches Papier bekommen, sondern lediglich Sie! (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Der Herr Abg. Machunze hat weiter erklärt, die Behauptungen, die ich hinsichtlich der deutschen Auslandsinvestitionen aufgestellt habe, zeigten von einer ungeheuren Sachunkenntnis — weil die Sachkenntnisse ja bekanntlich nur er gepachtet hat —, und ich wüßte nicht, daß es den Deutschen ja gar nicht möglich wäre, Gelder in Österreich zu investieren und anzulegen. Ich hätte hier also eine Tätigkeit entfaltet, nur darauf ausgehend, Österreich in Deutschland schlecht zu machen.

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2983

Dazu stelle ich fest, daß ich aus den „Salzburger Nachrichten“ vom heutigen Tag zitiert habe, in denen ganz genau drinnen steht, daß der Schutzverband beschlagnahmter Vermögen in Österreich e. V. den deutschen Gläubigern abgeraten habe, Gelder in Österreich anzulegen, und zwar mit der Begründung, daß das Deutsche Eigentum in Österreich saumäßig verwaltet und verschlampt wird. Ich habe also ein richtiges Zitat gebracht. Wenn Sie sagen, es sei mangels der Finanzhoheit Deutschlands überhaupt unmöglich, daß deutsche Gelder in Österreich angelegt werden können, so darf ich Ihnen eine Kleinigkeit verraten. Telefunken ist ein Riesenbetrieb. Der öffentliche Verwalter von Telefunken ist, nachdem Gelder zur Führung dieses Betriebes in Österreich nicht mehr vorhanden waren, nach Berlin gefahren, um dort Kredite aufzunehmen. Die Antwort hat gelautet: Das fällt uns gar nicht ein, solange ihr das Deutsche Eigentum in Österreich nicht anders behandelt! So muß es also doch eine Möglichkeit geben, deutsches Kapital für Österreich zu interessieren. Es kann offenbar nicht ohne Rückwirkung auf den deutschen Kapitalmarkt bleiben, wenn das deutsche Vermögen in Österreich so verwaltet wird, wie es eben geschieht.

Sie haben sehr oft den Ausdruck „Lügner“ gebraucht, Herr Machunze! Ich gebrauche ihn bei Ihnen nicht. Ich begnüge mich damit, auf den Punkt 5 Ihrer leuchtenden Ausführungen hinzuweisen, wo Sie behauptet haben, daß ich heute die Herabsetzung der Diäten verlangt hätte. Sie haben es also nicht einmal für notwendig befunden, für die Zeit, in der Sie nicht anwesend waren, nachzufragen. Es war dies der Herr Abg. Honner! (*Abg. Dr. Bock: Das verwechselt man sehr leicht, was Sie und der Honner sagen!*)

Aber nun zu Waldheim-Eberle. Auch hier sei zuerst festgestellt, daß Ihr kasuistischer Trick, mir eine Beleidigung des Herrn Hermann Krause zu imputieren, nicht verfängt und der Wahrheit widerspricht, denn ich habe Herrn Hermann Krause gar nicht beleidigt; ich kenne ihn gar nicht. Ich habe nur gesagt: Er ist der Strohmann des ÖAAB, der Sekretär des Nationalrates Dr. Bock. Das kann doch in Ihren Augen keine Beleidigung sein!

Aber nun zur Sache, zur eigentlich interessanten Sache. Meine Damen und Herren! Ein Konsortium Molden und Herzig hat sich um einen Pachtvertrag bei Waldheim-Eberle bemüht, und Sektionschef Gleich hat für den Abschluß dieses Pachtvertrages Bedingungen gestellt. Diese waren: 5 Millionen Schilling in bar auf den Tisch als Kautions, Ablöse des der

Republik Österreich gehörenden beweglichen Vermögens, insbesondere der sehr großen Papiervorräte, drittens Rückverrechnung der Fakturen aus der Zeit der staatlichen Verwaltung. Molden und Herzig haben dies zugestanden, die 5 Millionen bar auf den Tisch gelegt, und die Punktation war bereits unterschrieben. Da ist Krauland dazwischengekommen, hat das Ganze storniert und einen Vertrag mit dem „Kreis“ geschlossen, bei dem es keine Kautions von 5 Millionen Schilling gab, keine Ablöse des der Republik Österreich gehörenden Vermögens, bei dem keine Rückverrechnung der Fakturen stattfand, bei dem alle diese drei Momente dem „Kreis“ geschenkt worden sind.

Daraus habe ich die Schlußfolgerung gezogen: Der Pachtvertrag war zum Schaden der österreichischen Republik, denn man hätte einen Vertrag mit weit besseren Pachtvertragsbedingungen, eben mit Molden und Herzig, abschließen können. Und daß ich mit diesem Standpunkt nicht allein stehe, zeigt, daß sich keiner der Beamten im Vermögenssicherungsministerium gefunden hat, der sich hergegeben hätte, seine Unterschrift darunterzusetzen, und daß der Herr Minister Krauland — deswegen habe ich gefragt und habe bis zur Stunde noch keine Antwort gehört, ob es wahr ist —, um diese Schiebung zum Schaden der österreichischen Republik durchzusetzen, den Vertrag rückdatiert hat. Ich wäre sehr dankbar, wenn mir diese Frage jemand von Ihnen oder der Herr Finanzminister beantworten könnte.

Nun noch ein kurzes Wort zum Herrn Abg. Holzfeind. Herr Abg. Holzfeind, Sie haben sich über meine Bemerkung sehr entzündet, daß 50 Prozent des „Kreises“ Anteile der SPÖ seien. Nun, ich stelle hier fest: Neben Krause, der die 50 Prozent als Gesellschaftsanteil für den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund vertritt, sind noch zwei Gesellschafter da, und zwar die Herren Max Pscheidl und Franz Holzwart zu je 25 Prozent. Die beiden sind sozialistische Parteimitglieder und als sozialistische Betriebsräte gewählt auf der sozialistischen Liste. Die Vertretung der beiden in der Geschäftsführung „Der Kreis“ hat übernommen Herr Dr. Josef Jakl. Jakl war Vertreter des Staatssekretärs Mantler und wurde als solcher von diesem am 20. Oktober 1948 in die Firma Waldheim-Eberle dirigiert. Vom 20. Oktober 1948 bis zur Verpachtung an den „Kreis“ war er staatlich Bevollmächtigter. Nach der Verpachtung war er als Geschäftsführer tätig.

Ich will mich hier absolut nicht um Worte streiten, so wenig wie beim Wort Spende oder beim Wort Papier, wo jeder weiß, was

2984 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

dahintersteckt. Es weiß aber ebenso jeder, daß sich hier die SPÖ auf diesem Weg natürlich ihre parteipolitische Machtposition auch im „Kreis“ gesichert hat, um auch hier nach Möglichkeit ihre Parteipolitik durchzusetzen; das werden Sie mir doch nicht bestreiten! (Abg. Dr. Migsch: Die SPÖ doch nicht! — Ruf: Ich bin neugierig, ob Sie das auch wieder vor dem Parlament zurückziehen werden!)

Meine Damen und Herren! Das Deutsche Eigentum und das verfallene Vermögen stehen unter Kontrolle des österreichischen Staates. Es ist ihm nur treuhändig zur Verwaltung übergeben worden. Das Abgeordnetenhaus hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit vor Österreich und dem Ausland, dafür zu sorgen, daß diese Verwaltung eine ordnungsmäßige ist. Ich verlange — und ich werde auch diesbezügliche Anträge stellen, und zwar so lange, bis sie auch von der Öffentlichkeit übernommen werden, auch wenn Sie sie nicht annehmen — die Vorlage sämtlicher Pachtverträge solchen Deutschen Eigentums und verfallenen Vermögens an den Rechnungshofausschuß, damit er prüfen kann, ob alles in Ordnung ist. Es muß eine Betriebsprüfung und eine Rentabilitätsberechnung über dieses Deutsche Eigentum durch den Rechnungshof durchgeführt werden, damit wir endlich einmal ein gutes Gewissen und einen blanken Ehrenschild in der Frage des Deutschen Eigentums haben können. (Abg. Altenburger: Sie reden vom „Gewissen“!)

Der Herr Altenburger hat mich gefragt wegen der Reichstreuhand und des Unrechtes. Meine Damen und Herren! Ich habe mich nie auch nur mit dem geringsten oder kleinsten Stück, weder von einem Juden noch von sonst irgend jemandem, zu Unrecht bereichert. (Abg. Altenburger: Aber Ihre Parteifreunde!) Ich war in der deutschen Zeit zuerst Finanzbeamter und dann Journalist. Wie wollen Sie mich für das verantwortlich machen? Was hätte ich tun sollen? Jetzt bin ich aber Abgeordneter, und jetzt ist es meine Pflicht, darauf zu sehen, daß sich dieser Staat, in dem ich Mitglied der Gesetzgebung bin, nicht mit der Verwaltung fremden Gutes beschmutzt. (Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Walla: Sie haben wir gebraucht! — Abg. Altenburger: „Führer, dir gehorche ich!“ Sie waren es, der den Geist des Dritten Reiches verherrlicht hat! Sie sind schuld! — Andauernde Zwischenrufe.)

Sie haben sich gefallen, Herr Altenburger, hier den üblichen Druck auf die Tränendrüsen auszuüben, indem Sie wieder eine Unzahl Fälle von Greuelthaten aus der deutschen Zeit vorführten. Ich bin dafür nicht verantwort-

lich. Ich habe niemanden gequält und habe auch niemanden geschützt, der jemanden gequält hat. Ich habe auch niemanden verherrlicht, der jemanden gequält hat. (Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Altenburger: Sie haben Hitler verehrt! Sie haben das Unrecht verteidigt! Sie waren immer gewissenlos! — Abg. Walla: Sie haben das letzte Recht, hier zu reden!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Stüber.

Abg. Dr. Stüber (fortsetzend): Aber, Hohes Haus, Roheitsakte und Verletzungen der Menschenwürde kommen immer wieder vor und sind auch nach 1945 vorgekommen (neuerliche heftige Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ), nur mit dem Unterschied, daß ich Sie nicht dafür verantwortlich mache.

Ich werde Ihnen einen Fall erzählen. Da ist ein Invalide, dem beide Beine unter dem Knie fehlen, ein Mann, der in der 7. Isonzoschlacht die Goldene Tapferkeitsmedaille bekommen hat und der nun wegen §§ 10 und 11 des Verbotsgesetzes und einer angeblichen Verletzung der Menschenwürde zu zwei Jahren Zuchthaus in Stein verurteilt wurde. Dort sind ihm die Prothesen gebrochen, und er hat sechs Monate auf seinen verstümmelten Stümpfen wie ein Hund herumhumpeln müssen. (Abg. Rosa Jochmann: Zwei Jahre Zuchthaus! Millionen sind unter Hitler getötet worden! — Lebhaftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich verteidige das Unrecht hier und dort nicht. Aber durch den einfachen Taschenspielertrick, immer nur das Unrecht von gestern zu sehen und vor dem Unrecht von heute die Augen zu schließen, werden Sie mich und meine unabhängigen Kollegen nicht kriegen. (Neuerliche stürmische Zwischenrufe.)

Und noch ein ernstes Wort. Sie reden immer von meinen Hitler-Gedichten! (Andauernde heftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Vom Jahre 1938, wohlgemerkt! (Abg. Altenburger: Reden Sie über Buchenwald! Reden Sie über die Millionen Vergasteten! — Ständige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.) Warum reden Sie nicht davon, daß bereits im Jahre 1943 von mir Gedichte erschienen sind, für die ich nach 1945 von verantwortlichen österreichischen Stellen wegen meines Mutes, daß ich mich damals, als das Wort „Österreich“ im offiziellen Sprachgebrauch nicht erlaubt war, nicht davor gescheut habe, das Wort „Österreich“ zu gebrauchen und die öster-

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2985

reichische Tradition zu besingen ... (*Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Altenburger: „Österreich heim ins Reich!“*) Warum reden Sie davon nicht? Weil es Ihnen nicht paßt und weil Sie auch hier wieder den üblichen Taschenspielertrick anwenden. Aber gegen Taschenspieler gibt es nur eines: die Wahrheit zu sagen; und die habe ich gesagt, und Sie haben sie nicht widerlegt! (*Beifall beim KdU. — Ruf: Stüber, der Widerstandskämpfer! — Abg. Altenburger: Millionen rufen, für die Sie schuldig sind! — Anhaltende Unruhe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Vielleicht wollen sich die Herren in die Couloirs begeben und sich dort unterhalten. Jetzt hat der Herr Abg. Dr. Pittermann das Wort.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus: Der Herr Abg. Stüber hat damit geschlossen, daß er sich zur Wahrheit bekennt. In seiner Berichtigung über einen Teil dessen, was er vormittag hier vorgebracht hat, hat er sich nur zu einem sehr bescheidenen Teil zur Wahrheit bekannt.

Er hat mitgeteilt, daß anlässlich der Präsidentenwahl 101 t Papier an die Parteien verteilt wurden, und hat zugegeben, daß die Verteilung zu dem Preis geschah, der damals für dieses Papier nach den geltenden Preisvorschriften in Österreich zu zahlen war. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: 1910 S pro Tonne!*) Jawohl, Herr Dr. Kraus, zum Preise von 1910 S pro Tonne. Und ich werde gleich aufklären, warum Sie so betrübt sind über diesen Preis, das heißt, wessen Betrübnis Sie hier in diesem Haus weitergeben.

Zunächst einmal zu den 101 t Papier. Von diesen 101 t haben bekommen: 24 t die Kommunistische Partei, 32 t die Sozialistische Partei, 33 t die Österreichische Volkspartei und 12 t die im Zeitungsherausgeberverband zusammengefaßte Gemeinschaft der Herausgeber der parteifreien Presse, als deren Empfänger für diese Sendung der Herr Direktor Beermann von der Demokratischen Druck- und Verlagsanstalt in Linz über 12 t quittierte. Diese Zuwendung war offenbar, so wie die anderen, für die Stimmzettel des Burghard Breitner-Komitees gedacht. Sie haben sich damals, meine Herren vom VdU, anlässlich des ersten Wahlganges der Präsidentenwahl mit andern Gruppen in Österreich sozusagen zu einer politischen Kameradschaftsehe zusammengeschlossen. Wie das nun einmal bei solchen Zweckgemeinschaften ist, geht in dem Augenblick, in dem der Zauber der politischen Flitterwochen verflogen ist — und das war nach dem Ende des ersten Wahl-

ganges (*Abg. Hartleb: Die sind bei Ihnen auch schon vorbei!*) —, die Auseinandersetzung über die Gütergemeinschaft an.

Ich nehme nach Ihrer Äußerung an, daß von den 12 t Papier, die auch von dieser Gruppe zum Preise von 1910 S pro Tonne übernommen wurden, auf die Presse des VdU nichts entfallen ist. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Nein, nichts! — Heiterkeit.*) Das ist möglich, aber ich glaube, diese scheinbare Benachteiligung durch Ihren damaligen politischen Ehepartner ist deswegen entstanden, weil dem gleichen Ehepartner ja bekannt war, daß Sie diesen Waggon Papier nicht zum Preise von 1910 S pro Tonne bekommen haben, sondern, wie es im Rundschreiben der ÖPA, heißt, „nicht berechnet“ erhalten haben. (*Hört! Hört! - Rufe bei den Sozialisten. — Abg. Dr. Herbert Kraus: Das ist lange nicht so viel, als ihr gekriegt habt! — Lebhaftige Unruhe und Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Und nun, Hohes Haus, zu den Behauptungen des Herrn Abg. Dr. Stüber, der Stopppreis sei ein Geschenk. Ich glaube, das war eine etwas unüberlegte Äußerung, Herr Abg. Dr. Stüber, denn das würde bedeuten, daß jeder, der zu dem gesetzlichen Preis verkauft, Geschenke macht und jeder, der zum gesetzlichen Preis kauft, solche empfängt. (*Abg. Hartleb: Über das Kontingent! — Ruf beim KdU: Sagen wir „funktionsloser Zwischenhandel“!*)

Ich weiß allerdings, Herr Abg. Dr. Stüber, daß die ÖPA mit dieser Papierlieferung nicht sehr einverstanden war, denn es ist zugegeben, daß zwischen dem Preis für Rotationspapier, welches die inländischen Zeitungen bekommen, und den Exportpreisen, die die Papierindustrie erzielt, ein beträchtlicher Unterschied zugunsten der Exportpreise besteht. Die Exportpreise für Papier sind wesentlich höher als die Stopppreise im Inland, und die Herren von der Papierindustrie haben daher das berechtigte Verlangen, möglichst viel in den gewinnbringenden Export zu stecken und möglichst wenig der inländischen demokratischen Presse zur Verfügung zu stellen. Die nichtdemokratische Presse des Inlandes braucht sich um ihr Papier und um die Preise dieses Papiers ja keine Sorgen zu machen; diese sind doch in den vorweggenommenen Steuerermäßigungen für die USIA-Betriebe bereits enthalten. Aber die demokratische Presse Österreichs würde, wenn es nach dem Herzen Ihrer Gönner in der ÖPA ginge, denselben Rotationspapierpreis zu zahlen haben, wie man ihn im Export verrechnet.

Ich gebe Ihnen gern zu, Herr Abg. Stüber, daß die ÖPA seit langem darum kämpft, von dieser Auflage der Stopppreise für das

2986 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

inländische Rotationspapier befreit zu werden. Vielleicht hat man Sie, ohne daß Sie sich dessen bewußt waren, hier im Hause zum Sprachrohr dieser Stoßseufzer unserer österreichischen Papierindustrie gemacht. (*Abg. Hartleb: Sie haben ja angefangen! Mir scheint, Sie waren das Sprachrohr!*) Lieber Herr Abg. Hartleb! Es wird Ihnen sehr schwer fallen, dafür irgendeinen Wahrheitsbeweis zu erbringen, es sei denn, daß Sie den Grad der Wahrheit nach der Lautstärke Ihrer Reden bemessen! (*Heiterkeit.*)

Wir wissen, daß es der ÖPA sehr unangenehm ist, aber ich sage Ihnen, Herr Dr. Stüber: Jetzt wissen Sie die Zusammenhänge. Sagen Sie es den Herren von der ÖPA, die Herrschaften sollen sehr, sehr zufrieden sein, daß sie von ihren Superprofiten, die sie heute aus dem Papierexport erzielen, keine größeren Abgaben für die inländische Wirtschaft leisten müssen als diese Abgabe des billigen Rotopapiers. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wenn die Herren von der ÖPA Abgeordnete des Hauses zu ihrem Sprachrohr machen, um in der Bevölkerung ein unrichtiges Bild entstehen zu lassen, dann wird vielleicht einmal doch der Zeitpunkt kommen, in dem man den von uns, den Sozialisten, gemachten Vorschlag verwirklicht, von der österreichischen Papierindustrie endlich einmal die Exportabgabe einzuhoben, die sie schon lange zahlen sollte! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Nun die zweite unvollständige Wahrheit, Herr Abg. Stüber! Mein Kollege Holzfeind hat sie schon angedeutet; im Rahmen einer Rede, in der man auch anderes sagen muß und bei der man in der Zeit beschränkt ist, kann man allerdings nicht alles sagen. Aber ich will Ihnen einen Teil aus den Statuten der Interessengemeinschaft der bei Waldheim-Eberle, Nachfolger Buchgewerbehäus M. Müller & Sohn KG., Zweigniederlassung Wien, und im Waldheim-Verlag Beschäftigten vorlesen. Diese Statuten beginnen mit folgendem Satz:

„Die Betriebsversammlung der bei Waldheim-Eberle, Nachfolger Buchgewerbehäus M. Müller & Sohn KG., Zweigniederlassung Wien, und im Waldheim-Verlag beschäftigten Arbeiter und Angestellten faßte am 30. November 1950 folgenden Grundbeschuß über Maßnahmen zur Bildung des durch die Beteiligung der in den oben genannten Unternehmen Beschäftigten an der Firma ‚Der Kreis‘ erforderlichen gemeinsamen Vermögens sowie über dessen Verwaltung.“

Es heißt hier nun weiter: „Vorbemerkungen. Die Firma ‚Waldheim-Eberle Nachfolger...‘ usw. ... sowie deren Nebenbetriebe ... wurden durch die Ges. m. b. H. ‚Der Kreis‘ gepachtet. An dieser ... sind die bei Waldheim-

Eberle ... beschäftigten Arbeiter und Angestellten gemäß dem Beschluß ihrer Betriebsversammlung vom 30. November 1949 mit 50 Prozent beteiligt. Der Betriebsratsobmann der Arbeiter und jener der Angestellten vertreten zur Zeit gemeinsam den Geschäftsanteil als Treuhänder.“ — Das sind die beiden von Ihnen genannten Herren, die diese Funktion eben als die gewählten Betriebsräte beziehungsweise Betriebsratsobmänner der Arbeiter und Angestellten ausüben.

Daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, auch jener der graphischen Industrie, politisch im Lager der Sozialisten steht, das ist nun einmal eine bekannte Tatsache. Es ist ja auch Ihnen als VdU nicht verwehrt, die Mehrheit im Betriebsrat von Waldheim-Eberle auf demokratische Art und Weise zu erwerben. Dann werden die Betriebsratsobmänner der Arbeiter und Angestellten eben politisch zu Ihnen gehören; aber Sie würden sich dann gewiß sehr energisch dagegen verwahren, wenn man daraus ableiten wollte, daß deshalb der VdU selber an dem Geschäft beteiligt sei.

Darüber, was mit dem Geld geschieht, gibt der § 21 Abs. 1 des Statuts Auskunft, wo es heißt: „Der nach Bildung der Rücklage verbleibende Gewinnbetrag ist, wenn die Vollversammlung nichts anderes beschließt, zu gleichen Kopfteilen an alle Mitglieder der Interessengemeinschaft auszuschütten beziehungsweise gemäß § 19 zur Dotierung des Betriebserwerbsfonds einzubehalten.“ Dies deshalb, weil die Mitglieder ja Kapital ansammeln, um dann einmal den Betrieb, wenn er zum Verkauf gelangt, tatsächlich auch ankaufen zu können. Ja glauben Sie denn, daß es irgendeine Partei gibt, die ihre Parteimitglieder, die eine Stammeinlage für einen Genossenschaftsanteil zahlen, dazu verhalten kann, die etwa erflossenen Gewinne der Partei zu übergeben? Ganz abgesehen davon, daß ja die Betriebsversammlung bei Waldheim-Eberle durchaus nicht aus lauter Sozialisten besteht!

Sie, Herr Abg. Dr. Stüber, kennen doch offenkundig einigermaßen auch die Verhältnisse im graphischen Gewerbe. Nun, die Gewerkschaft der graphischen Arbeiter vertritt die Interessen ihrer Leute ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, und so gibt es denn auch in den Betrieben der Kommunistischen Partei Arbeiter, die einer anderen politischen Gesinnung anhängen; in unseren Betrieben und vermutlich jenen der ÖVP ist es auch so, und dort, wo Sie drucken lassen, gibt es das gewiß ebenfalls. Es ist also durchaus nicht so, daß in dieser Interessengemeinschaft, die ja alle Beschäftigten des Betriebes umfaßt, alle Mitglieder derselben politischen Partei angehören. Daraus geht aber absolut und

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2987

unzweideutig hervor, daß die etwa zur Ausschüttung gelangenden Gewinnanteile dieser Interessengemeinschaft nicht an eine politische Partei und daher auch nicht an unsere Partei ausgeschüttet werden, sondern an die im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die nach unserer Meinung eben zum Zustandekommen des Gewinnes maßgeblich beigetragen haben. *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Inzwischen hat wieder Präsident Böhm den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Herbert Kraus: Meine Damen und Herren! Nach dieser langwierigen Papierdebatte, die Herr Dr. Pittermann durch seine komischen Erklärungen im Ausschuß, und nicht Herr Dr. Stüber, hervorgerufen hat, nun wieder zurück zum Thema! *(Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialisten.)*

Wir wollen lediglich feststellen, daß man nicht mit Steinen um sich werfen soll, wenn man selbst im Glashaus sitzt. *(Abg. Altenburger: Stüber soll sich das merken!)* Sie haben nun mit Ihren eigenen Erklärungen festgestellt, in denen Sie allerdings nur von dieser Zuweisung von der ÖPA und noch nicht von der Steyrermühl gesprochen haben... *(Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Migsch: Spinnen Sie?)* Später erst wurden diese Dinge der ganzen Öffentlichkeit bekannt. Ich will gar nicht fragen, warum diese Firma in finanzielle Schwierigkeiten gekommen ist; wahrscheinlich, weil sie zu stark angezapft wurde. Aber jedenfalls sage ich Ihnen: Eine solche Debatte, die die ganze Budgetberatung so sehr hinauszieht, wird durch derartige Stücklein wie die, die Sie damals aufgeführt haben, nur noch mehr in die Länge gezogen. Ich werde mich dadurch nicht abhalten lassen, noch ein letztes Wort zu den Budgetdingen zu sagen. *(Abg. Frisch: Wie der Goebbels steht er oben!)*

Eine der größten Sorgen des Finanzministers, aber auch des österreichischen Volkes stellt die Kürzung der Marshallplan-Hilfe dar. Es ist bekannt, daß alle in größter Sorge sind, ob wir für den Monat Dezember noch 400 Millionen Schilling für das Winterbauprogramm bekommen können oder nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist denn eigentlich der Grund dafür, daß uns diese bisher so gut laufenden ERP-Gelder plötzlich restringiert, plötzlich so sehr beschnitten werden? Der Grund dafür liegt nicht in den USA, nicht darin, daß diese etwa kein Geld mehr hätten, um uns weiterhin zu helfen, sondern — das muß in diesem Haus einmal ausgesprochen werden — der Grund dafür liegt hier in Österreich selber! Es ist bei der

Aufstellung dieses Marshallplanes vor aller Weltöffentlichkeit erklärt worden, daß mit diesem Plan verschiedene Ziele erreicht werden sollen. Nun, nach drei Jahren hat man eine kleine Bilanz gemacht und festzustellen versucht, welche von diesen Zielen in Österreich erreicht worden sind. Ich will Ihnen dies heute sagen.

Das erste Ziel war die Erhöhung der Produktivität. Meine sehr Verehrten! Im Verhältnis zu den Investitionen, die gemacht worden sind, sieht es mit der Erhöhung der Produktivität so aus, wie Dr. Nemschak vom Institut für Wirtschaftsforschung berichtet: Die Industrie produziert wohl um 60 Prozent mehr, aber sie beschäftigt auch um 60 Prozent mehr Menschen, sodaß damit praktisch trotz dieser riesigen Investitionen in bezug auf Rationalisierung und höhere Produktivität nichts erreicht ist.

Das zweite ist, daß die Exporte, statt zuzunehmen, absinken. Meine sehr Verehrten! Der Öffentlichkeit ist infolge der Täuschungsmanöver in der Regierungspresse viel zuwenig zum Bewußtsein gekommen, daß unser Export, vor allem der Fertigwarenexport, zurückgeht. Dr. Nemschak, den ich eben zitiert habe, stellt fest, daß wir heute im Fertigwarenexport nur zwei Drittel dessen haben, was wir 1937 gehabt haben. Nur in den Rohstoffen und Halbfabrikaten, wie in Holz, Papier und Eisen, herrscht auf dem Weltmarkt eine große Konjunktur. Aber wie lange wird denn diese Konjunktur noch dauern? Man hat dieses Exportgeschäft, dessen man sich so häufig rühmt, auf tönernen Füßen aufgebaut!

Ein weiterer Erfolg, den man sich von der ERP-Hilfe erwartet hat, war die Möglichkeit des Abbaues der Subventionswirtschaft, aber Sie wissen es ja selbst: niemand denkt daran, die Subventionswirtschaft im gegebenen Augenblick oder in absehbarer Zeit abzuschaffen. Oder aber, der Fremdenverkehr sollte entsprechend gefördert werden. Ich stelle dazu fest, daß auch zur Förderung des Fremdenverkehrs bisher noch nichts Entscheidendes geschehen ist.

Dann die Devisenbewirtschaftung. Wie wird denn mit unseren österreichischen Devisen umgegangen? Deswegen, weil man es verabsäumt hat, den Bauern Futtermittel zu liefern, damit sie Fleisch auf den Markt bringen können, muß jetzt Fleisch importiert werden! Wir geraten dadurch in eine sehr ernste Situation, von der hier bei der Budgetdebatte noch gar nicht die Rede gewesen ist. Unsere Industrien, zum Beispiel die Textilindustrie, haben bereits große Rohstoffschwierigkeiten, und so denkt man in Vorarlberg schon daran, Arbeitszeitverkürzungen

2988 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

einzuführen, weil eben einfach nicht genug Devisen für Rohstoffe beschafft werden können. Unter Umständen kann man ja noch ohne Schweinefleisch auskommen, unsere Industrie kann aber ohne die notwendigen Rohstoffe nicht weiterarbeiten.

Alle diese Dinge haben dazu geführt, daß die Vertreter unserer Regierung sowohl in den USA als auch in Paris, wo es in den Verhandlungen um weitere ERP-Kredite gegangen ist, sehr ungnädig behandelt worden sind. Die österreichische Regierung hat nämlich im Ausland außerordentlich viel an Vertrauen verloren, und zwar deswegen, weil bei uns kein Konzept vorhanden ist. Sie von der Sozialistischen Partei sagen es ja selbst, daß Sie ein Konzept vermissen. (Abg. Dr. Pittermann: Aber nicht Ihres!) Ich glaube, Sie kämen mit dem besser aus als mit den halben Kompromissen, die bisher zustandegekommen sind.

Ich will Ihnen gleich ein Beispiel dafür sagen. Ich habe Sie in meiner letzten Rede aufgefordert: Machen Sie Ernst mit dem Antrag zur Aufhebung des Untersagungsgesetzes, den Sie eingebracht haben! Sie könnten dies ja auch durchsetzen, es ist sogar der Wille der Mehrheit des österreichischen Volkes, daß dieses Gesetz aufgehoben wird. Bei der ÖVP ist genau dasselbe hinsichtlich der Preissenkungsaktion der Fall. Letzthin hat der Präsident der Industriellenvereinigung erklärt, es wären noch weitere Preissenkungen möglich, und ich kann sagen, viel ausgiebigere Preissenkungen wären noch möglich, aber die Industrie hat Sorge, daß sie Scheingewinne versteuern und damit ihre Substanz angreifen muß; deshalb geht sie nicht freiwillig mit den Preisen herunter. Die Voraussetzung ist also, zunächst die Schillingeröffnungsbilanz durchzubringen.

Aber die ÖVP ist genau so wenig gewillt wie die SPÖ, dem klar zutage getretenen Willen der Mehrheit des österreichischen Volkes Geltung zu verschaffen. Denn was ist passiert? Weder das eine Gesetz des Dr. Migsch noch das andere Gesetz wird angenommen. Es geschieht also gar nichts, weil das Konzept, mit dem Sie regieren ... (Zwischenrufe.)

Aber es ist ja gar nicht so, daß die österreichische Regierung das Vertrauen zu ihrem wirtschaftlichen Konzept bloß im Ausland verloren hätte, denn im Inland ist es um nichts besser. Ist es Ihnen denn nicht aufgefallen: Als die Regierung erklärt hatte, der Währungskurs werde gehalten werden, da stellte das Wirtschaftsforschungsinstitut fest, daß die Angstkäufe gerade in diesem Augenblick eingesetzt haben und ein Run auf die Geschäfte eingetreten ist! Warum? Weil eben kein

Vertrauen vorhanden ist! Als dagegen durch die Initiative der Privatwirtschaft eine nach meiner Auffassung noch viel zu geringe, immerhin aber anerkennungswerte Preissenkungsaktion gemacht wurde, da fing das einzige an, was man bisher als einen Vertrauensbeweis verzeichnen konnte, denn das war, wie das Institut berichtet, wenigstens eine gewisse Zunahme der Spartätigkeit zu verzeichnen.

Also, meine sehr Verehrten, die breite Masse der Bevölkerung setzt in die Privatwirtschaft immer noch mehr Vertrauen als in die Regierung. (Ruf bei der SPÖ: Fischer Nummer 2 spricht!)

Aber es ist nicht nur das! Wir haben es ja gestern bei dem Theater, das mit den Einberufungen der Ausschüsse gemacht worden ist, erlebt, daß man eben nicht weiter kann und daß keine einzige jener Maßnahmen zustandekommt, nach denen alles schreit. Nur wegen Kompetenzstreitigkeiten und Proporzschwierigkeiten und zum Teil auch aus Eitelkeit und wegen Rücksichten auf das Parteiprestige wird gar nichts gemacht!

Ich muß dazu auf eine Sache zurückkommen, die ich in meiner letzten Rede angeschnitten habe. Die SPÖ hat mir eben nicht sehr geschickten Gegenredner gestellt, aber die „Arbeiter-Zeitung“ hat heute versucht, das wieder gutzumachen, was er zur Verteidigung der verstaatlichten Betriebe zu wenig gesagt hatte. Sie spricht großartig davon, der Bergbau sei gegenüber 1937 um 14 Prozent produktiver geworden. Ja, meine sehr Verehrten, dies bei den ungeheuren Investitionen, die vorgenommen worden sind! Vergleichen Sie aber die Zunahme der Produktivität in den anderen Ländern, und wenn Sie nicht mehr als das aufzutischen haben, dann haben Sie die verstaatlichte Industrie auf keinen Fall rehabilitiert! Es ist und bleibt eine schwere Belastung für unsere Wirtschaft, daß ein so großer Teil unserer Industrie verstaatlicht ist. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Es ist und bleibt eine schwere Belastung der Wirtschaft, daß ein so großer Teil unserer Industrie verstaatlicht ist (erneute Zwischenrufe); denn das Sozialprodukt ist im ganzen nicht größer geworden, sondern ist beeinträchtigt und vermindert. Die hohen Preise, die die verstaatlichte Industrie verlangt, werden ja doch auf die übrigen Wirtschaftskreise abgewälzt. Diese müssen nachher allerdings den Sündenbock abgeben; denn sie müssen eben die höheren Stickstoffpreise und Eisenpreise tragen, und der Staat bekommt überdies um soviel weniger Steuern aus diesen Betrieben, als wenn sie in privater Hand wären. Aber

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2989

nicht nur das, sondern für diese Betriebe müssen ja sogar Steuern und ERP-Gelder aufgewendet werden.

Nein! Der österreichische Arbeiter wäre viel besser daran, wenn diese Betriebe nicht verstaatlicht wären. Sie brauchen nicht von den ausländischen Kapitalisten zu sprechen. Selbst wenn sie ausländischen Kapitalisten gehören würden, wären die österreichischen Arbeiter besser daran, ganz abgesehen davon, daß die Nationalbank das Geld ja gar nicht hinausließe und daß es gar nicht notwendig wäre, unsere Industrie den ausländischen Kapitalisten auszuliefern. (Abg. Dr. Migsch: *In wessen Interesse sprechen Sie?*) Meine sehr Verehrten, es ist gerade heute die günstigste Möglichkeit, unter Aufrechterhaltung der Anständigkeit und des Prinzips des Privateigentums Vergleiche zu schließen, welche diese Sache wenigstens halbwegs in Ordnung bringen würden. Oder glauben Sie, Herr Finanzminister, daß wir mit unseren Steuermitteln in Ihrem Budget imstande wären, diese Milliardenbeträge den Vorbesitzern zu bezahlen, wie es das 1. Verstaatlichungsgesetz vorsieht? Das glaubt doch niemand, der hier sitzt, im Ernst. Sie gehen ja doch davon aus, daß wir es den Leuten einfach wegnehmen werden. Aber dann, bitte, nehmen Sie eine solche Bestimmung nicht in ein Gesetz, das als Aushängeschild für das Ausland dient, auf. Das hat doch gar keinen Sinn. Das, was dem österreichischen Arbeiter dient, ist, daß ihm der volle Arbeitsertrag in einem höheren Maße als bisher zuteil wird. Davon konnte man aber bisher sowohl an den Löhnen, die dort ausbezahlt werden, als auch in bezug auf den Rationalisierungsgrad nicht viel merken. Wenn in Unternehmungen etwas ausgeschüttet werden kann, nützt es dem Arbeiter wesentlich mehr, wenn solche Betriebe in privater Hand sind.

Die ganze Verstaatlichung hat von A bis Z versagt, und die Wirtschaftspolitik unserer Regierung hat besonders in der jetzigen Zeit nach den vielen Schwierigkeiten des 5. Lohn- und Preisabkommens so versagt, daß man den wenigen Maßnahmen, die private Wirtschaftstreibende von sich aus getroffen haben, mehr Vertrauen entgegenbringt als der ganzen Regierung.

Deswegen, meine sehr Verehrten, wechseln Sie doch wenigstens jetzt, bis die Neuwahlen kommen, die Leute aus, die ja selbst Ihr Vertrauen nicht mehr haben! Sie sehen es ja: Es gibt doch niemanden mehr — auch nicht die Leute, die Sie wählten —, die noch Vertrauen in diese Wirtschaftspolitik hätten.

Aber vor allem das eine möchte ich Ihnen zum Schluß dieser Budgetdebatte sagen: Erfüllen Sie den Wunsch der österreichischen Bevölkerung und schreiben Sie so bald wie möglich Neuwahlen aus! (*Lebhafter Beifall beim KdU.* — Abg. Dr. Pittermann: *Die wirtschaftliche Märchenstunde ist beendet!*)

Abg. Ing. Raab: Hohes Haus! Verzeihen Sie, wenn ich diese lange Debatte über den Staatsvoranschlag des Jahres 1952 noch mit einigen Bemerkungen verlängern muß. Vor allem muß ich einmal eine Richtigstellung vornehmen. Der Herr Abg. Stüber hat in seiner Rede wieder die Gelegenheit, hier offen sprechen zu können, dazu benützt, um glatte Unwahrheiten vorzubringen. Ich habe mir das stenographische Protokoll angesehen. In demselben heißt es, daß anlässlich der Präsidentenwahlen in diesem Jahre der Österreichischen Volkspartei 30 Waggon Papier, der Sozialistischen Partei 30 Waggon Papier und der Kommunistischen Partei 10 Waggon Papier geschenkt worden sind. Gratis! (*Zwischenrufe.*) Der Begriff des Geschenkes, Herr Abg. Hartleb, ist vollkommen klar. Umsonst — geschenkt!

Ich habe mir die Herren der ÖPA kommen lassen, und sie waren um 4 Uhr bei uns im Klub. Ich habe auch den Herrn Dr. Herbert Kraus eingeladen, um festzustellen, was in dieser Angelegenheit wahr ist.

Ich stelle fest, daß weder die ÖVP, noch die Sozialistische Partei, noch die Kommunistische Partei irgendeinen Waggon umsonst, geschenkt bekommen hat! Ich muß daher die Behauptung des Herrn Abg. Stüber als eine glatte Unwahrheit bezeichnen. Seine politische Tätigkeit hat sich darin gezeigt, daß er immer wieder, wie er ja auch heute wieder erwähnt hat, nach jeder seiner Reden bedauern muß, daß er irgendwelche Unwahrheiten hier in diesem Haus vorgebracht hat. Es wird die Frage sein, ob überhaupt noch ein anständiger Mensch hier in Österreich mit dem Herrn Abg. Stüber persönlich verkehren kann, weil er Gefahr läuft, daß er durch dessen Unwahrheiten, so wie seine drei Freunde anlässlich der Angelegenheit der „Villa“ des Ministers Hurdes, vor Gericht in Unwahrheiten hineingezogen wird, die nicht zu verantworten sind.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß anlässlich der Bundespräsidentenwahlen an den Herausgeberverband, der von der Zeitungsindustrie den gesamten Papierbedarf für die Tageszeitungen Österreichs deckt, ein zusätzlicher Mehrbedarf von 101 Tonnen gedeckt wurde, der natürlich auch bezahlt wurde. Über die Aufteilung auf die einzelnen Blätter ist mir

2990 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

nichts bekannt. Ich weiß nur das eine, daß auch dem „Alpenruf“ aus diesem Kontingent Papier zugeteilt wurde. (*Rufe: Hört! Hört!*)

Anscheinend ist dem Herrn Dr. Stüber der Unterschied zwischen Tonne und Waggon nicht ganz klar; er hat daher eine Null angehängt. Ein Waggon sind 10 Tonnen, Herr Abg. Stüber! Vielleicht werden Sie diesen wirtschaftlichen Grundsatz bei Ihren nächsten Ausführungen berücksichtigen.

Ich darf Ihnen sagen, daß diese 101 Tonnen zu dem alten Preis vor der Neuregelung des Papierpreises an den Herausgeberverband geliefert worden sind und daß der Preisunterschied für diese 101 Tonnen, die also zum alten statt zum neuen Preis abgegeben wurden, 40.000 S beträgt. (*Abg. Dr. H. Kraus: Na, das ist auch immerhin etwas!*) Ich habe dies mit Ihnen, Herr Dr. Herbert Kraus, festgestellt; Sie waren selbst dabei, und ich habe Sie ersucht, Ihrem Enfant terrible in Ihrem Klub endlich einmal zu sagen, er möge bei der Wahrheit bleiben und das richtigstellen. Da dies eindeutig nicht geschehen ist, mußte ich das tun.

Verehrter Herr Doktor! Sie haben hier wieder große Worte gemacht, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs dank der Tätigkeit der „bösen“ Koalitionsparteien in diesen Jahren nichts gewesen ist, daß Österreich nichts geleistet hat und erst warten muß, bis Sie kommen, um die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung sicherzustellen.

Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Staatsvoranschlag doch feststellen, daß Österreich in den vergangenen sechs Jahren einen gewaltigen, eindeutigen und klaren wirtschaftlichen Aufstieg genommen hat. (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien.*) Natürlich ist es bei einem Koalitionsverhältnis von zwei großen Parteien, die von wirtschaftlich gegensätzlichen Auffassungen ausgehen, nicht immer leicht, die Fragen rasch, eindeutig und klar zu lösen. Immerhin zeigt aber das Resultat dieser Koalitionsregierung in diesen Jahren, daß doch etwas vorwärtsgewandert ist (*Abg. Dr. Reimann: Dank den Amerikanern!*) — sicherlich vielleicht auch dank den Amerikanern, das leugnen wir nicht —, aber auch dank dem Fleiß der österreichischen Arbeiterschaft und Unternehmerschaft. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Diejenigen, die nur unproduktive Kritik an diesem Aufbauwerk des österreichischen Volkes üben und sonst nichts leisten, die vor allem den Mut und den Aufbauwillen des österreichischen Volkes durch eine fruchtlose, und ich möchte sagen, skrupellose Kritik

immer wieder herabzumindern suchen, sind Drohnen an diesem Aufbauwerk in Österreich. (*Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. H. Kraus: Die Opposition dürfte überhaupt nichts mehr sagen! — Lebhaftige Gegenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Das österreichische Volk ist diesen Weg gegangen, und ich darf sagen, daß der Staatsvoranschlag des kommenden Jahres sicherlich ein Menetekel für alle ist; denn ich bin mir dessen bewußt, daß das kommende Jahr, wenn wir die Löhne und Preise in die richtige Relation bringen wollen, gewaltige Anstrengungen und gewaltige Verantwortung für die verantwortungsfreudigen Teile dieses Volkes bringen wird. Wir werden uns durch Ihre unfruchtbare Kritik von der Fortsetzung des bisher geleisteten Aufbauwerkes nicht abbringen lassen. (*Abg. Dr. H. Kraus: Das Volk wird euch die Antwort geben bei den nächsten Wahlen!*) Das Volk hat seine Antwort gegeben!

Verehrter Herr Dr. Kraus! Ich habe Ihnen auch schon gesagt: Sie sind jetzt in der politischen Schule langsam in die zweite Klasse aufgestiegen. Vielleicht werden Sie einmal Gelegenheit haben, auch die Maturaprüfung der Politik zu bestehen. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenrufe beim KdU.*) Das wird aber das Volk entscheiden, Herr Dr. Kraus! Vorläufig hat die Bevölkerung bei den politischen Entscheidungen ein eindeutiges Votum für die Koalitionspolitik dieser Regierung abgegeben. (*Abg. Dr. H. Kraus: Wie lange noch?*) Ich bin kein Prophet, verehrter Herr Doktor, aber ich glaube, wir werden noch lange gemeinsam diesen Staat aufbauen müssen. Wenn Sie einmal über die Gesellenprüfung hinaus sind, können Sie dann vielleicht zur Mitarbeit herangezogen werden. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Ich darf daher betonen, daß die österreichische Volkspartei diesen Staatsvoranschlag bejaht, dafür stimmt und entschlossen ist, auch in Zukunft so wie bisher ihre Pflicht zu erfüllen. (*Starker anhaltender Beifall bei den Parteigenossen.*)

Präsident Böhm: Damit ist die Debatte geschlossen.

Vor der Abstimmung hat sich zur Geschäftsbehandlung noch der Herr Abg. Honner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Honner: Verehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch vor der Abstimmung zum Worte gemeldet, weil der Linksblock gegen die zu diesem Kapitel eingebrachte

75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951. 2991

Entschließung Nr. 5 Einwände hat, die ich im folgenden kurz begründen möchte.

Die Entschließung Nr. 5, die heute bereits zitiert wurde, lautet: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, jene Beträge, die infolge der Einstellung der Bezahlung der Zensurangestellten erspart werden, für die Erfüllung der Ansprüche politisch Verfolgter (Haftenschädigung und Beamtenentschädigung) (Kapitel 26, Titel 7) zu verwenden.“

Der Linksblock hat beim Kapitel Inneres für die Entschließung gestimmt, die darauf abzielt, daß die in Österreich befindlichen ausländischen Zensurstellen aufgelöst werden. Wir haben aber auch ausdrücklich verlangt, daß für den Fall der Auflösung dieser Zensurstellen die dort beschäftigten Angestellten nicht brotlos werden, daher in ein anderes Dienstverhältnis übergeführt werden sollen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Die Annahme der Entschließung Nr. 5 zu diesem Kapitel könnte aber sehr leicht zum Gegenteil führen, und offensichtlich ist auch Derartiges beabsichtigt. Aber abgesehen davon, wäre es auch eine Verhöhnung der KZler und der politisch Verfolgten, ihnen zuzumuten, daß die Gnadengaben der Regierung zu Lasten der Zensurangestellten, unter denen sich auch politisch Verfolgte befinden, gehen sollen. Außerdem könnte die Entschließung Nr. 5 der Regierung die Handhabe liefern, für den Fall, daß die Alliierten dem Antrag auf Auflösung der Zensurstelle nicht zustimmen, weitere Zuwendungen an die politisch Verfolgten oder sogar selbst die Auszahlung der bereits im Budget vorgesehenen 20 Millionen Schilling abzulehnen.

Wir sind der Auffassung, daß die volle Erfüllung der berechtigten Forderungen der politisch Verfolgten zu keinem Geschäft auf Kosten anderer Gruppen gemacht werden darf, sie muß vor allem von jeder politischen Demagogie frei sein.

Wir lehnen daher diese Entschließung ab und haben den Herrn Präsidenten gebeten, über diese Entschließung eine gesonderte Abstimmung durchzuführen, um uns zu ermöglichen, für die vier anderen Entschließungen stimmen zu können.

Präsident **Böhm**: Ich stelle fest, daß die Rede des Herrn Abg. Honner nicht ganz den Anforderungen einer Erklärung zur Geschäftsbehandlung entsprochen hat, aber ich habe Nachsicht geübt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? (*Der Berichterstatter verneint.*) Das ist nicht der Fall.

Abg. Dr. **Pittermann** (*zur Geschäftsordnung*): Ich würde beantragen, die Sitzung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen, damit die Obmännerkonferenz zusammentreten und das Programm der nächsten Sitzungen besprechen kann.

Präsident **Böhm**: Ja, ich denke aber, nach der Abstimmung.

Abg. Dr. **Pittermann** (*fortsetzend*): Ich würde vorschlagen, die Abstimmung erst nachher vorzunehmen, Herr Präsident, damit das Haus versammelt ist. Es handelt sich darum, die Tagesordnung für die nächsten Sitzungen festzulegen, und die Abgeordneten sind begreiflicherweise daran interessiert, das möglichst bald zu erfahren. Ich bitte, die Sitzung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen und die Abstimmung nach der Obmännerkonferenz durchzuführen.

Präsident **Böhm**: Ich sehe nicht ein, warum man widersprechen soll. (*Heiterkeit.*) Ob wir die Abstimmung vor oder nach der Unterbrechung vornehmen, ist gleichgültig. Wenn das Haus mit dem Vorschlag Pittermann einverstanden ist, werde ich demgemäß verfahren. (*Nach einer Pause:*) Ein Widerspruch erhebt sich nicht.

Die Sitzung ist auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Die Sitzung wird um 17 Uhr 35 Minuten unterbrochen und um 17 Uhr 55 Minuten wieder aufgenommen.

Präsident **Böhm**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir gelangen zur Abstimmung über die Gruppe XI des Bundesvoranschlages.

Bei der Abstimmung wird der Gruppe XI: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen (mit Ausnahme der Titel 2 und 5), Kapitel 27: Monopole, und Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt,

in der beantragten Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Die ersten vier Ausschußentschließungen zu Gruppe XI (S. 2907) werden unter einem einstimmig, die Ausschußentschließung Nr. 5 (S. 2908) — gemäß dem Antrag des Abg. Honner in getrennter Abstimmung — mit Stimmenmehrheit angenommen.

Präsident **Böhm**: Einem mir vorgetragenen Wunsch entsprechend, werde ich die Sitzung

2992 75. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 14. Dezember 1951.

nunmehr schließen. Vorher habe ich noch mitzuteilen, daß seitens der Bundesregierung folgende Vorlage eingelangt ist:

Bundesgesetz über Änderungen auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Umsatzsteuer (2. Steueränderungsgesetz 1951) (481 d. B.).

Diese Vorlage wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Präsident Böhm: Ich teile noch mit, daß der Hauptausschuß heute um 18 Uhr 30, der Finanz- und Budgetausschuß um 19 Uhr zusammenzutreten wird.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Samstag, den 15. Dezember 1951, 8 Uhr 30, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr.